

Niedersachsen 2030

Zukunft vor Ort gemeinsam gestalten



Empfehlungen des Zukunftsforums Niedersachsen

Starke Städte und lebendige Dörfer
in den ländlichen Räumen



Niedersachsen



Vorwort

Wie kaum ein anderes Bundesland in Westdeutschland wird Niedersachsen vom demografischen Wandel geprägt. Eine große Besonderheit dabei ist die Unterschiedlichkeit dieser Entwicklung: So gibt es – vor allem in den Ballungszentren und im Westen unseres Landes – weiterhin steigende Bevölkerungszahlen. Zugleich aber erleben wir einen in Teilen erheblichen Bevölkerungsrückgang, insbesondere in Südniedersachsen und vielen ländlichen Räumen unseres Landes. Die Gestaltung dieses Wandels ist eine zentrale Herausforderung für die Zukunft unseres Landes.

Die Landesregierung hat dies frühzeitig erkannt und eine umfassende Demografiestrategie entwickelt. Ein wichtiger Baustein dieser Strategie ist das Zukunftsforum Niedersachsen, das ich vor nunmehr zweieinhalb Jahren berufen habe. Seitdem entwickeln hier Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft gemeinsam konkrete Handlungsempfehlungen, um die Herausforderungen des demografischen Wandels zu bewältigen und seine Chancen bestmöglich zu nutzen.

Im vergangenen Jahr hat das Zukunftsforum in einem ersten Arbeitszyklus bereits Empfehlungen zu den Herausforderungen und Chancen für die Bereiche Mobilität und Bildung entwickelt. Diese Empfehlungen beinhalteten eine Auswahl von sehr konkreten Projekten guter Praxis für Niedersachsen, die als vorbildhaft anzusehen sind und zur Nachahmung anregen.

Der Erfolg lässt sich sehen: Viele Projekte aus dem ersten Arbeitszyklus werden bereits umgesetzt, weitere Projekte sind erfolgreich angelaufen, andere stehen in den Startlöchern.

Umso mehr bin ich nun auch auf die Empfehlungen aus dem zweiten Arbeitszyklus gespannt! Mit dem Thema „Starke Städte und lebendige Dörfer in den ländlichen Räumen“ liegt der

Schwerpunkt auf einem weiteren Gebiet, dem sich Politik und Gesellschaft in Niedersachsen stellen müssen.

Die Arbeit des Zukunftsforums belegt, wie wichtig ein guter Dialog und eine enge Vernetzung zwischen den Akteurinnen und Akteuren in diesem Feld sind. In diesem Zusammenhang hat die Landesregierung einen weiteren wichtigen Impuls aus dem ersten Arbeitszyklus des Zukunftsforums aufgegriffen und das Demografienetzwerk Niedersachsen initiiert. Dabei handelt es sich um eine Plattform für den Austausch zwischen und mit den Demografiebeauftragten der Landkreise und Kommunen; erste Erfahrungen und Rückmeldungen der Beteiligten sind ermutigend.

Ich bedanke mich bei allen Beteiligten des Zukunftsforums für ihre engagierte Mitarbeit und freue mich über den erfolgreichen Dialog und die großen Fortschritte in unserer Arbeit. Gemeinsam können wir den demografischen Wandel unseres Landes gestalten!

Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident



Vorwort

Die ländlichen Räume Niedersachsens sind vielfältig. Sie stehen angesichts des demografischen Wandels vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen. Prosperierende ländliche Räume, nicht nur im Umland der großen Städte, stehen neben Regionen mit geringerer Dynamik und hohem Abwanderungsdruck. In allen ländlichen Raumtypen jedoch sind die Menschen gleichermaßen auf eine gute und leistungsfähige Daseinsvorsorge angewiesen. Wenn es um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen des Landes geht, sind eine gute Infrastruktur und ein maßgeschneidertes Angebot öffentlicher und privater Dienstleistungen unverzichtbar.

Gerade für ländliche Räume in größerer Entfernung zu den Ballungsräumen ist es dabei bedeutsam, dass diese Angebote gut erreichbar sind. Deswegen haben die Klein- und Mittelstädte mit ihren Einrichtungen der Daseinsvorsorge, aber auch mit ihrem Arbeitsplatzangebot und ihrer touristischen Attraktivität hohe Bedeutung für die Regionalentwicklung. Über die landesweiten und regionalen Programme der Raumordnung stehen sie als Grund- und Mittelzentren in der Pflicht, ihre Angebote auch für die Menschen in den umliegenden Ortschaften vorzuhalten. Das gilt für Einkaufsmöglichkeiten, Bildungs- und Kulturangebote, Sport- und Freizeiteinrichtungen, die medizinische Versorgung und die Pflege sowie für weitere öffentliche und private Dienstleistungen. Gerade aus der Bündelung dieser Angebote ergibt sich die stabilisierende Funktion der Klein- und Mittelstädte. Wenn über Herausforderungen und Chancen ländlicher Räume diskutiert wird, sollten sie deswegen stets im Blickfeld der politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sein.

Niedersachsen ist auch ein Land der Dörfer, die sich breiter Beliebtheit als Wohnorte erfreuen. Damit diese Dörfer eine gesi-

cherte Perspektive haben, ist eine Doppelstrategie erforderlich. Neben der Sicherung eines ausdifferenzierten Leistungsangebots in Grund- und Mittelzentren muss es darum gehen, die spezifischen Stärken der lokalen Gemeinschaften zu stützen. Weil dort vielfach die klassischen Einrichtungen der Nahversorgung verschwunden sind, ist hier viel zivilgesellschaftliches Engagement erforderlich, um die noch vorhandenen Angebote zu stützen oder auch Verlorenes wieder zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund hat sich das Zukunftsforum in seiner zweiten Arbeitsperiode 2015/2016 das Ziel gesetzt, gute Beispiele für die Stärkung der Klein- und Mittelstädte und die Sicherung der Lebensqualität in den Dörfern als Antworten auf die Herausforderungen des demografischen Wandels in den ländlichen Räumen zu identifizieren. Als Vorsitzender des Zukunftsforums Niedersachsen freue ich mich, der Niedersächsischen Landesregierung mit diesem Bericht unsere Arbeitsergebnisse und Empfehlungen zu übergeben. Nun geht es darum, dass sich im ganzen Land geeignete öffentliche und private Akteurinnen und Akteure für den Transfer in weitere konkrete Maßnahmen finden.

Allen, die uns bei unserer Arbeit unterstützt haben, gilt mein herzlicher Dank – nicht zuletzt der Geschäftsstelle des Zukunftsforums in der Niedersächsischen Staatskanzlei für ihre Hilfe bei der Organisation unserer Arbeitsprozesse und der Erarbeitung dieses Berichtes.

Prof. Dr. Axel Prieb
Vorsitzender des Zukunftsforums Niedersachsen



I. Das Zukunftsforum Niedersachsen

1. Niedersachsen im Wandel – demografische Entwicklungen und Trends	8
2. Grundlage und Auftrag des Zukunftsforums Niedersachsen	11
3. Der zweite Arbeitszyklus 2015/2016 des Zukunftsforums	12
3.1 Themenschwerpunkt und Querschnittsthemen	12
3.2 Arbeitsgruppen	13
3.3 Veranstaltungen, Dialog und Vernetzung	14
4. Ergebnisse	15
4.1 Gute Praxis für Niedersachsen	15
4.2 Förderung und Umsetzung von Projekten	15
4.3 Das Demografienetzwerk Niedersachsen	16
Endnoten	17



II. Dörfliche Integrationskraft und Versorgungsstrukturen erhalten und wiederbeleben

1. In dörflichen Verantwortungsgemeinschaften gemeinsam handeln	18
2. Laufende Projekte der Landesregierung	19
3. Empfehlungen des Zukunftsforums	21
3.1 Herausforderungen	21
3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge	24
3.2.1 Dorfgemeinschaften ins Gespräch bringen	24
1 Dorfgespräch der Katholischen LandVolk-Hochschule Oesede	24
2 Dorfmoderation Südniedersachsen	26
3.2.2 Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im ländlichen Raum	28
3 „Neue Nachbarn“: Koordinierungs- und Beratungsstelle für die Flüchtlingshilfe in den Ortschaften der Stadt Einbeck	28
4 Projektvorschlag: Gründungsberatung für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in ländlichen Räumen	31
5 Förderung von Alltagskompetenzen als Basis für Integration	32
3.2.3 Versorgungsstrukturen erhalten und wiederbeleben	34
6 Dorfläden	34
7 Dorfladennetzwerk	38
8 Module für Nahversorgungslösungen	39
3.2.4 Weitere Empfehlungen und Beispiele guter Praxis	40
9 Inklusives Lastrup	40
10 „Literatur auf dem Lande“ des Vereins Kunst und Begegnung Hermannshof	42
11 Freilichtbühne – Waldbühne Ahmsen	44
12 „Zukunftsfaktor Bürgerengagement“ Nordrhein-Westfalen	46
13 „Digitale Dörfer – Nachbarschaftshilfe für das 21. Jahrhundert“ Betzdorf (Rheinland-Pfalz)	49
Endnoten	51



III. Klein- und Mittelstädte als Stabilisatoren der ländlichen Räume im demografischen Wandel stützen

1. Klein- und Mittelstädte im demografischen Wandel	52
2. Laufende Projekte der Landesregierung	55
3. Empfehlungen des Zukunftsforums	57
3.1 Herausforderungen	57
3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge	60
3.2.1 Erstellung zukunftsorientierter Stadtentwicklungskonzepte	60
14 DUDERSTADT 2020 – Deine Stadt, Deine Zukunft	60
15 Projektvorschlag: Zukunftsprozesse initiieren: Zukunftsstadt Lingen 2025 – Der Lingener Weg	62
16 Zukunftskonzept Verden	64
17 Zukunftskonzept Daseinsvorsorge, Ratzeburg	66
3.2.2 Attraktivität von Innenstädten steigern	67
18 Wachstumskonzept Innenstadt Verden	67
19 Innenstadtmanagement in Hachenburg	69
20 „Lokalhelden Celle“	70
21 Freifunk/offenes WLAN für Innenstädte	72
22 Onlinecity Wolfenbüttel	73
23 Zukunftsfonds Ortskernentwicklung 3.0 des Landkreises Osnabrück – Schwerpunkt Onlinehandel	74
3.2.3 Fachkräftesicherung in Klein- und Mittelstädten	76
24 Innovationskeimzelle Norddeutsches Zentrum für Nachhaltiges Bauen in Verden	76
25 Fachkräfteinitiative der Ems-Achse	77
26 Errichtung eines Zentrums für Mechatronik und Elektrotechnik (ZME) an der Privaten Hochschule für Wirtschaft und Technik (PHWT) in Diepholz	78
27 Zukunftszentrum Holzminden-Höxter als Innovationsgeber und Promotor regionaler Vernetzung in einer ländlich geprägten Region	79
28 Hochschule Weserbergland als wichtiger Faktor für die Sicherung des Fachkräftebedarfs im ländlichen Raum	81
29 „Date your job“ Praktikums- und Ausbildungsbörse in Alfeld	82
30 Initiative Lernwerkstatt Flüchtlinge in Aurich	83
31 Einrichtung einer bilingualen Grundschule in Lingen (Ems)	85
32 GenerationenWerkstatt im Raum Osnabrück	87
3.2.4 Kinder- und Familienfreundlichkeit	88
33 Die Gemeinde Wedemark auf dem Weg zur „Kinderfreundlichen Kommune“	88
34 Kinder- und familienfreundliches Verden	90
35 „Friesland – Stark für Kinder“: Bildungs-, Betreuungs- und Präventionsoffensive	92
36 „Communities That Care“ in Klein- und Mittelstädten des Landkreises Nienburg	93
3.2.5 Sicherung der Gesundheitsversorgung	95
37 „Ärztlich willkommen“ – Niederlassungsberatung für Hausärztinnen und -ärzte in den Landkreisen Diepholz, Nienburg und Verden	95
38 Gemeinsame Träger- und Leitungsstrukturen für die Krankenhäuser in den Städten Vechta und Lohne	97

39	Kinder- und Jugendpsychiatrische Versorgung in ländlich geprägten Regionen	98
3.2.6	Bildung und Kultur	99
40	PS.SPEICHER, PS.Pfad und Aktion Sch(l)aufenster in Einbeck	99
41	Vermittlung ortsnaher Bildungsangebote durch die Bugenhagen-Hochschule in der Region Hildesheim	101
42	Bücherfrühling – die Vechtaer Literaturtage	102
43	Lange Nacht der Kultur in Bückeburg	104
44	„Wissensburg Nienburg“	106
45	„7 Tage für die Herren“ – Männerwoche der Buchhandlung Lünebuch in Lüneburg	107
46	„tolino eBook-Nacht“ der Buchhandlung „Buchhaus Voss“ in Westerland (Sylt)	108
3.2.7	Nachbarschaftshilfe und Miteinander der Generationen	110
47	„Gemeinsam gewinnen“ im Kirchenkreis Münden	110
48	Mehrgenerationen-Campus Amelinghausen	112
49	Mehrgenerationenpark Goldenstedt	114
50	mittendrin – Kulturzentrum Walsrode	116
51	Kulturzentrum Alte Polizei, Stadthagen/Mehrgenerationenhaus Schaumburg	118
3.2.8	Förderung der interkommunalen Kooperation	120
52	Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg	120
53	„Städtequartett“ – Interkommunale Zusammenarbeit von Klein- und Mittelstädten zur Bildung eines Flächenpools	122
3.2.9	Teilhabe und Weltoffenheit	124
54	Juniorbahnhof Dannenberg (Elbe)	124
55	Tagesaufenthalt für Wohnungslose in den Städten Nordenham und Uelzen	125
56	Forum KinderarMUT in Uslar	126
57	Soziale Lotsen in Bramsche	127
58	Verden ist bunt – eine Kleinstadt zeigt Weltoffenheit	128
	Endnoten	129



IV. Stadt- und Ortszentren, Bauen und Wohnen im demografischen Wandel anpassen und gestalten

1.	Bauen und Wohnen im demografischen Wandel	130
2.	Laufende Projekte der Landesregierung	132
3.	Empfehlungen des Zukunftsforums: Bauliche, funktionale und gestalterische Aufwertung der Stadt- und Ortszentren sowie Um- und Wiedernutzung historischer Bausubstanz	134
3.1	Herausforderungen	134
3.2	Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge	137
3.2.1	Der Orts- und Stadtentwicklung einen Orientierungsrahmen geben	137
59	„Duderstadt – ein Stadtentwicklungsprozess“	137
60	Netzwerk und Kooperation der Samtgemeinde Eilsen und der Stadt Obernkirchen bei der Entwicklung ländlicher Infrastruktur	140
61	Vorausschauende, strategische GIS-Analyse für die Ortsentwicklung im Landkreis Emsland	142

3.2.2	Die Stadtmitte durch öffentliche und private Maßnahmen attraktiv machen	144
62	Verbesserung der Aufenthalts- und Wohnqualität der Innenstadt durch private Initiative in der Stadt Holzminden	144
63	Qualitätssicherung im Leerstandsmanagement in der Stadt Dannenberg (Elbe)	146
64	Ortskernentwicklung einfach und umsetzungsorientiert für Städte und Gemeinden im Landkreis Osnabrück	148
3.2.3	Projekte der Innenentwicklung unterstützen	151
65	Förderprogramm „Jung kauft Alt“ in Hiddenhausen (Ostwestfalen)	151
66	Projektvorschlag: Regionaler Rückbaufonds in Holzminden	153
67	Architektenwettbewerb „Mut zur Lücke“ im Land Sachsen-Anhalt	154
68	„Gläserne Baustelle“ im Sanierungsmanagement in Stade-Hahle	157
3.2.4	Historische Gebäude mit Kreativität um- und weiternutzen	158
69	„Gemeinsam sind wir stark – Sanierung eines Baudenkmals durch die Bürgergenossenschaft Mündener Altstadt in Hannoversch Münden	158
70	Einbau von Gemeinderäumen in alte Dorfkirchen der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers	160
71	„Kulturspeicher“ – Erhaltung eines Kornspeichers in der Stadt Freiburg an der Elbe	162
4.	Empfehlungen des Zukunftsforums: Neue und lebendige Formen des Wohnens und gesellschaftlichen Zusammenlebens in Stadt und Dorf	163
4.1	Herausforderungen	164
4.2	Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge	167
4.2.1	Gemeinschaftlich wohnen in Dorf und Quartier	167
72	Generationsübergreifendes gemeinschaftliches Wohnprojekt „Rosenhaus am Seilerweg“ in der Stadt Varel	167
73	„WOHNEN UMZU“ – Übertragung des „Bielefelder Modells“ auf ein Wohnprojekt mit Diakoniestation in der Stadt Burgdorf	170
74	Projektvorschlag: „Anders als gewohnt“: Onlinebasierte Tool-Box für die Realisierung neuer Wohnmodelle im ländlichen Raum	172
4.2.2	Im Alter sozial getragen und technisch gestützt	174
75	„Musterhaus zum Wohnen mit Zukunft“ im Landkreis Osterholz	174
76	„Wir für euch – Alt werden in Vrees“	176
77	„Lebendige Gemeinschaften – das Miteinander stärken“ im Landkreis Emsland	178
78	„Dorfgemeinschaft 2.0 – Das Alter im ländlichen Raum hat Zukunft (Dorf 2.0)“ in der Grafschaft Bentheim und im südlichen Emsland	180
4.2.3	Lebenswerte Zukunft für Dörfer und Orte im ländlichen Raum	182
79	„Eine neue Dorfmitte für Linsburg“	182
80	„Zukunft ländlicher Raum: Neues Leben für alte Höfe“ in Asendorf (Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen)	184
5.	Zusammenfassung und Ausblick	186
	Endnoten	187



Fazit	188
-------	-----



Entgegen früherer Prognosen nimmt die Bevölkerung Niedersachsens seit 2011 nicht mehr ab, sondern aufgrund einer starken Zuwanderung wächst sie wieder. Allerdings verläuft der Prozess regional sehr unterschiedlich.

und der Landeshauptstadt Hannover sowie im Hamburger Umland und im Oldenburger Münsterland. Auf der anderen Seite gab es zehn Landkreise und eine kreisfreie Stadt mit Bevölkerungsrückgängen, vor allem im Weserbergland, in Südniedersachsen und im Elbe-Weser-Dreieck.

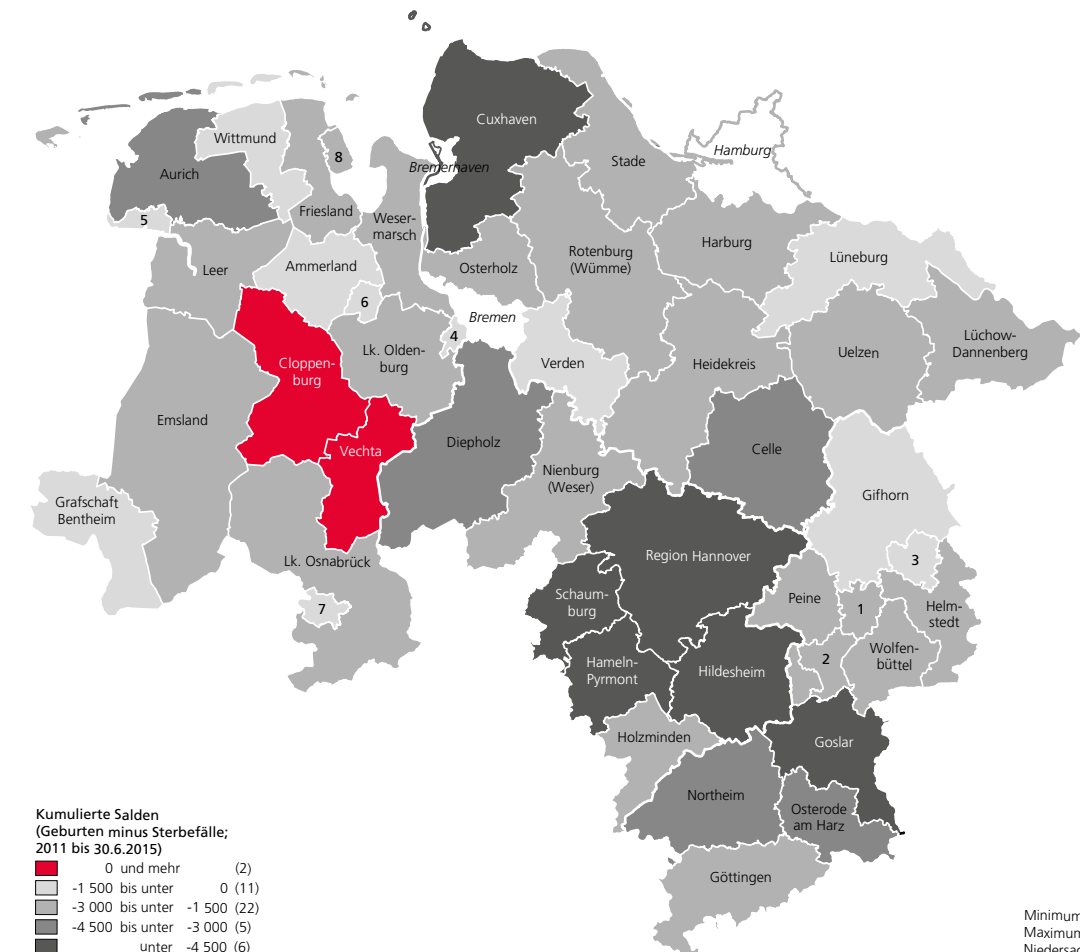
Prozentuale Bevölkerungsveränderung
2015 gegenüber 2011

- unter 0,00 (11)
- 0,00 bis unter 1,00 (5)
- 1,00 bis unter 2,00 (7)
- 2,00 bis unter 3,00 (12)
- 3,00 und mehr (11)

Kreisfreie Städte

- 1 Braunschweig
- 2 Salzgitter
- 3 Wolfsburg
- 4 Delmenhorst
- 5 Emden
- 6 Oldenburg (Oldb)
- 7 Osnabrück
- 8 Wilhelmshaven

8



9

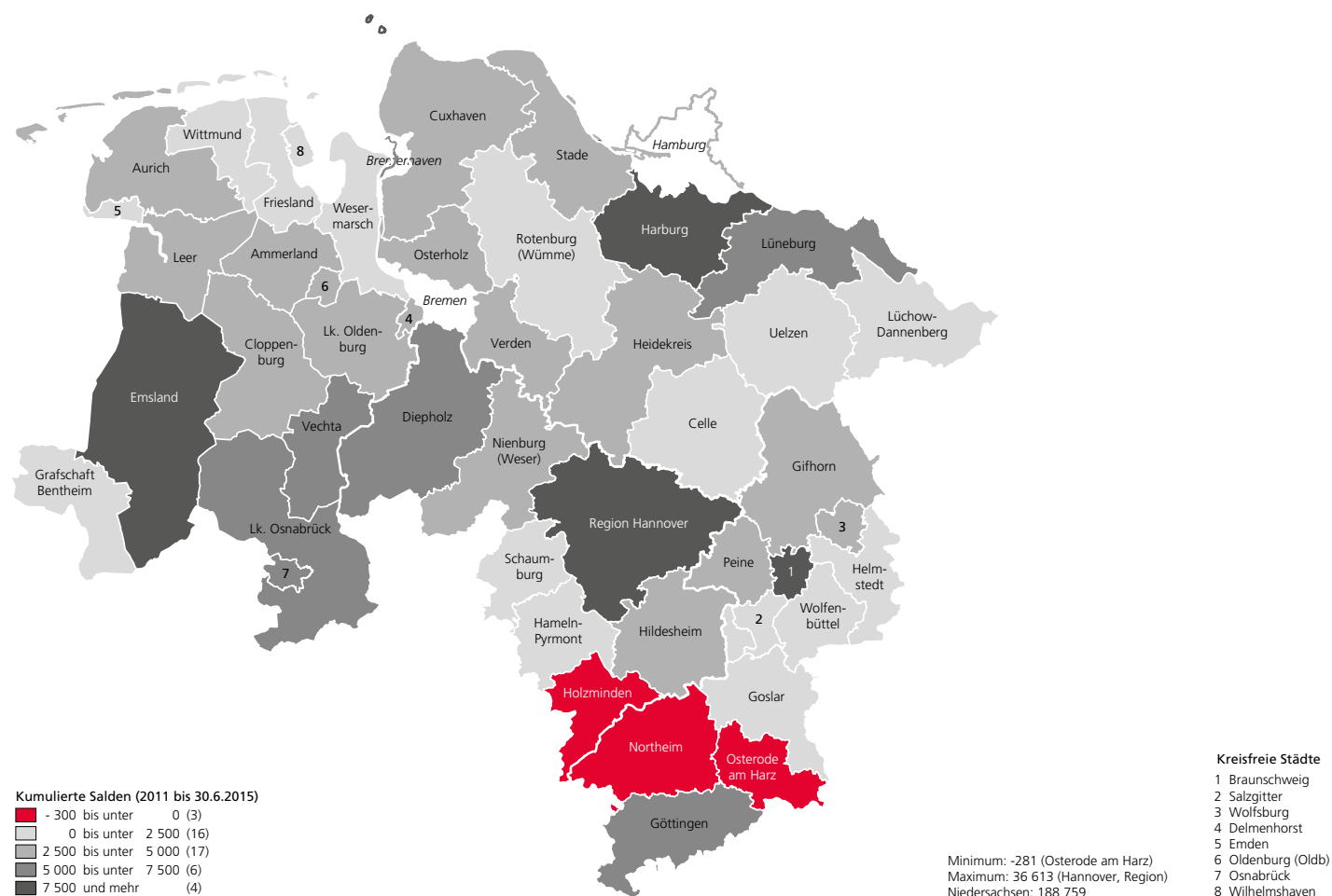


Emsland. Die Zuwanderung ist also vor allem in den großen Städten und ihrem Umland sowie in prosperierenden ländlichen Räumen stark. In wirtschaftlich schwächeren Räumen ist sie geringer, in drei südniedersächsischen Kreisen gab es sogar mehr Ab- als Zuwandernde.

Trotzdem bleiben die grundlegenden Aussagen zum demografischen Wandel richtig. Dessen Tendenzen wurden durch die starke Zuwanderung nur überlagert. Weiterhin gilt: Wir werden älter und zumindest langfristig nach heutigen Prognosen auch weniger. Weiterhin führen die Tendenzen einer langsam steigenden Lebenserwartung und einer immer noch zu niedrigen Gebur-

tenrate zu einer Alterung der Bevölkerung. Nach den neuesten Vorausberechnungen wird der Anteil der über 65-Jährigen von derzeit ca. einem Fünftel der Bevölkerung bis 2060 auf 33 Prozent steigen.

Durch die Zuwanderung wird die Bevölkerung internationaler und vielfältiger. Jüngste Berechnungen des Statistischen Landesamtes haben ergeben, dass auch bei einer relativ starken Zuwanderung aus dem Ausland der Bevölkerungszuwachs nur bis 2022 anhalten dürfte. Dies ist aber aufgrund der Unsicherheiten der internationalen Lage nicht prognostizierbar. Grundlage sind daher wahrscheinliche Szenarien und plausible Modellrechnungen.



Kumulierter Wanderungssaldo (Kreisgrenze) vom 01. Januar 2011 bis zum 30. Juni 2015

2. Grundlage und Auftrag des Zukunftsforums Niedersachsen

Die demografische Veränderung wirkt sich schon heute auf nahezu alle Bereiche der Gesellschaft aus und wird erheblichen Einfluss vor allem auf die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung unseres Landes haben.

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den demografischen Wandel in allen Handlungs- und Politikfeldern zu gestalten. Ausdruck dessen ist die 2013 aufgelegte neue Demografiestrategie der Landesregierung. In dieser Strategie kommt die Überzeugung zum Ausdruck, dass es mittelfristig nicht nur eine Lösung für die vielfältigen Herausforderungen des demografischen Wandels geben kann. Vielmehr ist eine Vielzahl von zumeist interdisziplinär angelegten Projekten und Maßnahmen erforderlich, die nur im Dialog und gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern der Gesellschaft entwickelt und realisiert werden können. Zu dieser Strategie gehören unter anderem folgende Elemente:

- das *Südniedersachsenprogramm*, mit dem das südliche Niedersachsen als Wirtschaftsstandort und attraktiver Lebensraum gestärkt wird,
- die *Fachkräfteinitiative Niedersachsen*, mit der einem demografisch bedingt drohendem Fachkräftemangel begegnet wird,
- die auf die örtlichen Gegebenheiten zugeschnittenen *Regionalen Handlungsstrategien* der Ämter für regionale Landesentwicklung Leine-Weser, Braunschweig, Lüneburg und Weser-Ems,
- die *Stärkung und ausdrückliche Wertschätzung des bürger-schaftlichen Engagements* – insbesondere angesichts der Tatsache, dass Bürgerinnen und Bürger zunehmend bereit sind, sich in ihrem direkten Lebensumfeld für gute Lebensbedingungen, sozialen Zusammenhalt und die Realisierung von Wertvorstellungen zu engagieren,
- das von Ministerpräsident Stephan Weil berufene *Zukunftsforum Niedersachsen*, welches konkrete Handlungsempfehlungen für die Landesregierung zur Gestaltung der demografischen Herausforderungen erarbeitet.

Leitidee des Zukunftsforums ist es, Akteurinnen und Akteure mit ihren verschiedenen Blickwinkeln und Expertisen zusammenzubringen und zu vernetzen, um die Herausforderungen des demografischen Wandels gemeinsam zu meistern.

Das Zukunftsforum Niedersachsen wurde am 17. Februar 2014 ins Leben gerufen. In ihm arbeiten Fachleute aus Wissenschaft und Wirtschaft, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, Gewerkschaften, kommunalen Spitzenverbänden, Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege, Sozialverbänden, Kirchen und Religionsgruppen, anderen Verbänden sowie die Geschäftsführungen der drei niedersächsischen Metropolregionen zusammen. Eng vernetzt mit den Ämtern für regionale Landesentwicklung sind sie beauftragt, für die zentralen demografierelevanten Themenfelder Vorschläge zur Gestaltung des demografischen Wandels als Empfehlungen für die Landesregierung zu entwickeln. Vorsitzender des Zukunftsforums Niedersachsen ist Prof. Dr. Axel Prieb, Honorarprofessor an der Leibniz Universität Hannover und Erster Regionsrat der Region Hannover.

Durch seine jährlich wechselnden Arbeitsschwerpunkte ist das Zukunftsforum ein besonders flexibles Instrument, welches die demografische Entwicklung kontinuierlich verfolgt. Es wählt die jeweils zu bearbeitenden Themen ergänzend und konstruktiv begleitend zu den Aktivitäten der Regionalen Landesentwicklung und der Fachkräfteinitiative.

Das Zukunftsforum Niedersachsen erstellt keine wissenschaftlichen Grundsatzpapiere. Im Mittelpunkt stehen vielmehr Hinweise und Empfehlungen an die Landesregierung, die unmittelbar der praktischen Gestaltung des demografischen Wandels dienen. So stehen Beispiele guter Praxis im Mittelpunkt der Arbeit und der Empfehlungen des Beirates, ergänzt um einzelne Projektvorschläge. Dabei lässt sich das Zukunftsforum von folgenden Fragestellungen leiten:

- Was muss konkret und praktisch getan werden, um den Menschen in ihrem Zuhause eine Lebens- und Arbeitsperspektive zu bieten?
- Was für gute Vorbilder gibt es schon?
- Und wo müssen ganz neue Wege beschritten werden?



3. Der zweite Arbeitszyklus 2015/2016 des Zukunftsforums

3.1 Themenschwerpunkt und Querschnittsthemen

Für den zweiten Arbeitszyklus wurde das Thema „Starke Städte und lebendige Dörfer in den ländlichen Räumen“ als Schwerpunkt ausgewählt. Durch den demografischen Wandel, aber auch durch vielfältige Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind die Städte und Dörfer in den ländlichen Räumen Niedersachsens seit Jahrzehnten erheblichen Veränderungen ausgesetzt. Der Abbau von Arbeitsplätzen, insbesondere im gewerblichen und industriellen, aber auch im landwirtschaftlichen Bereich, und die Abwanderung gerade jüngerer Einwohnerinnen und Einwohner führen zu einem Rückgang der Besiedlungsdichte und gehen häufig einher mit dem Attraktivitätsverlust oder dem Ausdünnen wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Strukturen und Einrichtungen. Wie die Übersicht im ersten Abschnitt dieses Berichts anhand einiger demografischer Indikatoren zeigt, sind von diesen Entwicklungen jedoch nicht alle Regionen gleichermaßen betroffen.

Starke Folgen hat dieser Wandel insbesondere für die Dörfer, die immer weniger Arbeitsplätze und häufig nur noch sehr eingeschränkte Versorgungsmöglichkeiten aufweisen. Erfreulicherweise haben die kleinen und mittleren Städte für die ländlichen Räume immer noch eine wichtige Stabilisierungsfunktion, obwohl auch sie von Arbeitsplatzabbau und Tendenzen zum Rückzug bei öffentlichen und privaten Dienstleistungen betroffen sind. Sie bieten in der Regel ein breites Angebot in Handel, Dienstleistungen, medizinischer Versorgung, Bildung und Kultur. Vor allem in den Stadtmitten ist am ehesten die „kritische Masse“ an Angeboten vorhanden, die Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit in der Fläche gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel des Zukunftsforums, einer weiteren Schwächung von Dörfern und Städten entgegenzuwirken. Eine solche Schwächung würde die gleichwertigen Lebensverhältnisse, die Lebensqualität der Menschen in den betroffenen Regionen und das Prinzip der Chancengleichheit in ganz Niedersachsen gefährden. Deshalb hat es das Zukunftsforum als seine Aufgabe gesehen, geeignete Konzepte zu entwickeln und Beispiele guter Praxis für die Umsetzung zu empfehlen,

um ländliche Räume zu stabilisieren und Dörfer und Städte zu stärken. Diese müssen natürlich stets auf der vorhandenen Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur aufsetzen und passgenau Projekte zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes und zur Qualitätsverbesserung der Lebensverhältnisse aufgreifen und fördern. Mit diesem Themenschwerpunkt sind vor allem integrative und querschnittsorientierte Ansätze in den Blickpunkt gerückt.

Die spezifischen Themenzuschnitte werden in den Folgekapiteln dargestellt. In allen Arbeitsgruppen wurden die Belange von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, von Menschen mit Behinderungen und von Menschen aller Altersgruppen sowie genderspezifische Aspekte mitgedacht. Will man die sozialen, ökonomischen und infrastrukturellen Strukturen in Dörfern sowie in Klein- und Mittelstädten stärken, ist die Einbeziehung der Belange aller gesellschaftlichen Gruppen von zentraler Bedeutung. Dieser Anspruch war Grundlage des hier dokumentierten Arbeitsprozesses und der daraus entstandenen Empfehlungen von Beispielen guter Praxis sowie eigener Projektvorschläge. Insbesondere bei der Umsetzung der vom Zukunftsforum entwickelten Handlungsempfehlungen sind diese Bedarfe ernst zu nehmen und zu prüfen.

3.2 Arbeitsgruppen

Zur Erarbeitung von Handlungsempfehlungen wurden drei Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten der zentralen Themenfelder dieses Arbeitszyklus auseinandergesetzt haben. Wie auch im vergangenen Arbeitszyklus konnten für die Arbeit neben den Mitgliedern des Zukunftsforums zahlreiche weitere ausgewiesene Expertinnen und Experten gewonnen werden. So haben rund 140 Personen in den Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen gemeinsam Lösungsansätze zur Stabilisierung und Aufwertung der Städte und zum Erhalt lebenswerter Dörfer identifiziert und entwickelt. Aufgrund des Arbeitsauftrags und Blickwinkels der jeweiligen Arbeitsgruppe werden einige Projekte – jeweils unter anderen Gesichtspunkten – mehrfach empfohlen.



Vierte Sitzung des Zukunftsforums Niedersachsen am 22. Februar 2016 in Hannover

AG 1: Dörfliche Integrationskraft sowie Versorgungsstrukturen im demografischen Wandel erhalten und wiederbeleben

Leitung

- **Maria Vogel**, Geschäftsführerin Niedersächsischer LandFrauenverband Hannover e. V.
- **Rainer Beckedorf**, Abteilungsleiter für Raumordnung, Landentwicklung, Förderung, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

AG 2: Klein- und Mittelstädte als Stabilisatoren der ländlichen Räume im demografischen Wandel stützen

- **UAG 2a:** Klein- und Mittelstädte als Träger und Stabilisatoren der Wirtschaftsentwicklung und eines differenzierten Arbeitsmarktes
- **UAG 2b:** Klein- und Mittelstädte als leistungsfähige Standorte öffentlicher und privater Daseinsvorsorge

Leitung

- **Prof. Dr. Axel Prieb**s, Erster Regionsrat Region Hannover und Vorsitzender des Zukunftsforums Niedersachsen
- **Reinhard Schmalz**, Abteilungsleiter für Regionale Landesentwicklung, EU-Förderung, Niedersächsische Staatskanzlei

AG 3: Stadt- und Ortszentren, Bauen und Wohnen im demografischen Wandel anpassen und gestalten

- **UAG 3a:** Bauliche, funktionale und gestalterische Aufwertung der Stadt- und Ortszentren sowie Um- und Wiedernutzung historischer Bausubstanz
- **UAG 3b:** Neue und lebendige Formen des Wohnens und gesellschaftlichen Zusammenlebens in Stadt und Dorf

Leitung

- **Prof. Dr. Barbara Zibell**, Leiterin der Abteilung Planungs- und Architektursoziologie am Institut für Geschichte und Theorie der Architektur, Leibniz Universität Hannover
- **Christian Kuthe**, Referatsleiter für Städtebau, Bauleitplanung, Baukultur, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung



3.3. Veranstaltungen, Dialog und Vernetzung

Auch im zweiten Arbeitszyklus wurde die regionale Veranstaltungsreihe des Zukunftsforums zu den Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels vor Ort fortgesetzt. Nachdem im ersten Arbeitszyklus regionale Veranstaltungen mit den Ämtern für regionale Landesentwicklung Braunschweig und Weser-Ems durchgeführt wurden, waren die Kooperationspartner und örtlichen Veranstalter diesmal die Ämter für regionale Landesentwicklung Lüneburg und Leine-Weser mit Veranstaltungen in Lüneburg bzw. Hildesheim. Der dritte Demografiekongress am 18. Oktober 2016 bildet mit der Übergabe seiner Empfehlungen an die Landesregierung den Abschluss des zweiten Arbeitszyklus des Zukunftsforums.

Zudem wurde ein jährlicher Jour fixe mit den niedersächsischen frauenpolitischen Verbänden in Niedersachsen eingerichtet, wodurch auch künftig die frauenpolitischen Verbände bereits in einem frühen Stadium des jeweiligen Arbeitszyklus an der Arbeit des Zukunftsforums mitwirken können. Außerdem kooperiert das Zukunftsforum eng mit dem Niedersächsischen Städtetag, dem Niedersächsischen Landkreistag und dem Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund. Gerade das Projekt „Gemeinde 5.0“ des letztgenannten Verbandes verfolgt viele Zielsetzungen, die mit denen des Zukunftsforums Niedersachsen übereinstimmen.

02.06.2015 Zweiter Demografiekongress der Landesregierung

Arbeitszyklus 2015/2016

- 07.09.2015 Jour fixe mit den niedersächsischen frauenpolitischen Verbänden
- 25.11.2015 Demografischer Wandel – Chancen, Herausforderungen und gute Praxis vor Ort
Veranstaltung mit dem Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg in Lüneburg
- 22.02.2016 Sitzung des Zukunftsforums
Präsentation der Zwischenergebnisse
- 23.04.2016 Mobilität und Fahrtauglichkeit im Alter im Fokus ärztlicher Verantwortung
Veranstaltung zur Umsetzung einer Handlungsempfehlung aus dem ersten Arbeitszyklus
- 11.05.2016 Demografischer Wandel – Chancen, Herausforderungen und gute Praxis vor Ort
Veranstaltung mit dem Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser in Hildesheim
- 13.09.2016 Sitzung des Zukunftsforums
Verabschiedung der Abschlussempfehlungen

18.10.2016 Dritter Demografiekongress der Landesregierung
Übergabe der Handlungsempfehlungen aus dem 2. Arbeitszyklus an den Ministerpräsidenten

4. Ergebnisse



Regionale Veranstaltung mit dem Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser am 11. Mai 2016 in Hildesheim

4.1 Gute Praxis für Niedersachsen

Im ersten Arbeitszyklus hat das Zukunftsforum rund 50 ausgewählte Beispiele guter Praxis und neue Vorhaben aus den Bereichen Mobilität und Bildung im demografischen Wandel der Landesregierung zur Umsetzung und weiteren Verbreitung empfohlen.² Neben den guten Beispielen im Bericht wurde eine Sammlung von rund 200 Beispielen guter Praxis im Internet veröffentlicht.³

Zum Thema „Starke Städte und lebendige Dörfer in den ländlichen Räumen“ hat das Zukunftsforum im zweiten Arbeitsjahr rund 80 ausgewählte Beispiele guter Praxis und neue Vorhaben ausgewählt und Empfehlungen an die Landesregierung entwickelt. Sie werden im Folgenden in eigenen Kapiteln vorgestellt.

Darüber hinaus hat das Zukunftsforum erneut zahlreiche weitere Beispiele guter Praxis identifiziert, die gemeinsam mit weiteren Projektideen die bisherige Sammlung aus dem ersten Arbeitszyklus ergänzen und ebenfalls im Internet öffentlich zugänglich sein werden.

Die bisherige Projektsammlung des Zukunftsforums soll gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und anderen

Partnerinnen und Partnern zu einer echten Vernetzungsplattform „Ländliche Räume in Niedersachsen“ ausgebaut werden. Geplant ist, die Projekte des Zukunftsforums mit den Projektsammlungen aus dem Projekt Gemeinde 5.0 des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes und des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ zusammenzuführen. Dort sollen eine Schlagwortsuche und eine Karte die gezielte Suche nach Projekten ermöglichen. Neben einer ausführlichen Beschreibung jedes Beispiels und jeder Projektidee werden dort auch Ansprechpartnerinnen und -partner genannt, die anderen Interessierten mit ihren Erfahrungen beratend zur Seite stehen können.

4.2 Förderung und Umsetzung von Projekten

Die Metropolregionen sind mittlerweile zu starken Partnerinnen bei der Gestaltung des demografischen Wandels geworden. Die Landesregierung hat für die Metropolregion Nordwest und die Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg einen gesonderten Fördertitel für Demografie-Projekte ausbracht. Der zusätzliche Ansatz beträgt bis vorerst 2019 jährlich insgesamt 400 000 Euro (200 000 Euro pro Metropolregion).



Für das niedersächsische Gebiet der Metropolregion Hamburg können Demografie-Projekte über den Förderfonds der Metropolregion Hamburg gefördert werden. Dieser Förderfonds wird schon seit Langem mit 600 000 Euro pro Jahr aus Niedersachsen gespeist. Dort können die Empfehlungen des Zukunftsforums in das bestehende Förderverfahren integriert werden. Eine landesweite Partizipation an diesen Mitteln ist sichergestellt, da auch Projektträgerinnen und -träger aus Gebieten ohne Metropolregions-Zugehörigkeit antragsberechtigt sind. So sind auch Projekte der Stadt Osnabrück und des Gebiets der Ems-Achse förderfähig.

Daraus werden auf Basis der Empfehlungen des Zukunftsforums Projekte aufgesetzt und gefördert. Durch die Einbindung des Landes, der Ämter für regionale Landesentwicklung und der Demografiebeauftragten in den Kommunen, ist ein Prozess angestoßen worden, welcher nicht „Top-down“ verordnet wird, sondern „Bottom-up“ Ergebnis gemeinsam getragener Erfahrungen der Akteurinnen und Akteure vor Ort ist. Darüber hinaus unterstützt die Landesregierung in großem Umfang Vorhaben und setzt Projekte in eigener Zuständigkeit um.

4.3 Das Demografienetzwerk Niedersachsen

Teil der Demografiestrategie der Landesregierung ist die Vernetzung demografierelevanter Akteurinnen und Akteure auf Landes-, regionaler und kommunaler Ebene. Das im Dezember 2015 gegründete Demografienetzwerk Niedersachsen bietet eine Plattform zum gegenseitigen Austausch der Demografiebeauftragten der kommunalen Gebietskörperschaften in Niedersachsen. Demografiepolitik ist noch ein relativ junges Politikfeld mit vergleichsweise wenig etablierten Strukturen. Folglich sind auch das Amt und die Funktion einer oder eines Demografiebeauftragten und ihr oder sein Gestaltungsrahmen in den einzelnen Städten, Gemeinden und Landkreisen noch höchst unterschiedlich ausgestaltet. Das Demografienetzwerk ermöglicht es jedoch allen Demografiebeauftragten, sich über Erfolgsfaktoren und Herausforderungen ihrer Tätigkeit auszutauschen und geeignete Instrumente und Maßnahmen für die Gestaltung des demografischen Wandels vor Ort zu identifizieren.

Sprecherinnen und Sprecher des Netzwerks:

- Regina Meyer, Demografiebeauftragte Landkreis Göttingen
- Hilke Berkels, Demografiebeauftragte Landkreis Leer
- Walter Pengemann, Demografiebeauftragter Landkreis Emsland



Regionale Veranstaltung mit dem Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg am 25. November 2015 in Lüneburg



Zweiter Demografiekongress der Niedersächsischen Landesregierung am 02. Juni 2015 im Hannover Congress Centrum

Endnoten

1 Dieser Bericht wurde von Prof. Lothar Eichhorn, Abteilungsleiter im Landesamt für Statistik Niedersachsen, für den zweiten Demografiebericht verfasst.

2 Empfehlungen des Zukunftsforums Niedersachsen. Bildung und Mobilität im demografischen Wandel, Hannover 2015. Online zugänglich unter: www.stk.niedersachsen.de/download/97366/Niedersachsen_2030_-_Empfehlungen_des_Zukunftsforums_an_die_Landesregierung.pdf

3 http://www.stk.niedersachsen.de/startseite/themen/demografie/gute_praxis_niedersachsen/



II. Dörfliche Integrationskraft und Versorgungsstrukturen erhalten und wiederbeleben

1. In dörflichen Verantwortungsgemeinschaften gemeinsam handeln

Ein Großteil der Menschen in Niedersachsen lebt in den ländlichen Räumen – viele davon in Dörfern, die für sie Wohnort, Arbeitsstätte und Erholungsraum zugleich sind. Die dörflichen Strukturen und Gemeinschaften sind die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung in den ländlichen Räumen und haben für die Menschen deshalb eine große Bedeutung.

Besonders für Menschen, die nicht uneingeschränkt mobil sind, ist die Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs und mit Dienstleistungen vor Ort besonders wichtig. Die Kinder und Jugendlichen sollten im näheren Umfeld die Kita und die Schule besuchen können. Gerade für berufstätige Eltern ist eine verlässliche Kinderbetreuung im Ort wichtig.

Daneben sind die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung in den Blick zu nehmen. Hier trägt ein breites und vielfältiges Angebot für alle Altersklassen viel dazu bei, die Menschen zum Bleiben oder Kommen zu bewegen. Kooperationen können das Spektrum des Angebotes erweitern. Gleiches gilt für soziale Dienste und kulturelle Angebote. Dabei sind alle Einwohnerinnen und Einwohner einzubeziehen. Inklusion und Integration gehören zu einer modernen Gesellschaft; ebenso wie Ausbildungs- und Arbeitsplätze, die im Einzugsbereich angeboten werden können.

Nicht nur für die in den ländlichen Räumen lebenden Menschen haben diese einen besonderen Wert. Der Erholungs- und Erlebniswert der ländlichen Räume stellt gerade für Menschen aus den Verdichtungsräumen ein wichtiges Potenzial dar, das es zu erhalten und entwickeln gilt.

In den ländlichen Räumen sind die gesellschaftspolitischen, strukturellen und wirtschaftlichen Entwicklungen zu unterstützen. Der demografischen Entwicklung ist Rechnung zu tragen. Es ist wichtig, auf gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen hinzuwirken und diese in den ländlichen Räumen Niedersachsens zu entwickeln und zu deren Erhalt beizutragen.

Um diese Ziele zu erreichen wird es von besonderer Bedeutung sein, dass die Menschen in den Dörfern, die vor Ort ansässigen Gewerbebetriebe, die Kirchen, Vereine und Verbände mit den Kommunen Verantwortungsgemeinschaften bilden, um sich aktiv und eigeninitiativ an den strukturellen, wirtschaftlichen und kultu-

rellen Entwicklungen ihres Lebensumfeldes zu beteiligen.

Zudem ist es wichtig, dass die Bevölkerung und all die Verantwortlichen in den Dörfern und den ländlichen Räumen motiviert werden,

- gemeinsam Zukunftsperspektiven zu entwickeln und nachhaltig umzusetzen,
- die Potenziale vor Ort zu erkennen, zu erschließen und zu fördern,
- das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben im Dorf zu stärken,
- die individuellen dörflichen Strukturen zu sichern und weiterzuentwickeln,
- die Belange von Natur und Umwelt bei der Erhaltung der Entwicklung des Dorfes als Wohn-, Wirtschafts- und Erholungsstandort in der Region zu berücksichtigen.

Die individuellen Anforderungen des bzw. der Einzelnen an die Entwicklung des Dorfes können dabei unterschiedlich sein. Umso wichtiger ist es, mit einem gemeinsamen Leitbild die Zukunft des Dorfes zu beschreiben.

Denn gemeinsames Handeln und die gemeinsame Gestaltung der Zukunft braucht Orientierung. Es ist sinnvoll, dass die Dörfer deshalb beispielsweise in einem Leitbild ihre Entwicklungsstrategie beschreiben. Das Leitbild soll sich dabei auch mit den Herausforderungen der demografischen Entwicklung und den Anforderungen des Klimaschutzes befassen und nachhaltige Ansätze enthalten.

Ziel sollte es sein, dass die Dörfer ihre eigenen Potenziale erkennen und nutzen. Wichtig ist dabei, die eigenen Stärken und Alleinstellungsmerkmale zu nutzen – Nebensächliches oder Hinderndes aber auch bewusst zur Seite zu stellen.

Das Miteinander im ländlichen Raum mit seinen Initiativen im Interesse der Kinder, Jugendlichen und älteren Menschen, einer Förderung der Kultur und zur Gewährleistung der Grundversorgung in den sozialen und kulturellen Bereichen im Rahmen eines gemeinsamen Leitbildes ist letztendlich der Schlüssel dafür, wie sich die Zukunft in den Dörfern gestalten lässt.

2. Laufende Projekte der Landesregierung

Einen maßgeblichen, über Einzelprojekte hinausgehenden Ansatz bildet die Förderung der Dorfentwicklung in Dorfregionen. Der nicht investive Ansatz stellt dabei auf die Förderung von Entwicklungsprozessen in Dorfregionen, konkret auf die Erstellung eines Dorfentwicklungsplans und die Umsetzungsbegleitung ab. Hier sind Innenentwicklung und Demografie Pflichtthemen, in denen über Bestandsaufnahme, Analyse und Bewertung Entwicklungsansätze erarbeitet werden. Ziel ist eine bessere und stärkere Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik und Einwohnerinnen und Einwohnern. Den zivilgesellschaftlichen Organisationen kommt dabei eine Brückenfunktion zwischen öffentlicher Verwaltung und Einwohnerinnen und Einwohnern zu. Die Entwicklungsprozesse flankierend unterstützen sollen zudem die Formate Dorfmoderation und Dorfgespräch. Damit sollen die Selbstorganisationskräfte im Dorf unterstützt werden.

Die Prozessgestaltung im Rahmen der Dorfentwicklung stand und steht dabei ständig neuen Herausforderungen gegenüber. Neue Fragestellungen und Themen werden im Rahmen von Pilotprojekten vertiefend bearbeitet, um so Handreichungen und Umsetzungsstrategien zu entwickeln.

Hinsichtlich der Situation für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen oder Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wurden im Rahmen der Land- und Dorfentwicklung Projekte

mit modellhaftem Charakter auf den Weg gebracht. Das Projekt „Landerlebnis alle(s) inklusive?! – Barrierefrei integriert in das Dorf“ zielt auf ländlichen Tourismus, auf Menschen aus anderen Kulturkreisen und auf Menschen mit Handicaps. Mit der Pilotstudie „WohnLokal“ sollen beispielhafte generationenübergreifende Projekte zum Thema „Innovative Wohn- und Versorgungsformen im ländlichen Raum“ auf ihre Übertragbarkeit untersucht werden. Von Interesse sind neue Dienstleistungs- und Quartierskonzepte im ländlichen Raum, die die Lebensbereiche Gesundheit, Soziales, Kultur und Wohnen miteinander verbinden. Hinsichtlich der Bürgerpartizipation wurde die Dorfentwicklung in Lastrup (Landkreis Cloppenburg) intensiv begleitet, um neue Formen der Beteiligungsstruktur zu entwickeln.

Die Möglichkeiten, Ansätze zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung im Rahmen der Dorfentwicklung mitzudenken, werden in einem weiteren Modellprojekt untersucht. Neben der Vereinbarkeit von Klimaschutzmaßnahmen bzw. Maßnahmen zur Erzeugung regenerativer Energien mit den Anforderungen an eine dorfgemäße Gestaltung wird untersucht, inwieweit lokale und regionale Klimaschutzansätze entwickelt werden können. Auch in Zukunft werden Modellprojekte bzw. Pilotvorhaben die Weiterentwicklung der Dorfentwicklung unterstützen. Erste Projektideen bestehen in den Bereichen Gesundheit, Verkehrsentwicklung und Begleitung von Veränderungsprozessen in ländlichen Räumen.

Ein weiteres Förderinstrument, das die ländliche Entwicklung nach dem „Bottom-up-Ansatz“ unterstützt, ist der LEADER-Ansatz. LEADER steht für „Liaison entre actions de développement de l'économie rurale“ (Verbindung von Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft) und ist ein Förderinstrument der Europäischen Union zur Stärkung und Weiterentwicklung der ländlichen Räume. Dabei werden modellhaft innovative Aktionen gefördert, die von der Bevölkerung vor Ort passgenau zur Lösung lokaler Probleme entwickelt werden. In vielen Regionen Niedersachsens haben Bürgerinnen und Bürger bereits im Jahr 2014 gemeinsam mit den lokalen bzw. regionalen Akteurinnen und Akteuren aus Verwaltung, Wirtschaft und Sozialwesen ein auf ihre Region maßgeschneidertes „Regionales Entwicklungs-



konzept“ (REK) erarbeitet. Diese Konzepte wurden 2015 von einer Expertenjury anhand qualitativer Kriterien bewertet und dienten als Grundlage für die Auswahl der LEADER-Regionen. Aufgrund einer erheblichen Mittelaufstockung für LEADER erhalten nun 41 Regionen eine Förderung in Höhe von 2,4 bis 2,8 Millionen Euro pro Region. Das Land hat für LEADER das konkrete Förderspektrum ausgeweitet, in dessen Rahmen die lokalen Aktionsgruppen über die Förderung der eingereichten Projekte beschließen. Je nach inhaltlicher Ausrichtung des REKs können z. B. investive Projekte wie Dorfplatzsanierungen, Gemeinschaftszentren und Umnutzungen leerstehender Gebäude gefördert werden, aber auch immaterielle Projekte wie z. B. Konzepterstellung, Moderation und Qualifikation.

Kunst und Kultur sind Teil der eigenen Identität, ermöglichen einen Raum für Austausch und Verständigung und geben neue Impulse für die Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen. Im ländlichen Raum haben Kunst und Kultur eine wichtige Orientierungsfunktion, sie sind ein Spiegel der eigenen Lebenswirklichkeit. Vor allem dörfliches Kulturleben transportiert Heimat und schafft Verbindungen zwischen den Menschen.

Die Niedersächsische Landesregierung fördert in diesem Zusammenhang die kulturelle Infrastruktur im ländlichen Raum und das damit verbundene breitenkulturelle Engagement vor Ort. Ein Beispiel hierfür sind die Landeskulturförderungen für die Musik mit dem großen Musikalisierungsprogramm „Wir machen die Musik“, das sich an Kunstschulen sowie Museen- und Kunstvereine richtet. Aber auch die Förderung der Soziokultur sowie der Denkmal- und Heimatpflege wirken weit in die Flächen des Landes hinein. So werden Kunst und Kultur vor Ort unterstützt und die dörfliche Integrationskraft sowie die kreativen Entwicklungspotenziale im Flächenland Niedersachsen gestärkt. Ein wesentlicher Faktor im Zusammenhang mit der Entwicklung ländlicher Räume ist die Motivation zum persönlichen Engagement in den Dörfern. Das bürgerschaftliche Engagement in den Dörfern ist eine tragende Säule, die es zu würdigen und zu stärken gilt.

Im Rahmen des bundesweit stattfindenden Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ erfolgt sowohl die Motivation als auch die Anerkennung des Engagements in besonderem Maße. Die Projekte und Initiativen, die seitens der Dörfer im Rahmen des Wettbewerbs präsentiert wurden, und die Ansätze, die in den Dörfern im Rahmen der Teilnahme neu entstanden sind, zeigen, dass allein die Teilnahme am Wettbewerb für die Dörfer, unabhängig vom jeweiligen Abschneiden, ein Gewinn hinsichtlich der Gestaltung der Zukunft ist.

Die Landesregierung unterstützt diesen Ansatz durch die fortlaufende Auslobung eines Landeswettbewerbs. Beispielgebend für andere Dörfer sind hier die Ideen und Ansätze der anderen Teilnehmerdörfer, insbesondere aber die der Landessieger. Im vergangenen Wettbewerb waren dies Böddenstedt (Landkreis Uelzen), Dudensen (Region Hannover) und Vrees (Landkreis Emsland).

3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.1 Herausforderungen

Attraktivität der ländlichen Räume, Zukunftsfähigkeit von Dörfern und dörfliche Integrationskraft gestalten und erhalten.

Wohnen und Leben auf dem Dorf: in schöner Landschaft, mit guter Nachbarschaft, ausreichend versorgt und im Einvernehmen mit (land-)wirtschaftlichen Betrieben. Was viele Jahrzehnte in den Gemeinden als gesichert galt, stellt den ländlichen Raum aktuell vor eine große Herausforderung, denn der wirtschaftliche und soziodemografische Strukturwandel erfordert Anpassungsprozesse. Nur im engen Schulterschluss der Dorfgemeinschaft, mit Unterstützung der Gemeinde, des Landkreises und des Landes, können die bestehenden und künftigen Probleme angenommen und gemeistert werden. Ebenso ist eine überdörfliche und regionale Dorfzusammenarbeit dafür unerlässlich. Angesichts der vielfältigen Interessen sowie der unterschiedlichen Erwartungen an das Zusammenleben auf dem Land ist es darüber hinaus heute wichtiger denn je, dass die verschiedenen Dorf-Milieus ihre Potenziale durch eine offene und integrationsfreundliche Kommunikationskultur noch besser entfalten.

Nahversorgungsstrukturen und -funktionen sowie Daseinsvorsorge durch alternative, flexible und mobile Angebote erhalten und wiederbeleben und nachhaltige Dorfstrukturen stabilisieren.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, des Rückzugs von Dienstleistungseinrichtungen aus den ländlichen Räumen und der sich abzeichnenden Veränderungen in der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs wirft die Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in ländlichen Räumen besondere Fragestellungen auf.

Mit den aus diesen Entwicklungen resultierenden Mobilitätsbedürfnissen in den ländlichen Räumen und den zu deren Befriedigung notwendigen Angeboten hat sich das Zukunftsforum in der letzten Arbeitsphase befasst.¹

Wie kann es bei einer aus unterschiedlichsten Gründen sinkenden Nachfrage gleichzeitig gelingen, die Grundversorgung der Bevölkerung in den ländlichen Räumen, hier insbesondere für diejenigen, die in ihrer individuellen Mobilität eingeschränkt sind, nachhaltig zu stabilisieren?

Die Herausforderung besteht darin, generationengerechte Strukturen nachhaltig zu erhalten, zu stabilisieren bzw. auf- und auszubauen. Dazu bedarf es neben den etablierten Versorgungsstrukturen maßgeschneiderter, flexibler und mobiler Angebote, die dem jeweiligen, wohnortnahen Bedarf Rechnung tragen.

Soziale und kulturelle Aktivitäten und Bildungsangebote, auch in interkommunaler Zusammenarbeit schaffen, erhalten und fördern.

Die Kulturlandschaft Niedersachsens zeichnet sich durch große Vielfalt aus. Ihr Reichtum liegt in seiner Bandbreite von Theaterproduktionen, Ausstellungen in Museen und Kunstvereinen, in einer vielfältigen freien Szene und einer bunten Breitenkultur. Diesen kulturellen Pluralismus in Zeiten eines rasanten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels zu erhalten und zu stärken ist notwendig, da Kunst und Kultur in diesem Prozess wichtige Ressourcen bieten. Sie sichern Traditionen und schaffen Identifikationen mit der Heimat. Sie sind Impulsgeber für neue Entwicklungen und Wegbereiter für die Verständigung mit anderen Kulturen.

Der ländliche Raum in Niedersachsen ist für viele Bürgerinnen und Bürger der Lebensmittelpunkt. Kunst und Kultur fördern und befördern die Entwicklung im eigenen Ort. Kultur im ländlichen Raum ist nicht nur passive Partizipation, sondern oft verbunden mit einem großem ehrenamtlichen Engagement. Dieses aktive Kultur(er)leben prägt den Charakter der ländlichen Regionen. Kultur im ländlichen Raum hat zudem Stärken, die sie selbstbewusst vertreten kann. So ist Kultur im ländlichen Raum selten beliebig. Es besteht oft eine enge Verbindung zwischen Kunst, Menschen und Umgebung.

Wichtig dabei ist es, dass Kunst und Kultur sich auch als Partner der lokalen Bildungslandschaften verstehen und sich deren Akteurinnen und Akteure im Querschnitt der Bereiche Jugend, Kultur, Schule, Erwachsenenbildung und Soziales bestmöglich vor Ort vernetzen, auch über kommunale Grenzen hinweg. Interkommunale Kooperationen bieten gerade kleinen dörflichen Einheiten vielfältige Möglichkeiten, voneinander zu profitieren und miteinander das kulturelle Leben zu gestalten.

Kunst und Kultur sind jedoch nicht nur wichtige Impulsgeber für kulturelle Bildung und gesellschaftliche Teilhabe, sondern auch nachhaltig relevant für die demografische Entwicklung.



Bürgerschaftliches Engagement und Vereinsleben stärken und unterstützen.

Die Kommunen stehen vor vielfältigen neuen Herausforderungen wie dem demografischen Wandel und höchst komplexen Aufgaben wie Integration und Inklusion. Insbesondere in ländlichen Gebieten sind diese nur in einer gemeinsamen Anstrengung von Staat und Zivilgesellschaft erfolgreich anzugehen, um dörfliche Integrationskraft und Versorgungsstrukturen zu erhalten.

Soziale Aktivitäten und Angebote im ländlichen Raum sind wesentliche Faktoren für das Zusammenleben in den Dörfern. Neben den vielen Vereinen und Institutionen, wie z. B. den Sportvereinen oder den Freiwilligen Feuerwehren, die Ausdruck des bürgerschaftlichen Engagements sind, gibt es eine Vielzahl von Institutionen, Vereinen und Initiativen, die sich um das soziale Wohl der Bürgerinnen und Bürger kümmern. Dazu gehören z. B. Besuchsdienste für Ältere und Kranke genauso wie Treff- und Austauschmöglichkeiten für junge Mütter und Väter oder Unterstützungsmaßnahmen für Flüchtlinge. Neben den Kirchengemeinden sind es beispielsweise Wohlfahrtsverbände, die soziale Aktivitäten organisieren und soziale Angebote und Dienstleistungen entwickeln. Die Ehrenamtlichen, die in den ländlichen Regionen diese Angebote durchführen, werden von professionellen Fachkräften unterstützt. Dieses bürgerschaftliche Engagement trägt wesentlich zum sozialen Zusammenhalt im dörflichen Gemeinwesen bei.

Bürgerinnen und Bürger sind bereit, sich an Verantwortungsgemeinschaften zu beteiligen, indem sie sich in ihrem direkten Lebensumfeld zunehmend selbstverständlich auch für gute Lebensbedingungen und die Realisierung von Wertvorstellungen engagieren. Dieses Engagement braucht Anerkennung, Unterstützung und Begleitung durch die Kommune, das Land und die Zivilgesellschaft. In dem Spannungsfeld zwischen Hauptamt und Ehrenamt bleiben jedoch viele Potenziale der Bürgerinnen und Bürger noch ungenutzt. Die Herausforderung ist, das bürgerschaftliche Engagement strategisch aufzubauen, anzuregen und fachlich zu begleiten.

Rechtliche Hemmnisse bei entwicklungs-, insbesondere demografierelevanten Vorhaben identifizieren und abbauen sowie niedrigschwellige Finanzierungsmöglichkeiten schaffen.²

Die Umsetzung von kleineren Projekten scheitert häufig an bestehenden (versicherungs-)rechtlichen Rahmenbedingungen. So können bspw. strenge Hygiene- oder Lebensmittelqualitätsstandards den Erlös aus dem Verkauf von selbstgebackenem Kuchen im Rahmen eines Dorffestes erschweren. Oder die Abgabenordnung lässt eine gemeinnützige Tätigkeit von Vereinen zur Schaffung alternativer Mobilitätsangebote nicht zu. Ebenso tragen versicherungsrechtliche Fragestellungen, wie die persönliche Haftung von Vereinsaktivistinnen und -aktivisten, nicht zu einer Stärkung bürgerschaftlichen Engagements bei. Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, rechtliche Hemmnisse für die Umsetzung von gemeinnützigen Kleinst- und Kleinprojekten zu identifizieren und abzubauen, um die gemeinwohlorientierten Aktiven zu unterstützen und das bürgerschaftliche Engagement zu stärken.

Neben den rechtlichen Hemmnissen erschwert die aktuelle (europäische) Förderkulisse die Unterstützung von Kleinst- und Kleinprojekten in Dörfern und ländlichen Räumen. Aufgrund der Bagatellgrenze bspw. in der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur integrierten ländlichen Entwicklung (ZILE) von 10 000 Euro können somit nur größere Projekte gefördert werden. Ein kleines Dorfevent zur Stärkung des dörflichen Zusammenhalts mit einem Zuschussbedarf von 500 Euro oder die Neugestaltung der Dorfmitte mit der Schaffung eines Holzpavillons als sozialer Treffpunkt, bei dem die Erstellung durch Eigenleistung erbracht wird und zusätzlich Materialkosten von 2 000 Euro anfallen, können häufig nicht gefördert werden. Lediglich im Rahmen der Förderung über LEADER bestehen niedrigschwellige Förderangebote. Im Rahmen der europäischen Förderkulisse können zahlreiche Projekte und Investitionen mit einem breiteren Förderspektrum und Empfängerkreis gefördert werden. Allerdings stellen die formalen Anforderungen insbesondere private oder

zivilgesellschaftliche Antragstellerinnen und Antragsteller wie Vereine häufig vor sehr große Herausforderungen.

Darüber hinaus sind bestehende niedrigschwellige Förderangebote oft nicht bekannt, da eine umfassende Beratung der Projektträgerinnen und -träger nicht gegeben ist. Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, möglichst niedrigschwellige und unbürokratische Finanzierungsmöglichkeiten zu schaffen, damit Engagement und Lebensqualität im ländlichen Raum weiter gestärkt werden können. Darüber hinaus empfiehlt das Zukunftsforum, geeignete Beratungsangebote für Projektträgerinnen und -träger zu entwickeln, die über bestehende Fördermöglichkeiten informieren.

Breitbandversorgung sichern sowie technische Innovationen und regionale Wertschöpfung als Chance erkennen und kommunizieren.

Eine große Herausforderung stellt bei Fragen der Versorgung in ländlichen Räumen immer wieder die Fläche dar: In ländlichen Regionen gilt es, mit hohem Aufwand große Distanzen zu überwinden, um damit letztendlich wenige Menschen mit bestimmten Angeboten zu bedienen. Es gilt einerseits, mit Breitbandinfrastruktur unterversorgte Gebiete mit einer den heutigen Anforderungen entsprechenden Technologie zu erschließen. Andererseits

bedarf es angesichts hoher Investitionen bei wenigen Menschen einer gezielten Förderung, um die Lücken zu schließen und schnelle Internetverbindungen anbieten zu können. Dabei sind die Synergien einer großflächigen Erschließung durch möglichst ein Unternehmen sowie die Nutzung bereits vorhandener Infrastrukturen auch anderer Anbieterinnen und Anbieter anzustreben, um Kosten zu minimieren. Nur so kann der digitalen Kluft zwischen ländlichen und städtischen Gebieten begegnet werden.

Um effiziente Lösungen zu realisieren, müssen die knappen Ressourcen intelligent miteinander kombiniert werden.

Erste Ideen und Ansätze zeigen auf, dass die Kombination von webbasierten Dienstleistungen in Verbindung mit Bring- und Holdiensten bestehende Versorgungslücken schließen helfen können. Dienste dieser Art müssen generationengerecht gestaltet sein.

Webbasierte Dienste dürfen dabei aber nicht dazu beitragen, einer sozialen Isolation Vorschub zu leisten. Vielmehr soll durch die Kombination des Breitbandausbaus mit neuen Dienstleistungsangeboten auf diesen Netzen die Lebensqualität im ländlichen Raum verbessert werden.

Ebenso wichtig ist die Breitbandversorgung im ländlichen Raum aber auch, um ihn als Wirtschaftsstandort attraktiv zu erhalten und so Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.



3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

3.2.1 Dorfgemeinschaften ins Gespräch bringen

1

Dorfgespräch der Katholischen LandVolkHochschule Oesede

Beschreibung

Kommunikatives Instrument schafft Transparenz

Die dialogABENDE dienen dazu, den Bürgerinnen und Bürgern einer Gemeinde Einblicke zu gewähren – zunächst ausschließlich in landwirtschaftliche Höfe, denn im Zusammenleben von Dorfgemeinschaft und Landwirtschaft zeigten sich in den zurückliegenden Jahren zunehmend Probleme, die nicht selten auf gegenseitigem Unverständnis beruhten. Wo Landwirtschaft Betreibende ihre Höfe öffnen, ihre Produktion zeigen und erklären, werden sie und ihr Handeln besser verstanden. So können Vorurteile abgebaut und sachgerechte Einschätzungen ermöglicht werden, ohne dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das landwirtschaftliche Tun gleich für gut befinden müssen. Die durchgeführten dialogABENDE haben gezeigt, dass diese Transparenz sehr hilfreich ist – für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, aber auch für die Landwirtinnen und Landwirte selbst, die sich dadurch in angemessener Weise wahrgenommen und dauerhaft besser verstanden fühlen. Die erprobte Herangehensweise ist auf alle Themen und Orte übertragbar, an denen sich institutionalisiertes Leben im Dorf vollzieht – Wirtschaftsbetriebe, Kirchen, (Bildungs-)Einrichtungen, Flüchtlingswohnheime etc.

Wichtig bleibt unabhängig vom jeweiligen Thema: Die Menschen sollen ganz bewusst „an Ort und Stelle“ zusammenkommen, das spezifische Unternehmen bzw. die spezifische Einrichtung oder Unterkunft in Augenschein nehmen, Einblicke und Erklärungen erhalten, ihre Fragen direkt hier, am Brennpunkt ihres Interesses, stellen können und beantwortet bekommen.



Dorfbeobachterinnen und -beobachter aus der Ortschaft Tinnen werden am Modell des Ortes für Herausforderungen sensibilisiert

Viele Themen – großes Potenzial

Wie beim dialogABEND möchte auch der auf längeren Zeitraum angesetzte dialogPROZESS das ganze Dorf einbinden. Ausgehend von einer umfassenden Analyse wird im Gespräch die dörfliche Zukunft entwickelt und Verantwortung übernommen. Das Dorf profiliert seinen Charakter! Im Rahmen des dialogPROZESSES werden den Dorfgemeinschaften Instrumente aufgezeigt, wie sie im Gespräch bleiben und gegebenenfalls Konflikte bearbeiten, damit sie gut miteinander leben können. Themen dieser breit angelegten Beteiligungsverfahren waren zum Beispiel die Integration neu Zugezogener, Folgen des demografischen Wandels; Ideen für Aktionen, die das Dorf als Ganzes zusammenführen. Aber auch die Entwicklung eines Leitbildes sowie die Vorbereitung auf die Dorfentwicklungsplanung waren Ergebnisse, die aus diesem Prozess resultierten.

Die Funktionalität und Praktikabilität als Instrument zum Aufbau einer dörflichen Kommunikation basieren auf der pragmatischen Anlage des Verfahrens: Der Zeitrahmen ist überschaubar (maximal ein Jahr), der Ablauf klar strukturiert und die Moderation des Prozesses erfolgt durch professionelle Beraterinnen und Berater. Nach Abschluss des Projektes verfügen die Dorfgemeinschaften mindestens über fundierte Erfahrungen im themenbezogenen Austausch, im besten Fall sogar über strukturelle Instrumente für den dauerhaften Dialog.

Nah am Lebensalltag der Menschen

Teilnehmen können grundsätzlich alle Gemeinden, unabhängig von ihrer aktuellen Situation: So kann eine akute Problemlage Ausgangspunkt des Prozesses sein, dies ist aber kein „Muss“. Dörfer, die über eine intakte Gemeinschaft verfügen und aktuell keine besondere Herausforderung für sich sehen, können den dialogPROZESS als Beteiligungsinstrument nutzen, mit dem die Basis für zukünftige Entwicklungen in enger Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern gelegt wird.

Ziel des dialogPROZESSES ist es immer, Themen aufzugreifen, die den Lebensalltag der Menschen berühren. Diese Nähe und persönliche Betroffenheit sind es auch, die zukünftig noch mehr Bürgerinnen und Bürger für die Mitarbeit sensibilisieren und gewinnen sollen. Die Herausforderungen und Probleme in den Dörfern werden häufig erkannt, genauso wie die Notwendigkeit, miteinander zu sprechen. Dennoch hakt es oft bei der Initiierung dieses Gesprächs: Wie miteinander reden? Das ist eine oft gestellte Frage. Der dialogABEND und der dialogPROZESS geben hierauf Antworten.



Führung auf dem landwirtschaftlichen Hof Kaalmink: gegenseitiges Verständnis für Leben und Wirtschaften im Dorf



Gemeinschaft im Dialog: Einwohnerinnen bringen ihre Kompetenzen ein

Katholische LandvolkHochschule (KLVHS)Oesede

Gartbrink 5
49124 Georgsmarienhütte
Telefon 05401 8668-0
Telefax 05401 8668-60

Johannes Buß

Hausleiter
Telefon 05401 8668-73
E-Mail dorfgespraech@klvhs.de

Michael Ripperda

Projektreferent Dorfgespräch
E-Mail ripperda@klvhs.de



2

Dorfmoderation Südniedersachsen

Beschreibung

Moderierte Dorfprozesse: Ins Gespräch kommen, Ideen entwickeln, Projekte umsetzen

Mit Hilfe von Dorfmoderation sollen Menschen befähigt werden, dorfeigene Potenziale sowie Fähigkeiten und Fertigkeiten von Dorfbewohnerinnen und -bewohnern zu erkennen und zu fördern. Dabei soll die Dorfmoderation vorhandene Strukturen (Dorfvorsteher, Ortsrat, Vereine) nicht ersetzen, sondern ergänzen. Das Konzept der „Dorfmoderation Südniedersachsen“ installiert in einem Ort einen auf Dauer angelegten und größtenteils aus lokalen Kräften organisierten und moderierten Dorfentwicklungsprozess. In Dorfversammlungen und Arbeitsgruppen werden Probleme und Potenziale gleichermaßen thematisiert und konkrete Lösungswege gefunden. Das Projekt hat insbesondere für strukturschwache Regionen mit ungünstigen demografischen, strukturellen und wirtschaftlichen Prognosen Modellcharakter.

Das innere Potenzial entfalten

Die Dorfmoderation Südniedersachsen hat ihre Wurzeln in zwei von der LEADER-Region Göttinger Land beauftragten Projekten: „Güntersen – Dorf mit Zukunft“ und „Dorf 2020: Zusammenarbeit von Hilkerode und Breitenberg“. In Güntersen hat der Verein Freie Altenarbeit Göttingen e. V. von 2010 bis 2012 mit einem dorfexternen Moderationsteam eine Kommunikationsstruktur angeregt, bestehend aus Dorfversammlungen und angegliederten Themen-AGs. Ca. 10 Prozent der Dorfbewohnerinnen und -bewohner brachten ihre Ideen ein. Projekte wurden schon in der Anfangsphase umgesetzt. Getragen vom Ortsrat und zusammen mit den Vereinen konnte diese Struktur dauerhaft etabliert werden. Durch die gestärkte Widerstandsfähigkeit konnte sich der Ort sogar demokratiefeindlichen Herausforderungen besser stellen.

Reflexion und Dorf-Kompetenzen stärken

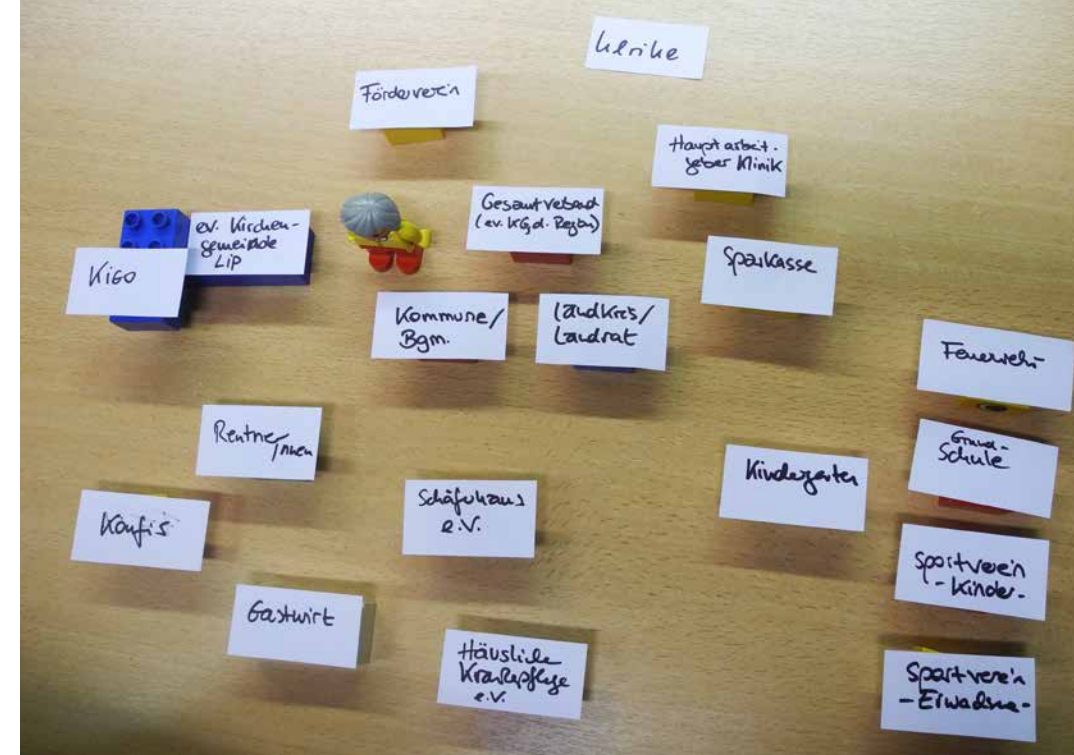
Aufgrund dieser Erfahrungen wurden von der Freien Altenarbeit Göttingen e. V. mit Unterstützung des Bundesfamilienministeriums (Programm Zuhause im Alter) 2012 und 2014 Fortbildungen zur Ausbildung von Dorfmoderatorinnen und -moderatoren durchgeführt. Das Curriculum vermittelt Kompetenzen in den Bereichen Dorfanalyse, Dorfprozesse, „Dritter Sozialraum“, sorgende Gemeinschaft, Netzwerken, zurückgenommene Moderationshaltung, Reflexionsmethoden und Projektumsetzung. Die Absolventinnen und Absolventen unterstützen sehr bedarfsorientiert ihre Orte durch empathisches Zuhören, sensible Impulse und – wenn gewünscht – auch durch Moderation. Sie bringen sich in bestehende Gruppen ein; zusammen mit dem Orts- oder Gemeinderat rufen sie neue Gesprächsrunden ins Leben, aktivieren neue Dorfbewohnerinnen und -bewohner oder verbinden verschiedene Gruppierungen und Vereine. Möglicherweise wird dadurch ein Begegnungsort reaktiviert oder neu geschaffen, manchmal auch gestützt durch die Gründung eines Dorfvereins.

Vernetzung als Schlüsselkompetenz

Auf Landkreisebene treffen sich die Dorfmoderatorinnen und -moderatoren regelmäßig zum Erfahrungsaustausch und vernetzen sich mit anderen Freiwilligen (Nachbarschaftshilfen, Seniorenbeauftragten etc.). Innerhalb der Kreisverwaltung und bei den Bildungsträgern stehen fachspezifische Ansprechpartnerinnen und -partner zur Verfügung. Auf Trägerebene haben sich vier Einrichtungen (Demografiemanagement des Landkreises Göttingen, Leader Regionalmanagement Göttinger Land, Freie Altenarbeit Göttingen e. V. und LEB-Ländliche Erwachsenenbildung) zur „Arbeitsgemeinschaft Dorfmoderation Göttinger Land“ zusammengeschlossen.

AG Dorfmoderation Göttinger Land

c/o Landkreis Göttingen, Demografiemanagement
Regina Meyer
Telefon 0551 525-2805
E-Mail meyer.r@landkreisgoettingen.de



Dorfmoderation – Fortbildung

Begründung 1 2

Die Selbstorganisationspotenziale einer Dorfgemeinschaft können in offenen konstruktiven Kommunikationsprozessen besser wirksam werden. Dazu passende Bewältigungsstrategien wurden in Niedersachsen u. a. in den zwei beschriebenen Modellprojekten aufgezeigt: Im „Dorfgespräch“ (Weser-Ems) werden die Dörfer bei der Entwicklung ihrer Gesprächskultur ganz bewusst von außen unterstützt, während im Projekt „Dorfmoderation“ (Südniedersachsen) intrinsisch motivierte Dorfbewohnerinnen und -bewohner zu Dorfmoderationsteams für „ihre“ Orte ausgebildet werden. Auch andere Modellprojekte zur Anpassung der Infrastruktur an den Strukturwandel sind zu dem Ergebnis gekommen, dass sie nur dann erfolgreich sind, wenn es gelingt, Akteurinnen und Akteure vor Ort zu finden, die sich um entsprechende Prozesse „kümmern“ oder sie „moderieren“.

An dieser Stelle setzt eine entsprechende Qualifizierungsmaßnahme des niedersächsischen Programms „PFEIL“ zum Europäischen Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER) an, die auf eine Qualifizierung von ca. 700 ländlichen Akteurinnen und Akteuren zu Dorfmoderatorinnen und Dorfmoderatoren ausgerichtet ist und im Herbst dieses Jahres mit einer ersten Qualifizierungsrunde beginnt. Vom Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ist eine dreigliedrige Struktur vorgesehen. Modul 1 wird durch die bereits bestehende und vom Sozialministerium finanzierte Qualifizierung zu Engagementlotsinnen und -lotsen abgedeckt. In Modul 2 werden die Dorfmoderatorinnen und -moderatoren im Bereich Dorfentwicklung und Moderation ausgebildet. Ein Vertiefungsmodul 3 soll die dorf- und regionsspezifischen Bestimmungsfak-

toren berücksichtigen und die Anwendung in dörflichen Moderationsprozessen zeigen. Die Maßnahme soll dazu beitragen, Entwicklungsprozesse in Dörfern auch außerhalb des Programms zur Förderung der Dorfentwicklung oder der Programme der Städtebauförderung zu initiieren, zu unterstützen und zu verstetigen. Durch unterschiedliche Vertiefungsansätze der Qualifizierung können ländliche Gemeinden ein Moderatorenteam bilden, das ein großes Spektrum von Entwicklungsthemen abdeckt.



Empfehlung 1 2

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und langfristig das Ziel zu verfolgen, zur Berücksichtigung dorf- und regionsspezifischer Faktoren endogene soziale Dorfentwicklung zu verstetigen und diese auch mit Dorfentwicklungsprozessen der Förderprogramme zu verbinden.



3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

3.2.2 Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im ländlichen Raum

Ob sich mit der Zuwanderung in mittlerer Perspektive Chancen für den ländlichen Raum eröffnen, wird letztlich wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, Bleibeperspektiven zu bieten. Hier geht es beispielsweise um neue Perspektiven der Aus- und Fortbildung bzw. der Anpassungsqualifizierung; der Schaffung bzw. Bereitstellung von attraktivem Wohnraum unter Nutzung der vorhandenen Potenziale und die Einbindung der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger in das gesellschaftliche Leben vor Ort. Oftmals fehlen Netzwerke, vertraute Personen und Kenntnisse über die vorhandenen Strukturen. Deshalb sind niedrigschwellige Angebote, Begegnungsmöglichkeiten und Fachangebote – zugeschnitten auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Zugewanderten und Einheimischen – notwendig.

Das Zukunftsforum hat das Thema der Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den ländlichen Räumen als bedeutende Herausforderung identifiziert und sich auf die Agenda gesetzt, Chancen für die regionale Entwicklung herauszuarbeiten. Zu nennen sind hier beispielsweise Potenziale zur Reduzierung der Leerstandsproblematik in Schrumpfräumen, die Minderung des Fachkräftemangels, die verbesserte Auslastung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen, die Erhöhung der kulturellen Vielfalt, die positive Beeinflussung der Altersstruktur der Bevölkerung sowie die seit Jahren steigende Zahl von Unternehmerinnen und Unternehmern mit Zuwanderungsgeschichte, die ihrerseits eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze schaffen. Neu Zugewanderte bringen viele Potenziale mit, die für die dörflichen Gemeinschaften eine wichtige Ressource darstellen, aber auch neue Herausforderungen schaffen.

3 „Neue Nachbarn“: Koordinierungs- und Beratungsstelle für die Flüchtlingshilfe in den Ortschaften der Stadt Einbeck

Beschreibung

Das Herz des Projektes ist eine Koordinierungs- und Beratungsstelle für freiwillig Engagierte in der Flüchtlingshilfe in Einbeck. Die Herausforderung ist unübersehbar. Die Kommunen im Landkreis Northeim haben 2015/16 die Aufgabe, bis zu 1 000 Flüchtlinge zu integrieren. Die Bereitschaft von Freiwilligen, bei der Bewältigung der Aufgabe mitzuarbeiten, ist sehr groß.

Ziel des Projektes ist es, engagierte Menschen fachlich zu beraten, damit eine erfolgreiche Flüchtlingsbegleitung stattfinden kann. Die Koordinierungsstelle trägt dazu bei, dass die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Ressourcen vernetzt werden und somit ein optimal abgestimmtes Hilfesystem wächst. Für den langfristigen Erfolg des Projektes ist ein professionelles Freiwilligen- bzw. Ressourcenmanagement unabdingbar.

Deshalb wurde eine hauptamtliche Koordinatorin als Ansprechpartnerin für die Flüchtlinge im Umfang von 25 Wochenstunden angestellt sowie ein Flüchtlingsbetreuer mit einer vollen Stelle, der sich um behördliche Angelegenheiten und die Integration in Ausbildung und Arbeit kümmert.

Die Koordinierungsstelle erreicht drei wesentliche Zielgruppen:

1. Flüchtlinge und Asylsuchende, die der Unterstützung und Hilfe bedürfen,
2. freiwillige Engagierte in den Kirchengemeinden des Kirchenkreises Leine-Solling bzw. Personen, die sich perspektivisch einbringen möchten,
3. hauptamtliche Akteurinnen und Akteure im vorhandenen Hilfesystem.

Zur Vorbereitung des Projektes wurde mit Wirkung vom 1. April 2015 ein abgestimmtes Handlungskonzept erarbeitet:

- systematisierte Bestandsaufnahme der vorhandenen Engagierten und entsprechenden Kreise/Kooperation mit den Kirchengemeinden,
- Abgleich mit Unterstützungsbedarf der Zielgruppe „Asylsuchende und Flüchtlinge“, Vorbereitung der Engagierten auf die ehrenamtliche Arbeit,
- Anbahnung von Unterstützungs- und Betreuungspartnerschaften in Kooperation mit den Flüchtlingssozialarbeitern und Beratungsstellen,
- Beratung und Unterstützung bei Fragen rund um das freiwillige Engagement,
- Erstellung von Schulungsmodulen und Organisation von Info-Veranstaltungen,
- Planung und Durchführung von Reflexionstreffen,
- kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit über lokale Printmedien, Internet und Gemeindebriefe.

Im ersten Schritt wurde bereits ein elektronisches Erfassungssystem für die Freiwilligen installiert. In den Pfarrbüros des Kirchenkreises und im Internet (www.diakoniestiftung-einbeck.de) ist der Helferbogen verfügbar. Die Rückläufe werden in einer zentralen Access-Datenbank erfasst.

Die Erfahrungen der ersten zwölf Monate belegen den Erfolg des Projektes. Die Flüchtlinge sind in den Dörfern anerkannt, sie machen erkennbare Fortschritte beim Spracherwerb und bei der Integration. Das enge Netz der Helferinnen und Helfer unterstützt individuell und situationsbezogen.

Die Freiwilligen arbeiten auf dem Gebiet der Alltagshilfen (z. B. Beschriftung Klingel, Mülltrennung, Einkauf, Kontakt Vereine) und sind behilflich im Umgang mit Behörden (Schulanmeldung,

Energieversorger, Sozialleistungen, Ausländerbehörde). Sie übernehmen Fahrten zu Ärztinnen und Ärzten, Krankenhäusern und Behörden. Im Bereich Sprache und Bildung unterstützen sie bei der Basisvermittlung „Deutsch“ und bei der Hausaufgabenhilfe. Das Projekt unter der Leitung des Diakonischen Werkes Leine-Solling in Einbeck lebt von einer engen Vernetzung vieler Akteurinnen und Akteure sowie der Hilffssysteme in Stadt und Landkreis. Zur Bewältigung ihrer Aufgabe werden die Freiwilligen geschult in:

- Erste Hilfe im Alltag: Orientierungsrouten für Flüchtlinge, medizinische Hilfe, Einkaufstraining, Anmeldung in Schulen und Kindergärten, öffentliche Verkehrsmittel,
- rechtliche Rahmenbedingungen, Stationen und Grundlagen des Asylverfahrens, Rechte und Einschränkungen von Asylsuchenden, Leistungsrecht, Dublin-III-Verordnung,
- Informationen rund um das lokale Hilfesystem: Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in Behörden, Beratungsstellen mit Angeboten für Flüchtlinge, Tafeln, Kleiderkammern, Rechtsanwälte für Ausländerrecht, Kontakt zu Vereinen,
- Hintergründe Kultur und Herkunftsländer: Fluchtrouten, Infos zu den fluchtauslösenden Umständen, religiöse Sitten und Bräuche,
- selbstreflexive Schulungen: eigene Rolle im Hilfesystem, Möglichkeiten und Grenzen des Engagements, Motive des Engagements, Balance „Nähe und Distanz“.

Die Finanzierung ruht auf vielfältigem Engagement, auf Förderung der Stadt Einbeck, der kirchlichen Stiftung „Nächstenliebe in Einbeck“, der Stiftung der Familie Büchting Einbeck, des Unternehmens KWS Einbeck, der ev.-luth. Landeskirche Hannovers, des Kirchenkreises Leine-Solling sowie Spenden der Kirchengemeinden.

Der Projektleiter, ein Sozialarbeiter der Kirche, ist qualifiziert in Fundraising und Freiwilligenarbeit sowie Sozialberatung und systemischer Therapie. Ein Mitarbeiter ist in seinem politischen Ehrenamt vernetzt, eine Mitarbeiterin achtsprachig mit Zuwanderungsgeschichte.



Begründung

Der Zuzug der Flüchtlinge hat die strukturellen Schwächen des ländlichen Raumes aufgedeckt: mangelnde Mobilität für die Bewohnerinnen und Bewohner, Gesundheitsversorgung, Arbeitsplätze. Aber auch die Vorzüge in Bezug auf den überschaubaren Lebensraum, die Vereinsstrukturen und die Nachbarschaft werden deutlich. Mit der Integration der Flüchtlinge wird die Hoffnung verknüpft, dass sie unbewohnte Häuser und Wohnungen in den strukturschwachen Regionen zu ihrem Lebensraum machen und dadurch das Gemeinwesen stärken und beleben.

Die Arbeitsgruppe hat angesichts der aktuellen und zukünftigen Bedeutung des Themas Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen in den ländlichen Räumen das Projekt „Neue Nachbarn“ als vorbildliches und beispielhaftes Projekt für die Flüchtlingsarbeit bewertet.

Das Projekt setzt in der Integration von Flüchtlingen auf den Wert einer gelingenden Nachbarschaft. Es unterstützt die Begegnung und Dialogbereitschaft von neuen Nachbarinnen und Nachbarn, die sich auf einen gemeinsamen Lernprozess einlassen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das Konzept „Neue Nachbarn Einbeck“ zur Unterstützung von Freiwilligen, die sich insbesondere für die Integration von Flüchtlingen engagieren, finanziell ebenso wie weitere, ähnliche Projekte in Niedersachsen zu fördern.

Diakonisches Werk Leine-Solling

Projekt „Neue Nachbarn“
Zsuzsanna Bényei-Büttner
Hohe Münsterstraße 11
37574 Einbeck
Telefon 05561 3139277
E-Mail buettner@diakoniestiftung-einbeck.de

Diakonisches Werk Leine-Solling

Projekt „Neue Nachbarn“
Roland Heimann
Wilhelmstr. 21
37574 Einbeck
Telefon 05563 70210
E-Mail heimann@diakoniestiftung-einbeck.de

Kirchenkreissozialarbeiter und Geschäftsführer der Diakoniestiftung

Diakonisches Werk Leine-Solling
Marco Spindler
Hohe Münsterstraße 11
37574 Einbeck
Telefon 05561 1004
E-Mail marco.spindler@t-online.de

Weitere Informationen unter
www.diakoniestiftung-einbeck.de
www.facebook.com/NeueNachbarnEinbeck

4

Projektvorschlag: Gründungsberatung für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in ländlichen Räumen

Beschreibung

Ziel ist es, eine flächendeckende, dezentrale Beratungsstruktur rund um die Existenzgründung für den ländlichen Raum in Niedersachsen aufzubauen. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sollen sowohl in der ersten Phase der Gründung als auch während Umstrukturierungsphasen oder bei Betriebsübernahmen beraten und begleitet werden. Die Beratung sollte bestenfalls in mehreren Sprachen, mindestens aber in arabischer Sprache, zur Verfügung stehen, und kann telefonisch, per E-Mail oder persönlich erfolgen. Sie soll u. a. folgende Punkte umfassen: von der Idee zum tragfähigen Betriebskonzept, Raum- und Flächensuche, Buchführung, Steuerfragen, Fördermöglichkeiten. Eine eigene Webseite ergänzt das Angebot. Eine enge Vernetzung mit vorhandenen Angeboten, auch aus dem großstädtischen Bereich, und eine wissenschaftliche Begleitung durch die HAWK, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim, Holzminden, Göttingen, Fakultät Management, Soziale Arbeit, Bauen, sind vorgesehen, um die Arbeitsweisen bzw. Ergebnisse entsprechend zu reflektieren.

Amfn e. V. (Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen in Niedersachsen) bietet sich als Träger an, um die enge Verbindung zur Zielgruppe zu gewährleisten. Eine gute Zusammenarbeit zu Wirtschaftsförderungen der Landkreise ist erforderlich, um Synergien mit vorhandenen Angeboten der Existenzgründungsberatung zu ermöglichen. Kooperationen und der Austausch mit anderen Akteurinnen und Akteuren, die im Bereich der Gründungsberatung tätig sind, wie z. B. IHK, HWK, DeHoGa, Kreishandwerkerschaften und auch: die Ämter für Landesentwicklung, die zahlreichen Gründerzentren, das IQ-Netz zur Beratung und Nachqualifizierung von Migrantinnen und Migranten mit ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen, die Handels- und Handwerkskammern, der Caritasverband in Osnabrück zur Beratung von Unternehmerinnen und Unternehmern, die Gründerinnenzentren, Co-Stellen für Frauen, das Netzwerk Fair-Bleib für Asylbewerber in Südniedersachsen und weitere Migrantenorga-

nisationen sind vorgesehen. Der Zusammenschluss verschiedener Netzwerke zum Thema „Gründungsberatung“ ist angedacht.

Begründung

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte beleben die Gründungsszene schon seit Jahren. Im letzten Jahr wurden geschätzt durch den DIHK deutschlandweit ca. 50 000 neue Arbeitsplätze durch Unternehmen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte geschaffen.³

Im ländlichen Raum fehlen den potenziellen Gründerinnen und Gründern Informationen über formale Anforderungen der Gründung, Fördermöglichkeiten oder andere spezifische Beratungsangebote, die in den städtischen Ballungsräumen vorhanden sind. In dünnbesiedelten Räumen würden derartige Strukturen aber nicht ausgelastet und die Finanzierung durch die Kommunen/Landkreise wäre kaum möglich.

Damit gehen den ländlichen Räumen nicht nur Möglichkeiten zur Schaffung dringend benötigter Arbeits- und Ausbildungsplätze verloren, sondern auch wichtige Infrastrukturen zur Erhöhung der Attraktivität. Unternehmen von Migrantinnen und Migranten haben in den letzten Jahren Tausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. In ländlichen Gebieten ist es besonders wichtig, dass keine weiteren Arbeitsplätze abgebaut, sondern neue geschaffen werden, um erstens die Attraktivität dieser Gebiete für junge Menschen zu erhöhen und zweitens auch für neu Zugewanderte.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Existenzgründung für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und Flüchtlinge im ländlichen Raum zu unterstützen, um die Teilhabe an der gesellschaftlichen Gestaltung auch für diese Personengruppen zu gewährleisten und deren vielfältige Potenziale zu nutzen.

amfn e.V.
Kurt-Schumacher-Str. 29
30159 Hannover
E-Mail info@amfn.de



5

Förderung von Alltagskompetenzen als Basis für Integration

Beschreibung

Alltagsaufgaben begleiten Frauen wie Männer das ganze Leben – unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Kultur. Die in Deutschland lebenden Frauen und Männer mit Zuwanderungsgeschichte sowie die zu uns kommenden geflüchteten Menschen bringen individuelle Alltagskompetenzen mit, die eine wesentliche Basis für das Leben in einem neuen Umfeld darstellen.

Menschen dort abholen, wo sie sind, das ist eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Landfrauen greifen diese Voraussetzung auf, indem sie an die Alltagskompetenzen von Frauen anknüpfen: überall auf der Welt kümmern diese sich um die Ernährung, nehmen hauswirtschaftliche Aufgaben wahr, bewirtschaften Nutzgärten, sind künstlerisch tätig etc. Damit verfügen sie über erhebliche Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die Landfrauenvereine in zahlreichen lokalen und regionalen Projekten nutzen und in einen Kontext zum Leben im ländlichen Raum bringen.

Beispielhaft werden folgende bestehende Projekte für Frauen von Frauen aufgeführt:



Zuerst gemeinsam backen, dann gemeinsam genießen – so kann Integration gelingen

Internationaler Garten des KreislandFrauenverbandes Stade

Der Internationale Garten Stade ist ein Integrationsprojekt des KreislandFrauenverbandes Stade. Er ist ein Gemeinschaftsprojekt mit dem Verein für Interkulturelle Kompetenz (ZinK-Ko) und der Berufsbildenden Schule III (BBS III)

Für das Projekt hat die BBS III eine Gartenanlage zur Verfügung gestellt, die in Parzellen zu je 10 m² eingeteilt ist. Jede Parzelle wird gemeinsam bepflanzt, gepflegt und geerntet. Dabei lernen die Frauen regionales Obst und Gemüse, aber auch Produkte aus den Herkunftsländern der mehrheimischen Frauen kennen. Im lockeren Austausch werden die Frauen mit der deutschen Sprache vertraut gemacht. Die geernteten Produkte werden gemeinsam verarbeitet, z. B. bei Kaffee und Kuchen, in Verbindung mit Kochkursen und bei Gartenfesten.

Landfrauen backen und nähen mit Flüchtlingsfrauen

Der LandFrauenverein Harsefeld hat ebenfalls einen Ansatz gewählt, Frauen über vertraute Aktivitäten anzusprechen und so einen Weg ins dörfliche Leben zu finden. Ziel ist es, Frauen aus ihrem eintönigen Alltag herauszuholen, Kontakte aufzubauen und über gemeinsames Tun die Sprache zu erlernen.

In einem Teilprojekt haben die Landfrauen Flüchtlingsfrauen eingeladen, gemeinsam Kuchen und Plätzchen zu backen. Die Schule vor Ort stellt ihre Schulküche zur Verfügung, die Sprachvermittler des Asylkreises Harsefeld haben deutsche und fremde Rezepte ins Arabische übersetzt. Anhand des praktischen Tuns lernen die Frauen Backtechniken kennen, wobei sich die Teilnehmerinnen austauschen, Gemeinsamkeiten entdecken können, über das Vertraute Neues kennenlernen.

Im Mittelpunkt eines weiteren Teilprojektes steht das gemeinsame Nähen. In Kooperation mit einer Schule, die die erforderlichen Nähmaschinen zur Verfügung stellt, nähen die Landfrauen gemeinsam mit den Flüchtlingsfrauen Schals, Tücher, Schürzen und Taschen aus bunten Baumwollstoffen, aber auch Kuschelkissen und Babydecken für die Kinder. Für die Kinder wird eine Kinderbetreuung organisiert. Um die ersten Sprachhindernisse zu überwinden, übersetzt eine Dolmetscherin.

Begründung

Die genannten Projekte sind beispielhaft für zahlreiche Kleinprojekte, die niederschwellig, unbürokratisch und ehrenamtlich dazu beitragen, Flüchtlingsfrauen und Frauen mit Migrationshintergrund in die Dorfgemeinschaft einzubinden. Die teilnehmenden Frauen entwickeln und erarbeiten gemeinsam Alltagsprodukte. Über vertraute Handlungsschritte werden Alltagskompetenzen vermittelt, die in der neuen Heimat selbstverständlich sind. Gleichzeitig erfahren und erleben die Landfrauen, wie die entsprechenden Aufgaben in den jeweiligen Heimatländern der Teilnehmerinnen umgesetzt werden. Daraus ergibt sich ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Die Erfahrung zeigt, dass das Zusammenarbeiten in Frauengruppen von der ganzen Familie, d. h. auch von den Männern, akzeptiert wird.

Die Projekte dienen der internationalen Verständigung. Er ist eine Plattform, auf der heimische und mehrheimische Frauen ins Gespräch kommen, sich ungezwungen austauschen und Freundschaften entwickeln.

Über die Zusammenarbeit mit anderen Partnern wie Kommunen, Schulen, andere Vereine, Sprachvermittler etc. ergeben sich erhebliche Vernetzungspotenziale, das soziale und kulturelle Leben in den Dörfern wird gestärkt. Langfristig können gemeinsame Zukunftsperspektiven entwickelt und umgesetzt und die dörflichen Strukturen gesichert werden.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, niedrighschwellige, kleine und regionale Projekte zu unterstützen und zu fördern, die auf Alltagskompetenzen von Frauen und Männern in allen Regionen Niedersachsens aufbauen. Dies fördert die Integration in neue Lebensverhältnisse. Die Unterstützung sollte dabei sowohl finanziell, aber auch auf sächlicher und fachlicher Ebene erfolgen, ohne bürokratische Hürden.



Gartenpflege – gemeinsam macht sie mehr Spaß

KreislandFrauenverband Stade

Dörthe Neumann
Bahnhofstr. 100
21717 Fredenbeck
Telefon 04149 7233
Telefax 04149 933827
E-Mail neumann.fredenbeck@ewe.net

Weitere Informationen unter
www.kreislandfrauen-stade.de

LandFrauenverein Harsefeld und Umgebung e. V.

Andrea Brand
Sudetenstr. 52
21698 Harsefeld
Telefon 04164 9064779
Telefax 04164 9063194
E-Mail andrea.brand@lfv-harsefeld.de

Weitere Informationen unter
www.landfrauen-harsefeld.de
www.ak-asyl-harsefeld.de



3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

3.2.3 Versorgungsstrukturen erhalten und wiederbeleben

6 Dorfläden

Beschreibung

Der Lebensmitteleinzelhandel geht in der Fläche weiter zurück. Kleinere Lebensmittelgeschäfte schließen aus Altersgründen, mangels Nachfolge oder aufgrund fehlender Wirtschaftlichkeit. Während die Verkaufsfläche im Lebensmitteleinzelhandel bundesweit anstieg, insbesondere in den städtischen Bereichen, ging sie in vielen ländlichen Teilräumen zurück. Ergänzend dazu ist ein Verdrängungswettbewerb im Gange, der das Angebot zugunsten von (ggf. wenigen) großflächigen Supermärkten und Discountern am Ortsrand oder im Nachbarort und zu Lasten innerörtlicher und fußläufig erreichbarer (kleinerer) Standorte verschiebt.

Gegen diesen Trend entwickeln sich an vielen Orten Dorfläden. Unter Überschriften wie „Von Bürgern für Bürger“, „Einkaufen, wo ich zu Hause bin“ oder „Selbst ist der Kunde“ genießen Dorfläden eine zunehmende Beliebtheit. Dorfläden stellen eine Weiterentwicklung oder eine Ergänzung der Nachbarschaftsläden und von Hofläden dar. Neben einem angemessenen Grundsortiment werden häufig weitere Dienstleistungen mit in das Konzept einbezogen.

Der Erfolg dörflicher Nahversorgungsstrukturen ist maßgeblich davon abhängig, in welchem Umfang die Akzeptanz des Ladens sowie die Nachfrage der angebotenen Güter und Dienstleistungen einen wirtschaftlichen Betrieb unterstützen können. Lage, Größe und Erreichbarkeit, Angebot und Betriebsform sind entscheidende Faktoren für ein erfolversprechendes Geschäftsmodell. Aber auch die Flexibilität von Unternehmen, das Engagement lokal anerkannter Schlüsselpersonen und eine optimistische Einstellung der Akteurinnen und Akteure in den Dörfern bilden eine wichtige Grundlage für zukunftsfähige Lösungen. Im Folgenden soll allgemein auf die wichtigsten Faktoren eingegangen

werden. Die aufgeführten Beispiele sollen Ideen geben, wie unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Bedarfe Dorfläden zur Sicherung einer wohnortnahen Versorgung beitragen können. Dorfläden können eine wichtige Rolle spielen, wenn es um Ansätze für eine Entwicklung des Dorfes als Lebens- und Einkommensgrundlage der Dorfbevölkerung, zur Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, zur Erhaltung und Entwicklung wirtschaftlicher Existenzgrundlagen, zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen (z. B. Vermarktung regionaler Erzeugnisse) und zur Entwicklung des Tourismus geht. Darüber hinaus dienen sie auch als (zufällige) Kommunikations- und Treffpunkte, erfüllen auf diese Weise in erheblichem Umfang das Bedürfnis nach Kontakt und Gemeinschaft und sind ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität.

Unterschiedliche Betreibermodelle sind möglich. Hinsichtlich der Akzeptanz gelten von den Bürgerinnen und Bürgern getragene Modelle, z. B. in der Form der Genossenschaft, als erfolversprechend, da sie in „ihrem“ Laden einkaufen. Die Beteiligung an den Geschäftsanteilen ist dabei weniger eine an Gewinn orientierte Investition als eine Investition in die Lebensqualität vor Ort. Wichtig ist, dass auf diesem Wege eine hohe Identifikation mit dem Dorfladen erreicht wird. Ebenso sind aber von Einzelnen oder von der Gemeinde getragene Modelle denkbar.

Preise, Sortiment und ergänzende Serviceangebote sind weitere Faktoren für den erfolgreichen Betrieb eines Dorfladens. Moderat höhere Preise werden durch den Vorteil der Ortsnähe und soziale Komponenten, die der „Treffpunkt Dorfladen“ mit sich bringt, in Kauf genommen. Ein ausgewogenes Sortiment aus bekannten Markenprodukten und preisgünstigen Eigenmarken deckt die unterschiedlichen Ansprüche ab. Bedarfsgerechte Bestell-, Bring- und Lieferservices können insbesondere die ältere Bevölkerung unterstützen.

Das Fundament des Dorfladen-Konzepts sollte auf mehreren Säulen ruhen, d. h. dass alleine ein Warenangebot und ein einzelnes Dienstleistungsangebot nicht nachhaltig sein dürften. Die Einbeziehung weiterer Dienstleistungen wie z. B. Paketdienste, Bestellannahmen, Reise- oder Versicherungsagenturen oder temporär wechselnde Dienstleistungen sichern den wirtschaftlichen Erfolg ab und lassen das „Wegbrechen“ einzelner Segmente eher verkraften. Kombinationen mit Bäckerei und Café gelten des Weiteren als großes Potenzial, insbesondere dort, wo ein Treffpunkt fehlt.

Dorfläden als neue soziale und kulturelle Mitte im Dorf – dies gelingt durch die Einbeziehung von Cafés oder Bürgertreffpunkten. Die Einbeziehung von Versammlungsmöglichkeiten für die örtlichen Vereine gewährleistet im Rahmen dieser Multifunktionalität eine auskömmliche Bewirtschaftung der betreffenden Immobilie. Räume für Kleinstgewerbetreibende oder Kunsthandwerker stellen Potenziale für Win-win-Situationen dar.

MarktTreff (Schleswig Holstein)

Gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren aus den Regionen, aus Wirtschaft, Verbänden und Gesellschaft hat die Landesregierung Schleswig-Holstein das MarktTreff-Konzept entwickelt. Inzwischen bestehen in ganz Schleswig-Holstein 36 MarktTreff-Standorte, die mehrere Angebote unter einem Dach anbieten und die Grundversorgung und Lebensqualität im ländlichen Raum nachhaltig verbessern. Das Angebot jedes MarktTreffs gliedert sich in drei Säulen: Das „Kerngeschäft“, d. h. die wirtschaftliche Säule des Markt-Treffs besteht in der Regel aus einem Lebensmittel-Einzelhandel. Möglich sind auch ein gastronomisches Angebot und/oder ein regionaler Direktvermarkter. Ergänzend sind Dienstleistungen (wie zum Beispiel Post, Lotto/Toto, Reinigungsannahmestelle) integriert, wodurch die Kundenfrequenz erhöht und das Kerngeschäft gestärkt wird. Darüber hinaus ist der MarktTreff ein Treffpunkt, d. h. ein Ort für gemeinsame Aktivitäten für alle Generationen, Vereine und Gruppen im Ort.

Christina Pfeiffer

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein
Mercatorstraße 3
24106 Kiel
Telefon 0431-988-5078
Telefax 0431-988-5073
E-mail christina.pfeiffer@melur.landsh.de

Weitere Informationen unter
www.markttreff-sh.de



Folgende ausgewählte Dorfläden stellen gute Beispiele für erfolgreiche Ansätze dar:

Dörpsladen Spahnharrenstätte (Sögel)

Träger des Vorhabens sind die Gemeinde Spahnharrenstätte, das Regionalmanagement LAG Hümmling und die Bäckerei Siemer in Lorup. Nach Erwerb eines geeigneten Objektes hat die Gemeinde durch eine Umnutzung des Gebäudes die Grundlage für einen Dorfladen geschaffen. Der Inhaber des Dorfladens betreibt mehrere Märkte in der Region und beliefert darüber den Dorfladen, da ein Warenbezug sonst nicht gewährleistet wäre.

Gemeinde Spahnharrenstätte

Bäckerei Siemer
Lorup Regionalmanagement LAG Hümmling,
Ludmillenhof
49751 Sögel

Dorfgemeinschaftshaus Neustadt (Gemeinde Ovelgönne, Landkreis Wesermarsch)

Träger des Projektes ist die Dorfgemeinschaftshaus Neustadt e. G., 170 Genossenschaftler konnten Anteile in Höhe von 100 Euro erwerben. Insgesamt wurden 650 Genossenschaftsanteile veräußert. Durch die Umnutzung des ehemaligen Landgasthauses konnte neben dem Dorfladen eine Bürgerstube als Veranstaltungsraum geschaffen werden.

Dorfgemeinschaftshaus Neustadt e. G.

Helmut Diers
Telefon 04480 1294
E-Mail hdiers.colmar@gmail.com

Dorfladen Adelheidsdorf

Projektträger ist der wirtschaftliche Verein „Unser Dorfladen v. 2014 w. V.“ Der Verein wird von einem Vorstand geführt, der wiederum der Kontrolle eines dreiköpfigen Aufsichtsrates untersteht. In einem weiteren Schritt soll ein Café angegliedert werden.

Unser Dorfladen w. V.

Hauptstraße 150
29352 Adelheidsdorf
OT Großmoor
Telefon 05085 9816520
E-Mail wir@dorfladen-treff.de

Dorfladen Otersen

(Gemeinde Kirchlinteln, Landkreis Verden)

Der von Bürgern betriebene Dorfladen besteht seit April 2001. Als Reaktion auf die angekündigte Schließung des letzten Lebensmittelgeschäftes in Otersen hatte sich eine Bürgergruppe gebildet, die das Geschäft in eigener Regie übernahm. Als absehbar war, dass der auf zehn Jahre angelegte Mietvertrag im alten Gebäude nicht mehr verlängert würde, erwarben die Initiatoren ein neues Grundstück, wo der auf 180 m² vergrößerte Laden seit 2011 in der Rechtsform des wirtschaftlichen Vereins betrieben wird. Mit dem Umzug wurde im neuen Gebäude auch das AllerCafé mit 40 Plätzen eröffnet.

Günter Lühning

Dorfladen und AllerCafé
Steinfeld 9
27308 Kirchlinteln-Otersen

Süntellädchen Flegessen

(Stadt Bad Münder, Landkreis Hameln-Pyrmont)

Der Dorfladen ist ein Projekt, das in der „Ideenwerkstatt Dorfzukunft“, einem losen Zusammenschluss engagierter Bürgerinnen und Bürger in den Dörfern Flegessen, Hasperde und Klein Süntel, entwickelt wurde. Er wird seit Juli 2015 in einem von den Einwohnerinnen und Einwohnern finanzierten und errichteten Gebäude aus Holz, Lehm und Stroh mit 100 m² Fläche betrieben. Im Mittelpunkt des Angebots stehen hochwertige Bio-Lebensmittel. Es werden keine Back- und Fleischwaren sowie Getränke angeboten, um dem Bäcker, dem Fleischer und dem Getränkeladen im Ort keine Konkurrenz zu machen. Das Ladengebäude ist im Eigentum der Dorfzukunft Immobilien UG (haftungsbeschränkt), an der ca. 270 Einwohnerinnen und Einwohner als stille Gesellschafter beteiligt sind. Der Laden wird ehrenamtlich vom „Süntellädchen w. V.“ betrieben. Vereinsmitglieder bekommen die Lebensmittel zu günstigeren Preisen als die „Normalkundschaft“.

Süntellädchen w. V.

Gülichstr. 31
31848 Flegessen
Telefon 05042 5276933
E-Mail info@suentellaedchen.de

Weitere Informationen unter
www.suentellaedchen.de

Dorfladen Resse

(Gemeinde Wedemark, Region Hannover)

Um die negative Entwicklung bezüglich der Infrastrukturausstattung ihres Dorfes zu wenden, gründeten engagierte Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2006 den Verein „Bürger für Resse“. Erstes Projekt war der Erhalt einer Arztpraxis im Ort. Als dem Betreiber des letzten Lebensmittelmarktes wegen eines Eigentümerwechsels sein Ladengeschäft gekündigt wurde, entschied sich der Bürgerverein zur Gründung einer eigenen Genossenschaft, um die örtliche Grundversorgung zu sichern. Die Genossenschaft übernahm den Neubau eines Marktes in eigener Regie, der dann dem örtlichen Kaufmann zur Betriebsführung überlassen wurde. Das Grundstück für einen neuen Markt wurde der Genossenschaft von der Gemeinde Wedemark im Erbbaurecht mit einer Laufzeit von 60 Jahren überlassen. Für die Baukosten von rund eine Million Euro konnte durch Genossenschaftseinlagen von 3 000 Euro pro Person in kurzer Zeit ein Eigenkapital von rund 390 000 Euro generiert werden; der Rest der Bausumme wurde durch einen Kredit finanziert. Im Dezember 2009 konnte der Markt eröffnet werden, der auf rund 650 m² Verkaufsfläche ein breites Sortiment an Lebensmitteln und anderen Artikeln anbietet.

Frischmarkt Torsten Pagel

Altes Dorf 15
30900 Wedemark-Resse
Bürger für Resse e. V.
Karl-Heinz Müller
Telefon 05131 456813
E-Mail vorstand@buerger-fuer-resse.eu

Weitere Informationen unter
www.buerger-fuer-resse.eu/wie_finanziert_man_eine_genossenschaft_xegx.pdf



7

Dorfladennetzwerk

Kein Erfolg ohne Beratung und Erfahrungsaustausch – das Dorfladen-Netzwerk kann mit seiner inzwischen über 15-jährigen Erfahrung auf der Basis zahlreicher erfolgreicher, aber auch einiger gescheiterter Ansätze, wertvolle und wichtige Beratungsleistungen anbieten. Die Anfang 2016 gegründete Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden befasst sich intensiv mit der Unterstützung bürgerschaftlich organisierter Dorfläden im Interesse der Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität im ländlichen Raum. Der Austausch und das vorhandene Wissen in diesen Netzwerken bilden einen wertvollen Erfahrungsschatz, den es zu nutzen gilt (www.dorfladen-netzwerk.de).



Dörpsladen Spahnharrenstätte

Netzwerke zum Thema „Nahversorgung und gesellschaftlicher Zusammenhalt durch Dorfläden“:

Dorfladen Netzwerk

Steinfeld 9
27308 Kirchlinteln-Otersen
E-Mail dorfladen@otersen.de

Weitere Informationen unter
www.dorfladen-netzwerk.de

Landkreis Göttingen

LEADER-Regionalmanagement Göttinger Land
Reinhäuser Landstraße 4
37083 Göttingen
Telefon 0551 525-422
Telefax 0551 525-6422

Weitere Informationen unter:
www.regionalverband.de/interaktive_karten/dorflaeden

Region Hannover

Team Regionalplanung
Höltystraße 17
30171 Hannover
Telefon 0511 616-22873
Telefax 0511 616-22846

Weitere Informationen unter:
www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Planen,-Bauen,-Wohnen/Raumordnung-Regionalentwicklung/Nahversorgung/Förderung-der-Nahversorgung
www.extra-verlag.de/wedemark/lokales/dorflaeden-sind-wieder-im-kommend49821.html

8

Module für Nahversorgungslösungen

Weitere wichtige Hinweise auf zu beachtende Rahmenbedingungen ergeben sich aus einer durch das Land Niedersachsen und die Europäische Union geförderte Forschungsarbeit zu den Zukunftschancen bedarfsgerechter Nahversorgung in ländlichen Räumen Niedersachsen, die in der Handreichung „Module für Nahversorgungslösungen“ durch die Leibniz Universität Hannover 2013 veröffentlicht wurden. Die Handreichung gibt Kommunen, Unternehmen und Bevölkerung Denkanstöße für Nahversorgungsmodelle in ländlichen Orten auch über die vorgenannten Dorfläden hinaus. Durch die Vielzahl an Kombinationsmöglichkeiten und der individuellen Handhabung sowie der Darstellung von bereits funktionierenden Beispielen bietet sie allen potenziellen Akteurinnen und Akteuren eine Hilfestellung, die für sie „richtige“ Lösung zu entwickeln. Das Zusammenstellen ausgewählter Module führt dabei zu individuellen Projekten, die in der Lage sind, die unterschiedlichsten Bedarfslagen vor Ort zu berücksichtigen und in maßgeschneiderte Lösungen zu überführen.

Prof. Dr. sc. Barbara Zibell
Telefon 0511 762-5791
E-Mail b.zibell@igt-arch.uni-hannover.de

Ingrid Heineking Dipl. Geogr.
E-Mail i.heineking@igt-arch.uni-hannover.de

Leibniz Universität Hannover, Fakultät für Architektur und Landschaft, Institut für Geschichte und Theorie der Architektur Abteilung Planungs- und Architektursoziologie
Herrenhäuser Straße 8
30419 Hannover

Weitere Informationen unter
www.igt-arch.uni-hannover.de/744.html



Empfehlungen 6 7 8

Im Interesse, durch wohnortnahe Dienst- und Versorgungsleistungen die Attraktivität der ländlichen Räume zu erhalten und einen Beitrag zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu leisten, empfiehlt das Zukunftsforum der Landesregierung, die örtliche Nahversorgung zu unterstützen. Die Unterstützung sollte in der Gründungsphase ansetzen (beispielsweise finanzielle Hilfe für Wirtschaftlichkeitsberechnungen) und sich später auf die Qualifizierung und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konzentrieren. Zusätzlich ist die fachliche Unterstützung der ehrenamtlichen Geschäftsführungen bzw. Vorstände unumgänglich, weil die Kosten für professionelle Beratungsangebote durch den normalen Geschäftsbetrieb schwer zu erwirtschaften sind. Diese Unterstützungsangebote dienen einer nachhaltigen Stabilisierung und Entwicklung der Strukturen in den ländlichen Räumen.



3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

3.2.4 Weitere Empfehlungen und Beispiele guter Praxis

9 Inklusives Lastrup

Beschreibung

Im Jahr 2011 wurde Lastrup als Modelldorf ausgewählt, um „neue Wege“ in der Dorfentwicklung beschreiten zu können. Seitdem wurde ein mehrjähriger Planungsprozess in Gang gesetzt, in dem alle Bereiche des Ortes Lastrup auf Zukunftsfähigkeit untersucht wurden.

Im Rahmen des Planungsprozesses wurde eine aktive Bürgerbeteiligung für unabdingbar gehalten. Dieser Beteiligungsprozess sollte jedoch nicht nur punktuell und sporadisch sein, sondern durch die Bildung von Arbeitsgruppen dauerhaft und kontinuierlich erfolgen. Konzept und Umsetzung der Bürgerbeteiligung in Lastrup wurden im Rahmen des Wettbewerbs „Europäischer Dorferneuerungspreis 2016“ von der international besetzten Jury ausdrücklich gewürdigt. Ein Schwerpunkt lag hier auf dem Themenbereich „Inklusion“.

Hier ging es zunächst darum, den Kernort Lastrup wieder zukunftsfähig gestalten zu können. Die bis 2009 durch die Bundesstraße 213 geteilten Ortsteilhälften sollten nunmehr zusammenwachsen können. Diese baulichen Veränderungen sollten unter dem Aspekt der Barrierefreiheit geschehen, mit enger Beteiligung der Inklusionsbeauftragten sowie von ehrenamtlich Tätigen mit körperlichen Einschränkungen. Diese Zusammenarbeit mündete in der Untersuchung des gesamten Ortskerns und des Gemeindegebiets nach Schwachstellen im Hinblick auf gesellschaftliche Teilhabe, die nicht nur bauliche Barrieren, sondern das gesamte gesellschaftliche Leben umfasst.

All diese Punkte wurden in einem ersten Schritt dokumentiert und aufgenommen. In einem weiteren Schritt soll die Aufarbeitung und Einbindung in die weiteren Planungen der Gemeinde erfolgen. Es handelt sich hier um einen dauerhaften Beteiligungsprozess auch über die Dorfentwicklungsplanung und Städte-



Das Lastruper Rathaus ist barrierefrei

bauförderung hinaus. Zudem hat sich die Gemeinde an dem Modellprojekt „Inklusion vor Ort – alles inklusive“ beteiligt. Lastrup ist teilnehmendes Dorf im landesweiten modellhaften Projekt „Inklusion – barrierefrei in das Dorf integriert“ mit dem Untertitel „Landerlebnis inklusiv – haben wir an alle(s) gedacht?“ des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Noch im Herbst 2016 soll im Rahmen dieses Projektes zum Thema „Inklusion“ ein Workshop in Lastrup stattfinden. Es ist wichtig, dass sich auch der lokale Tourismus künftig auf das Thema „Inklusion“ einstellt. In diesem Zusammenhang bietet die Inklusionsbeauftragte der Gemeinde bereits seit zwei Jahren im Rahmen der Ferienpassaktion für Kinder und Jugendliche gezielt Aktivitäten in Bezug auf das Thema „Barrierefreiheit und Inklusion“ an. Hier kann man schon jetzt feststellen, dass die Resonanz überaus positiv ist und dass ein Umdenken in der Bevölkerung in Lastrup langsam einsetzt.



Der barrierefrei gestaltete Dorf- und Kulturpark bildet den Mittelpunkt des Lastruper Ortskerns

Begründung

Durch die Dorfentwicklungsplanung und Städtebauförderung in Lastrup wurde ein wichtiger Schritt in Richtung Barrierefreiheit und Inklusion gemacht. Die Gesellschaft wurde für dieses Thema sensibilisiert und auch das Verständnis hierfür konnte spürbar verbessert werden. Dennoch handelt es sich um einen noch langen Weg, bis alle baulichen und gesellschaftlichen Barrieren beseitigt und eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe sichergestellt ist. Das Thema „Barrierefreiheit und Inklusion“ ist eine Daueraufgabe einer jeden Gemeinde, der sich die Gemeinde Lastrup mit großem Engagement und Interesse stellt.

Gemeinde Lastrup

Bürgermeister Michael Kramer
Am Marktplatz 1
49688 Lastrup
Telefon 04472 8900-0
Telefax 04472 890010
E-Mail rathaus@lastrup.de

Weitere Informationen unter
www.lastrup.de



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, bei der Umsetzung von durch das Land begleiteten Planungen, wie beispielsweise der Dorfentwicklung und der Städtebauförderung, auf eine Berücksichtigung der Belange der Inklusion und Barrierefreiheit hinzuwirken und bei diesen Planungen auf die Kompetenz der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zurückzugreifen. Bei Förderentscheidungen sollten entsprechende Projekte eine besondere Beachtung erhalten, damit die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben, an der Arbeitswelt und in der Freizeit allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht und langfristig sichergestellt wird.



Beschreibung

Der Hermannshof in Völksen (ca. 3 370 Einwohnerinnen und Einwohner, Stadt Springe) ist ein ehemaliger Sommersitz aus den 1920er-Jahren vor den Toren Hannovers. Seit über 20 Jahren organisiert der Verein Kunst und Begegnung Hermannshof regelmäßig Kunst- und Kulturveranstaltungen und engagiert sich in der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen. Das Programm auf dem Hermannshof ist stets zeitgenössisch, experimentell und spartenübergreifend. Der weitläufige Park des Anwesens und das Haus im Park sind Spielfeld sowie Laboratorium für Künstlerinnen und Künstler und laden die Besucherinnen und Besucher zum Verweilen ein. Dem Hermannshof gelingt es in besonderer Weise, die Bewohnerinnen und Bewohner des Ortes in seine Kulturprojekte einzubeziehen und an ihnen teilhaben zu lassen. Unvergessen bis heute ist das „Konzert mit 12 Traktoren“.

Mit dem Konzept des Literaturfestes, das die Beratung und Qualifikation von jungen Autorinnen und Autoren sowie die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen mit zeitgemäßer Literaturvermittlung verknüpft, verdeutlicht das Flächenland Niedersachsen ein weiteres Mal, wie wichtig die Förderung von innovativen, kulturellen Veranstaltungen für den ländlichen Raum ist. Seit 2012 werden jeweils sechs Autorinnen und Autoren, die bereits eine Auszeichnung des Landes Niedersachsen erhalten haben, auf den Hermannshof eingeladen.

Ein wichtiger Bestandteil des Konzeptes ist die Arbeit der Autorinnen und Autoren mit den Schülerinnen und Schülern der Deutsch-Leistungskurse des 11. Jahrgangs des Otto-Hahn-Gymnasiums Springe. Die intensive Zusammenarbeit zwischen Schülerschaft, Lehrkräften und Literaturschaffenden ist für alle Seiten eine inspirierende Begegnung mit hoher Authentizität. Abgeschlossen werden die Workshops mit einer Schulleseung.

Der Höhepunkt und Abschluss der mehrtägigen Veranstaltung ist das öffentliche Lesefest im Park. Die Autorinnen und Autoren lesen zu zweit dreimal hintereinander an drei ausgewählten Orten im Park aus ihren Werken – ähnlich einem Speed-Dating. Durch

dieses zeitgemäße Format haben die Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, innerhalb eines Abends alle Schriftstellerinnen und Schriftsteller kennenzulernen. Bei schlechtem Wetter werden die Stationen nach innen verlegt: Haus im Park, Teepavillon, Diele Großes Haus, die Remise im Hofgarten, die Blackbox, ein Präsentationsraum für Videokunst, oder auch ein kleines Lesezelt.

Der Verleger Dietrich zu Klampen berät den Verein konzeptionell und inhaltlich. Das Otto-Hahn-Gymnasium Springe richtet Workshops und Schulleseung aus, die Buchhandlung am Nordwall in Springe besorgt den Büchertisch für das Lesefest.

Begründung

„Literatur auf dem Lande“ hebt sich in seiner Konzeption bewusst von anderen Literaturfestivals ab. Auf dem Hermannshof stehen junge Autorinnen und Autoren, die bereits eine niedersächsische Auszeichnung erhalten haben, im Mittelpunkt des Geschehens. Sie bilden sich selbst weiter, arbeiten gezielt mit Schülerinnen und Schülern zusammen und lesen und interpretieren ihre eigenen Texte im Rahmen des Lesefestes.

„Literatur auf dem Lande“ hat Modellcharakter, da es aus drei aufeinander aufbauenden Elementen besteht:

- Dem Kreis der eingeladenen Autorinnen und Autoren stehen verschiedene Themen für den Erfahrungsaustausch unter Anleitung erfahrener Profis zur Verfügung. Dazu gehören u. a. ein Sprech- und Präsentationstraining, aber auch Fragen zum Urheberrecht.

- Die Autorinnen und Autoren halten im Otto-Hahn-Gymnasium Springe mit den Schülerinnen und Schülern des 11. Jahrgangs Workshops ab und veranstalten eine Schulleseung.
- Ein innovatives Lesefest für die Präsentation von Literatur auf dem Hermannshof Völksen, ein „literarisches Speed-Dating“, bildet den Abschluss.

Das Lesefest auf dem Hermannshof ist klein und fein. Die Besucherzahlen liegen inzwischen bei 150 Gästen, die aus der ganzen Region anreisen.



Stefanie Sourlier liest vor dem historischen Pavillon



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, Kulturprojekte im ländlichen Raum, die Qualität und Teilhabe, kulturelle Bildung und innovative Formate miteinander verbinden, gezielt zu unterstützen. Auch spartenübergreifende Kooperationsprojekte sind diesbezüglich ausdrücklich zu begrüßen.

Kunst und Begegnung Hermannshof e. V.

Eckhart Liss

Röse 33

31832 Springe

Telefon 05041 776485

Weitere Informationen unter

www.hermannshof.de

www.hermannshof.de/programm/rueckblick/detailseite/veranstaltungen/literarisches-speed-dating.html



11

Freilichtbühne – Waldbühne Ahmsen

Beschreibung

Die Gemeinde Ahmsen gehört zur Samtgemeinde Herzlake im Landkreis Emsland und hat etwa 300 Einwohnerinnen und Einwohner. Das westliche Niedersachsen gilt als Hochburg der Freilichtbühnen in Deutschland. Allein in die drei Theater in Meppen, Ahmsen und Bad Bentheim strömen pro Jahr mehr als 100 000 Besucherinnen und Besucher.

In den letzten Jahren war die Waldbühne Ahmsen immer wieder die besucherstärkste Freilichtbühne Niedersachsens, 2015 haben über 40 000 Besucherinnen und Besucher die Veranstaltungen besucht. 2008 konnte die Waldbühne einen Besucherrekord mit über 62 500 Besucherinnen und Besuchern verzeichnen. Die Amateurbühne ist damit die besucherstärkste Kultureinrichtung des Emslandes. Und noch eine Besonderheit: In dem 300-Einwohner-Ort sind zwei Drittel der Bevölkerung zugleich Bühnenmitglieder.

Das Amateurtheater Waldbühne Ahmsen wurde 1948 gegründet und führte von 1949 bis 1963 jährlich zunächst ein religiös orientiertes Schauspiel auf. Seit 1964 gibt es zusätzlich ein Musical für Kinder und Familien. Die Bühne führt jährlich drei Theaterproduktionen auf. Die Spielzeit erstreckt sich von Ende Mai bis Anfang September. Der 2007 neu gebaute, freitragende Zuschauerraum bietet ca. 2 000 überdachte Sitzplätze, sodass auch bei Regen gespielt wird. Seit Beginn der Freilichtbühnenaktivität fiel bisher keine Aufführung dem Wetter zum Opfer.

Das Amateurtheater ist oft der einzige Anbieter von Kultur, insbesondere in den ländlich strukturierten Räumen. Aufgrund seiner ehrenamtlichen Struktur nimmt es der Gemeinde zudem kulturelle und infrastrukturelle Aufgaben ab. Die Waldbühne Ahmsen sorgt für ein breites Kulturangebot und ganz praktisch für kulturelle Bildung und Kulturvermittlung.

Eine besondere Qualität des organisierten Theaterlebens besteht in der generationsübergreifenden Zusammenarbeit. Amateurtheater sind vielfach Mehrgenerationenorte. Das Amateurtheater trägt mit seinem ehrenamtlichen Engagement entscheidend zur Stabilisierung unserer Bürgergesellschaft bei. Die breitenkul-

turellen Angebote des Amateurtheaters sind das beste Beispiel einer „Kultur für alle“ (siehe Hilmar Hoffmann/Dieter Kramer „Kultur für alle. Kulturpolitik im sozialen und demokratischen Rechtsstaat“). Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ hat dieses Engagement besonders gewürdigt und sieht darin einen „unverzichtbaren Bestandteil der kulturellen Infrastruktur“ und „Garant des vielfältigen kulturellen Angebots und der kulturellen Teilhabe in Deutschland“ (Deutscher Bundestag 2007: 190).

2016 hat die Waldbühne Ahmsen in 34 Theatervorstellungen das Familienmusical nach Motiven von James Matthew Barries „Peter Pan“ für Kinder und das Musical „Die Dornenvögel“ nach dem gleichnamigen Roman von Colleen McCullough aufgeführt.

Die Waldbühne Ahmsen ist Mitglied im Verband der Freilichtbühnen und damit Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Niedersächsischer Freilichtbühnen.

Begründung

Exemplarisch am Beispiel der Waldbühne Ahmsen kann aufgezeigt werden, dass das Amateurtheater in Niedersachsen eine große Bedeutung für die Kulturarbeit, gerade auch in ländlichen Regionen, hat. Amateurtheater schafft Begegnungen zwischen den Menschen, spiegelt kulturelle Identitäten und macht aus ihnen ein dramatisches Ereignis – auf, vor, hinter und neben der Bühne. Freilichtbühnen haben darüber hinaus auch eine wichtige touristische Bedeutung für ihre Region und sind gern besuchte Kulturevents.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, generationsübergreifende Kulturprojekte, wie am Beispiel der Waldbühne Ahmsen zu sehen ist, zu fördern. Dorfkultur ist in der Regel ein aktives Tun der Dorfbewohnerinnen und -bewohner. Konsumierbare Kulturangebote sind eher rar. Breitenkulturelles, ehrenamtliches Engagement im Dorf ist bislang vielerorts ein lebendiger Faktor der Dorfgemeinschaft und sollte künftig stärker als bisher unterstützt werden.

Waldbühne Ahmsen e. V.

Vinner Straße 3

49774 Lähden-Ahmsen

Telefon 05964 1027

E-Mail info@waldbuehne-ahmsen.de

Weitere Informationen unter

www.waldbuehne-ahmsen.de/startseite.html



Waldbühne Ahmsen 2015 – „Der Glöckner von Notre Dame“



12 „Zukunftsfaktor Bürgerengagement“ Nordrhein-Westfalen

Beschreibung

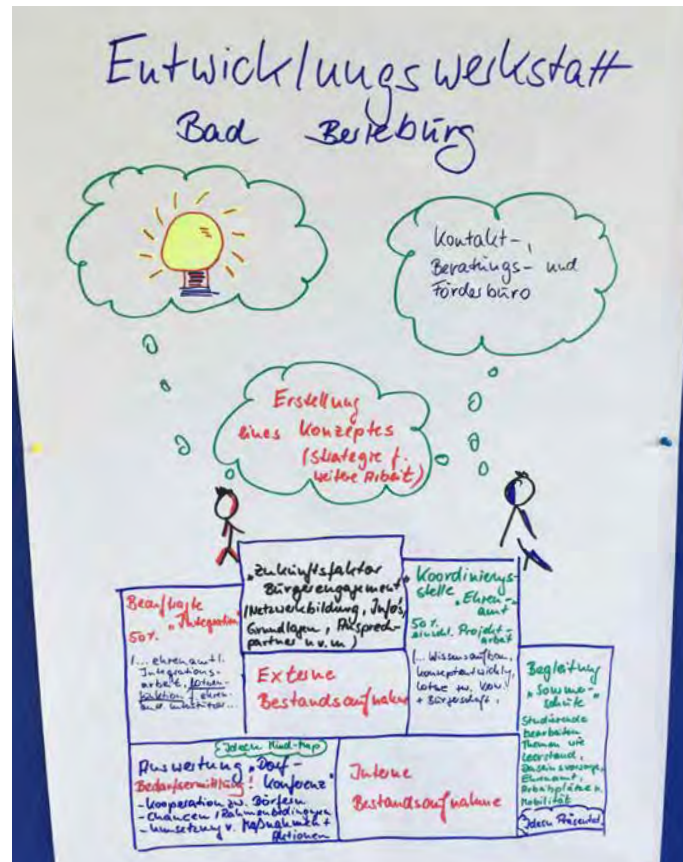
Das bürgerschaftliche Engagement ist ein wichtiger Faktor für eine gute kommunale Zukunft. Für die strategische Weiterentwicklung gibt es kein Standardrezept – zu unterschiedlich sind die Rahmenbedingungen.

In Nordrhein-Westfalen wurde vor diesem Hintergrund das Projekt „Zukunftsfaktor Bürgerengagement – Entwicklungswerkstatt für kommunale Engagementstrategien“ zur Unterstützung der Kommunen bei der systematischen Engagementförderung gestartet. Die Initiative zu diesem Projekt gab das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport. Das Projekt läuft aktuell nach zwei Auflagen auf Landesebene in dritter Auflage regional im Regierungsbezirk Arnsberg. Träger ist das Katholisch-Soziale Institut.

Das Projekt bietet zehn Kommunen die Möglichkeit, einen gemeinsamen Prozess lokal angepasster Strategie- und Strukturentwicklungen für Bürgerengagement zu erarbeiten, wie z. B. die Bildung lokaler Netzwerke zur Bewältigung konkreter Problemlagen (Integration, Bildungsförderung, Inklusion). Es richtet sich vorrangig an Kommunen, die noch am Anfang einer strategischen Engagementförderung stehen oder besonderen Handlungsbedarf sehen.

Jeweils zwei Leitungskräfte, Nachwuchsführungskräfte oder entsprechend qualifizierte Beschäftigte der Verwaltung erhalten die Gelegenheit, gemeinsam über einen Zeitraum von fünfzehn Monaten Strategien zur Anregung, zur dauerhaften Erhaltung und zur Intensivierung des Engagements von Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln und zu erproben.

- Auswahlkriterien für die Teilnahme der Kommunen sind
- die ausdrückliche Unterstützung des Vorhabens durch die Verwaltungsspitze
 - die besondere Motivation der Kommune, Engagementförderung strategisch anzugehen
 - die geplante organisatorische Verankerung der Engagemententwicklung als Querschnittsthema in der Verwaltung
 - Teilnahme bzw. Einführung der Ehrenamtskarte NRW



Vorläufige Zwischenbilanz „Haben und Soll“ zur Halbzeit

In der fachlich fundierten bedarfsorientierten Entwicklungswerkstatt erhalten zwei hauptamtliche Verwaltungsmitarbeitende pro Stadt/Gemeinde bzw. Kreis die Gelegenheit, sich für eine Tätigkeit in der kommunalen Engagementförderung zu qualifizieren – z. B. als kommunale/r Engagementbeauftragte oder -beauftragter, Koordinatorin oder Koordinator oder ähnliches.

Im Rahmen der Fortbildung (acht aufeinander aufbauende Workshops) identifizieren die Entwicklungsteams die lokalen Problemlagen und lernen an diesen exemplarisch die einzelnen Schritte der Strategieentwicklung. Im Zentrum der Aktivitäten des Teams stehen die Analyse der jeweils vorhandenen Berührungspunkte der Kommunalverwaltung mit Engagement und Ehrenamt, mit anschließender Vernetzung innerhalb der Verwaltung, sowie die Schaffung einer Plattform für wechselseitige Informa-

tion und Austausch, Vernetzung und Kooperation von Initiativen und Projekten aus Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Die Themen der Entwicklungswerkstatt-Workshops werden von den Teilnehmenden selbst formuliert, indem sie sich an den jeweils lokalen aktuellen Aufgaben orientieren. Mögliche Schlüsselfragen:

- Was sind die vorrangigen Probleme in der Kommune?
- Welche Möglichkeiten der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sind vorgesehen/vorhanden?
- Welche Zielgruppen sollen erschlossen werden und wie?
- Wie lassen sich bisher weniger aktive Gruppierungen, Personen mit Zuwanderungsgeschichte einbeziehen?
- Welche Form der Arbeitsteilung zwischen kommunaler Verwaltung und zivilgesellschaftlicher Organisation ist möglich und effektiv?
- Wie lassen sich Unternehmen einbinden?
- Inwiefern kann sich die Arbeit in der Sozialraumorientierung, der sozialen Milieus, des Empowerments oder der Selbstorganisation als hilfreich erweisen?
- Mit welchen Anerkennungsformen befördern wir ehrenamtliches Engagement?
- Wie können Politik und Verwaltung stärker zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements motiviert und in konkrete Vorhaben eingebunden werden?
- Wie lässt sich eine Kooperation von Haupt- und Ehrenamt strukturell verankern und wie lassen sich daraus Synergieeffekte gewinnen?
- Welche Qualitätskriterien lassen sich für eine nachhaltige Engagementförderung benennen?
- Welche Vernetzungsmöglichkeiten ergeben sich mit anderen engagementfördernden Kommunen über den Rahmen der Entwicklungswerkstatt hinaus?

Die Entwicklungswerkstatt im Regierungsbezirk Arnsberg wird, wie bei den vorangegangenen Werkstätten auf Landesebene, von einem Leitungst tandem moderiert und fachlich begleitet. Zur Mitarbeit der kommunalen Teams gehört, dass sie sich an den Workshops aktiv beteiligen, ein Konzept einer passgenauen kommunalen Projektwerkstatt erarbeiten und erproben, sich auch außerhalb der Workshops mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Projektstandorten austauschen und nach Ende der Projektlaufzeit (15 Monate) die strategische Engagementförderung fortführen und somit zur Sicherung der Nachhaltigkeit beitragen. Zudem stellt das Entwicklungsteam Erkenntnisse und Ergebnisse seiner Arbeit anderen Kommunen zur Verfügung.



Begründung

Bürgerschaftliches Engagement/Ehrenamt ist eine wichtige Voraussetzung für die Attraktivität und Bindungswirkung einer Kommune; insbesondere in ländlichen Räumen ist es die Voraussetzung für eine lebendige und vielfältige Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement fördert den sozialen Zusammenhalt und treibt Innovationen voran, so z. B. durch Dorfläden, Bürgerbusse oder das ehrenamtliche Betreiben eines Schwimmbades. Vereine bieten eine starke Integrations- und Identifikationskraft, insbesondere auch für Menschen mit Migrationshintergrund.

Damit sich diese Potenziale entfalten können, bedarf es einer sachkundigen hauptamtlichen Unterstützung und Begleitung seitens der Kommune. Notwendig ist die Initiierung von Kooperationsstrukturen und Netzwerken zwischen den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren des Sozialraums (Projekte, Initiativen, Einrichtungen, Unternehmen) sowie eine Verankerung in Verwaltung und Politik. An dieser Stelle setzt das Projekt „Zukunftsfaktor Bürgerengagement – Entwicklungswerkstatt für kommunale Engagementstrategien“ an, indem die passenden Rahmenbedingungen sowie Strategien zur Ermutigung und zur Verstetigung des zivilgesellschaftlichen Handelns auf lokaler Ebene entwickelt werden und somit die regionale Entwicklung vor dem Hintergrund der demografischen Veränderung beeinflusst wird. So wird aus einer Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements/Ehrenamtes eine Wertschöpfung.



Zur professionellen Begleitung gehören Reflexionsimpulse wie eine Visionswerkstatt „A-Stadt im Jahr X – nach 15 Jahren erfolgreicher kommunaler Engagementförderung“



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Übertragbarkeit der positiven Erfahrungen des Projektes „Zukunftsfaktor Bürgerengagement – Entwicklungswerkstatt für kommunale Engagementstrategien“ für Niedersachsen zu prüfen mit dem Ziel einer besseren kommunalen Vernetzung und Koordination bürgerschaftlichen Engagements.

Anette Mörchen

Projektleitung
KSI-Projektbüro
Roonstraße 21 a
56626 Andernach
Telefon 02632 947412

Andreas Kersting

Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
Referatsleitung 214
Haroldstraße 4
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 8372547

13

„Digitale Dörfer – Nachbarschaftshilfe für das 21. Jahrhundert“ Betzdorf (Rheinland-Pfalz)

Beschreibung

Im Projekt „Digitale Dörfer“ zeigt das Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering IESE, wie sich durch die Digitalisierung neue Chancen für ländliche Regionen auftun: Welche Konzepte werden helfen, die Tendenzen der Abwanderung in größere Städte und Ballungsgebiete gerade junger Menschen umzukehren, ländliche Regionen und Dörfer wieder stärker zu beleben und für ihre Bewohnerinnen und Bewohner, ob jung oder alt, attraktiv zu halten?

Dieser Herausforderung soll in einem Modellvorhaben mithilfe von Informations- und Kommunikationstechnologie, die den Alltag im Zuge der Digitalisierung auch in ländlichen Räumen immer umfassender prägt, begegnet werden.

Die Verbandsgemeinde Betzdorf ist eine von zwei rheinland-pfälzischen Modellregionen im Projekt „Digitale Dörfer“ des Fraunhofer IESE, des Innenministeriums des Landes Rheinland-Pfalz sowie der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz. Sie setzt auf digitale Dienste: Bereits 2012 wurde mit dem Bau eines eigenen Glasfasernetzes begonnen. Seit Mitte Februar 2016 sind die knapp 15 000 Einwohnerinnen und Einwohner von Betzdorf im Rahmen des Pilotprojekts mit dem regionalen Einzelhandel über ein intelligentes Logistiksystem verbunden. Die Vision: Klassische „Dorfläden“ mit smarter Technologie zu vernetzen, um auch in Zukunft die Nahversorgung für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu sichern. Eine Chance zu erforschen, ob durch den Einsatz von Digitalisierung und Bürgerengagement eine Region lebenswert erhalten werden kann.

Das Angebot des Einzelhandels in der Verbandsgemeinde Betzdorf soll gebündelt und online verfügbar gemacht werden. Hierfür wurde ein Portal entwickelt, über das die Bürgerinnen und Bürger ihre Bestellungen bequem von zu Hause, der Arbeit oder unterwegs über Internet und Smartphone, aber auch „klassisch“ per Telefon oder direkt beim Handel initiieren können – und über welches sie ebenfalls als freiwillige Lieferboten Pakete zu ihren jeweiligen Bestimmungsorten mittransportieren können. Dies



wird zentral über eine App gesteuert: Die Waren können beim teilnehmenden Einzelhandel – unter anderem Apotheke, Buchhandlung, Bürobedarf, Modehaus und Rewe – bestellt werden. Durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer werden die Bestellungen dann nach Hause oder an eine Paketstation geliefert. Die erste Paketstation geht im Laufe der ersten Testphase bei Rewe in Betrieb.

Aufgrund der Bedeutung des Projektes gerade auch im Licht des demografischen Wandels, wurde das Thema vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) mit dem Praxisdialog „Digitale Dörfer“ auf dem Demografieportal des Bundes und der Länder (www.demografie-portal.de) aufgegriffen. Dort berichtete Bernd Brato als Bürgermeister der Verbandsgemeinde Betzdorf von seinen Erfahrungen. Diskutiert werden konnte vom 15. Februar bis zum 31. März 2016 online im Praxisdialog „Digitale Dörfer“ unter www.demografie-portal.de/digital. Im Mai 2016 lief die erste reale Testphase mit Erfolg.

Begründung

Was denkbar ist und schließlich auch machbar sein wird, wo sich Investitionen und neue Geschäftsideen lohnen werden, soll im Projekt „Digitale Dörfer“ erforscht werden. Es wird sich zeigen, wie „smart“ es auf dem Land in Zukunft zugehen kann und soll. Besonders hervorzuheben sind der hohe Innovationsgrad und die gute Übertragbarkeit.

Es handelt sich um ein Forschungsprojekt, das laufend beobachtet wird, um Nachbesserungen gezielt einsetzen zu können. Sobald das Modell in Bezug auf den Einzelhandel erprobt ist, soll es auch auf andere Bereiche, wie zum Beispiel den Personentransport, ausgeweitet werden.



Das Fraunhofer IESE wird dabei erforschen und erarbeiten, wie das in ländlichen Regionen noch stark ausgeprägte Gemeinschaftsgefühl durch smarte Technologie gestärkt und generationenübergreifend gefördert werden kann. Bestehende Systeme müssen dabei ineinandergreifen und aufeinander abgestimmt funktionieren. Durch Software vernetzen sich Mobilitäts- und Logistiksysteme, kombinieren sich Dienste aus unterschiedlichen Bereichen und schaffen für alle einen großen Mehrwert, indem sie die Menschen in ländlichen Regionen zu einer Gemeinschaft verbinden, die durch digitale Innovationen unterstützt wird. „Smart Ecosystems“ heißt diese neue Technologie. In den Testregionen finden sich nun die realen Grundlagen, um Visionen und Ideen zu evaluieren und zu erproben.



Übergabe eines Paketes vom Einzelhändler zum Transporteur



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung – vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung einer verbesserten Erreichbarkeit – die Ergebnisse aus dem Modellvorhaben für Niedersachsen anzuwenden und in Richtung eigene Modelldörfer oder -regionen mit dem Ziel der „smart rural areas“ zu verfolgen. Technische Innovationen können soziale Innovationen nach sich ziehen, die verbesserten Nutzungsperspektiven für die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die ansässigen Handels- und Gewerbetreibenden werden in diesem Projekt sehr deutlich.

Fraunhofer Institut für Experimentelles Software Engineering IESE

Dr. habil. Mario Trapp
(Hauptabteilungsleiter Embedded Systems)
Telefon 0631 6800-2272
E-Mail mario.trapp@iese.fraunhofer.de

Weitere Informationen unter:
www.iese.fraunhofer.de/de/innovation_trends/sra/digitale_doerfer.html

www.digitale-doerfer.de

www.demografie-portal.de/DE/Mitreden/15_Digital/digital_node.html

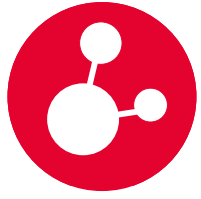
Verbandsgemeinde Betzdorf

Projektteam „Digitale Dörfer“
Sascha Hensel und Sarah Brühl
Telefon 02741 291-124 oder -125
E-Mail betzdorf.digital@betzdorf.de



Endnoten

- 1 Die Empfehlungen zu diesem Themengebiet sowie eine Sammlung von Beispielen guter Praxis finden Sie unter: http://www.stk.niedersachsen.de/startseite/themen/demografie/gute_praxis_niedersachsen
- 2 Zu dieser Herausforderung weicht das Zukunftsforums von seiner Arbeitssystematik ab: Da kein Projekt empfohlen werden kann, welches auf diese Herausforderung antwortet, wird an dieser Stelle bereits eine Empfehlung an die Landesregierung formuliert.
- 3 <http://www.dihk.de/presse/meldungen/2016-04-04-evers-migrantengruender> (zuletzt aufgerufen am 22.08.2016).



III. Klein- und Mittelstädte als Stabilisatoren der ländlichen Räume im demografischen Wandel stützen

1. Klein- und Mittelstädte im demografischen Wandel ::::::::::::::

Für alle Typen ländlicher Räume gilt, dass sie ein Netz von Klein- und Mittelstädten aufweisen, die mit ihren Einrichtungen der Daseinsvorsorge, aber auch ihren Arbeitsplätzen im gewerblichen und produzierenden Bereich erhebliche Bedeutung für die Entwicklung dieser Räume haben. Die besondere Funktion und Bedeutung der Klein- und Mittelstädte für die ländlichen Räume ergibt sich daraus, dass diese einen klaren Versorgungsauftrag für ihr direktes Umland und damit für die ländlichen Räume insgesamt haben. Als Kristallisationspunkte der Daseinsvorsorge stabilisieren sie das Handels- und Dienstleistungsangebot und sind Motoren der Entwicklung. Ausdrücklich sei hier betont, dass es sich bei „Städten“ nicht um einen kommunalrechtlichen, sondern um einen funktionalen Begriff handelt, weil kleinstädtische Funktionen natürlich auch ohne förmlichen Status durch ländliche Mittelpunktorte, etwa die Hauptorte der Samtgemeinden, wahrgenommen werden. Ausgangspunkt und Bewertungsgrundlage ist stets der demografische Wandel; Ziel ist eine höhere „Demografiefestigkeit“ der Orte und damit der ländlichen Räume insgesamt.

Klein- und Mittelstädte, die einen besonderen Versorgungsauftrag für ihr Umland wahrnehmen, werden in der Raumordnungs- und Landesentwicklungspolitik als zentrale Orte bezeichnet. Damit kommt zum Ausdruck, dass sie mit ihrer Ausstattung an öffentlichen und privaten Angeboten der Daseinsvorsorge nicht nur ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger zu versorgen haben. Vielmehr haben sie Verantwortung und Verpflichtung, dieses Angebot auch für ihren jeweiligen Versorgungsbereich vorzuhalten, wobei verschiedene Stufen zentraler Orte unterschieden werden. Die hier angesprochenen Klein- und Mittelstädte sind – abhängig von ihrer jeweiligen Größe und Ausstattung – in Niedersachsen durch die Landes- und Regionalplanung regelmäßig als Grund- und Mittelzentren ausgewiesen. Die als Grund- und Mittelzentren ausgewiesenen Klein- und Mittelstädte sollen also in der Fläche die Rolle von Leistungsträgerinnen der öffentlichen und privaten Daseinsvorsorge und Dienstleistungen auch für ihr ländliches Um-

land wahrnehmen. Kernprinzip ist dabei die massierte Bündelung öffentlicher und privater Angebote, woraus die Strahlkraft der zentralen Orte in ihre jeweiligen Versorgungsbereiche resultiert. Sie sind damit wichtige Ansatzpunkte für wirtschaftliches Wachstum, in strukturschwachen, peripheren Gebieten mit hohem Abwanderungsdruck punktuell auch „Rückzugsbastionen“ mit hoher Stabilisierungsfunktion.

Neben den Grundzentren, die Verantwortung für die Sicherung der Grundversorgung tragen, wird auf der Ebene der Mittelzentren die für die Lebensqualität und die Chancengleichheit der Menschen – auch und gerade in den peripheren und strukturschwachen Regionen – besonders relevante Infrastruktur vorgehalten. Dies sind insbesondere die Einrichtungen

- für Bildung und Kultur (weiterführende und berufsbildende Schulen, Volkshochschulen, Bibliotheken, Musikschulen und andere kulturelle Einrichtungen) sowie Sport und Freizeit (qualifizierte Sportstätten, Schwimmbäder, Tanzschulen und Kinos);
- der medizinischen Versorgung und der Pflege (Krankenhäuser, ärztliche Fachkräfte, Apotheken, Pflegeeinrichtungen);
- des Handels (insb. der höherwertige Bedarf, etwa in den Bereichen Bekleidung, Informations- und Unterhaltungselektronik, Schmuck, Parfümerie, Bücher) sowie
- weiterer öffentlicher und privater Dienstleistungen (z. B. Beratungsangebote im sozialen Bereich, Rechtsanwältinnen und -anwälte, Kreditinstitute, Schulen, Behörden, Gerichte, Versicherungen, Kirchen, Religionsgemeinschaften und Wohlfahrtsverbände).

Wenn das Zukunftsforum in diesem Bericht auch die Bedeutung der stationären Handels- und Dienstleistungsangebote in den Klein- und Mittelstädten besonders betont, dann erfolgt dies ausdrücklich in Kenntnis und Würdigung der fortschreitenden Verfügbarkeit und Bedeutung des Internets. Zwar werden bestimmte Behördengänge mit zunehmender Reife von E-Government-Tools verzichtbar sein und ein immer weiter zunehmender



Stadt Bersenbrück im Landkreis Osnabrück

Teil des Warenangebots ist zumindest theoretisch über den Onlinehandel überall verfügbar. Ohne die teilweise gravierenden Auswirkungen etwa des Internethandels zu verkennen, vertritt das Zukunftsforum die Position, dass ein wesentlicher Teil der Besuche bei Ärztinnen und Ärzten, der Beratungs- und Leistungsangebote und auch der Einkäufe nicht oder nur begrenzt durch Internetaktivitäten ersetzbar sind. Denn persönliche Interaktionen sowie vielfältige soziale Treffpunkte sind nicht unwesentliche Voraussetzungen individueller Lebensqualität. Allerdings ist das Zukunftsforum davon überzeugt, dass die Digitalisierung nicht nur Herausforderungen für traditionelle städtische Funktionen mit sich bringt, sondern auch neue Chancen für diejenigen bietet, die sie nutzen. So kann beispielsweise eine ergänzende Internetpräsenz mit Informationen und Angeboten auch die Reichweite und damit die Wirtschaftlichkeit der stationären Anbieterinnen und Anbieter in den Klein- und Mittelstädten vergrößern – so etwa dadurch, dass auch ein Versand- und Lieferservice angeboten wird.

Nicht nur die einzelnen Händlerinnen und Händler und ihre Branchenorganisationen haben in den Klein- und Mittelstädten einen wesentlichen Einfluss auf die Rolle des Handels und die Stadtentwicklung insgesamt, sondern mehr und mehr wird erkannt, dass an der Gestaltung und Entwicklung der Stadt viele Akteurinnen und Akteure mitwirken müssen. Neben dem Handel und den privaten Dienstleistungen sind es auch die öffentlichen

Angebote, die das Erscheinungsbild und die Qualität städtischer Angebote maßgeblich prägen. Über das Dienstleistungsangebot der jeweiligen Einrichtung hinaus ist auch die Stabilisierungswirkung von öffentlichen Einrichtungen zu sehen. Natürlich haben auch die Städte selbst eine wichtige Verpflichtung, stets an sich als „Marke“ zu arbeiten. Längst wird auf die Bedeutung einer strategischen Positionierung gerade auch von ländlichen Klein- und Mittelstädten hingewiesen. Gerade weil diese sich gegenüber der „Sogkraft“ von Großstädten und Ballungsräumen behaupten müssen, ist ihr Außenauftritt heute von zentraler Bedeutung. Dabei ist es längst nicht mehr ausreichend, sich pauschal als Zentrum der Region oder als Einkaufsstadt zu vermarkten, sondern es geht mehr denn je darum, sich als Stadtindividuum zu positionieren. Dabei haben Glaubwürdigkeit und Authentizität hohe Bedeutung beim „urban branding“, also bei der Markenbildung für Städte. Letztlich geht es darum, auch für ländliche Klein- und Mittelstädte einen glaubwürdigen und belastbaren „Markenkern“ herauszuarbeiten und mit diesem offensiv in den Wettbewerb mit dem Internet oder auch den Ballungsräumen zu gehen.



Für die Profilierung einer Stadt als Marke und ihr Erscheinungsbild für Einwohnerinnen und Einwohner sowie Besucherinnen und Besucher ist es neben dem charakteristischen Mix der Funktionen (Handel, Dienstleistungen, Wohnen, Kultur etc.) wichtig, an ihrem äußeren Erscheinungsbild zu feilen. Das gilt für die öffentlichen und halböffentlichen Räume, wobei insbesondere die Stadtmitten die Funktionen einer „Visitenkarte“ nicht nur für die Städte, sondern auch für ihre Regionen haben. Hierbei geht es sowohl darum, baulichen Verfall zu stoppen und Umnutzung zu fördern, als auch traditionelle Funktionen zu stärken und neue wirtschaftliche und kulturelle Anziehungspunkte für alle Generationen zu schaffen. Allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, dass auch die Stadtmitten eines ebenso professionellen Managements bedürfen wie die großen Einkaufszentren mit ihrem geschlossenen Marktauftritt. Insbesondere ist die Stärkung der Ortskerne und Innenentwicklung, auch hinsichtlich Ihrer Einzelhandelsfunktion, von zentraler Bedeutung.

Eine Reihe von Klein- und Mittelstädten ist auch Standort einer Hochschule oder höheren Bildungseinrichtung. Diese Einrichtungen sind in ländlichen Räumen in besonderer Weise geeignet, zur Steigerung und Festigung der Standortattraktivität beizutragen. Gerade Hochschulen für angewandte Wissenschaften leisten durch die Nähe zur regionalen Wirtschaft sowie die Orientierung auf angewandte Forschung einen effektiven Beitrag zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit. Zudem tragen sie dazu bei, dass junge Menschen für eine qualifizierte Ausbildung nicht in große Städte abwandern müssen, während bei entsprechender Attraktivität des Ausbildungsangebots auch junge Leute in diese ländlichen Klein- und Mittelstädte kommen.

Während viele Dörfer immer weniger Arbeitsplätze und nur noch sehr eingeschränkte Versorgungsmöglichkeiten aufweisen, haben gerade die kleinen und mittleren Städte für die ländlichen Räume derzeit noch eine wichtige Stabilisierungsfunktion, obwohl auch sie von Arbeitsplatzabbau und Tendenzen zum Rückzug bei öffentlichen und privaten Dienstleistungen betroffen sind. Deswegen sieht es das Zukunftsforum als eine wesentliche Aufgabe der Landespolitik an, einer weiteren Schwächung der Städte in den ländlichen Räumen entgegenzuwirken, weil sonst die gleichwertigen Lebensverhältnisse, die Lebensqualität der Menschen in den betroffenen Regionen (und nicht zuletzt der Dörfer) und das Prinzip der Chancengleichheit in ganz Niedersachsen gefährdet werden. Zur Unterstützung der Landesregierung hat sich das



Stadt Bückeburg im Landkreis Schaumburg

Zukunftsforum in der Arbeitsperiode 2015/16 insbesondere die Aufgabe gestellt, in Niedersachsen und darüber hinaus „gute Beispiele“ für die Stabilisierung und Aufwertung der Städte zu ermitteln und aufzubereiten. Mit dem Themenschwerpunkt dieses Kapitels sollen vor allem integrative und querschnittsorientierte Ansätze in den Blickpunkt gerückt werden, die auf der vorhandenen Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur aufsetzen und passgenau zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes und zur Qualitätsverbesserung der Lebensverhältnisse beitragen.

Arbeitsstruktur

Zur Bearbeitung der unterschiedlichen Fragestellungen der AG 2 wurden zwei Unterarbeitsgruppen gebildet, nämlich

- UAG 2a) Klein- und Mittelstädte als Trägerinnen und Stabilisatoren der Wirtschaftsentwicklung und eines differenzierten Arbeitsmarktes
- UAG 2b) Klein- und Mittelstädte als leistungsfähige Standorte öffentlicher und privater Daseinsvorsorge

Im Rahmen des Arbeitsprozesses zeigte sich, dass die Themen beider Unterarbeitsgruppen erhebliche inhaltliche Überschneidungen aufweisen. Deshalb werden die Ergebnisse im Bericht zusammengefasst dargestellt.

2. Laufende Projekte der Landesregierung

von Arbeitsplätzen zu erhalten und zu verbessern ist. Dies kann erreicht werden unter anderem durch

- Steigerung der Standortattraktivität mit geeigneten städtebaulichen Planungen und Maßnahmen,
- Bündelung und Erweiterung des Bildungs-, Sozial-, Kultur-, und Freizeitangebotes in den Standorten mit zentralörtlicher Funktion,
- Ausbau einer auf die zentralörtlichen Einrichtungen und Angebote ausgerichteten Versorgungs-, Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur mit Verbesserung der Erreichbarkeit vorzugsweise durch Sicherung und Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und durch Ausbau des Radwegenetzes,
- Erhöhung des Leistungsaustausches zwischen Zentralen Orten unterschiedlicher Stufe, insbesondere durch die Verbesserung der Verkehrsverbindungen sowie durch Abstimmung und organisatorische Zusammenarbeit bei der öffentlichen Leistungserbringung,
- teils räumlich differenzierte frühzeitige Maßnahmen zur Anpassung von zentralörtlichen Einrichtungen und Angeboten an die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur und altersspezifischen Nachfrage.

Im überarbeiteten LROP-Änderungsentwurf ist zudem vorgesehen, dass die künftige Entwicklung von Wohn- und Arbeitsstätten vorrangig auf die Zentralen Orte und vorhandene Siedlungsgebiete mit ausreichender Infrastruktur konzentriert werden soll.

Auch die von Bund und Land gemeinsam getragene Städtebauförderung leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Daseinsvorsorge in kleineren Städten und Gemeinden. Nähere Ausführungen hierzu sind unter Kapitel IV. 2 zu finden.

Eine optimale Gesundheitsversorgung der niedersächsischen Bevölkerung sowie die Stärkung der ambulanten Pflege sind wichtige Säulen für die Stabilisierung der ländlichen Räume insgesamt. Ziel des Projektes „Gesundheitsregionen Niedersachsen“ ist eine bessere sektorenübergreifende Verzahnung medizinisch ambulanter, stationärer, rehabilitativer und pflegerischer Versorgung. Zu diesem Zweck fördert das Land den Strukturaufbau und stellt gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, der AOK Niedersachsen, den Ersatzkassen sowie dem BKK Landesverband Mitte Mittel zur Förderung zukunftsweisender Projekte bereit. Niedersächsische Kommunen sollen damit unterstützt



werden, neue Konzepte in der örtlichen Gesundheitsversorgung zu entwickeln und umzusetzen. Die wohnortnahe gesundheitliche Versorgung soll so verbessert und die Gesundheitsförderung und Präventionsmaßnahmen gestärkt werden. Dies bildet eine gute Ausgangsbasis dafür, gerade die Gesundheitsversorgung der Menschen auf dem Land zu verbessern.

Zur Stärkung der ambulanten Pflege im ländlichen Raum wird vom Land Niedersachsen seit 2016 – zunächst für drei Jahre – ein Förderprogramm aufgelegt, wofür jährlich rd. 6 Millionen Euro Landesmittel eingesetzt werden. Förderfähig werden Maßnahmen und Projekte von ambulanten Pflegediensten im ländlichen Raum (privat-gewerbliche und frei-gemeinnützige Trägerschaft) insbesondere in den Schwerpunktbereichen „Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen“, „Kooperation und Vernetzung“, „Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Pflegekräfte“ sowie „Einführung von technischen und EDV-basierten Systemen“ sein. Ziel der Förderung ist eine nachhaltige und über den Förderzeitraum hinaus wirksame strukturelle Verbesserung der Rahmenbedingungen in der ambulanten Pflege im ländlichen Raum.

Kleine Städte und Gemeinden sind Standorte einer Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen und somit wesentliche Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region. Um dem in vielen ländlichen Räumen bereits spürbarem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wurde die Fachkräfteinitiative Niedersachsen gestartet. Daran beteiligen sich neben der Landesregierung die Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften, die Kammern, die Bundesagentur für Arbeit, die kommunalen Spitzenverbände und weitere gesellschaftliche Gruppen. Schwerpunkte der Initiative sind u. a.: Stärkung der dualen Berufsausbildung, Förderung des Interesses an Ausbildungsgängen in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, bessere Erschließung des Fachkräftepotenzials von Frauen, Beschäftigungslosen, älteren Menschen sowie Migrantinnen und Migranten und Unterstützung regionaler Fachkräftebündnisse.

Auch das Thema Migration/Integration ist von großer Bedeutung für die kleinen und mittleren Städte. Im Hinblick auf den Zuzug von Flüchtlingen und Schutzsuchenden ist davon auszugehen, dass es diese langfristig in die Ballungsräume ziehen wird. Wenn es gelingen soll, Migrationsgewinne als Chance für den ländlichen Raum zu nutzen, muss der Fokus auf die kleinen Städte

und Gemeinden gelegt werden, da hier nicht nur vergleichsweise bessere Beschäftigungsmöglichkeiten gegeben sind, sondern sich auch Angebote und Einrichtungen der Daseinsvorsorge zumeist in fußläufiger Entfernung konzentrieren. Das Thema Migration/Integration steht im Vordergrund des im letzten Jahr gegründeten Bündnisses „Niedersachsen packt an“. Das Bündnis ist eine gemeinsame Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der beiden christlichen Kirchen, der Unternehmerverbände Niedersachsen und der Niedersächsischen Landesregierung. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, den großen Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen, den im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien, Unternehmen, Kammern, zahlreichen Verbänden und Einzelpersonen sollen alle Akteurinnen und Akteure zusammengeführt sowie die Maßnahmen zur Integration der jüngst nach Niedersachsen zugewanderten Menschen gebündelt werden.

Wesentliche Herausforderungen für kleine und mittlere Städte in den ländlichen Räumen Niedersachsens aus den Bereichen Wirtschaft/Innovation, Bildung/Qualifizierung/Arbeitsmarkt sowie Daseinsvorsorge und Infrastruktur wurden schließlich in den regionalen Handlungsstrategien der Regionen Braunschweig, Leine-Weser, Lüneburg und Weser-Ems aufgegriffen, die von den Ämtern für regionale Landesentwicklung unter Einbeziehung der regionalen Akteurinnen und Akteure erstellt wurden.

3. Empfehlungen des Zukunftsforums



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, Projekte und Prozesse zu unterstützen und nach Möglichkeit zu fördern, die Chancen und Potenziale des demografischen und wirtschaftlichen Wandels zu identifizieren, auf Problemlagen zu reagieren und in Kooperationen mit weiteren Partnerinnen und Partnern bedarfsgerechte und maßgeschneiderte Lösungen zu bieten. Ziel ist es, das Potenzial von Klein- und Mittelstädten für die Stabilisierung und als Stützen des ländlichen Raumes zu erhalten und auszubauen.

und Akteure, was sowohl die Kooperation zwischen den Städten und den Unternehmen als auch der Unternehmen untereinander betrifft.

Die Klein- und Mittelstädte sind wichtige Arbeitsplatzschwerpunkte in den ländlichen Räumen. Tatsächlich entwickeln sich in einer Reihe von Klein- und Mittelstädten durchaus innovative Unternehmen und „Hidden Champions“, die wesentliche Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung des ländlichen Raumes leisten. Diese Städte müssen sich im internationalen Wettbewerb bewähren. In anderen kleinen und mittleren Städten verläuft die wirtschaftliche Entwicklung seit Jahren verhalten. In der Tendenz ist für viele dieser Wirtschaftsstandorte ein schleichender Attraktivitätsverlust zu konstatieren, der auch auf das regionale Umfeld ausstrahlt.

Insgesamt scheint jedoch die Innovationskraft der Unternehmen nicht hinreichend genutzt, was sich beispielsweise an rückläufigen Existenzgründungen abseits der großen Städte und Hochschulstandorte zeigt. Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen stellt nicht selten die Sicherung der Unternehmensnachfolge ein gravierendes Problem dar. Dazu kommt ein erkennbar rückläufiges Interesse an Dualer Ausbildung und an der Karriere in der Region. In vielen Räumen besteht Fachkräftemangel, der belegt, dass ein aufnahmefähiger Arbeitsmarkt allein nicht hinreicht, Schrumpfungstendenzen entgegenzuwirken. Hier gilt es, den Fokus auf den Zuzug zu richten, aber auch die „Klebeffekte“ in der Region zu erhöhen, um den fachlichen Nachwuchs vor Ort zu halten oder zumindest die Chancen für eine Rückkehr nach Studium und Ausbildung zu erhöhen.

Oftmals fehlen jedoch gerade in ländlichen Räumen ausreichende altersgerechte und familienfreundliche Arbeitsplätze und ein entsprechendes Arbeitsumfeld sowie Qualifikationsangebote für Frauen. Einen zentralen Engpass für den Zuzug von Familien stellt zudem die vielerorts unzureichende Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen dar. Dies ist nicht nur für die betroffenen Familien, sondern auch für Unternehmen relevant, weil Ausfallzeiten aufgrund Betreuungserfordernissen zu steigenden Personalkosten führen.

Eine weitere Herausforderung für kleine und mittlere Städte liegt darin, die in der internationalen Zuwanderung liegenden Chancen zu nutzen. Nach Einschätzung des Zukunftsforums ist aber die Vermittlung interkultureller Kompetenz vielerorts nicht

3.1 Herausforderungen

Die Klein- und Mittelstädte übernehmen für ihre jeweilige ländliche Region wesentliche Aufgaben als Dienstleisterinnen und als Entwicklungszentren. Allerdings stehen sie vor vielfältigen Herausforderungen, diese Rolle auch perspektivisch dauerhaft auszufüllen.

Zu nennen sind insbesondere die wirtschaftlich bedingten Konzentrationstendenzen bei öffentlichen und privaten Dienstleistungsangeboten, die zu einem Rückzug von Einrichtungen insbesondere aus kleineren Städten führen. Zudem gibt es Qualitätseinbußen im Auftritt des innerstädtischen Handels, bedingt durch Konkurrenz PKW-orientierter Standorte, Nachfolgeprobleme und Betriebsaufgaben im inhabergeführten Einzelhandel. Verstärkt wurde dieses Problem in den letzten Jahren durch eine zunehmende Bedeutung des Onlinehandels. Außerdem bestehen Defizite bei der Kooperation der verschiedenen Akteurinnen



III. Klein- und Mittelstädte
als Stabilisatoren der ländlichen Räume
im demografischen Wandel stützen



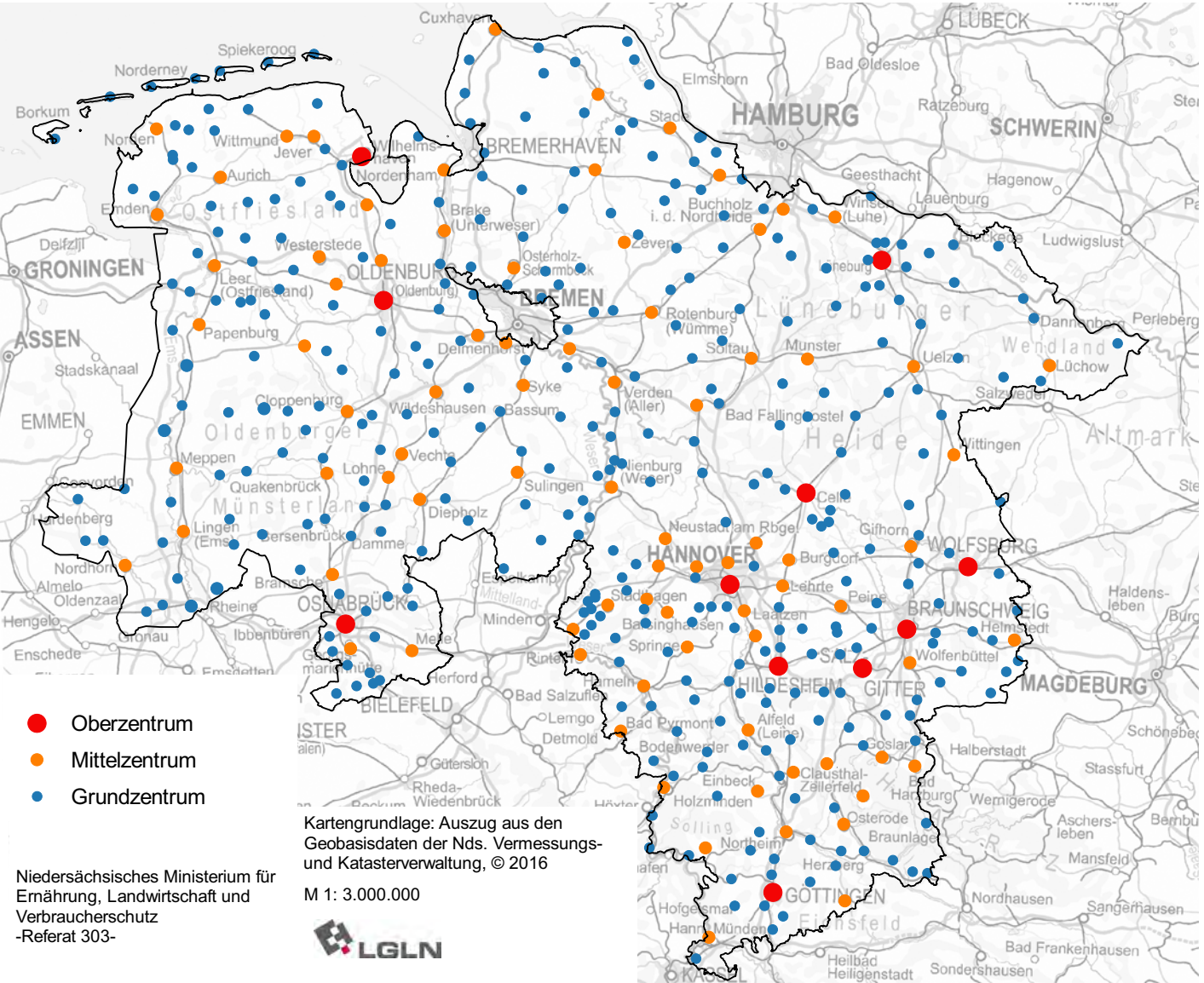
onsfähige, sondern auch attraktive Angebote und Einrichtungen der Daseinsvorsorge vorzuhalten. Dabei stellen einerseits Investitionen in solche Angebote gleichzeitig essenzielle Beiträge zur Wirtschaftsförderung dar. Andererseits gilt aber auch, dass eine abnehmende wirtschaftliche Tragfähigkeit von Infrastrukturen direkt oder indirekt auch mit steigenden Fixkosten für Unternehmen einhergehen kann und somit als Standortnachteil zu werten ist. Es bedarf deswegen intelligenter Lösungen zur Aufrechterhaltung oder zur Neukonzipierung von Daseinsvorsorgeangeboten. Hier gibt es ein hohes Potenzial für nachhaltige Lösungen, die Umwelt- und Klimaschutzaspekte berücksichtigen.

Große Potenziale liegen nach Auffassung des Zukunftsforums auch in der flächendeckenden Versorgung mit schnellem Internet. Hier muss die niedersächsische Landesregierung den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen. Denn gerade für ländliche Räume liegen darin Chancen, die Standortattraktivität beispielsweise durch neue Angebote der digitalen Daseinsvorsorge zu verbessern, den stationären Einzelhandel durch die Organisation von lokalen oder regionalen virtuellen Marktportalen zu stützen. Insbesondere in Räumen mit langsamer mobiler Internetverbindung fehlen freie öffentlich zugängliche WLAN-Angebote. Aber auch hier gibt es in Niedersachsen zukunftsweisende Ansätze, die zur Nachahmung anregen sollten: In einer Reihe kleiner und mittlerer Städte wurden und werden im öffentlichen Raum offenes WLAN bzw. Freifunk-Netze installiert.

ausreichend. Es werden die positiven Impulse durch Migration noch unzureichend erkannt, kommuniziert und genutzt. Zudem ist davon auszugehen, dass dauerhafte Migrationsgewinne nur zu erwarten stehen, wenn bestehende infrastrukturelle Schwächen in diesen Räumen überwunden werden können.

Aus all dem folgt: Im stärker werdenden Wettbewerb um Fachkräfte können nur Regionen mit guten Rahmenbedingungen in den Bereichen Bildung, Mobilität, Gesundheit, Kultur bestehen. Stand früher vor allem das Thema verkehrliche Erreichbarkeit allein im Vordergrund, so ist mittlerweile unbestritten, dass das Thema Daseinsvorsorge immer mehr zu einem ebenso bedeutsamen Schlüsselthema für die ökonomische Entwicklung von Regionen wird. In einer „people driven economy“ richten Unternehmen in zunehmenden Maße Standort- und Investitionsentscheidungen auf Standorte mit attraktiven Lebensbedingungen aus.

Dies stellt aber gerade solche Räume, die vom demografischen Wandel betroffen sind, vor die besondere Herausforderung, trotz sinkender Zahlen von Nutzerinnen und Nutzern nicht nur funkti-



Die Karte zeigt die Standorte der Grund-, Mittel- und Oberzentren in Niedersachsen

In nahezu allen Themenfeldern, die auf lokaler und regionaler Ebene bespielt werden, muss es gelingen, lokale Herausforderungen in einer regionalen Perspektive zu bewältigen. Hier stellt es eine wesentliche Zukunftsaufgabe für die Akteurinnen und Akteure vor Ort dar, sich arbeitsteilig abzustimmen, regionale Schwerpunkte zu setzen und Synergien zu nutzen.

Letztlich gilt: Der Erhalt der Standortattraktivität hängt eng mit der kollektiven Handlungsfähigkeit von Regionen zusammen. Dazu gehört, mit Blick auf die Bedeutung der kleinen und

mittleren Städte als Stabilisatoren und Kristallisationspunkte für ländliche Räume, dass diese ausreichende Akzeptanz durch ihr regionales Umfeld erfahren. Gleichzeitig ist es aber von hoher Bedeutung, dass Klein- und Mittelstädte selbst eine Strategie entwickeln, um sich den Herausforderungen zu stellen. Erfreulicherweise ist die strategische Stadtentwicklung in den letzten Jahren wieder verstärkt in das Blickfeld von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie der Räte, aber auch anderer Akteurinnen und Akteure der Städte gerückt.



3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

3.2.1 Erstellung zukunftsorientierter Stadtentwick-
lungskonzepte

14 DUDERSTADT 2020 –
Deine Stadt, Deine Zukunft¹

Beschreibung

Die Stadt Duderstadt mit ihren rund 21 000 Einwohnerinnen und Einwohnern liegt im niedersächsischen Teil des Eichsfelds. Sie steht wie viele andere Klein- und Mittelstädte in peripheren ländli-chen Räumen vor großen Herausforderungen, die der demografi-sche Wandel mit sich bringt.

Duderstadt2020 ist eine Stadtentwicklungsinitiative für den Raum Duderstadt, die durch einen Unternehmer aus Duderstadt angestoßen wurde. Sie setzt mit neuen Konzepten für Stadt-management und -marketing an zentralen Herausforderungen im ländlichen Raum an. Ziele sind die Aktivierung bisher nicht erschlossener endogener und externer Ressourcen für die Stand-ortentwicklung sowie die Implementierung innovativer Lösun-gen und erlebbarer Produkte. Dabei geht es vor allem darum, sämtliche Bewohner und Bewohnerinnen anzuregen, sich für ihre Stadt und Region zu engagieren. Dies schließt die Einzelhändle-rinnen und Einzelhändler der Innenstadt genauso ein wie bislang im Stillen agierende Künstlerinnen und Künstler oder Jugendliche, umfasst Gespräche mit Unternehmerinnen und Unternehmern genauso wie Initiativen zum Erhalt der Fachwerkhäuser oder die Veranstaltung von Kulturevents weit überregionalen Ranges. Gemeinsam haben diese Aktivitäten, dass sie nicht zuletzt auch Bindungskräfte stärken und die Identifikation der Menschen mit Stadt und Region erhöhen. Aus Unternehmensperspektive werden somit unverzichtbare Beiträge zur Fachkräftesicherung geleistet. Denn einerseits sind Klein- und Mittelstädte selbstver-ständiglich auf erfolgreiche Unternehmen als Gewerbesteuerzahler und attraktive Arbeitgeber angewiesen. In Zeiten von Fachkräfte-mangel und dem internationalen Kampf um die Talente erkennen

manche Unternehmen aber andererseits sehr deutlich, dass die eigene Attraktivität allein nicht mehr ausreicht, um in diesem Wettbewerb langfristig zu bestehen. Somit bedeutet regionales Engagement von Unternehmen weit mehr als willkommenes Sponsoring oder Mäzenatentum. Vielmehr ist die Standortattrak-tivität für Fachkräfte für die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen vor Ort elementar und ein wirkungsvolles regionales Engagement somit im höchsten Eigeninteresse.

Der „Masterplan Duderstadt2020“ markierte von 2009 bis 2012 den Auftakt. Im Rahmen eines interdisziplinären Forschungs- und Entwicklungsprojekts der Hochschule für Angewandte Wis-senschaft und Kunst Hildesheim/Holzminden/Göttingen standen wissenschaftliche Analysen der Bereiche Regionalmanagement und Wirtschaftsförderung, Soziale Arbeit und Gestaltung, die Aktivierung der Bevölkerung sowie die Entwicklung von Pilotpro-jekten im Vordergrund.

Mit Beginn 2012 wurde die DUDERSTADT 2020 GmbH & Co. KG als Stadtentwicklungsagentur ausgegründet. Ziel ist seitdem, mit den Partnern erfolgreich entwickelte Lösungen vor Ort und in der Region nachhaltig zu verankern.

Begründung

Duderstadt2020 steht für einen innovativen Weg der Klein- und Mittelstadtentwicklung, der zumindest für den deutschsprachi-gen Raum ungewöhnlich ist: Initiiert durch den Duderstädter Unternehmer Prof. Hans Georg Näder, ist Duderstadt2020 stark auf Beteiligungsprozesse, Netzwerkprojekte und Kommunikation ausgerichtet und leistet einen konkreten und direkten Beitrag zur Stadt- und Regionalentwicklung. Dies erhöht unmittelbar die Wohn- und Lebensqualität vor Ort. Mittelbar stärkt dieses Engagement aber eben auch nachhaltig die Standortattraktivität und damit die Basis für eine erfolgreiche Fachkräftesicherung.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, auf die Vorgehensweise in Duderstadt als vorbildhaft hinzuweisen, um weitere Unternehmen zu motivieren, sich in dieser oder ähnlicher Form für ihren Standort einzusetzen.

Stadt Duderstadt

Bürgermeister Wolfgang Nolte
Worbiser Straße 9
37115 Duderstadt
Telefon 05527 841-0
E-Mail stadtverwaltung@duderstadt.de oder
buergermeister@duderstadt.de

Duderstadt 2020

Geschäftsführer Karsten Ley
Max-Näder-Straße 15
37115 Duderstadt
Telefon 05527 848-3036
E-Mail karsten.ley@ottobock.de

Weitere Informationen unter
www.duderstadt2020.de



15

Projektvorschlag: Zukunftsprozesse initiieren: Zukunftsstadt Lingen 2025 – Der Lingener Weg

Beschreibung

Die Stadt Lingen (Ems) mit ca. 53 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist Kraftwerkstandort und weist einen besonderen wirtschaftlichen Schwerpunkt im Bereich Energie auf. Im Zuge der Energiewende wird das Lingener Kernkraftwerk im Jahr 2022 vom Netz gehen. Als Folge der Energiewende zeichnen sich mittelfristig erhebliche Veränderungen für den Standort Lingen und die gesamte Region ab.

Um sich dieser Herausforderung zu stellen, aber auch um den weltweiten Entwicklungen, wie dem demografischen Wandel, dem Klimawandel und der Digitalisierung, Rechnung zu tragen, hatte die Stadt Lingen (Ems) im Jahr 2013 den nachhaltigen Strategieprozess „Zukunftsstadt Lingen 2025 – der Lingener Weg“ gestartet.

Ziel sollte es sein, frühzeitig einen Handlungsrahmen für die Zukunft zu identifizieren und Leitgedanken zu formulieren, an denen die weiteren politischen Entscheidungen strategisch und nachhaltig ausgerichtet werden können, um so einen kontinuierlichen Entwicklungsprozess der Stadt – ein „permanentes Update“ – einzuleiten. Dabei sollten gemeinsam mit der Bürgerschaft und allen relevanten Beteiligten in der Stadt die Antworten auf die Fragen der Zukunft gefunden werden.

Den Auftakt für das Zukunftsprojekt bildete ein Ratsbeschluss, hierdurch wurde eine klare Entscheidung für die Einleitung eines Zukunftsprozesses abgegeben.

Das wesentliche Element des Projektes war und ist jedoch die Bürgerbeteiligung. Durch einen internetbasierten Bürgerdialog sowie ein Bürgerforum konnten die Bürger aktiv Vorschläge für die Zukunft der Stadt einbringen sowie die Vorschläge der Verwaltung und Politik bewerten und gewichten.

Insgesamt wurden gemeinsam sieben Handlungsfelder (Familie; Wohnen; Klima, Umwelt, Energie; Wirtschaft; Bildung; Freizeit, Sport, Kultur; Verkehr und Mobilität) und 39 umzusetzende Maßnahmen identifiziert.

Nach Bewertung und Gewichtung durch die Bürgerinnen und Bürger und die Politik wurden die Projekte

- Neuausrichtung des Energiestandortes,
- Innenentwicklung,
- Fahrradfreundliche Stadt und
- Stadtmarketing

als „Starterprojekte“ priorisiert. Alle vier Projekte sind angelaufen und erste Ergebnisse liegen hier bereits vor.

Begründung

Um den besonderen Herausforderungen eines Standorts – beispielsweise dem Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums – gewachsen zu sein und diesen zu bewältigen, gilt es zunächst, die Veränderungs-, Entwicklungs- und Einflussfaktoren zu identifizieren. Das Beispiel zeigt, dass umfangreiche Beteiligungskonzepte dabei helfen können, die Sichtweisen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen am Standort in den Blick zu nehmen und für die Stadtentwicklung zu nutzen.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Lingener Bürgerforums
bewerten die eingegangenen Vorschläge



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, ähnliche Prozesse auch in anderen Kommunen und Städten zu unterstützen.

Stadt Lingen (Ems)

Kirsten Vogler
Oberbürgermeisterbüro
Elisabethstraße 14-16
49808 Lingen (Ems)
E-Mail k.vogler@lingen.de

Weitere Informationen unter
www.lingen.de/zukunftsstadt_lingen_2025/art_32851.html



Verdener Zukunftsgespräche zum demografischen Wandel und sozialen Zusammenhalt

16 Zukunftskonzept Verden

Beschreibung

Zielorientiert und ergebnisoffen haben Stadtverwaltung und Ratsfraktionen in Verden (27 000 Einwohnerinnen und Einwohner) mit neutraler Moderation und fachlicher Beratung mehrfach gemeinsam und erfolgreich Herausforderungen bewältigt:

Das Konsolidierungskonzept 2005 war die Grundlage, sechs Monate vor der Kommunalwahl 2006 mit einer breiten Ratsmehrheit die Grundsteuer und Gewerbesteuer deutlich zu erhöhen. Seitdem sind alle Haushalte ausgeglichen und die Stadt investiert aus eigener Kraft.

Das Wachstumskonzept Innenstadt und der europaweite städtebauliche Wettbewerb für den Rahmenplan Allerufer bewirkten einen zukunftsweisenden Stadtumbau auf ca. vier Hektar in der nördlichen Altstadt zur Stärkung von Einzelhandel und Gastronomie im Mittelzentrum.

Das einstimmig beschlossene Zukunftskonzept Verden 2030 umfasst eine Nachhaltigkeitsstrategie für die langfristige Orientierung der Stadt und eine Sammlung wichtiger Zukunftsprojekte. Dem öffentlichen Aufruf für Zukunftsideen folgte eine Unterstüt-

zung bei der Entwicklung zu Zukunftsprojekten und der Bildung von Projektgruppen für die Umsetzung.

Beispiel ist ein Zentrum für die Kreativwirtschaft in Verden: Aus der Projektgruppe Kreativzentrum ist bereits der Verein „Verdener Kreativ- und Innovationswirtschaft e. V.“ entstanden. Mit Unterstützung der Gruppe entstand zügig eine Machbarkeitsstudie mit Grobkonzept für ein leerstehendes Industriegebäude in Stadtbesitz, das die Ratsgremien überzeugte. Jetzt geht es bereits um die bauliche und finanzielle Umsetzung.

Halbherzige Maßnahmen und Projekte haben meist eine geringe Wirkung. Wirkungsvolle Maßnahmen erfordern meist mehr Mut und eine gewisse Unterstützung für eine verlässliche und zügige Umsetzung. Viele wichtige Zukunftsprojekte kann eine Stadtverwaltung nicht allein umsetzen. Eine zielgerichtete und ergebnisorientierte Zusammenarbeit wichtiger Akteurinnen und Akteure kann durch einen professionell organisierten Diskussions- und gemeinsamen Entscheidungsprozess gefördert werden. Eine neutrale Moderation und ergebnisorientierte Prozessorganisation sind Dienstleistungen, die vergleichbar anderen Ingenieurleistungen eingekauft werden können.

Begründung

Das Beispiel ist vorbildlich, weil eine langfristig erfolgreiche Kommunalpolitik eine strategisch nachhaltige Orientierung über Wahlperioden hinaus und einen breiten Konsens auf wirksame Zukunftsprojekte braucht. Die großen kommunalen Herausforderungen können meist weder die Stadtverwaltung noch einzelne Fraktionen alleine angehen. Sinnvoll ist eine zielorientierte und ergebnisoffene Zusammenarbeit mit neutraler Moderation und fachlicher Beratung. Nur eine frühzeitige Beteiligung wichtiger gesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure und auch der Bevölkerung schafft die notwendige Akzeptanz und Unterstützung für kommunale Entscheidungen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, am Beispiel der Stadtentwicklung in Verden die Bedeutung und die Möglichkeiten einer strategischen Kommunalpolitik zu vermitteln.

Stadt Verden (Aller)

Bürgermeister Lutz Brockmann
Große Straße 40
27283 Verden (Aller)

mensch und region

Dipl.-Geogr. Birgit Böhm
Lindener Marktplatz 9
30449 Hannover

Weitere Informationen unter
www.verden.de/portal/seiten/integriertes-staedtisches-entwicklungs-und-wachstumskonzept-907000400-20680.html?s_sprache=de&rubrik=907000005

www.verden.de/portal/seiten/Seite-907000485-20680.html

www.verden.de/leben-in-verden/zukunftskonzept/

www.readymade-wa.de/kreativzentrum-verden



17 Zukunftskonzept Daseinsvorsorge, Ratzeburg

Beschreibung

Die schleswig-holsteinische Stadt Ratzeburg (14 000 Einwohnerinnen und Einwohner) hat als Grundzentrum mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums große Bedeutung für die Umlandgemeinden. Einerseits profitieren die Bewohnerinnen und Bewohner der umliegenden Gemeinden von dem Versorgungsangebot in Ratzeburg, andererseits ist die Stadt für die Auslastung der Versorgungseinrichtungen auf die Nachfrage aus den Nachbargemeinden angewiesen. Sowohl in Ratzeburg als auch in den Umlandgemeinden sind die Auswirkungen des demografischen Wandels spürbar: Die Gemeinden haben zwar eine stabile Bevölkerungsentwicklung, aber eine Zunahme der Seniorinnen und Senioren und ein Wegzug der jüngeren Bevölkerung machen eine Anpassung der Infrastruktur und der Angebote der Daseinsvorsorge erforderlich.

Das Zukunftskonzept Daseinsvorsorge mit dem Titel „Stadt und Land auf Kurs 2025“ wurde im März 2014 beschlossen. Es umfasst neben der Stadt Ratzeburg insgesamt 16 der 25 Gemeinden des Amtes Lauenburgische Seen. Erarbeitet wurde es in einem zweistufigen Verfahren. In der ersten Phase erfolgte nach intensiver Beteiligung der lokalen Akteurinnen und Akteure eine Analyse der Angebots- und Nachfragesituation in den Handlungsfeldern „Sport, Freizeit und Erholung“, „Familien“, „Gesundheit und Pflege“, „Bürgerschaftliches Engagement“, „Mobilität und Erreichbarkeit“, „Generationsübergreifende Wohnqualitäten“ und „Kultur und Bildung“. In der zweiten Phase wurden für jedes Handlungsfeld Entwicklungsziele festgelegt und daraus konkrete Projekte und Handlungsempfehlungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge abgeleitet. Übergreifendes Ziel ist die Verbesserung der Lebensqualität für Jung und Alt.

Die Erstellung des Konzeptes wurde aus Mitteln des Städtebauförderungsprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden“ gefördert.



Begründung

Das Ratzeburger Zukunftskonzept ist vorbildlich, weil es die Stadt mit ihren Umlandbezügen in den Blick nimmt und weil die Angebots- und Nachfragesituation in regionaler Perspektive analysiert worden ist. Im Hinblick auf Projekte und Handlungsempfehlungen steht daher auch die interkommunale Zusammenarbeit im Vordergrund, die insbesondere beim Thema Daseinsvorsorge eine große Bedeutung hat.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, im Rahmen der Städtebauförderung die Stadt-Umland-Beziehungen der zu fördernden Städte in geeigneter Form zu berücksichtigen und dafür zu werben, für Städte und ihr Umland gemeinsame Konzepte zum Thema Daseinsvorsorge zu erstellen.

Stadt Ratzeburg

Fachbereich Stadtplanung, Bauen und Liegenschaften
Michael Wolf
Unter den Linden 1
23909 Ratzeburg
Telefon 04541 8000-161
E-Mail wolf@ratzeburg.de

Weitere Informationen unter
www.ratzeburg.de

3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

3.2.2 Attraktivität von Innenstädten steigern

18 Wachstumskonzept Innenstadt Verden

Beschreibung

Auf der Grundlage vorhandener Stadtentwicklungspläne erarbeitet die Stadt 2007 mit breiter Beteiligung aller Akteurinnen und Akteure und fachwissenschaftlicher Beratung ein Wachstumskonzept für die Innenstadt. Eine ehrliche Analyse verbunden mit wissenschaftlicher Beratung führte zu breiter Akzeptanz für mutige Entwicklungsziele:

1. direkte Anbindung der Innenstadt an die Bundesstraße auf Kosten der Stadt.
2. Verlegen zentraler Parkplätze für Kundinnen und Kunden zur Entwicklung des Allerufers für Naherholung und Tourismus und
3. Schaffen attraktiver öffentlicher Plätze.

Es folgte 2009 ein europaweiter städtebaulicher Wettbewerb für den „Rahmenplan Allerufer“ als Umsetzungskonzept für einen ca. drei bis vier Hektar großen Innenstadtbereich. Die Realisierung aller drei Entwicklungsziele wurde 2010 bis 2015 mit 4,1 Millionen Euro gefördert und weitgehend umgesetzt. Die Stadt erwarb notwendige Schlüsselgrundstücke und suchte per Erwerberauswahlverfahren Investorinnen und Investoren für den Neubau der geplanten Stadtkante mit Wohnungen, Geschäften und einem Hotel am neuen Allerpark.

Der einstimmige Beschluss des Wachstumskonzepts und dessen konsequente Umsetzung durch öffentliche Investitionen mit breiten Ratsmehrheiten beförderten sichtbar private Investitionen. Der neue Rathausplatz entwickelt sich mit Außengastronomie zum urbanen Stadtplatz, mehrere Geschäftshäuser wurden modernisiert. Die moderne Spielskulptur im Allerpark zieht Familien und Kundschaft aus dem Umland an.

Begründung

Dem Mittelzentrum Verden (27 000 Einwohnerinnen und Einwohner) fehlten für die zentrale Innenstadt in der Altstadt Investitionen und Innovationen, um die Wettbewerbsfähigkeit als Mittelzentrum und Funktion als lebendige Stadt zukunftssicher zu gestalten. Hierzu gehört die Stärkung der Urbanität.

Eine zunehmende Anzahl altmodischer Ladenlokale und eine über 20 Jahre alte Optik der Fußgängerzone schwächten die Strahlkraft als Einkaufsstadt. Insbesondere fehlten attraktive Außengastronomie und öffentliche Orte für ein modernes urbanes Stadtleben.

Über Jahrzehnte blockierte Streit im Stadtrat eine zukunftsweisende Entwicklung am Allerufer. Mitten in der Fußgängerzone diente der Rathausplatz als Parkplatz. Durch die fachwissenschaftliche Beratung insbesondere auch zur Stadtökonomie gelang die Herausforderung, wirksame Wachstumsmaßnahmen zu entwickeln, eine breite Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu schaffen und eine verlässliche politische Unterstützung für die konsequente Umsetzung zu erhalten.



Spielende Kinder und Erwachsene im Alleruferpark mit Mehrgenerationenspielplatz, welcher im Jahr 2015 auf Grundlage des Wachstumskonzeptes auf einer ehemaligen Parkfläche neu entstanden ist



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Bedeutung einer fachwissenschaftlichen Beratung inklusive der Stadtökonomie und einer breiten Partizipation für wirksame Stadtentwicklungskonzepte zu vermitteln.

Stadt Verden (Aller)

Frau Birgit Koröde
Große Straße 40
27283 Verden (Aller)

BPW baumgart+partner

Dipl.-Ing. Jörn Ackermann
Ostertorsteinweg 70–71
28203 Bremen

Städtebauleitplanung – Universität Dortmund

Prof. Christa Reicher (Dipl. Ing.)
isr Institut für Stadt- und Regionalmanagement
Universität Göttingen
Goldschmidtstr. 5
37077 Göttingen

Weitere Informationen unter
www.verden.de/portal/seiten/integriertes-staedtisches-entwicklungs-und-wachstumskonzept-907000400-20680.html?s_sprache=de&rubrik=907000005

www.verden.de/portal/seiten/Seite-907000485-20680.html

19

Innenstadtmanagement in Hachenburg

Beschreibung

Die Stadt Hachenburg (ca. 6 000 Einwohnerinnen und Einwohner) liegt im Westerwaldkreis (Rheinland-Pfalz) und ist Zentrum und Verwaltungssitz der 33 Ortsgemeinden umfassenden Verbandsgemeinde Hachenburg (ca. 25 000 Einwohnerinnen und Einwohner).

Die Stadt hat ihre Funktion als Mittelzentrum und damit als Versorgungsmittelpunkt für das ländlich geprägte Umland in den letzten Jahren gezielt ausgebaut. Ausgangspunkt war die negative Entwicklung der 1990er-Jahre, in der zahlreiche Einzelhandelsgeschäfte ihr Geschäft aufgaben, was um das Jahr 2000 zu einer Leerstandsquote von ca. 20 Prozent geführt hatte. Da Ladenleerstände die Attraktivität einer Stadt drastisch senken und auch in Hachenburg eine Abwärtsspirale drohte, initiierte die Stadt ein Rettungsprogramm für die Innenstadt. Dadurch ist es gelungen, die Innenstadt nach Jahren des Niedergangs wieder zu einem lebendigen Zentrum für das Umland zu machen.

Ein zentrales Element der Rettungsaktion war ein gezieltes Leerstandsmanagement. Seitens der Stadtverwaltung wurden konkrete Gespräche mit Hauseigentümerinnen und -eigentümern geführt und eine gezielte Suche nach Interessenten initiiert. Auch das Problem der in Kleinstädten oft überbewerteten Mieten wurde in Gesprächen aktiv in Angriff genommen. Zahlreiche Hauseigentümerinnen und -eigentümern konnten überzeugt werden, im Sinne der Attraktivität der Innenstadt durch guten Branchenmix niedrigere Mieteinnahmen zu akzeptieren. Die Stadt selbst hat mehr als 20 Millionen Euro investiert, um die Innenstadt etwa durch Gestaltung des öffentlichen Raums wieder attraktiv zu machen. Heute weist Hachenburg eine lebendige Einzelhandelsstruktur auf, die von Fachgeschäften geprägt ist.

Auch das Wohnen in der Innenstadt wurde besonders berücksichtigt. Im Zentrum Hachenburgs waren insbesondere Wohnungen für kleinere Haushalte gefragt. Die Immobilienwirtschaft erkannte, dass angesichts des demografischen Wandels zentral gelegene Wohnungen für Singles, Zwei-Personen-Haushalte und ältere Menschen zwar marktgängig sind, aber auch zu wenig verfügbar waren. Mit Zuwendungen aus der Städtebauförderung und durch ein eigenes kommunales Förderprogramm wurde die



Der Alte Markt in der Innenstadt von Hachenburg

Mehrzahl der Häuser im Sanierungsgebiet grundlegend erneuert bzw. teilsaniert.

Außerdem ist die Stadt für ihre kulturellen Aktivitäten bekannt. Als Folge ist unter anderem der Zuzug auch von jüngeren Menschen in die Innenstadt zu beobachten, wo heute mehr Menschen wohnen als vor 30 Jahren.

Begründung

Am Beispiel der Stadt Hachenburg wird deutlich, dass sich eine Stadt ihrer besonderen Verantwortung als Einkaufstadt für ihr Umland stellt. Sie sieht sich als Versorger im oberen Westerwald und setzt Impulse, mit denen nicht nur die Stadt, sondern auch die Region gestärkt werden kann. Die Stadt hat erkannt, dass eine starke Innenstadt mit hoher Ausstrahlung ein wichtiger Baustein für die Lebensqualität in der Stadt und den Gemeinden ihres Verflechtungsbereiches ist.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die zentralen Orte bei der Wahrnehmung ihrer Versorgungsfunktion für das Umland zu unterstützen.

Verbandsgemeindeverwaltung Hachenburg

Bürgermeister Peter Klöckner
Gartenstraße 11
57627 Hachenburg
Telefon 02662 801101
E-Mail info@hachenburg-vg.de



Beschreibung

Eine Stadt, die im interkommunalen Wettbewerb erfolgreich sein will, muss es schaffen, ein vielfältiges Angebot an Handels- und Dienstleistungsbetrieben, Handwerk, kulturellen Einrichtungen sowie Gastronomie und Veranstaltungen anzubieten – optimalerweise in einem attraktiven städtebaulichen Umfeld.

Die 2014 erstmals ins Leben gerufene IHK-Gründungsinitiative „Lokalhelden Celle“ setzt hier an. Sie gibt Existenzgründerinnen und -gründern sowie jungen Unternehmerinnen und Unternehmern die Chance, den Traum von der Selbstständigkeit in einem attraktiven Ladenlokal in der Celler Innenstadt mit fachkundiger und umfassender Unterstützung zu realisieren. Die IHK Lüneburg-Wolfsburg und ihre Partnerinnen und Partner (Stadt Celle, Cellesche Zeitung, Wirtschaftsclub Celle, Sparkasse Celle, Volksbank Südheide) möchten die regionale Vielfalt an Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistungen und damit die Attraktivität der Stadt Celle (70 000 Einwohnerinnen und Einwohner) stärken. Immobilienfirmen sowie -eigentümerinnen und -eigentümer unterstützen die Initiative ihrerseits mit besonderen Immobilienangeboten für Lokalhelden, die zum Beispiel in den ersten Monaten mietfrei zur Verfügung gestellt werden. Die Initiative „Lokalhelden Celle“ erfolgt auf Basis eines Wettbewerbs in zwei Phasen. Zunächst müssen Gründerinnen und Gründer ein Motivationsschreiben mit Skizzierung ihrer Geschäftsidee und ihren Lebenslauf einreichen. In der zweiten Phase erstellen sie einen detaillierten Businessplan mit Finanzierungskonzept und erhalten dabei fachliche Begleitung durch IHK-Beraterinnen und -berater. Diejenigen Gründenden, die eine originelle und nachhaltige Geschäftsidee sowie eine fachliche und kaufmännische Eignung aufweisen und den Willen haben sich in der Celler Innenstadt anzusiedeln, erhalten schließlich die Möglichkeit, sich vor einer Fachjury zu präsentieren. Die Fachjury besteht aus den Partnerinnen und Partner des Wettbewerbs sowie Vertreterinnen und Vertretern der lokalen Einzelhandelsverbände.

Ein interessantes Gewinner-Paket mit besonderen Angeboten der Wettbewerbspartnerinnen und -partner – unter anderem mit

Investitionszuschüssen, Coaching und Seminaren rund um Selbstständigkeit, einer attraktiven Ladenfläche in zentraler Innenstadtlage und einer breiten Öffentlichkeitsarbeit, soll den prämierten Lokalheldinnen und -helden einen erfolgreichen Start erleichtern.

Die Partnerinnen und Partner des Projekts sind die Stadt Celle, die Cellesche Zeitung, der Wirtschaftsclub Celle, die Sparkasse Celle und die Volksbank Südheide.

Begründung

In Celle wurde erkannt, dass eine rückläufige Zahl operierender Facheinzelhändlerinnen und -händler und die vermehrte Leerstandsproblematik in der Innenstadt als Folge von Dezentralisierung und zunehmendem Onlinehandel eine Gefahr für den Einzelhandelsstandort Celle, die Attraktivität der Stadt und letztendlich ihrer Wirtschaftskraft darstellen. Von der Stadt und der IHK Lüneburg-Wolfsburg wurden die Förderung der Stadtentwicklung und des Stadtmarketings als zentrales Anliegen erkannt.



Empfehlung

Das Zukunftsforum sieht die Gründungsinitiative „Lokalhelden Celle“ als vorbildlich an und empfiehlt der Landesregierung, entsprechende Initiativen in ihrer Wirtschaftspolitik zu unterstützen.

IHK Lüneburg-Wolfsburg

Tobias Hannemann, Leiter der Geschäftsstelle Celle
Michael Retzki, Berater für Gründung
und Finanzierung
Sägemühlenstr. 5
29221 Celle
Telefon 05141 9196-0
E-Mail hannemann@lueneburg.ihk.de

Weitere Informationen unter
www.ihklw-lokalhelden.de



Übergabe eines Schaufenster-Aufklebers an einen der Lokalhelden-Gewinner 2014, Herr Rainer Samleit, als Gründer und Geschäftsführer des Feinkostgeschäfts "Marchelle" in Celle



21 Freifunk/offenes WLAN für Innenstädte

Beschreibung

Offene WLAN-Netze sind in vielen europäischen Ländern weit verbreitet. Sie werden nicht zuletzt durch Touristinnen und Touristen nachgefragt. In Niedersachsen halten hingegen nur relativ wenige Kommunen, insbesondere größere Städte, an ausgewählten Plätzen offenes WLAN vor.

Die Freifunk-Bewegung, in der sich auch in Niedersachsen viele Menschen engagieren, hat zum Ziel, freie, unabhängige und nichtkommerzielle Funknetze zu etablieren. Dabei stellen Teilnehmende Kapazitäten eigener WLAN-Router für den Betrieb eines öffentlich zugänglichen, kostenfreien WLANs zur Verfügung. In Niedersachsen gibt es derzeit mindestens 18 Freifunk-Initiativen.

Begründung

Offenes WLAN und offene Bürgernetze bieten große Potenziale für den Ausbau des freien Zugangs zum Internet. Die Schaffung von Freifunknetzen stellt eine gute Möglichkeit dar, wie die heute verfügbaren technischen Möglichkeiten von allen genutzt werden können und damit der Zugang zum Internet überall möglich wird.

Sie sind in besonderem Maße bedeutsam für kleine und mittlere Städte und Gemeinden,

- da diese oftmals auch touristische Destinationen im ländlichen Raum darstellen. Gerade Touristinnen und Touristen orientieren sich gerne via WLAN. Offenes WLAN stellt für Urlauberinnen, Urlauber und Gäste einen zusätzlichen Service da und wird von diesen zunehmend erwartet,
- da sie Zentren für die Einzelhandelsversorgung für das Umland sind. Offene WLAN-Netze erleichtern die Etablierung virtueller lokaler bzw. regionaler Marktplätze und unterstützen damit den stationären Einzelhandel vor Ort (Cross-Channel),
- da sich hier Angebote der Daseinsvorsorge bündeln. Freier Internetzugang sollte die vorhandenen Angebote ergänzen. Insbesondere in Kommunen mit schlechtem Mobilfunknetz besteht ein besonderer Bedarf, eine zukunftsfähige Infrastruktur zu schaffen.

Das Land Niedersachsen hat die Bedeutung von offenem WLAN und Freifunknetzen erkannt und 2016 ein Landesprogramm mit einer Mittelausstattung von 100 000 Euro zur Unterstützung von Freifunk bereitgestellt.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung,

- die Kommunen in Niedersachsen in geeigneter Weise über die Möglichkeiten des Freifunks als besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements zu informieren und für den Ausbau des Freifunks in Niedersachsen zu werben,
- Freifunk-Initiativen in den kommenden Jahren auch direkt beim Aufbau einer zukunftsfähigen WLAN-Infrastruktur zu unterstützen und dabei auch die Einbeziehung von Landesliegenschaften für die Einrichtung von Freifunk-Netzen zu prüfen,
- die Freifunk-Initiative weiterhin zu unterstützen und sich erforderlichenfalls für eine erneute Novellierung des TMG (Abschaffung der Störerhaftung) einzusetzen.

Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen

Peer Beyersdorff (Geschäftsführer)

Sachsenring 11

27711 Osterholz-Scharmbeck

Telefon 04795 957-1150

E-Mail info@breitband-niedersachsen.de

Weitere Informationen unter

www.breitband-niedersachsen.de

22 Onlinecity Wolfenbüttel

Beschreibung

Die stetig gestiegene Mobilität (und Ansprüche) der Bürgerinnen und Bürger und die wachsende Anzahl der Mitbewerber aus dem Internet sorgen für einen erheblichen Rückgang der Kundenfrequenz. In Wolfenbüttel (52 000 Einwohnerinnen und Einwohner) hat der Einzelhandel im Februar 2015 begonnen, gegenzulenken und gemeinsam mit der Stadt und dem Dienstleister „Atalanda“ Wolfenbüttel als erste Stadt in Niedersachsen zur „Onlinecity“ gemacht.

43 Händlerinnen und Händler haben sich aktuell (Stand: Juni 2016) unter der Plattform <http://onlinecity-wf.de> zusammengetan, um genau wie Amazon & Co. die Kundschaft dort zu bedienen, wo sie es gerade möchte: auf der Couch, im Büro oder unterwegs – auch außerhalb der Öffnungszeiten. Wird früh genug bestellt (Montag bis Freitag bis 16.30 Uhr), kann man sich seinen virtuellen Einkauf noch am selben Tag innerhalb des Stadtgebietes liefern lassen. Auch eine Abholung im Geschäft ist natürlich möglich.

Für die Händlerinnen und Händler in Wolfenbüttel liegt der Schwerpunkt ihres Engagements nicht alleine im Onlineverkauf, sondern auch in der Onlinepräsenz und im Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit. So können neue Zielgruppen und Kanäle erschlossen werden, kann das in der Gemeinschaft vorhandene große Angebot in der Wolfenbütteler Fußgängerzone zurück ins Bewusstsein der Kundinnen und Kunden in der Stadt und im Umland gebracht werden – es wird wieder vor Ort eingekauft und nicht in der nächsten Großstadt oder in anonymen Onlineshops.

Ein gemeinsamer Werbeauftritt, gemeinsame Werbemittel, Aktionen in den Geschäften und in der City sowie ein gemeinsamer Auftritt in sozialen Netzwerken flankieren die Aktion.

Begründung

Nicht nur für die Kundschaft, sondern auch für den Einzelhandel, insbesondere die kleineren und die Ein-Personen-Geschäfte, ist der gemeinsame „Onlineshop“ ein großer Gewinn. Denn oftmals fehlen hier Wissen oder ganz einfach die Zeit, einen professionellen Internetauftritt samt virtuellem Einkaufsladen auf die Beine zu stellen. Zudem mangelt es häufig an entsprechenden Warenwirtschaftssystemen oder Datenschnittstellen. In der Gemeinschaft ist der virtuelle Marktplatz für diese möglich geworden. Somit werden die örtlichen Geschäfte in der Konkurrenz mit dem überregionalen Onlinehandel gestärkt.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung zu prüfen, ob durch eine gezielte Bereitstellung von Fördermitteln, zum Beispiel für Personalkosten, auch in ähnlich strukturierten Kleinstädten wie Wolfenbüttel der Einzelhandel durch lokale Online-Marktplätze gestärkt und eine attraktive, lebendige Innenstadt erhalten werden kann.

Stadt Wolfenbüttel

Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus

Corinna Düe

Stadtmarkt 3-6

38300 Wolfenbüttel

Telefon 05331 86-422

E-Mail corinna.duee@wolfenbuettel.de



23

Zukunftsfonds Ortskernentwicklung 3.0 des Landkreises Osnabrück – Schwerpunkt Onlinehandel²

Beschreibung

Der Onlinehandel stellt eine wachsende Herausforderung für den stationären Einzelhandel und für die Zentren der Klein- und Mittelstädte dar. Der Landkreis Osnabrück hat deswegen im April 2016 zum dritten Mal seinen „Zukunftsfonds Ortskernentwicklung“ mit dem Förderschwerpunkt „Onlinehandel“ ausgelobt.

Ziel des Wettbewerbs ist die nachhaltige Stärkung der Ortskerne und Innenstädte im Landkreis Osnabrück durch Förderanreize für Maßnahmen von Geschäftsleuten, Eigentümerinnen, Eigentümern und Gemeinden. Die Maßnahmen sollen kooperativ zwischen Gemeinden und Privaten erarbeitet werden und eingebunden sein in ein Marketing-Konzept, das einen zeitgemäßen Onlineauftritt des Ortskerns und der Geschäfte mit einem marktgerechten Offlineangebot der Geschäfte bzw. Anbieterinnen und Anbieter im Ortskern verknüpft.

Für den Wettbewerb im Jahr 2016 haben sich 9 Kommunen



Die Jury unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Prieb bei der Bewertung und Auswahl der eingereichten Wettbewerbsbeiträge zum Zukunftsfonds Ortskernentwicklung 3.0

mit vielfältigen Maßnahmen beworben:

- Marketingkonzepte zur Verknüpfung eines zeitgemäßen Onlineauftritts des Ortskerns und der Geschäfte mit einem marktgerechten Offlineangebot der Anbieterinnen und Anbieter im Zentrum,
- moderne Homepages als neue virtuelle Marktplätze der Kommunen, um die Angebote der Geschäfte im Ortskern zu präsentieren (einschließlich mobiler Versionen und Entwicklung von Apps) sowie Relaunch der Internetauftritte einzelner Geschäfte,
- WLAN für das Zentrum,
- Schulungsangebote für die Kaufleute zur Weiterentwicklung der „eKompetenz“ sowie
- Konzepte zur Nutzung der sozialen Medien wie Facebook und Instagram sowie Suchmaschinenoptimierung, um Sichtbarkeit und Auffindbarkeit im Netz durch die Kundschaft zu erhöhen.

Neben den internetbezogenen Aktivitäten wurden auch Maßnahmen zur Förderung beantragt, die die klassischen Offlinekompetenzen des stationären Einzelhandels stärken: Modernisierung der Ladengestaltung, Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Zentrum, Image-Kampagnen im Rahmen von „Crossmedia-Konzepten“ (z. B. „buy local“) oder die temporäre Leerstandsnutzung durch Förderung von Pop-up-Stores.

Begründung

Das Zukunftsforum erachtet das Projekt „Zukunftsfonds Ortskernentwicklung 3.0 – Onlinehandel“ mit seinem diesjährigen thematischen Schwerpunkt als vorbildlich, weil die moderne Außendarstellung von Geschäften im Ortskern sinnvoll mit Onlineangeboten (moderne Homepages der Geschäfte, virtuelle Marktplätze) verknüpft wird. Auf diese Weise schafft man ein Angebot für die Nachfrage im Bereich des Onlinehandels und stellt zugleich aber auch eine moderne Außengestaltung des Ortskerns und der Geschäfte sicher. Die Attraktivität und Aufenthaltsqualität der Innenstädte wird erhöht, der Bestand ihrer Geschäfte gesichert.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, auf die Vorgehensweise im Landkreis Osnabrück als vorbildhaft hinzuweisen, um weitere Landkreise und den Einzelhandel selbst zu motivieren, sich in dieser oder ähnlicher Form für die Förderung ihrer Ortsmitten und speziell auch die Nutzung von Onlineangeboten zur Stärkung der Ortsmitte einzusetzen.

Landkreis Osnabrück

Fachdienst Planen und Bauen
Baudirektor Arndt Hauschild
Am Schölerberg 1
49082 Osnabrück
Telefon 0541 501-4055
E-Mail hauschild@lkos.de

Weitere Informationen unter
www.landkreis-osnabrueck.de

<https://www.landkreis-osnabrueck.de/bauen-umwelt/planen-und-bauen/zukunftscheck-ortskernentwicklung>



3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

3.2.3 Fachkräftesicherung in Klein- und Mittelstädten

24

Innovationskeimzelle Norddeutsches Zentrum für Nachhaltiges Bauen in Verden

Beschreibung

In der Stadt Verden (27 000 Einwohnerinnen und Einwohner) gibt es bisher keine Universität oder Fachhochschule. Zur Innovationsförderung entstand aus der Partizipation für das regionale Entwicklungskonzept das Netzwerk Nachhaltig Bauen, gebildet aus einigen Ökobaubetrieben, Planungsbüros und mehreren traditionellen Handwerksbetrieben mit Unterstützung durch Kreis- und Stadtverwaltung.

Die gebündelten Kontakte und die gute Zusammenarbeit im Netzwerk führten zu zahlreichen Kontakten zu Universitäten, Fachhochschulen, Unternehmen und Akteurinnen und Akteuren rund ums nachhaltige Bauen. Zum Start förderte das Land Niedersachsen ein Netzwerkmanagement. In dieser Zeit erarbeitete das Netzwerk das Konzept für ein Kompetenzzentrum.

Für das Kompetenzzentrum entstand mit 4,4 Millionen Euro Fördermitteln ein hoch innovativer fünfgeschossiger Bürobau, der höchste direktverputzte Strohbau in Europa. Das Gebäude realisiert dreifachen Klimaschutz und zeigt auf zwei Ebenen die Ausstellung „Nachhaltig – Bauen – Erleben“. Durch Umbau einer ehemaligen Panzerhalle entstand angrenzend ein Aus- und Fortbildungszentrum mit angewandter Entwicklung rund um Nachhaltig Bauen.

Das Norddeutsche Zentrum für Nachhaltiges Bauen (NZNB) verknüpft als Kompetenzzentrum internationale und universitäre Zusammenarbeit mit dem Innovationstransfer sowie die Aus- und Fortbildung für das nachhaltige Bauen. Die Regionale Handlungsstrategie für die Region Lüneburg bewertet das NZNB als regional bedeutsame Innovationskeimzelle. Herausforderung und Ziel ist die institutionelle Weiterentwicklung zur Akademie für Nachhaltiges Bauen.



Kompetenzzentrum für Nachhaltiges Bauen in Verden, als direktverputzter strohballengedämmter Holzbau mit 5 Etagen in seiner Art der höchste in Europa

Begründung

Während der sinkende Anteil junger Fachkräfte die Gefahr einer nachlassenden Innovationskraft birgt, beeinflusst die Innovationsfähigkeit der lokalen Wirtschaft die Attraktivität eines Mittelzentrums positiv. Insbesondere in den Mittelzentren ohne Universität, Hochschule oder Fachhochschule ist eine verlässliche Unterstützung von Innovationskeimzellen wichtig. Akademische Bildungsangebote ziehen wirksam junge Leute an.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die institutionelle Weiterentwicklung von Innovationskeimzellen insbesondere in Mittelzentren ohne Universität, Hochschule oder Fachhochschule nachhaltig zu unterstützen.

Netzwerk Nachhaltig Bauen e. V.

Ökozentrum Verden e. V.

Norddeutsches Zentrum für Nachhaltiges Bauen

GmbH

Geschäftsführerin Frau Mix

Artilleriestraße 6a

27283 Verden (Aller)

Telefon 04231 6775-360

Weitere Informationen unter

www.nachhaltigbauen.org

www.nznb.de

25

Fachkräfteinitiative der Ems-Achse

Beschreibung

Die Wachstumsregion Ems-Achse e. V. ist eine regionale Kooperation von Unternehmen, den Landkreisen Aurich, Emsland, Grafschaft Bentheim, Leer und Wittmund, der kreisfreien Stadt Emden, weiteren Kommunen, Kammern, Bildungseinrichtungen und Verbänden in der Region. Die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter sind Kooperationspartner.

Ziele der Zusammenarbeit sind insbesondere die Profilierung der Wirtschaftsregion, die Stärkung des Wirtschaftswachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Ems-Achse e. V. verfügt über eine Geschäftsstelle in Papenburg, die im Rahmen der Fachkräfteinitiative „Ems-Achse: Jobmotor Nordwest“ federführend für die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Sicherung der Fachkräftebedarfs verantwortlich ist.

Konzepte werden durch themenbezogene Projektgruppen entwickelt und initiiert: Die Projektgruppe „Schüler & Azubis“ beschäftigt sich vorwiegend mit den Aktivitäten zur Berufsorientierung von Kindern und Jugendlichen, die Projektgruppe „Familien-Achse“ ist zuständig für die Maßnahmen rund um das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Projektgruppe „Studierende“ möchte Schülerinnen und Schüler, die die Region für die Aufnahme eines Studiums verlassen, motivieren, nach



Messefahrzeug (vor dem Bremer Roland), mit dem im Rahmen der Fachkräftenwerbetour „Ems-Achse mobil“ bundesweit und in den Niederlanden Jobmessen besucht werden

Beendigung ihres Studiums in ihre Heimatregion zurückzukehren. Darüber hinaus werden zuziehende Fachkräfte über eine „Willkommenskultur“-Initiative unterstützt. Fachkräftemanager kümmern sich um ihre Bedürfnisse, die von Jobsuche für den Partner/ die Partnerin, Wohnungssuche, Kinderbetreuung/Schulen bis zu Tourismus-, Freizeit- und Kulturangeboten reichen.

Begründung

Die Fachkräfteinitiative stellt ein gutes Beispiel für eine gut funktionierende Zusammenarbeit innerhalb einer Region im Bereich der Fachkräftesicherung dar. Hervorzuheben ist, dass nicht nur Fachkräfte im Fokus stehen, sondern auch ihre Familien und die Fachkräfte von morgen (Kinder, Jugendliche, Rückkehrerinnen und Rückkehrer). Eine große Bedeutung hat dabei die enge Kooperation von Unternehmen und Gebietskörperschaften, durch die auch die Finanzierung der Fachkräfteinitiative gesichert wird.



Empfehlung

Das Zukunftsforum sieht die Initiative als vorbildhaft an und empfiehlt der Landesregierung, weitere Regionen zu ermuntern, vergleichbare Initiativen zu starten.

Geschäftsstelle der Ems-Achse e. V.

Nils Siemen

Hauptkanal links 60

26871 Papenburg

Telefon 04961 940998-24

Weitere Informationen unter

www.emsachse.de/projekte/fachkraefteinitiative.html



26

Errichtung eines Zentrums für Mechatronik und Elektrotechnik (ZME) an der Privaten Hochschule für Wirtschaft und Technik (PHWT) in Diepholz

Beschreibung

In der Stadt Diepholz (17 000 Einwohnerinnen und Einwohner) wird ein Zentrum für Mechatronik und Elektrotechnik (ZME) errichtet. Das Vorhaben dient dem Ausbau der Forschungskapazitäten an der Privaten Hochschule für Wirtschaft und Technik (PHWT). Dabei sollen insbesondere für die Region wichtige Ingenieurkompetenzen am Standort Diepholz gebündelt werden. Das Projekt beinhaltet dafür den Neubau eines ZME mit einer Nutzfläche von ca. 2 000 m² und drei Stockwerken. Es sollen somit Räume zur Forschung und Lehre (Labore, Werkstätten, Technikräume, Vorlesungsräume und Büros) geschaffen werden.

Die Elektrifizierung und Automatisierung führt in vielen Branchen dazu, dass bisherige mechanische Bauteile (z. B. Verbrennungsmotoren, hydraulische Aggregate etc.) durch intelligente elektronische Systeme ersetzt werden. Betroffen sind dabei u. a. die Chemie- und Kunststoffindustrie, der Maschinenbau, die Zulieferindustrie für den Fahrzeugbau, die Landmaschinentechnik und die Lebensmittelproduktion. Gegenüber der Automobilindustrie ist jedoch bei den anderen Branchen ein Nachholbedarf bei der Elektrifizierung und Automatisierung erkennbar. Das ZME soll die Basis für die stärkere interdisziplinäre Zusammenarbeit und Qualifizierung von Fachkräften liefern, die für diesen technologischen Trend notwendig sind. Dabei sollen folgende Forschungsschwerpunkte etabliert werden:

- Autonome mobile Systeme (automatisiertes Fahren, Batteriemanagementsysteme, Precision Farming)
- Alternative Antriebssysteme (energieeffiziente Antriebstechnik, ressourcensparende Antriebstechnik)
- Smart-Systems (Mensch-Maschine-Interaktion, Big Data, Sport-Telemetrie, Gesundheitsmonitoring)

Begründung

Die PHWT konnte bislang aufgrund mangelnder Laborausstattung und fehlender personeller Ressourcen Forschungs- und Entwicklungsanfragen aus der Industrie nicht übernehmen. Das ZME schafft die Grundvoraussetzung, die Forschung in dem o. a. Technologiefeld aufzunehmen. Das ZME ergänzt damit die bereits durch das Zentrum für Werkstoffe und Technik (ZWT) entstandene Kompetenzbündelung am Standort Diepholz.



Empfehlung

Das Zukunftsforum sieht das Vorhaben als vorbildhaft an und empfiehlt der Landesregierung, diese Erfahrungen zu nutzen und der Stärkung öffentlicher und privater Hochschulangebote in den ländlichen Räumen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Private Hochschule für Wirtschaft und Technik gGmbH (PHWT)

Studienbereich Elektrotechnik/Mechatronik
Prof. Dr.-Ing. Markus Kemper
Donnerschweer Straße 184
26123 Oldenburg
Telefon 0441 340 92-119
Telefax 0441 340 92-239
E-Mail kemper@phwt.de



Hauptgebäude Haarmannplatz der HAWK am Standort Holzminden



27

Zukunftszentrum Holzminden-Höxter als Innovationsgeber und Promotor regionaler Vernetzung in einer ländlich geprägten Region

Beschreibung

Der Hochschulentwicklungsplan der HAWK Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminden/Göttingen sieht als strategisches Ziel ausdrücklich die „Stärkung der Rolle der Hochschule als Innovationsgeber für Technologieentwicklung, Wirtschaft und Gesellschaft“ und die „Regionale Vernetzung“ vor. Dies wird am Standort Holzminden durch konkrete Projekte umgesetzt, flankiert durch eine intensive Zusammenarbeit zwischen Stadt, Hochschule und Region.

Das Zukunftszentrum Holzminden-Höxter (ZZHH) der HAWK und der nordrhein-westfälischen Hochschule Ostwestfalen-Lippe (Hochschule OWL) belegt diese regionale Ausrichtung der Hochschule. Das ZZHH ist ein einzigartiges länderübergreifendes transdisziplinär arbeitendes Forschungszentrum. Es wurde gegründet, um die Zukunftssicherung ländlicher Regionen mitzugestalten.

Die Grundidee des Forschungszentrums ist, regionale Innovationen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sowie regionaler und lokaler Entwicklungsprozesse in Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zu entwickeln und so die Potenziale dieser Wirkungs- und Interessensfelder mit ihren Akteurinnen und Akteuren zu identifizieren und zu nutzen.

Das Zentrum arbeitet grenzüberschreitend, da die Region Holzminden-Höxter sich zwar über Ländergrenzen hinweg erstreckt, jedoch einen gemeinsamen Wirtschafts- und Lebensraum darstellt. Das ZZHH wird von der Überzeugung getragen, dass man gemeinsam zukunftsfähige Lösungen für die Entwicklung ländlicher Räume im inter- und transdisziplinären Dialog entwickeln kann.

Die Forschungs- und Entwicklungsprojekte des ZZHH erstrecken sich neben dem Wirtschaftsraum Holzminden-Höxter auch auf ländliche Räume innerhalb und außerhalb Deutschlands. Darüber hinaus dienen sie auch der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung.

Das ZZHH bündelt die Kompetenzen der beiden Hochschulen. Auf niedersächsischer Seite zählt die HAWK mit ca. 1 350 Studierenden und rund 100 Beschäftigten (Professorinnen und Professoren, Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Technik und Verwaltung) sowie mehr als 100 studentischen Hilfskräften in der Stadt Holzminden (20 000 Einwohnerinnen und Einwohner) zu den herausragenden Wirtschaftsakteurinnen.

Begründung

Das ZZHH intensiviert und verstetigt den Wissensaustausch zwischen beiden Hochschulen, Unternehmen, Vereinen und Verbänden sowie den beiden Landkreisen und Kreisstädten. Zum Tätigkeitsfeld gehören Themen wie Demografischer Wandel, Energie, Mobilität, Gesundheit, Fachkräftemangel, Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Lebenskultur- und Wertewandel sowie Natur-, Landschafts- und Klimaschutz. Damit deckt das ZZHH die wesentlichen Bereiche der Stadt- und Regionalentwicklung ab.



v.l.n.r.: Studiengangskoordinatorin Melanie Ebert, Dekanin Prof. Dr. Alexandra Engel, Studiengangskoordinatorin Katrin Noyer und Studiengangsleiter Dr. Ulrich Hundertmark



Empfehlung

Das Zukunftsforum sieht die Ausrichtung des ZZHH als vorbildhaft an und empfiehlt der Landesregierung, diese Erfahrungen zu nutzen, um sowohl die regionale Wirkung von Hochschulen als auch die länderübergreifende Kooperation gemeinsamer Wirtschaftsräume zu unterstützen.

**Direktorium des
Zukunftsentrums Holzminden Höxter**
HAWK Standort Holzminden
Dekanin Prof. Dr. Alexandra Engel
Haarmannplatz 3
37603 Holzminden
Telefon 05531 126-192
E-Mail alexandra.engel@hawk-hhg.de

Weitere Informationen unter
<http://zzhh.hawk-hhg.de>

28

Hochschule Weserbergland als wichtiger Faktor für die Sicherung des Fachkräftebedarfs im ländlichen Raum

Beschreibung

Die Hochschule Weserbergland (HSW) in Hameln ist eine staatlich anerkannte und vom Wissenschaftsrat akkreditierte private Fachhochschule in Trägerschaft eines gemeinnützigen Vereins. Dem Trägerverein gehören mehr als 100 Unternehmen sowie der Landkreis und die Stadt Hameln an.

Die HSW bietet duale Bachelorstudiengänge in den Bereichen Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftsinformatik und Wirtschaftsingenieurwesen an. Berufsbegleitend werden die Bachelorstudiengänge Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsingenieurwesen sowie der Masterstudiengang General Management mit dem Abschluss Master of Business Administration (MBA) angeboten. Außerdem hat die HSW auch Weiterbildungsprogramme für Fach- und Führungskräfte im Programm.

Sowohl dieses Profil als auch der Standort machen die HSW zu einer entscheidenden Akteurin für die Sicherstellung des Fachkräftebedarfs im ländlichen Raum. Vergleichbare Angebote durch staatliche Hochschulen sind weder im Landkreis Hameln-Pyrmont noch im nördlich angrenzenden Weserbergland vorhanden. Damit schließt die HSW eine Lücke für Qualifizierungsangebote in dieser Region.

Gerade duale und berufsbegleitende Studiengänge bieten den Unternehmen die Chance, nicht nur Beschäftigte passend zu qualifizieren, sondern diese auch langfristig zu binden. So sind im Weserbergland vergleichsweise zahlreiche Produktions- und Industriebetriebe ansässig, die auf solche Angebote angewiesen sind.

Die HSW verfügt über langjährige Erfahrungen in der Unterstützung von Lehr- und Lernprozessen durch digitale Medien, die bei der Gestaltung der Studien- und Weiterbildungsprogramme genutzt werden. Mit den Fachbereichen Technik, Informatik und Wirtschaft und den genannten Erfahrungen vereinigt die HSW die wesentlichen Kompetenzen für das Thema „Qualifizierung für die Industrie 4.0“. Vor diesem Hintergrund fördert das Land Nieder-

sachsen aktuell auch die Einrichtung eines Zertifikatsstudienganges zum Management digitaler Geschäftsmodelle und -prozesse an der HSW. Da gerade im Landkreis Hameln landesweit führende Unternehmen mit starken Bezügen zur Industrie 4.0 ihren Sitz haben, unterstreicht dieses Beispiel die regionale Bedeutung der Hochschule.

Mit ca. 500 Studierenden und mehr als 40 Beschäftigten stellt die HSW zudem einen wichtigen Standortfaktor für die Stadt und den Landkreis Hameln-Pyrmont dar.

Begründung

Die HSW erfüllt mit dualen und berufsbegleitenden Studiengängen sowie weiteren Qualifizierungsbausteinen sowohl die Bedarfe der Unternehmen als auch die Erwartungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an eine berufliche Weiterentwicklung. Die Nutzung solcher Angebote erhöht die Attraktivität der Arbeitsplätze und trägt somit in einer überwiegend ländlich geprägten Region wesentlich dazu bei, Fach- und Führungskräfte zu gewinnen bzw. zu halten.



Empfehlung

Das Zukunftsforum sieht die Ausrichtung der HSW als vorbildhaft an und empfiehlt der Landesregierung, Hochschuleinrichtungen unabhängig von der Trägerschaft im ländlichen Raum zu unterstützen und sich insbesondere für bedarfsgerechte berufsbegleitende Qualifizierungsangebote einzusetzen.

Hochschule Weserbergland
Präsident Prof. Dr. Volkmar Langer
Am Stockhof 2
31785 Hameln
Telefon 05151 9559-0
E-Mail langerv@hsw-hameln.de

Weitere Informationen unter
www.hsw-hameln.de



29

„DateYourJob“ Praktikums- und Ausbildungsbörse in Alfeld

Beschreibung

In Alfeld (19 000 Einwohnerinnen und Einwohner) hat der Industrieverein Alfeld-Region e. V. mit dem Projekt „DateYourJob“ ein smartphonetaugliches Portal eingerichtet, um Schülerinnen und Schülern ab der 8. Klasse bis zur Berufsschule zu zeigen, welche beruflichen Möglichkeiten sie in der Region haben, und sie damit bei der Berufswahl in der Region zu unterstützen. Eingebunden sind dabei auch Facebook, Twitter und Youtube, außerdem sind die Inhalte per App verfügbar.

Auf dem Portal können die Mitglieder des Industrievereins Alfeld-Region e. V. sowie alle kleinen und großen Unternehmen aus der Region, Handel, Handwerk, Freiberuflerinnen und Freiberufler etc. aus der Region ihre Praktikums- und Ausbildungsstellen kostenlos anbieten.



Anke Hoefer (1. Vorsitzende Industrieverein Alfeld-Region e. V.),
Andreas Gundelach (Greenmark IT), Jasper Elter (KGS Gronau)

Die Ursprungsidee stammt von der KGS Gronau (Leine), die die Projektentwicklung maßgeblich mitgeprägt hat und als erste Schule das Tool fest im Unterricht einsetzt. Weitere Schulen haben die Integration in die schulinternen Lehrpläne bereits geplant.

Der Start des Portals erfolgt im August 2016. An der Anschubfinanzierung beteiligen sich der Regionsverein Leinebergland,

der Landkreis Hildesheim, die Stiftung Niedersachsen Metall, die Jugendstiftung Sparkasse Hildesheim und der Industrieverein Alfeld-Region e. V. Unterstützt wird das Projekt auch vom Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser. Es hat einen wichtigen Beitrag dabei geleistet, die jetzigen Projektpartnerinnen und -partner zusammenzubringen.

Begründung

„DateYourJob“ stellt ein gutes Beispiel dafür dar, welche Möglichkeiten das Internet bietet, Jugendliche über Ausbildungsmöglichkeiten in ihrer Region zu informieren. Somit leistet dieses Projekt einen wichtigen Beitrag, um der Abwanderung junger Menschen und dem Fachkräftemangel infolge des demografischen Wandels entgegenzuwirken.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, den Fortgang des Projektes weiter zu verfolgen und andere Wirtschaftsvereinigungen zu motivieren, diesem Beispiel zu folgen.

Industrieverein Alfeld-Region e. V.

Glogauer Str. 4

31061 Alfeld (Leine)

Telefon 05181 8500-0

E-Mail info@iva-alfeld-region.de

Weitere Informationen unter

www.iva-alfeld-region.de

30

Initiative Lernwerkstatt Flüchtlinge in Aurich

Beschreibung

In Aurich (42 000 Einwohnerinnen und Einwohner) wurde im Stadtteil Kirchdorf die erste Lernwerkstatt für Flüchtlinge eingerichtet. Die Initiative Lernwerkstatt ist ein Pilotprojekt und findet in Kooperation zwischen der Arbeitsstelle „Kirche und Handwerk“ im Haus kirchlicher Dienste und den Kreishandwerkerschaften in Ostfriesland statt.

Im Blick auf den demografischen Wandel, der zu einer Reduzierung beim potenziellen Fachkräfteangebot führt, leidet das Handwerk daran, dass dadurch bereits für die Ausbildung von Fachkräften nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung stehen. Die Tatsache, dass viele Schülerinnen und Schüler zunächst eine Ausbildung in der Wirtschaft oder der Industrie oder ein Studium anstreben, verschärft die Krise noch. Dass zurzeit sehr viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen, hat die Hoffnung bestärkt, dass dadurch ein Teil des Fachkräftemangels kompensiert werden kann, wenn es gelingt, diese zum Teil für den Handwerksberuf zu begeistern. Der ländliche Raum könnte dabei insofern gewinnen, als dass die geflüchteten Menschen, die es eher vorziehen, in Ballungszentren zu wohnen, durch einen frühen Kontakt mit dem Handwerk im ländlichen Raum schon dadurch einen Eindruck von der besonderen Lebensqualität bekommen und schließlich hier bleiben, arbeiten und leben wollen.

Die Initiative Lernwerkstatt für Flüchtlinge hilft, den Asylsuchenden schon früh die Möglichkeit zu bieten, Erfahrungen im Bereich Handwerk zu machen. Auf diese Weise können sie anschließend leichter in Ausbildung und Beruf integriert werden.

An den Standorten (bzw. in der entsprechenden Region), also dort, wo die Flüchtlinge zuerst ankommen, werden Lernwerkstätten eingerichtet, ausgestattet mit Werkzeugen, Werkbänken, Maschinen und Materialien. Hier sammeln die geflüchteten Menschen unter Anleitung z. T. ehrenamtlicher Handwerkerinnen und Handwerker erste Erfahrungen im Handwerk. Sie erfahren dabei Wertschätzung, erleben Gemeinschaft, erlernen und erproben handwerkliche Techniken, die neue Sprache, lernen europäische Sicherheitsstandards (Unfallschutz) kennen, eigene Kompetenzen

wahrzunehmen und zu zeigen, Erfolgserlebnisse zu genießen. Sie erleben Freude am Handwerk und machen erste Schritte im (neuen) Beruf.

Im Laufe des Jahres 2016 sollen über den Standort Aurich hinaus weitere Lernwerkstätten an den folgenden Standorten in Betrieb gehen: Norddeich-Utlandshörn, Arle, Wittmund, Moordorf, Westoverledigen, Emden-Barenburg und eventuell in Wiesmoor. Mittlerweile zeigen auch Regionen außerhalb Ostfrieslands ein großes Interesse an der Kooperation mit der kirchlichen Initiative.

Begründung

Dieses Pilotprojekt für geflüchtete Menschen verbindet den Erwerb von Alltagskompetenzen mit dem von beruflichen Fähigkeiten und Kompetenzen. Durch die direkten Kontakte zwischen Handwerk und den neu Angekommenen über das gemeinsame Lernen und Arbeiten wachsen nicht nur das Verständnis füreinander, sondern auch die Möglichkeiten, dass sich Migrantinnen und Migranten mit ihren vorhandenen oder neu erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten in Ausbildung und Arbeitsmarkt integrieren lassen und sie besonders dem Handwerk als mögliche und motivierte Fachkräfte zur Verfügung stehen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, dieses Projekt bekannt zu machen, den Aufbau solcher Lernwerkstätten zu fördern und durch Anregungen an die Kreishandwerkerschaften in anderen Regionen die Übertragung dieses Kooperationsprojektes auf andere Landesteile zu befördern. Dabei sollten auch darauf aufbauende und nachfolgende Projekte, etwa nach Rückgang der Flüchtlingszahlen in Erstaufnahmeeinrichtungen, mitgedacht werden.

Kirche und Handwerk
im Haus kirchlicher Dienste der
Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers
Pastor Claus Dreier
Archivstraße 3
30169 Hannover
E-Mail dreier@kirchliche-dienste.de

Weitere Informationen unter
www.kirche-handwerk.de



(von links) Adham Nasser, Khaled Nassar, Mahmoud Bader und Diakon Oltmann Buhr präsentieren die ersten produzierten Engel aus der Gemeindehauswerkstatt

31

Einrichtung einer bilingualen Grundschule in Lingen (Ems)

Beschreibung

Bislang bestehen an insgesamt drei Standorten in Niedersachsen bilinguale Grundschulen. In der Stadt Lingen (Ems) (53 000 Einwohnerinnen und Einwohner) wurde eine bilinguale Grundschule in freier Trägerschaft errichtet. In der Stadt sind verschiedene international tätige Unternehmen ansässig, welche den Wunsch zur Einrichtung einer bilingualen Grundschule als sogenannten „weichen Standortfaktor“ an die Stadt herangetragen haben. Hierdurch soll dem Fachkräftemangel begegnet und das Anwerben von international ausgerichteten Fachkräften erleichtert werden.

Letztlich hatte die international tätige Firma ROSEN die Einrichtung einer Ersatzschule (bilingualen Grundschule) in freier Trägerschaft beantragt und im Jahre 2015 umgesetzt. Das Unternehmen beschäftigte zum Zeitpunkt der Eröffnung der Schule im April 2015 am Standort Lingen (Ems) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit über 20 verschiedenen Nationalitäten, wobei der immer größer werdende Teil aus aller Welt kommt, um in Lingen für eine bestimmte Zeit zu arbeiten. Bei der Eröffnung waren unter den 17 Kindern an der Schule neben Deutschen auch Schülerinnen und Schüler aus Kolumbien, Australien, dem Jemen, der Ukraine, Frankreich und Dänemark.

Ebenso werden deutschsprachige Fachkräfte in die weltweiten Standorte der Unternehmensgruppe entsendet. Die Kinder dieser international tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind auf ein zweisprachiges Bildungsangebot angewiesen. Auch andere Betriebe vor Ort profitieren von dem Angebot. In der Grundschule „ROBIGS“ wird ab der ersten Klasse der Unterricht in Deutsch und Englisch erteilt. Es wird also nicht nur Englischunterricht ab Klasse 1 erteilt, sondern auch alle anderen Fächer werden parallel in deutscher und englischer Sprache unterrichtet. Die Grundschule wird als Ganztagsgrundschule geführt und arbeitet in enger Kooperation mit der, ebenfalls von der ROSEN-Gruppe eingerichteten, bilingualen Kindertagesstätte „ROKIDS“ zusammen. Das pädagogische Konzept der bilingualen Grundschule stellt die



Der zur offiziellen Einweihung erstmalig freigegebene „Entdeckungsspielplatz“ des ROBIGS-Geländes erfreute sich großer Beliebtheit der Schülerinnen und Schüler und wurde sofort intensiv genutzt

individuelle Persönlichkeit des Kindes mit seinen vorhandenen Sprachkenntnissen, kulturelle Identitäten sowie die Gewährleistung einer kontinuierlichen Schullaufbahn in den Vordergrund. Fortführend aus der Kindertagesstätte ROKIDS erleben die Kinder bei ROBIGS echte Zweisprachigkeit als „Sprachbad“. Ein großer Teil der ROBIGS Schülerinnen und Schüler sind in ihrer Lernbiografie der englischen Sprache verhaftet, andere haben Deutsch als Muttersprache. Im Unterricht wird „Team Teaching“ praktiziert, bei dem gleichzeitig eine deutsche Lehrkraft und ein „native speaker“ nach dem Prinzip „eine Person – eine Sprache“ in der Klassenfamilie anwesend sind.

Begründung

Gerade international tätige Eltern stehen häufig vor der Herausforderung, ihre Kinder am jeweils neuen Arbeits- und Wohnstandort in eine neue Sprache zu integrieren, insbesondere wenn die bisherige Unterrichtssprache nicht Deutsch war. Mit der Einrichtung einer bilingualen Schule ist es möglich, eine „echte Zweisprachigkeit“ mit den Unterrichtssprachen Deutsch und Englisch am Standort zu gewährleisten. Bilinguale Schulen werden damit zu einem wesentlichen weichen Standortfaktor für ein Unternehmen und tragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Möglichkeit für weitere bilinguale Schulen, insbesondere an Standorten im ländlichen Raum, mit international agierenden Unternehmen zu prüfen. Das umfasst vorrangig Schulen in öffentlicher Trägerschaft, schließt aber die Unterstützung von privaten Initiativen nicht aus.

Stadt Lingen (Ems)

Kirsten Vogler
Elisabethstraße 14-16
49808 Lingen (Ems)
E-Mail k.vogler@lingen.de

ROBIGS

c/o ROCARE GmbH
Am Seitenkanal 8
49811 Lingen (Ems)

Weitere Informationen unter
www.robigs.de



Ein alter Trecker, Bj. 1960, wird flott gemacht – Autohaus Wernsing Bersenbrück



Arbeiten an einer Elektro-Schalttafel, Elektro Horstmann – Gaste



Arbeiten an einer Harley-Davidson Umbau eines Motors – Motorrad Ibbenbüren

32

GenerationenWerkstatt im Raum Osnabrück

Beschreibung

Jungen haben es in einem bestimmten Lebensabschnitt schwer. Insbesondere im Alter zwischen 12 und 15 lassen ihre schulischen Leistungen oft nach, während die Mädchen an ihnen vorbeiziehen, was Fleiß, Unterrichtsengagement und damit die Noten betrifft. Als Folge treten Konflikte mit Lehrern, Eltern und Freunden auf und als Konsequenz entstehen Frust und ein mangelndes Selbstbewusstsein. Hier soll die „GenerationenWerkstatt“ helfen und im Idealfall angehende Jugendliche ermutigen, die Lust am eigenen Denken (wieder) zu entdecken. Anders gesagt: Sie möchte vor allem bei den Jungen Begeisterung wecken, ohne die Mädchen zu bremsen.

Die Projektidee „GenerationenWerkstatt“ wirbt für ein generationenübergreifendes Konzept zur Stärkung des Mittelstandes in Zusammenarbeit mit Schulen und Unternehmen. Es handelt sich dabei nicht um ein klassisches Praktikum, sondern vielmehr ein intensiv betreutes Projekt: Schüler ab Klasse 8 zwischen 12 und 15 Jahren kommen einmal wöchentlich in die „Werkstatt“, lernen das Unternehmen kennen und schaffen dort gemeinsam in einer kleinen Gruppe (vier bis fünf Schüler) unter Anleitung erfahrener Handwerker (Un-Ruheständler) ein gemeinsam entworfenes Werk. Die Projektzeit beträgt ca. 20 Stunden über einen Zeitraum von acht bis zehn Wochen.

Die Eltern der Schüler werden von Anfang an beteiligt, weil sie in dem frühen Prozess der Berufsorientierung für ihre Söhne eine wichtige Rolle spielen. Zugleich verstehen die Söhne besser, warum sie beispielsweise Mathe und Physik lernen sollen, denn als Tischler oder Elektrotechniker brauchen sie diese Kenntnisse im späteren Berufsleben. Eine handwerkliche Tätigkeit in einem Betrieb macht den Schülern Freude und bringt ihnen neues Selbstbewusstsein; der Hirnforscher und Ideengeber Prof. Dr. Gerald Hüther aus Göttingen ist davon überzeugt, dass es in der GenerationenWerkstatt nur Gewinner gibt.

Partnerinnen und Partner des Projektes sind:

Handwerkskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim, Kreishandwerkerschaft Osnabrück, Kreishandwerkerschaft Emsland Mitte/Süd, Kreishandwerkerschaft Aschendorf Hümmeling, Kreishandwerkerschaft Grafschaft Bentheim, Landkreis Osnabrück MaßArbeit/ServiceStelle-Schule-Wirtschaft (SSSW), Netzwerk Bildung Osnabrück

Begründung

Das Projekt verbindet die Förderung von Jungs in einem schwierigen Lebensabschnitt mit der Förderung des Mittelstandes, weil es vor allem Handwerksbetriebe schwer haben, Nachwuchs zu finden. Zudem werden die Kenntnisse und Fertigkeiten der älteren Generation sinnbringend genutzt.



Empfehlung

Das Zukunftsforum sieht die Initiative als vorbildhaft an und empfiehlt der Landesregierung, entsprechende Projekte zu unterstützen, die Lernen attraktiver machen. Dabei sollte die Fokussierung jedoch auf der Förderung der individuellen Begabungen von Jungen und Mädchen gleichermaßen liegen.

Ursachenstiftung Osnabrück

(Operative Stiftung: Aktuelles Projekt „GenerationenWerkstatt“)
Krahnstraße 11
49074 Osnabrück
Telefon 0541 5054260
E-Mail info@ursachenstiftung.de

Weitere Informationen unter
www.ursachenstiftung.de

Aktuelles Handbuch
der „GenerationenWerkstatt“ unter
www.ursachenstiftung.de/Downloads



3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

3.2.4 Kinder- und Familienfreundlichkeit

33 Die Gemeinde Wedemark auf dem Weg zur
„Kinderfreundlichen Kommune“

Beschreibung

Das Achten, Schützen und Stärken von Kinderrechten gehört in der Wedemark schon seit langer Zeit zu den Leitmotiven des Handelns. 1995 wurde der Arbeitskreis „Kinderrechte Wedemark“ unter maßgeblicher Beteiligung der Kommune gegründet. Die zweimalige Bestellung zum UNICEF-Botschafter und die Verleihung des Otto-Wels-Preises für Demokratie sind Ausdruck der engagierten Arbeit des Arbeitskreises.

Die Projekte „Straße der Kinderrechte“ und „Kinderrechte x 16“ sind gleichzeitig Symbole des kommunalen Engagements und mahnende Erinnerung, auch weiterhin Kinderrechte aktiv zu schützen. In Mellendorf tragen acht Straßen den Namenszusatz „Straße der Kinderrechte“ und in jedem Gemeindeteil (16 x) der Wedemark steht ein Kunstwerk, das an die Rechte der Kinder erinnern soll.

Im Frühjahr 2015 hat die Gemeinde Wedemark mit dem Verein „Kinderfreundliche Kommunen e. V.“ eine Vereinbarung unterzeichnet, die den Weg beschreibt, um als Kinderfreundliche Gemeinde ausgezeichnet zu werden.

Die Gemeinde Wedemark hat sich damit bereit erklärt, alle Lebensbereiche in der Gemeinde auf Kinderfreundlichkeit überprüfen zu lassen und die Lebensqualität für Kinder von 0 bis 18 Jahren nachhaltig zu verbessern.

Innerhalb des Prozesses steht der Kommune für einen Zeitraum von vier Jahren eine Expertenkommission des Vereins zur Seite. Die Kommissionsmitglieder können jederzeit zur Beratung hinzugezogen werden.

Die Expertenkommission besteht aus drei Fachleuten und hat als ersten Schritt eine umfassende Standortbestimmung der Gemeinde vorgenommen. Dazu gehörte eine Analyse aller sta-

tistischen Daten, Kinder- und Jugendangebote im Freizeitbereich und eine Selbsteinschätzung von Seiten der Verwaltung. Parallel dazu wurde eine Befragung von Kindern und Jugendlichen in den Schulen durchgeführt. Daran haben fast 600 Kinder teilgenommen.

Die Kommission hat aus diesen Ergebnissen Empfehlungen für die Gemeinde Wedemark abgeleitet. Das bedeutet, die Kommission hat ermittelt, in welchen Bereichen noch Entwicklungsbedarf besteht, um die Lebensqualität von Kinder und Jugendlichen in der Gemeinde voranzutreiben.

Im Sommer 2015 wurden eine Projektgruppe und eine Lenkungsgruppe ins Leben gerufen. Diese haben einen Aktionsplan erarbeitet, der das konkrete Handeln und künftige Maßnahmen beschreibt. Arbeitsfelder, die in dem Aktionsplan bearbeitet wurden, waren unter anderem: Aktivitäten zur Gesundheitsförderung und Gewaltprävention, Kinder- und Jugendbeauftragte oder -beauftragter „Kümmerer“, Jugendgremium, Konzepte zur Partizipation in Schulen und Kitas, Schaffung von Beteiligungsprozessen für Bauleit- und Verkehrsplanung sowie jugendgerechte Info- und Dialogangebote.

Nach Genehmigung durch den Verein wird der Aktionsplan im Rat der Gemeinde vorgestellt und soll dort, inkl. der Hinterlegung von Haushaltsmitteln, noch 2016 beschlossen werden.

Begründung

Die Gemeinde Wedemark als ländlich geprägte Kommune im Umland der Region Hannover will mit dem Projekt Kindern und Jugendlichen eine größere Partizipation in ihrem Umfeld ermöglichen. Durch die gezielte Integration von jungen Einwohnerinnen und Einwohnern werden neue Aspekte in Planungen und Prozesse der Kommune einfließen und die Akzeptanz von Maßnahmen und Entscheidungen wird verbessert. Durch die gelebte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird nicht nur das Interesse an demokratischen Entscheidungsprozessen gestärkt, sondern auch eine Partizipationskultur etabliert, die sich in späteren Lebensphasen fortsetzt.



Empfehlung

Das Zukunftsforum sieht das Projekt als vorbildhaft an und empfiehlt der Landesregierung, das Projekt auch in anderen Kommunen bekannt zu machen, um Partizipation und demokratische Teilhabe für Kinder und Jugendliche bei kommunalen Entscheidungen zu stärken.

Gemeinde Wedemark

Team Schule, Jugend und Sport
Gemeindejugendpflege
Herr Torbjörn Johansen
Fritz-Sennheiser-Platz 1
30900 Wedemark
Telefon 05130 581-482
Telefax 05130 581-11-482
E-Mail torbjoern.johansen@wedemark.de



34 Kinder- und familienfreundliches Verden

Beschreibung

Die Entscheidung für Kinder ist häufig abhängig von der wahrgenommenen Vereinbarkeit von Beruf und Kind. Zur Kinder- und Familienfreundlichkeit gehört sicher eine verlässliche gute Förderung über Krippen, Kitas und Ganztagschulen einschließlich Ferienprojekte.



Kinder musizieren in einer Kita der Stadt Verden

Da der langjährige Geburtenrückgang auch in Verden (27 000 Einwohnerinnen und Einwohner) zu einer „Unterjüngung“ der Stadt geführt hat und weniger Nachwuchs vor allem auch weniger Chancen auf innovative Kräfte für die Zukunft der Stadt bedeutet, entwickelt die Stadt Verden seit 2005 gezielt die Kinder- und Familienfreundlichkeit, was sich in folgenden Ergebnissen zeigt:

- Achtzehn neue Krippengruppen und der Aus- bzw. Neubau von sieben Kitas erfüllten vorzeitig den Rechtsanspruch auf Kita- und Krippenplätze. Bis heute erhalten alle angemeldeten Kinder einen Krippen- und Kitaplatz. Alle Kita-Teams leisten motiviert die frühkindliche Förderung und entwickeln gemeinsam eine inklusive Bildungszusammenarbeit.
- Die Stadt fördert an allen Schulen die Ausgabe von Mittagessen und ein qualifiziertes Nachmittagsangebot. Inzwischen sind

sechs von sieben Schulen offene Ganztagschulen und entsprechend ausgebaut.

- Seit 2010 entstanden fünf neue Bolzplätze beziehungsweise Jugendtreffpunkte und vierzehn attraktive Spielplätze, davon fünf als Familien- bzw. Mehrgenerationenspielplätze. Hohe Akzeptanz durch Beteiligung an der Planung, dies gilt auch für den Rahmenplan Spielplätze und Treffpunkte.
- In den Oster-, Sommer- und Herbstferien können alle Grundschulkinder an Ferienspielen teilnehmen. Die beliebten Wochenangebote werden von der Stadt organisiert, die Eltern zahlen einen Beitrag fürs Mittagessen.

Der weitere Rückgang der Geburten in der Stadt Verden von jährlich ca. 300 in den 1990er-Jahren auf 250 in 2000er-Jahren und ca. 225 in den 2010er-Jahren scheint gestoppt: 2013 gab es 265 Geburten, 2014 dann 244 Geburten und 2015 insgesamt 242 Geburten. Erste Fachkräfte und Familien ziehen wegen der Kinder- und Familienfreundlichkeit nach Verden.



Kinder spielen gemeinsam in einer Kita der Stadt Verden

Begründung

Weil die Anzahl von Familien, Kindern und Jugendlichen abnimmt, muss das kommunale Engagement für diese zukunfts-wichtige Einwohnergruppe insgesamt wachsen. Auch im Wettbewerb um Fachkräfte kann die Kinder- und Familienfreundlichkeit entscheidend sein. Deswegen ist die Investition in Einrichtungen und Angebote für Kinder und Jugendliche eine wesentliche Zukunftsinvestition für die Städte.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Kinder- und Familienfreundlichkeit in den Kommunen gezielt zu fördern und zur nachhaltigen Umsetzung die Städte und Gemeinden verlässlich mit zusätzlichen Finanzmitteln zu unterstützen.

Stadt Verden

Bürgermeister Lutz Brockmann

Große Straße 40

27283 Verden

Telefon 04231 12-211

E-Mail lutz.brockmann@verden.de

Weitere Informationen unter

www.verden.de

www.verden.de/leben-in-verden/jugend-bildung/

www.verden.de/leben-in-verden/jugend-bildung/spiel-bolzplaetze/



„Friesland – Stark für Kinder“ : Bildungs-, Betreuungs- und Präventionsoffensive

Beschreibung

In sämtlichen acht Grund- und Mittelzentren seines Gebiets hat der Landkreis Friesland Familienkinderservicebüros eingerichtet. Arbeitsschwerpunkt ist die Erfassung und Vernetzung der einzelnen Glieder funktionierender kommunaler Präventionsketten. Im Mittelpunkt steht die Vernetzung der bestehenden Angebote verschiedener Akteurinnen und Akteure vor Ort, d. h. insbesondere der Städte und Gemeinden, der Präventionsräte, der Jugendarbeit, des Gesundheitswesens, der Kindertagesstätten und der Schulen. Darüber hinaus werden Lücken in der psychosozialen Versorgung durch eigene Angebote geschlossen.

Der Landkreis Friesland wirkt ferner im Kooperationsprojekt „Modellregion – Kinderschutz im ländlichen Raum“ unter Federführung des Kinderschutz-Zentrums Oldenburg und von Prof. Dr. Herschelmann von der Hochschule Emden/Leer mit. Ziel ist der verbesserte Kinderschutz in ländlichen Räumen, hier speziell im Landkreis Friesland durch aktive sozialraumorientierte Gemeinwesenarbeit, flächendeckende Qualifizierung von Fachkräften und Bewohnerinnen und Bewohnern in der Kinderschutzthematik und Befragung und Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner. Weiteres Ziel ist, die regionalen Bedarfe, Wünsche und Ressourcen der Bürgerschaft und Fachkräfte im Bereich Familienfreundlichkeit, Kinderfreundlichkeit und Kinderschutz herauszufinden.

Ergänzend bilden in sämtlichen acht Grund- und Mittelzentren die „FamKis“ eine Anlaufstelle vor Ort für Eltern und Kinder zu allen Fragen rund um die Familie. Bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote werden vermittelt. Es erfolgt eine Beratung vor Ort, Informationen über alle Leistungen und Angebote des Jugendamts werden erteilt und bei Bedarf wird der Kontakt zu den entsprechenden Ansprechpartnerinnen und -partnern hergestellt. Außerdem gibt es das Angebot, bedarfsorientierte Sprechstunden in den sozialen (Bildungs-)Einrichtungen durchzuführen.

Darüber hinaus bietet das Familien- und Kinderservicebüro eine individuelle Erstberatung zu Themen wie zum Beispiel Kinderbetreuungsleistungen, Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes, Vermittlung zur Jugendberufshilfe, Schuldnerberatung,

Suchtberatung sowie Erziehungsberatung, Erziehungshilfen und familiäre Krisenberatung.

Die wichtige Arbeit der Familienhebammen unterstützt und stärkt den präventiven Kinderschutz. Sie stehen den (werdenden) Eltern durch Begleitung und Beratung zur Seite. Die Unterstützung der Familienhebammen in Form von aufsuchender Arbeit richtet sich insbesondere an junge Mütter in schwierigen sozialen und psychosozialen Situationen. Hier gilt es, die Mütter in ein Hilfenetzwerk einzubinden, um damit die Voraussetzung für eine positive Einstellung gegenüber dem Kind zu schaffen. Die Familienhebammen gestalten ein niederschwelliges Angebot außerhalb der erzieherischen Hilfen.

Begründung

„Friesland – Stark für Kinder“ ist das Motto der Bildungs-, Betreuungs- und Präventionsoffensive im Landkreis Friesland. Die Offensive beinhaltet für alle acht Grund- und Mittelzentren feste Angebote wie die Familien- und Kinderservicebüros (FamKis) und Familienhebammen. Oberstes Ziel ist dabei die Bildung von Verantwortungsgemeinschaften für den Kinderschutz im ländlichen Raum.



Empfehlung

Das Zukunftsforum sieht die Initiative mit der dezentralen Ausrichtung auf alle Grund- und Mittelzentren als vorbildhaft an und empfiehlt der Landesregierung, weitere Landkreise zu ermuntern, vergleichbare Initiativen zu starten.

Landkreis Friesland

Fachbereich 51 – Jugend, Familie, Schule und Kultur
Lindenallee 1 – Eingang C
26441 Jever
Telefon 04461 919-90
Telefax 04461 919-7700

Weitere Informationen unter
www.friesland.de/famki
www.friesland.de/hebammen



Umsetzung des Programms Klasse2000 in den Grundschulen im Landkreis als ein wichtiger Baustein im Aktionsplan. Die Figur Klaro ist das Maskottchen des Programms und wird von allen Kindern, die an dem Programm teilnehmen im 1. Schuljahr gebastelt

„Communities That Care“ in Klein- und Mittel- städten des Landkreises Nienburg

Beschreibung

Klein- und Mittelstädte im Landkreis Nienburg werden von ihrem Landkreis dabei unterstützt, ihre Angebote für Eltern, Kinder und Jugendliche attraktiv, altersgerecht und für alle leicht zugänglich zu gestalten. Dies geschieht angesichts der besonderen Herausforderung, vor der die Versorgung mit präventiven Angeboten für Eltern, Kinder und Jugendliche angesichts der demografischen Entwicklung in ländlichen Räumen steht. Ein ausreichendes Netz

von wohnortnahen und niedrigschwelligen Angeboten aufzubauen oder zu erhalten, erfordert ein hohes Maß an Kooperation von Trägerinnen und Trägern, sozialen Einrichtungen, öffentlicher Verwaltung und Politik. Zudem müssen die knappen Ressourcen bedarfsgerecht auf die wichtigsten Risiken für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen konzentriert werden. In der Praxis sind die bestehenden Angebote häufig lückenhaft über den Raum verteilt und stehen zum Teil unverbunden nebeneinander.

Kinder und Jugendliche sollen in ihrem Umfeld Personen ansprechen können, die leicht erreichbar sind, die sich Zeit für sie nehmen und von denen sie Unterstützung erfahren. Die Klein-



und Mittelstädte im Landkreis Nienburg setzen dafür die Methode „Communities That Care – CTC“ ein. Dabei handelt es sich um eine präventive Langzeitstrategie für die soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, die Kommunen zur Präventionsplanung einsetzen können. Die Strategie umfasst verschiedene Methoden. Beispielsweise werden mit einer standardisierten Befragung (CTC-Schülersurvey) Entwicklungsrisiken, vorhandene Schutzfaktoren und Problembereiche unter Jugendlichen erhoben. Auf der Basis der Ergebnisse des kreisweit durchgeführten CTC-Surveys und weiterer Sozialstrukturdaten haben die Akteurinnen und Akteure auf Kreis- und Gemeindeebene jeweils Handlungsprioritäten festgelegt. Zusammen mit der Erhebung bereits vorhandener Präventionsangebote wurden die notwendige Transparenz und ein gemeinsames Verständnis geschaffen, um vorhandene Ressourcen mittelfristig möglichst effizient und bedarfsgerecht einsetzen zu können. Es wurde sich darauf verständigt, verschiedene evaluierte Präventionsangebote, die bisher nur an einzelnen Schulen und Einrichtungen vorhanden waren, sukzessive auf alle Klein- und Mittelstädte im Landkreis auszuweiten. Die Umsetzung dieses Aktionsplans wird eng durch die Netzwerke der Akteurinnen und Akteure vor Ort begleitet und laufend auf seine Qualität hin überprüft.

Die CTC-Methode ist ursprünglich in den USA entwickelt worden und wurde vom Landespräventionsrat (LPR) nach Deutschland übertragen. Der Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR) begleitet verschiedene Kommunen in Niedersachsen auch in weiteren Landkreisen bei der Umsetzung.

Begründung

„Communities That Care“ in Klein- und Mittelstädten des Landkreises Nienburg“ steht vorbildhaft dafür, wie präventive Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien einrichtungsübergreifend miteinander vernetzt werden können. Die Besonderheit besteht zum einen im datengestützten bedarfsorientierten Vorgehen, zum anderen in der Fokussierung auf wissenschaftlich überprüfte Programme und Maßnahmen. Das Vorhaben zeigt auf, wie knappe Ressourcen in Klein- und Mittelstädten auf gemeinsam priori-



Danksagung an den Lionsclub für die Anschubfinanzierung des Programms Klasse 2000, dessen weitere Finanzierung im Rahmen von CTC nun für alle teilnehmenden Klassen vom Landkreis Nienburg übernommen wird

sierte Schwerpunkte hin gebündelt werden können. Wichtig für das Gelingen ist das Engagement des Landkreises zur Unterstützung der Städte bei einem aufeinander abgestimmten Vorgehen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, Kommunen verstärkt bei der bedarfsgerechten Weiterentwicklung der präventiven Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien mit der Methode „Communities That Care“ zu unterstützen.

Landkreis Nienburg

FB 36 Jugend -> FD 362 Jugendarbeit und Sport

Herr Karaskiewicz

Außenstelle Weserstraße 13

31582 Nienburg

Telefon 05021 967-758

Telefax 05021 967-763

E-Mail kjp@kreis-ni.de

Weitere Informationen unter

www.lk-nienburg.de/portal/meldungen/gebietsteam-uchte-setzt-massstaebe-bei-gesamttreffen-der-ctc-akteure-901002167-21500.html?rubrik=3

www.ctc-info.de

3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

3.2.5 Sicherung der Gesundheitsversorgung

37 „Ärztlich willkommen“ – Niederlassungsberatung für Hausärztinnen und -ärzte in den Landkreisen Diepholz, Nienburg und Verden

Beschreibung

Mit der Werbekampagne „Ärztlich willkommen“ wollen Städte und Gemeinden in den Landkreisen Diepholz, Nienburg und Verden die Niederlassung von Hausärztinnen und Hausärzten fördern. Gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN) wollen sie mit regionalem Marketing dem drohenden Mangel an ärztlichem Fachpersonal begegnen. Auslöser ist, dass die hausärztliche Versorgung in diesen Landkreisen dem Trend folgt, der aus anderen ländlichen Gebieten Deutschlands bereits bekannt ist: Die Altersstruktur der Ärztinnen und Ärzte, von denen sich viele in den 70er- und 80er-Jahren niedergelassen haben, lässt einen hohen Nachbesetzungsbedarf in den kommenden Jahren erkennen. Hingegen entscheiden sich immer mehr junge Medizinerinnen und Mediziner zugunsten einer spezialisierten Laufbahn als Facharzt/-ärztin und gegen den Beruf des Allgemeinmediziners. Zudem bevorzugen junge Medizinerinnen und Mediziner das urbane Umfeld als Lebensmittelpunkt (bessere Infrastruktur, umfangreichere Arbeitsmöglichkeiten für den Lebenspartner/die Lebenspartnerin etc.). Mit der Kampagne wird die Zielgruppe komplett in den Bereichen Niederlassungsangebote, Beruf, Leben und Familie sowie Region angesprochen. Der zentrale und erste Ansprechpartner für interessierte Ärztinnen und Ärzte ist der Regionslotse, der unter einer zentralen Telefonnummer Informationen zu den einzelnen Standorten und Angeboten gebündelt übermitteln kann. Er managt die „bestmögliche Information/Betreuung“, aktiviert in der Region alle Beteiligten und sorgt für die Synchronisation mit der KVN. Neben dem Regionslotsen fungieren die Landrätinnen,

Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als Schirmherrinnen und Schirmherrn und verbreiten die Botschaft der Kampagne. Sie übernehmen die Funktion der Ortslotsinnen und -lotsen und sind somit regionale Helferinnen und Helfer in den einzelnen Orten und stellen Verbindungen und Kontakte für die Ärztinnen und Ärzte her. Die KVN stellt personelle Ressourcen für die fachliche Beratung insbesondere bei der Niederlassungsberatung und Unterstützung der Kampagne.

Neben den offiziellen Partnern der Kampagne werden auch Unternehmen aus der Region ein Teil der Initiative. Über ein sogenanntes Co-Marketing werden Sponsorinnen und Sponsoren von Leistungen/Produkten und Personen, die Werbemittel finanzieren, akquiriert. Regionale Wirtschaftsunternehmen fördern die Verbreitung der Kampagne und bieten idealerweise Arbeitsplatzpotenzial für Akademiker-Partnerinnen und -Partner. Durch die Einbindung der regionalen Wirtschaft kann eine echte Verankerung in der Region stattfinden, da die Region und die Wirtschaft gemeinsam für die Niederlassung neuer Ärztinnen und Ärzte und deren Familien werben, indem auf diverse Freizeitgestaltungsmöglichkeiten oder die bestehenden Angebote für Kinder hingewiesen wird.

Begründung

Durch den Erhalt der medizinischen Versorgung wird die Attraktivität der Region gesteigert. Das Projekt bietet die Chance, junge Menschen an die Region zu binden, wovon auch die regionale Wirtschaft profitiert. Die Region Mitte Niedersachsen kann mit einer guten Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten mit den bestehenden Vorurteilen über den ländlichen Raum aufräumen. Der Ansatz, gemeinsam mit der KVN über kommunale Grenzen hinweg und mit Blick auf die gesamte Lebenswelt junger Medizinerinnen und Mediziner um die Ansiedlung zu werben, verspricht eine deutlich bessere Perspektive für die Nachwuchsgewinnung als isolierte Maßnahmen.



Die Bürgermeister der Kommunen aus den Landkreisen Nienburg und Diepholz sowie der Bürgermeister der Samtgemeinde Thedinghausen im Landkreis Verden, der Landrat des Landkreises Nienburg sowie der stellvertretende Landrat aus dem Landkreis Diepholz, Vertreter des Amtes für regionale Landentwicklung sowie Vertreter der Helios Kliniken



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, Kooperationsmodelle nach dem Beispiel „Ärztlich willkommen“ bekanntzumachen, um weitere Projekte zur Stabilisierung der Klein- und Mittelstädte in ländlichen Räumen anzuregen.

Regionalmanagement Mitte Niedersachsen
Schloßplatz 2
27318 Hoya/Weser

Samtgemeinde Heemsen
Bürgermeister Friedrich-Wilhelm Koop
Wilhelmstraße 4
31627 Rohrsen
Telefon 05024 9805-0
Telefax 05024 9805-55
E-Mail koop@aerztlich-willkommen.de



38

Gemeinsame Träger- und Leitungsstrukturen für die Krankenhäuser in den Städten Vechta und Lohne

Beschreibung

In den benachbarten Städten Vechta (32 000 Einwohnerinnen und Einwohner) und Lohne (26 000 Einwohnerinnen und Einwohner) standen zwei Krankenhäuser, das St. Marienhospital und das St. Franziskus-Hospital, über Jahrzehnte in einem hochintensiven Wettbewerb, der beiden Häusern in der Tendenz geschadet hat. Durch die Zusammenführung und den Abbau von Doppelstrukturen sowie die Positionierung als ein Krankenhaus mit zwei Standorten haben die Krankenhäuser einen neuen Weg eingeschlagen.

Das St. Marienhospital Vechta und das St. Franziskus-Hospital Lohne sind zusammen sowohl im Hinblick auf Betriebsgröße und Spektrum die zentralen Versorger in der Region zwischen Oldenburg/Bremen und Osnabrück. Der Marktanteil im Landkreis Vechta liegt über 66 Prozent. Das St. Franziskus-Hospital Lohne und das St. Marienhospital Vechta stehen seit Dezember 2015 in einheitlichen Entscheidungs- und Trägerstrukturen. Die Schwester-Euthymia-Stiftung ist Mehrheitsgesellschafterin beider Krankenhausgesellschaften. Außerdem gibt es Personenidentitäten in der Geschäftsführung sowie weiteren Leitungsfunktionen.

Die beiden Krankenhäuser werden von der Trägerin wie ein Krankenhaus mit zwei Standorten organisiert. Daraus wird sich ergeben, dass beide Häuser medizinstrategisch hinsichtlich von Mindestmengen, Qualität und Versorgungsketten besser aufgestellt sein werden. Zudem wird sich die wirtschaftliche Situation beider Häuser durch den Abbau von Doppelvorhaltungen sowie durch die Konzentration auf eindeutige Schwerpunktbildungen an den jeweiligen Standorten, die Konzentration mindestmengenbelegter Leistungen auf jeweils einen der beiden Standorte und die umfassende Zusammenarbeit im Sekundär- und Tertiärbereich (Einkauf, Rechnungswesen, Controlling, Personal) verbessern können.

Leistungszahlen, Leistungsstruktur, demografische Entwicklungen, bauliche Verhältnisse sowie die Bestrebungen der Gesellschaft und der Sitzkommunen zeigen sämtlich, dass beide Standorte für die Versorgung der Bevölkerung unverzichtbar sind und bleiben.

Projektträgerin ist die gemeinnützige Stiftung Schwester-Euthymia-Stiftung, Mehrheitsgesellschafterin des St. Marienhospital Vechta gemeinnützige GmbH und der St. Franziskus-Hospital Lohne gemeinnützige GmbH.

Begründung

Den Städten Vechta und Lohne ist daran gelegen, den Bürgerinnen und Bürgern der Städte und des Umlandes dauerhaft eine adäquate, wohnortnahe medizinische Versorgung anbieten zu können. Hierzu zählt auch ein leistungsfähiges Krankenhaus. Da das Nebeneinander von zwei konkurrierenden Krankenhäusern zu wirtschaftlichem Schaden geführt hat, wurde nach einer geeigneten Form der Kooperation gesucht, um den Bestand der Krankenhausversorgung im ländlichen Raum zu sichern.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Krankenhausträgerinnen und -träger in ländlichen Räumen auf die Notwendigkeit verstärkter Kooperation und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Synergien hinzuweisen, um damit eine wohnortnahe Krankenhausversorgung auch in ländlichen Räumen zu erleichtern.

St. Marienhospital Vechta

Geschäftsführer Ulrich Pelster
Marienstr. 6 – 8
49377 Vechta
Telefon 04441 99-1021
E-Mail ulrich.pelster@kk-om.de

Weitere Informationen unter
www.kk-om.de/st-marienhospital-vechta.html

www.krankenhaus-lohne.de



39

Kinder- und Jugendpsychiatrische Versorgung
in ländlich geprägten Regionen

Beschreibung

Der Zugang zu einer gegliederten fachärztlichen Versorgung ist in einem Flächenland wie Niedersachsen nicht vollständig gleich darstellbar. Um besonders spezialisierte Versorgungsangebote wie die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung auch in die Fläche zu bekommen, bedarf es planerischer Eingriffe. Durch die Sperrung der sogenannten Planungsbereiche in städtischen Ballungsgebieten für Neuzulassungen war es möglich, Zulassungsmöglichkeiten ausschließlich in ländlich geprägten Regionen auszuweisen. Dies hat zwischen dem zweiten Halbjahr 2014 und dem zweiten Halbjahr 2015 dazu geführt, dass acht kinder- und jugendpsychiatrische Sitze für Vertragsärztinnen und -ärzte in der Fläche angesiedelt werden konnten. In den eher ländlich geprägten Regionen Emsland, Südheide, Bremerhaven-Umland, Hamburg-Umland-Süd, Bremen-Umland und Ostfriesland haben sich die Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und -psychiater in den Klein- und Mittelstädten angesiedelt, die für die Bevölkerung den zentralen Anker darstellen und verhältnismäßig gut erreichbar sind. Es sind Wilhelmshaven, Winsen, Salzhausen, Verden, Schwarmstedt, Diepholz, Quakenbrück und Leer.

Für die Region Emsland wurde zwischenzeitlich zusätzlich ein ergänzender Anreiz in Form einer Investitionskostenförderung gesetzt. Dieser Schritt scheint erfolgreich zu sein, eine Neuzulassung steht kurz bevor.

Begründung

Neben dem Setzen von Anreizen für eine freiwillige Niederlassung in ländlichen Regionen können auch planerische Ansätze erfolgreich sein. Hier hat die KVN bewusst Niederlassungsmöglichkeiten nur noch in ländlich geprägten Raumordnungsregionen ausgewiesen und innerhalb der Planungsregion mittels Niederlassungsberatung dafür geworben, dass die Niederlassung an zentralen Orten erfolgte.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die KVN bei ihren Maßnahmen zur Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung zu unterstützen. Klein- und Mittelstädte sind hierbei die Knotenpunkte des ÖPNV für die Erreichbarkeit der medizinischen Einrichtungen.

Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen

Berliner Allee 22
30175 Hannover

3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

3.2.6 Bildung und Kultur

40

PS.SPEICHER , PS.Pfad und Aktion Sch(I)aufenster in Einbeck

Beschreibung

PS.SPEICHER

In der Stadt Einbeck (31 000 Einwohnerinnen und Einwohner) wurde 2014 mit dem PS.SPEICHER in einem denkmalgeschützten ehemaligen Kornspeicher aus dem Jahr 1899 eine Erlebnisausstellung rund um die individuelle Mobilität geschaffen. Im Kontext alter Industriekultur entstand durch die Neunutzung – auf über 5 000 m² Ausstellungsfläche – eine einzigartige Ausstellung, die anhand von mehr als 350 Exponaten die Geschichte, Gegenwart und Zukunft der motorisierten Mobilität erzählt. Zur Realisierung des Projekts konnte erhebliches privates Kapital mobilisiert werden. Der PS.SPEICHER ist aber kein Museum im klassischen Sinne, sondern ein Ort des Erlebens, der seinen „Leuchtturmcharakter“ durch Sonderausstellungen und wechselnde Inszenierungen immer wieder aufs Neue präsentiert.

Die Planungen zum PS.SPEICHER sahen von Anfang an vor, der Einbettung des Projektes in die gewachsene Umgebung höchste Priorität zuzumessen. Leitgedanke war, die Stadt Einbeck und ihre Potenziale insgesamt einzubinden. Dazu gehörte auch, von Anfang an zu vermeiden, dass eine isolierte touristische Attraktion ohne Anbindung an die attraktive Innenstadt entsteht.

Aktion Sch(I)aufenster

Die an sich touristisch hoch attraktive historische Innenstadt in Einbeck war und ist an vielen Stellen vom Leerstand geprägt, was sich negativ auf das Stadtbild auswirkt. Das Problem zog sich durch die ganze Innenstadt von Einbeck. So entstand auf Initiative des PS.SPEICHERs und der Stiftung Kornspeicher die Bürger- und Bürgerinneninitiative Sch(I)aufenster. Das Hauptziel der Bürger- und Bürgerinneninitiative Sch(I)aufenster ist die nachhaltige und



sinnvolle Neubelebung der Innenstadt und die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger von Einbeck, sich für Ihre Stadt stark zu machen. Über die optische Verbesserung hinaus bildet dieses Projekt Gemeinschaft. Dadurch gelang es, zahlreiche leere Schau- fenster mit einfachen Mitteln zu beleuchten und mit lokalen und/ oder regionalen Themen attraktiv zu gestalten.

PS.Pfad

Ein weiteres exemplarisches Projekt mit Wirkung weit über den PS.SPEICHER hinaus ist der PS.Pfad. In enger Abstimmung mit dem Bauamt, dem StadtMuseum sowie mit Einbeck Marketing und der Touristinformation entstand in Gemeinschaftsarbeit eine ganz neue touristische Besucherführung durch die Einbecker Altstadt. Mit dem Ziel, den PS.SPEICHER „näher an die Innenstadt“ zu bringen, kurz die attraktive Innenstadt und die Ausstellung stärker zu verzahnen und damit die Destination als Ganzes zu stärken.

Begründung

Der PS.SPEICHER ist ein gutes Beispiel für die Entwicklung einer völlig neuen touristischen Attraktion in einer Mittelstadt des ländlichen Raumes. Aus Sicht der Stadtentwicklung besonders hervorzuheben ist jedoch, dass mit dem PS.SPEICHER nicht nur ein touristischer Magnet für die Besucherinnen und Besucher entstanden ist, der sehr nennenswerte positive (Multiplikator-) Wirkungen entfaltet. Ein ebenso bemerkenswerter Aspekt liegt in der Tatsache, dass durch den PS.SPEICHER direkt zusätzliche Aktivitäten ausgelöst und begleitet wurden, die den Standort Einbeck in vielerlei Hinsicht verbessern. Dazu gehört die Initiative



zur Bürgerinitiative Sch(l)afenster, die Ansiedlung eines (bisher nicht vorhandenen) Hotels gehobener Kategorie, die Verzahnung mit der attraktiven Innenstadt sowie Kooperationen mit Bildungsträgerinnen, -trägern und -einrichtungen zur Schaffung von Begeisterung für naturwissenschaftlich-technische Berufe. Zu den Zukunftsplänen gehört außerdem die Realisierung eines Technikums, das als außerschulischer Lernort künftig zum Wissentanken und Experimentieren einladen soll. Ein Lernraum der PS.Pädagogen ist seit Anfang 2016 ebenfalls vorhanden und kann von beziehungsweise mit Schülergruppen oder Kindergärten genutzt werden.

Aber der von Anfang an verfolgte Ansatz der Einbettung, der sehr vielschichtig und bislang hoch erfolgreich betrieben wurde, kann auch Vorbild für ähnliche Initiativen anderenorts sein. Der PS.SPEICHER zeigt ferner, dass ein Leuchtturm, ein Einzelprojekt allein noch keine positive Stadt- und Regionalentwicklung garantiert. Zu einem echten und nachhaltigen Erfolg für die Stadt und Region



Gruppenführung im PS.Depot

wird ein solches Projekt erst, wenn es gelingt, an den touristischen Potenzialen im Umfeld anzuknüpfen und gegenseitig befruchtende Verbindungen herzustellen, wenn es positive Wirkungen in die Stadtgesellschaft hinein entfaltet und dazu beiträgt, Entwicklungseingänge zu identifizieren und zu beseitigen. Dies scheint in Einbeck an vielen Stellen bereits hervorragend gelungen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Chancen der Kulturwirtschaft und die positive Umnutzung alter Industriedenkmäler zu beachten und zu fördern, unter der Voraussetzung der Einbettung in ein regionales und individuelles Gesamtkonzept.

PS.SPEICHER

Tiedexer Tor 3
37574 Einbeck

Kulturstiftung Kornhaus

Pressesprecher Alexander Kloss
Bismarckstraße 2
37574 Einbeck
Telefon 05561 92320-296
Telefax 05561 92320-291
E-Mail alexander.kloss@kulturstiftung-kornhaus.de

Weitere Informationen unter
ps-speicher.de/index.php

www.ps-speicher-foerderfreunde.de

www.facebook.com/ps.speicher

41

Vermittlung ortsnaher Bildungsangebote durch die Bugenhagen-Hochschule in der Region Hildesheim

Beschreibung

Die Bugenhagen-Hochschule – Evangelische Erwachsenenbildung in der Region Hildesheim – strahlt von Hildesheim (102 000 Einwohnerinnen und Einwohner) aus weit in die Region. Ausgehend von der zentralen Koordinationsstelle in der Stadt Hildesheim werden Referentinnen und Referenten für Bildungsarbeit gewonnen und aktiviert, die keine „Profis“, sondern interessierte, begeisterte und fachkundige Laiinnen und Laien sind. Bildungsarbeit wird hier partizipativ, aktivierend und nicht institutionell gedacht. Vorträge, Seminare, Lesungen und weitere Bildungsangebote der Erwachsenenbildung mit evangelischem Profil können nach Bedarf von Kirchengemeinden, Gruppen und Vereinen angefordert und „gebucht“ werden. Sie kommen dann also in die Region und sind auf die dortigen Bedürfnisse und Interessenlagen „vor Ort“ zugeschnitten. Die Referenten und Referentinnen bringen ihre Erfahrung und ihr Wissen aus ihrem beruflichen Hintergrund oder dem Interesse an spezifischen Themen in die Gestaltung des Programms mit ein.

Das Profil der Bildungsangebote ist vielfältig: Theologie, Kirche und Gesellschaft; interreligiöser Dialog; Reformation und Ökumene; allgemeine Themen zu Alltagskultur, Symbolik und Brauchtum; Lebensfragen und -weisheiten, Seelsorge und Psychologie, Familie, Bildung und Gesellschaft; historische Persönlichkeiten und (lokale) Geschichte; Literatur, Kunst und Kultur; Länder, Städte und Kulturen. Neben den Angeboten auf Abruf gibt es auch feste Termine wie beispielsweise die Reihe „Literarische Teestunde am Samowar“, die in Zusammenarbeit mit der Katholischen Erwachsenenbildung konzipiert wurde.

Begründung

Dieses Konzept antwortet auf die Herausforderung des Rückgangs ortsnaher Bildungsangebote durch Mobilität und Flexibilität und dient zusätzlich der Aktivierung von Menschen, die ihre berufliche oder Lebenserfahrung in ortsnahe Bildungsangebote einfließen lassen wollen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, dieses Projekt und weitere Projekte mobiler Bildung zu unterstützen und bekannt zu machen, damit andersorts die Übertragbarkeit geprüft werden kann, um diese Versorgungsleistung für das Umland auch aus anderen Klein- und Mittelstädten heraus anzubieten.

EFB Hildesheim/Bugenhagen-Hochschule

Magdalene Martensen
Zwölf-Apostel-Weg 6
31139 Hildesheim
Telefon 05121 102979
E-Mail magdalene.martensen@evlka.de

Weitere Informationen unter
www.familiehildesheim.de/pages/programm/projekte/bugenhagen-hs.php



Sie haben am Programm für den Neustart der Bugenhagen-Hochschule mitgewirkt: Magdalene Martensen (Projektleitung), Helmut Beelte (Referent und Drehorgelspieler), Michaela Grön (Kordinatorin Ev. Bildung im KK Hildesheim-Sarstedt) und Hans-Herbert Wintgens (Referent für Literatur)



2015 inszenierte das Figurentheater „Die Komplizen“ die Geschichte von Rafik Schami's „Hast Du Angst?“, fragte die Maus“

42 Bücherfrühling – die Vechtaer Literaturtage

Beschreibung

Die Stadt Vechta (32 000 Einwohnerinnen und Einwohner) hat sich seit 1991 an dem mit Landesmitteln geförderten „Nord-deutschen Bücherfrühling“ beteiligt, der seinerzeit auf Initiative der Regierungschefs der vier norddeutschen Küstenländer ins Leben gerufen wurde. Als die Förderung in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre eingestellt wurde, entschied sich die Stadt Vechta, eigene Mittel aufzuwenden, um jungen Menschen aus Grund- und weiterführenden Schulen weiterhin Gelegenheit zu geben, originäre Begegnungen mit Literatur und Schriftstellerinnen und Schriftstellern zu erleben.

So werden in Vechta seit nunmehr 26 Jahren in der Regel in den Monaten März/April zwei Wochen lang Lesungen, szenisches und interaktives Theater, Figurentheater und mehr angeboten,

um Kindern und Jugendlichen Appetit auf Literatur zu machen und sie dazu zu motivieren, sich über den Tag hinaus mit Büchern zu beschäftigen. Autoren, Autorinnen und Themen werden in Zusammenarbeit des Fachdienstes Kultur der Stadt Vechta mit dem örtlichen Buchhandel für das jeweilige Jahr ausgesucht. Bei jeder Lesung gibt es einen Büchertisch, den ebenfalls der örtliche Buchhandel betreut. Durch die hohe Kontinuität sind intensive Kontakte auch zu den Fachlehrkräften der Vechtaer Schulen entstanden, die mit ihren Schülerinnen und Schülern gern die Veranstaltungen besuchen. Häufig sind mehr als die Hälfte der Lesungen bereits am Tag nach ihrer Bekanntgabe, die jeweils in einer Pressekonferenz stattfindet, ausgebucht.

Aus der Kooperation mit den Schulen und der frühzeitigen Begegnung von Schulkindern mit Literatur sind in der Folge bereits verschiedene Projekte hervorgegangen, so zum Beispiel Schreibwerkstätten und – in der Zusammenarbeit eines örtlichen Verlages mit den Schulen – von Schülerinnen und Schülern produzierte Bücher mit eigenen Texten, aus denen diese zudem im örtlichen Theater im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen lesen.

Die Finanzierung des Bücherfrühlings erfolgt aus Haushaltsmitteln der Stadt Vechta. Die Auswahl der Lesungen und Ansprache der Verlage/Autorinnen und Autoren wird von der Stadt Vechta in Kooperation mit dem örtlichen Buchhandel vorgenommen. Weitere Beteiligte sind das örtliche Jugendzentrum, das städtische Museum, Schulen und Lehrkräfte.

Begründung

Mit dem Bücherfrühling eröffnet die Stadt Vechta alljährlich jungen Menschen aus der Stadt und dem Umland Begegnungen mit Literatur, Literatinnen und Literaten. Damit hat sie ein attraktives außerschulisches Lernangebot geschaffen, mit dem das Leseverhalten von Kindern und Jugendlichen langfristig und nachhaltig gefördert wird.



Empfehlung

Das Zukunftsforum sieht die Initiative als vorbildhaft an und empfiehlt der Landesregierung, solche Angebote zu unterstützen und Schülerinnen und Schüler zu ermutigen, solche Angebote zu nutzen.

Stadt Vechta, Fachdienst Kultur

Herbert Fischer
Burgstr. 6
49377 Vechta
Telefon 04441 886400
E-Mail herbert.fischer@vechta.de

Buchhandlung Vatterodt

Elisabeth Vatterodt
Große Straße 58
49377 Vechta
Telefon 04441 921883
E-Mail service@buchvatterodt.de

Weitere Informationen unter:
www.vechta.de/Kultur/Bucherfruhling.aspx



Die Organisatoren des 26. Vechtaer Bücherfrühlings (v.l.), Herbert Fischer, Elisabeth Vatterodt, Jessica Plener und Bürgermeister Helmut Gels bei der Präsentation des Programms 2016



43 Lange Nacht der Kultur in Bückeburg

Beschreibung

Die Stadt Bückeburg (19 000 Einwohnerinnen und Einwohner) führt seit mehreren Jahren die „Lange Nacht der Kultur“ durch, die sich seitdem als ein Höhepunkt des örtlichen Veranstaltungskalenders etabliert hat und weite Ausstrahlung ins Umland hat. Idee des Festes ist, die gesamte Innenstadt einzubinden und den Bürgerinnen und Bürgern Kultur in allen ihren Facetten und Daseinsformen in kleinen, „mundgerechten Häppchen“ anzubieten. Zielgruppe sind damit alle Bückeburgerinnen und Bückeburger, auch für Kinder ist etwas dabei. Gut angenommen wird das Stadtfest jedoch auch von Besucherinnen und Besuchern aus den benachbarten Kommunen des Schaumburger Landes, aber auch aus Nordrhein-Westfalen.



Plattdeutsches im Braukeller

Bückeburg verfügt im Schloss, Staatsarchiv, den Museen, im Rathaus und der Stadtkirche über eine große Anzahl nah beieinander gelegener Räumlichkeiten, was es dem Publikum möglich macht, der Idee folgend nach etwa 30 Minuten Vortrag fußläufig die nächste Lokalität zu erreichen. Großen Wert legt die Stadt Bückeburg als Veranstalterin auch auf die Mitwirkung und Beteiligung des in der Innenstadt ansässigen Einzelhandels. So werden auch in Buchhandlungen, Bekleidungsgeschäften, einem Supermarkt und anderen Ladengeschäften Programme vorgestellt.



Musik beim Optiker

Das Angebotsspektrum ist weit gefächert und reicht von Lesungen und Vorträgen über Schauspiel und Konzerte bis hin zu Theater und bildender Kunst. Für die sogenannten „Galeriekünstler“ (Gemälde, Skulpturen, Plastiken, Fotos) werden die Räumlichkeiten für einen längeren Zeitraum bereitgestellt, um für den großen Aufwand der Präsentation eine lohnende Ausstellungszeit zu haben. Ziele sind eine Belebung der Innenstadt, die Etablierung der Stadt als Kulturträger und Kultur einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.



Französisches im Supermarkt

Begründung

Mit der „Langen Nacht der Kultur“ wird Innenstadt in den Mittelpunkt eines breiten Angebots an Kulturveranstaltungen gestellt werden. Mitwirkende sind sowohl Geschäfte als auch Museen, Kirchen und andere Einrichtungen und Initiativen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum sieht die Initiative als vorbildhaft an und empfiehlt der Landesregierung, auch andere Städte zu ermutigen, ihre Innenstädte durch Kultur- und Festveranstaltungen stärker ins Bewusstsein der Menschen aus Stadt und Umland zu rücken.

Stadt Bückeburg

Fachgebiet Wirtschaftsförderung/Kultur/
Veranstaltungen

Bettina Remmert

Marktplatz 2

31675 Bückeburg

Telefon 05722 206-131

E-Mail wirtschaft@bueckeburg.de

Weitere Informationen unter
www.bueckeburg.de über „Kultur“
oder „Veranstaltungskalender“



44 „Wissensburg Nienburg“

Beschreibung

Die Stadt Nienburg (Weser) (31 000 Einwohnerinnen und Einwohner) hat sich als Ergebnis eines mit intensiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger durchgeführten Leitbildprozesses das Ziel gesetzt, den zentralen Einkaufs- und Flanierbereich im historischen Zentrum der Stadt einer hervorgehobenen Neugestaltung zu unterziehen. Auftakt dieses Vorhabens ist die „Wissensburg Nienburg“, die den Gestaltungsbedarf der historischen Innenstadt Nienburgs aufgreift. Mit der „Wissensburg Nienburg“ werden das Stadt- und Kreisarchiv und die Stadtbibliothek in einem Altstadtquartier gegenüber dem Rathaus platziert. Die Symbiose von Archiv und Bibliothek im Herzen der Stadt soll über die Kernfunktionen der beiden Institute hinaus einen barrierefreien Ort des Lernens, der Kommunikation und des gesellschaftlichen Dialogs schaffen. So wird der kulturell und sozial vielfältiger werdenden Bürgergesellschaft ein Integrationsraum geboten. Der Standort der „Wissensburg Nienburg“ wird eine Wohnanlage mit Geschäftshaus aus den 1960er-Jahren, deren baupolitisch und ökologisch sensible Umnutzung die Öffnung des dahinterliegenden historischen Quartiers zur City hin ermöglicht.

Das Projekt „Wissensburg Nienburg“ gibt eine Antwort auf die durch Altersdemografie, Migration und Mobilität komplexer werdenden Nutzungsanforderungen der Menschen in Stadt und Region, erhält und erschließt die archivalische Überlieferung Nienburgs seit dem 14. Jahrhundert auch für neue Zielgruppen und schreibt das Entwicklungspotenzial der Bibliothek fort, deren Nutzerinnen und Nutzer zu rund 50 Prozent aus dem Umland kommen. Die archiv- und bibliothekstechnischen Anforderungen dieses Ansatzes werden durch innovative Ausstattung erfüllt. Gleichzeitig bietet die größtmögliche Integration in die städtebauliche Umgebung und die gegenwärtig initiierten Konzepte der Innenstadt-Revitalisierung breit gefächerte Chancen sozio-kultureller Teilhabe und des Dialogs zwischen den Generationen und Kulturen. Die „Wissensburg Nienburg“ soll als Merkmal der Zukunftsfähigkeit und Beitrag zur Stärkung der Stadt als Lebens-

raum und Wirtschaftsstandort bestehen: solidarisch mit dem ländlichen Raum in dem am zweitstärksten in Niedersachsen mit den Anpassungsprozessen der Konversion ringenden Landkreis.

Begründung

Mit der „Wissensburg Nienburg“ erfolgt die funktionale Aufwertung der Innenstadt durch ein anspruchsvolles kulturelles Projekt. Durch die Kooperation von Stadt und Landkreis wird die Bedeutung, aber auch die Verpflichtung der Stadt für ihre Region unterstrichen.



Raumgewinn und Erweiterung zum Forum durch flexibel versetzbare Mobiliar.



Empfehlung

Das Zukunftsforum sieht die Initiative als vorbildhaft an und empfiehlt der Landesregierung, die „Wissensburg Nienburg“ im Rahmen der Städtebauförderung als identitätsstiftendes Beispiel für Klein- und Mittelstädte bekannt zu machen.

Stadt Nienburg/Weser

Marktplatz 1
31582 Nienburg
E-Mail stadtverwaltung@nienburg.de



Loriot Facebookankündigung im Vorfeld der Aktion

45 „7 Tage für die Herren“ – Männerwoche der Buchhandlung Lünebuch in Lüneburg

Beschreibung

Buchhandlungen sind ein wichtiger Kristallisationspunkt des innerstädtischen Einzelhandels. Dadurch kommt ihnen eine zentrale Rolle für den Erhalt lebendiger Innenstädte, gerade auch in Klein- und Mittelstädten, zu.

Die Buchhandlung Lünebuch in Lüneburg (74 000 Einwohnerinnen und Einwohner) führte eine „Männerwoche“ durch. Auf allen drei Etagen der Buchhandlung wurden Büchertische mit markigen Sprüchen geschmückt und Sportgeräte, eine Carrera-Bahn, eine alte Vespa sowie ein Kickertisch aufgestellt. Auch Bücher mit provokanten Titeln wurden besonders prominent ausgestellt. Unter dem Motto „Männlichste Bilder“ gab es zudem einen Fotowettbewerb, bei dem etwa Bücher aus dem Motorbuch Verlag sowie als Hauptpreis ein Gutschein zum Bouldern (Klettern ohne Seil) gewonnen werden konnten. Die Veranstaltung wurde gut besucht und die Besucher und Besucherinnen gaben äußerst positive Rückmeldungen.

Die Vorbereitung der Aktion kostete einigen Aufwand, etwa für die Dekoration und die Werbung. So wurde die Veranstaltung etwa mit Plakaten und in der Stadt verteilten Flyern sowie im Internet beworben. Eine Befragung von 50 Besuchern und Besucherinnen ergab, dass diese insbesondere über diese drei Kanäle auf die Veranstaltung aufmerksam wurden.

Zudem ergab die Befragung, dass fast die Hälfte der Besucher und Besucherinnen zum ersten Mal die Buchhandlung Lünebuch

besucht hatten. Etwa 75 Prozent dieser Erstbesucher und -besucherinnen waren Männer und mehr als die Hälfte von ihnen hat mindestens ein Buch gekauft.

Begründung

Zur „Männerwoche“ waren grundsätzlich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen, etwa ein Viertel der Teilnehmenden waren Frauen. Aufgrund ihres thematischen Zuschnitts ist die „Männerwoche“ in besonderer Weise dazu geeignet, bei überschaubarem Aufwand auch einen Personenkreis zu erreichen, der bislang tendenziell besonders geringe Bindungen zum stationären Buchhandel hat. Dafür spricht unter anderem auch die hohe Zahl an „Erstbesucherinnen und -besuchern“.

Kooperationen zwischen Buchhandlungen vermindern zudem den Aufwand einer umfangreichen Neukonzeption. So kann das Projekt auch von Buchhandlungen in anderen Städten gut übernommen werden.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, Akteurinnen und Akteure im stationären Buchhandel zu ermuntern, diese oder ähnliche Aktionen durchzuführen.

Lünebuch – Buchhandlung am Markt e. K.

Jan Orthey
Bardowicker Str. 1
21335 Lüneburg
Telefon 04131 75474-0
Telefax 04131 75474-28
E-Mail info@luenebuch.de



46 „Tolino eBook-Nacht“ der Buchhandlung „Buchhaus Voss“ in Westerland (Sylt)

Beschreibung

Das Buchhaus Voss in Westerland auf Sylt (ca. 13 000 Einwohnerinnen und Einwohner) gehört zu den stationären Buchhandlungen, die neben klassischen Büchern, kleinen Geschenken, Büromaterial und Tabakwaren inzwischen auch einige Leistungen und Beratung im E-Book-Bereich anbietet, so unter anderem zum digitalen Lesen, Lese-Apps, E-Readern, Cloud-Services, Hotspots und Abo-Modellen. Grund ist, dass die Beliebtheit von E-Books (digitale Bücher) über alle Altersgruppen hinweg zunimmt. E-Books können bequem unterwegs gelesen und rund um die Uhr im Internet gekauft werden. Inzwischen liest bereits rund ein Viertel der Bevölkerung digitale Bücher.

Der Marktführer und Schrittmacher dieser Technologie ist vor allem der Internet-Buchhändler Amazon. Um mit dieser Entwicklung mithalten zu können, kooperieren zahlreiche Akteurinnen und Akteure des stationären Buchhandels mit der Deutschen Telekom im Rahmen des Projekts „tolino“. Im Jahre 2013 starteten entsprechende E-Book-Angebote im deutschsprachigen Raum. Inzwischen konnte das Projekt auch in andere europäische Länder expandieren. Während der Verkauf von E-Books und dazugehörigen Leistungen vor allem über die Websites der lokalen Buchhandlungen stattfindet, bieten die stationären Buchhändlerinnen und -händler in ihren Filialen zunehmend auch Beratungsleistungen rund um das E-Book an. Inzwischen sind rund 600 Buchhandlungen über das Barsortiment Libri an die tolineno-Alianz angebunden.

Allerdings sind die Angebote und Kompetenzen der stationären Buchhandlungen im E-Book-Bereich vielen Kundinnen und Kunden noch unbekannt. Zudem gibt es – gerade in weniger technikaffinen Bevölkerungsteilen – noch Berührungsängste mit der E-Book-Technologie. Daher hat das Buchhaus Voss eine „eBook-Nacht“ in ihrer Filiale angeboten. Dabei stand das Thema „digitales Lesen“ ganz allgemein im Mittelpunkt. So konnte die Buchhandlung Voss ihre Kompetenzen in diesem wachsenden Marktsegment einem großen Kreis der Kundschaft bekanntma-

chen. Etwa 30 Kundinnen und Kunden, alle im fortgeschrittenen Alter, nahmen an dem zweistündigen Programm teil. Dort erklärte zunächst ein tolineno-Berater die grundsätzliche Funktionsweise von E-Books. Anschließend konnten die Teilnehmenden verschiedene E-Reader und Lese-Apps ausprobieren. Außerdem konnten sie sich vom Personal der Buchhandlung sowie vom Leiter der örtlichen Stadtbibliothek, einem Kooperationspartner, Fragen zu diesem Thema beantworten lassen.

Der Aufwand für diese Veranstaltung war für das Buchhaus Voss eher gering: Libri übernahm vorwiegend die Organisation, die Buchhandlung Voss war lediglich für die lokale Umsetzung zuständig. Es wurden Kundinnen und Kunden angesprochen und entsprechende Newsletter verschickt. Außerdem gab es Werbung für diese Aktion im Schaufenster und einen Aufsteller mit Flyern in der Fußgängerzone. Dabei konnte auf vorbereitete Materialien von Libri zurückgegriffen werden, was den Aufwand zusätzlich

deutlich verminderte. In der Ortsbevölkerung war die bevorstehende eBook-Nacht schon Wochen zuvor ein wichtiges Gesprächsthema und auch die Lokalmedien (beispielsweise SyltTV) berichteten. So kam zur aktiven Werbung der Buchhandlung auch die virale Werbung durch Multiplikatoren hinzu.

Für weitere interessierte Buchhandlungen soll es demnächst ein fertiges Paket mit Material geben, sodass auch hier der Aufwand sehr begrenzt sein wird.

Begründung

Buchhandlungen sind wichtige Kristallisationspunkte des innerstädtischen Einzelhandels. Dadurch kommt ihnen eine zentrale Rolle für den Erhalt lebendiger Innenstädte, gerade auch in Klein- und Mittelstädten, zu. Da E-Books über alle Altersgruppen hinweg zunehmend beliebter werden, ist es wichtig für den stationären Buchhandel, dieses Marktsegment zu erschließen

und seine Kompetenzen hier aktiv zu kommunizieren. Die „tolino eBook-Nacht“ ist ein Beispiel für Aktionen mit diesem Ziel. Aufgrund der bereits bestehenden Erfahrung eignet sich das Projekt gut dazu, mit wenig Aufwand auch von Buchhandlungen in anderen Städten übernommen zu werden.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, den stationären Buchhandel zu ermuntern, öffentlichkeitswirksame Aktionen durchzuführen, um ihre Kompetenz im wachsenden Marktsegment der E-Books zu zeigen und dadurch ihre wirtschaftliche Basis zu stabilisieren.

Buchhaus Voss

Friedrichstr. 27
25980 Westerland
Telefon 04651 8356252
Telefax 04651 29586
E-Mail buchhaus-info@vosssylt.de



Der Buchhandels-Fachberater Alf Schiering bei seinem Vortrag über E-Books



3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

3.2.7 Nachbarschaftshilfe und Miteinander der Generationen

47 „Gemeinsam gewinnen“ im Kirchenkreis Münden

Beschreibung

In der Stadt Hann. Münden (24 000 Einwohnerinnen und Einwohner) ist es gelungen, aus der Mittelstadt heraus ein Angebot zu bündeln und zu organisieren, das den Menschen im gesamten Kirchenkreis Hann. Münden zugutekommt. Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen in enger Zusammenarbeit mit der Kirchenkreis-Sozialarbeit in Not befindliche Menschen unabhängig zum Beispiel von Alter oder Religionszugehörigkeit für einen angemessenen, aber begrenzten Zeitraum begleiten. Hintergrund ist, dass im Kirchenkreis Münden die Nachfrage nach Unterstützung und Lebenshilfe bei bestimmten Alltagsproblemen zugenommen hat. Gleichzeitig gibt es Menschen, die helfen möchten und sich ehrenamtlich engagieren wollen. Unterstützung und Betreuung erhalten die Ehrenamtlichen vom Kirchenkreis Münden, insbesondere durch eine dort ansässige Projektkoordinatorin. Sie ist erste Ansprechpartnerin, lädt einmal im Monat zu einem Gruppentreffen nach Münden ein und organisiert Fortbildungen und Supervision. Konkret leisten die Ehrenamtlichen vielfältige Hilfen. Die Hilfestellungen sind ganz unterschiedlich: Unterstützung beim Besuch von Behörden, Hilfe bei der Organisation eines Umzugs, Hilfe beim Stellen eines Antrags, Hilfe beim Sortieren von Unterlagen, Unterstützung bei der Haushaltsführung, Vermittlung an und Begleitung zu Beratungsstellen, Entlastung bei der Kinderbetreuung u. v. m. Das Hilfsangebot ist kostenfrei und an keine Religionszugehörigkeit gebunden.

Das Projekt arbeitet seit 2007 im Kirchenkreis Münden und wird seit 2012 vom Lionsclub Hann. Münden mitfinanziert. Es ist erfolgreich erprobt und immer wieder an sich verändernde Bedarfe angepasst worden. Der Bedarf nach einfachen und unkom-

plizierten Hilfestellungen im Alltag wächst allerorten, kann aber oft nicht gedeckt werden. „Gemeinsam gewinnen“ ist ein gutes Beispiel dafür, wie ehrenamtliche Arbeit gebündelt und durch zentrale fachliche wie organisatorische Unterstützung so gestaltet werden kann, dass viele Menschen von ihr profitieren können.

Begründung

Das Projekt zeigt vorbildlich, wie Ehrenamtliche durch die zentrale Betreuung seitens Kirchenkreissozialarbeit und Projektleitung in die Lage versetzt werden, in Not befindlichen Menschen zu helfen. Wichtige Voraussetzung ist, dass das Projekt aus der Mittelstadt Münden heraus zentral organisiert wird, weil es dort auch Unterstützung durch den ansässigen Serviceclub gibt. Zu beachten ist dabei, dass die Ehrenamtlichen durch eine Projektkoordinatorin und die Kirchenkreissozialarbeit der ev.-luth. Landeskirche Hannovers betreut werden und Supervision erhalten.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, Initiativen und Projekte wie „Gemeinsam gewinnen“ in den Kommunen bekannter zu machen, mit dem Ziel, es in andere Klein- und Mittelstädte zu übertragen.

Diakonisches Werk des ev.-luth. Kirchenkreises Münden

Welfenstraße 5
34346 Hann. Münden
Telefon 05541 9819-16
Telefax 05541 9819-17
E-Mail dw.muenden@evlka.de

Weitere Informationen unter
www.diakonie-muenden.de



Das Team von „Gemeinsam gewinnen“ nach einem Workshop zu transkultureller Achtsamkeit. Dabei ging es auch um nonverbale Pseudocodes: Am Ohr zupfen war einer davon



MGC Außenbereichsgestaltung

48 Mehrgenerationen-Campus Amelinghausen

Beschreibung

Die Samtgemeinde Amelinghausen (ca. 8 400 Einwohnerinnen und Einwohner) umfasst fünf Gemeinden mit insgesamt 21 Ortsteilen auf einer Fläche von 194 Quadratkilometern. Da sie seit dem 1. August 2006 vom örtlichen Träger der Jugendhilfe mit dem Aufbau einer sozialräumlichen, fallunabhängigen sozialpädagogischen Struktur betraut worden ist, möchte sie als interkommunale Kooperation die soziale Infrastruktur an die veränderten demografischen Entwicklungen anpassen. Dabei wird das Ziel verfolgt, die Identifikation der Bürgerschaft, insbesondere der Neubürgerinnen und -bürger, mit dem Wohnstandort zu fördern, um eine schnellstmögliche und dauerhafte Integration zu ermöglichen und die Samtgemeinde Amelinghausen trotz ihrer strukturellen Nachteile als qualitativ hochwertigen, regional charakteristischen und attraktiven Wohnstandort zu stärken.

Insbesondere Projekte zur Kinder- und Jugendarbeit sowie Projekte zur Stärkung des Sozialraumes und der Mehrgenerationenarbeit sollen hierzu beitragen. Ausgehend von den bereits bestehenden Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit, Verbandsarbeit, Kindertagesstätten und Schulen soll dabei eine Idee der Regionalisierung aufgegriffen werden.

Ein Schlüsselprojekt hierzu ist die gestalterische Aufwertung der umliegenden Flächen zu multifunktionalen Räumen im Rahmen des Mehrgenerationen-Campus-Konzepts. In der Nachbarschaft mit einem Kindergarten, einer Kinderkrippe, einer Grundschule mit Nachmittagsangeboten (zukünftig Ganztagschule), einer Sport- und Veranstaltungshalle mit Sportplatz und einem Jugendzentrum werden durch Sanierung und Aktivierung von leerstehenden Räumlichkeiten weitere soziale und kulturelle Einrichtungen in dem Zentrum gebündelt. Das sind das Sozialraumbüro, das Kinder- und Familienservicebüro sowie die bürgerschaftlich getragene Sozial- und Mehrgenerationeneinrichtung „Unser

Lädchen“. Insgesamt geht es im Wesentlichen um die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, Beratung für Familien in Erziehungsfragen und bei Alltagsproblemen sowie Familienbildung im Sinne von Elterntraining und außerschulischen Bildungsseminaren für Kinder und Jugendliche. Familien, Kinder und Jugendliche sollen möglichst früh bzw. rechtzeitig angesprochen werden, um Benachteiligungen zu vermeiden bzw. auszugleichen. Durch soziale Integrationshilfen soll Ausgrenzungen entgegengewirkt werden. Die Arbeit mit Familien, Kindern und Jugendlichen soll nicht beschränkt bleiben auf deren Innenwelt. Mit einer sozialräumlichen Perspektive können niedrigschwellige Unterstützungsmöglichkeiten im Sozialraum genutzt oder initiiert werden. Gemeinsame Kinderbetreuung, gemeinsame Freizeitveranstaltungen auch in Zusammenhang im Sinne einer generationenübergreifenden Kommunikation sind dabei wesentliche Merkmale des Konzeptes.

Wesentliche Arbeitsschwerpunkte sind:

- Sozial- und Erziehungsberatung und Bildungsangebote für Eltern/Sozialberechtigte mit einem eigenen sozialpädagogischen Team,
- tagesstrukturierende Angebote in Gruppenform,
- Kooperation mit anderen Einrichtungen und Vereinen, so dass sich Integrierende und zu Integrierende näher kommen und Gemeinsamkeiten entdecken können
- Mehrgenerationenarbeit
- Organisation der Strukturen und Netzwerke

Vorwiegend ehrenamtlich organisierte Arbeit soll helfen, die sozialen Netzwerke und Drehscheiben für die Samtgemeinde Amelinghausen zu fördern und zu sichern. Ein Mehrgenerationenhaus im Sinne des hier geplanten Familien- und Sozialzentrums soll Anlaufstelle, Netzwerk und Drehscheibe für familienorientierte Dienstleistungen, Erziehung und Familienberatung, Gesundheitsförderung, Betreuung und Lebenshilfe entwickeln.

Die angrenzenden Freiflächen werden in die Gesamtanlage integriert und in einem Mehrgenerationenpark für alle Gruppen von Nutzerinnen und Nutzern derart umgestaltet, dass jede Altersgruppe für sich oder zusammen jeweilige Erlebnis- und



Der neu gestaltete Musikraum, der von Grundschule, Chören und Vereinen genutzt wird

Kommunikationsflächen und Geräte nutzen können. Hierdurch sollen unter Rücksicht auf das städtebauliche Umfeld sowohl Rückzugsbereiche als auch Aktivitätsflächen z. B. für Kinder- und Jugendliche, aber auch für ältere Menschen angeboten werden.

Begründung

Das Gesamtvorhaben trägt zur Stärkung der Attraktivität des Grundzentrums Amelinghausen im ländlichen Raum bei. Es unterstützt die Bemühungen zum Abbau der durch den demografischen Wandel erkennbaren Strukturveränderungen und nachhaltig die Aufgabenwahrnehmung im Rahmen der Daseinsvorsorge. Außerdem intensiviert das Vorhaben die Kooperation zwischen den in der Umgebung ansässigen sozialen Einrichtungen, festigt eine enge Zusammenarbeit zwischen Ehrenamt und Hauptamt, sodass das gemeinschaftliche und verantwortliche soziale und kulturelle Handeln und dadurch die aktive Teilnahme an der gemeinschaftlichen Sicherung der Daseinsvorsorge gefördert werden.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Projektidee des Mehrgenerationen-Campus Amelinghausen in kleinen und mittleren Städten zu unterstützen.

Samtgemeinde Amelinghausen

Lüneburger Straße 50
21385 Amelinghausen

Weitere Informationen unter
www.amelinghausen.de



49 Mehrgenerationenpark Goldenstedt

Beschreibung

Der Mehrgenerationenpark Goldenstedt mitten im Ortszentrum der ca. 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner zählenden Gemeinde Goldenstedt im Oldenburger Münsterland ist eine konkrete Antwort auf den demografischen Wandel, durch den die Bevölkerung auch und vor allem im ländlichen Raum „weniger, älter und bunter“ wird.

Verschiedene sozial-caritative Einrichtungen werden miteinander durch eine südlich gelegene 2,5 Hektar große Grünfläche verbunden, deren Gestaltung das Miteinander von Jung und Alt zum Ziel hat. So erwies sich die Konzeption eines Mehrgenerationenparks von Anfang an als ein anspruchsvolles Projekt; denn es ging nicht um Selbstverständlichkeiten, wie zum Beispiel um ein barrierefreies Wegenetz oder das Anlegen eines generationenübergreifenden Spielplatzes bzw. eines kostenlosen „Fitnessstudios unter freiem Himmel“.



Der Mehrgenerationenpark von oben

Um eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung für den Mehrgenerationenpark zu bekommen, trugen in einer „Ideenwerkstatt“ die Repräsentantinnen und Repräsentanten verschiedener Organisationen, Kirchen, Vereine und Schulen viele Anregungen für die konkrete Gestaltung der Grünfläche zusammen.

Es gibt zwar im öffentlichen Raum zahlreiche altersspezifische Angebote der Kommunikation für Jung und Alt, allerdings kommt das Miteinander der Generationen oft zu kurz. Deshalb ist es wichtig, dass neue Formen des Miteinanders und Füreinanders von Jung und Alt entwickelt werden. Es gibt noch keine erprobten Strukturen und verwertbaren Erfahrungen über generationenübergreifende Treffpunkte im öffentlichen Raum. Trotzdem wurde das Ziel, einen Ort für die zwanglose Kommunikation zwischen den Generationen in freier Natur entstehen zu lassen, nie aus den Augen verloren. Durch familienorientierte Kultur- und Freizeitangebote soll dort schließlich die Goldenstedter Bevölkerung motiviert werden, aktiv am kommunalen Leben teilzunehmen.

Begründung

Die Idee zu einem Mehrgenerationenpark ist eng verknüpft mit der demografischen Entwicklung in Deutschland. Eine „weniger, älter und bunter“ werdende Kommune erfordert auch ein Umdenken bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes. Der Goldenstedter Mehrgenerationenpark stellt eine optimale Ergänzung der traditionellen Infrastruktur in der Gemeinde dar. Ein Generationentreffpunkt in zentraler Lage belebt das gesamte kommunale Zusammenleben. Der Mehrgenerationenpark ist ein sehr positives Beispiel für Familienfreundlichkeit und Bürgernähe einer Gemeinde.



Die Baumelbank im Mehrgenerationenpark



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, dieses und ähnliche Projekte zu unterstützen, die unter freiem Himmel Begegnungsstätten zwischen den Generationen schaffen – für alle Nationalitäten und Gesellschaftsschichten.

Gemeinde Goldenstedt

Ludger Hüsing
Hauptstraße 39
49424 Goldenstedt
Telefon 04444 2009-44
E-Mail huesing@goldenstedt.de

Weitere Informationen unter
www.goldenstedt.de



50 mittendrin – Kulturzentrum Walsrode

Beschreibung

Dieses Beispiel in der Stadt Walsrode (23 000 Einwohnerinnen und Einwohner) zeigt, wie eine nicht mehr zeitgemäße Turnhalle in einer Grundschule unter Nutzung alter Bausubstanz zu einer generationenübergreifenden Begegnungsstätte entwickelt werden kann. Die Turnhalle der Walsroder Grundschule „Am Markt“ wurde von 1899 bis 1980 schulisch genutzt. Aufgrund der vorhandenen Bausubstanz sowie der steigenden Zahlen von Schülerinnen und Schülern wurde Ende der 70er-Jahre der Bau einer neuen Turnhalle bewilligt. Diese wurde 1980 eingeweiht und entsprach nun wieder den Nutzungsbedingungen. Seit Januar 1983 wird die alte Halle als Jugend- und Kulturzentrum („geleitetes“ Jugendzentrum) mit folgenden Schwerpunkten genutzt:



Kindergruppe



Eingangsbereich des Kulturzentrums

- Offener Bereich (Treffpunktfunktion)
- Treffen von Arbeitsgemeinschaften (organisierte sowie nichtorganisierte Jugendliche)
- Nutzung der Räume durch Vereine und Verbände

Im Laufe der Jahrzehnte wurde das Konzept des Jugendzentrums immer wieder an den Bedarfslagen und Bedürfnissen der Jugendlichen angepasst. Hauptprämisse der Arbeit war immer die offene Kinder- und Jugendarbeit. Heute sind die Zielgruppen des Kulturzentrums alle jungen und jung gebliebenen Menschen. Dazu zählen Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und speziell auch Seniorinnen und Senioren. Letztere werden auch über zusätzliche Angebote und Aktivitäten des Seniorenbeirats angesprochen, wozu unter anderem die Seniorensprechstunde sowie thematische Vorträge im Rahmen der offenen und kulturellen Arbeit gehören. Durch die Vielfalt der Angebotspalette sollen unterschiedliche Gruppen gleichermaßen zu gemeinsamen Aktivitäten angesprochen werden. Diese sind nichtkommerziell auszurichten, um einer Ausgrenzung innerhalb der Gesellschaft entgegenzuwirken. Ziel ist es, mit allen zu einem gemeinschaftlichen, gewaltfreien, vorurteilsfreien Miteinander auf der Basis des Grundgesetzes zu gelangen.

Im Rahmen von Inklusion sollen weitere Maßnahmen und Angebote entstehen, die dazu beitragen, die Möglichkeiten an Freizeit- und Bildungsangeboten für Menschen zu verbessern, deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschwert (z. B. durch Behinderung, Sprach- und kulturelle Barrieren, wenig Einkommen u. Ä.) ist. Alle Besucher und Besucherinnen finden im „mittendrin“ die gleichen Voraussetzungen vor, unabhängig von der Hautfarbe, Religion, Herkunft und ihren Fähigkeiten.

Begründung

Der offene Charakter des Kulturzentrums „mittendrin“ in Walsrode soll den Besucherinnen und Besuchern die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote zur Verfügung stellen. Diese sollen an den Interessen und Bedarfslagen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und sozialem Engagement anregen und hinführen. Eine Besonderheit besteht in dem generationenübergreifenden Konzept.



Mädchengruppe



Musikalische Lesung



Empfehlung

Das Zukunftsforum sieht die Initiative als vorbildhaft an und empfiehlt der Landesregierung, die Bedeutung von generationenübergreifenden Kulturzentren in den Klein- und Mittelstädten deutlich zu machen.

Wiebke Kultscher

Kulturzentrum „mittendrin“

Moorstr. 89

29664 Walsrode

E-Mail info@mittendrin-walsrode.de



Internationales Picknick

51

Kulturzentrum Alte Polizei, Stadthagen/Mehr- generationenhaus Schaumburg

Beschreibung

Seit 1990 ist in der Stadt Stadthagen (22 000 Einwohnerinnen und Einwohner) das Kulturzentrum „Alte Polizei“ als soziokulturelles Zentrum aktiv. Es ist in den über 35 Jahren seines Bestehens zu einem Ort der Begegnung, der Kommunikation, der Information und des bürgerschaftlichen Engagements geworden. Es wird kontinuierlich von mehr als 80 Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern pro Monat genutzt, jährlich kommen ca. 50 000 Gäste zu den Angeboten des Hauses.

Im Selbstverständnis war die Alte Polizei seit eh und je das „Haus der Bürger, der Kulturen, der Generationen“. 2007 fiel die Entscheidung, für die Weiterentwicklung der Arbeit eine Bewerbung zur Teilnahme am Programm „Mehrgenerationenhäuser“ zu stellen. Das Haus erhielt den Zuschlag und konnte – wie aktuell 450 Einrichtungen bundesweit – das Projekt „Mehrgenerationenhaus Schaumburg“ mit Förderung von Bund (BMFSFJ), Land, Kommune und zeitweise auch EU entwickeln.

Damit hat das Zentrum in Stadthagen sein Profil geschärft: Generationenübergreifend, interkulturell, kreativ und integrativ sind die Angebote, die als Antwort auf den demografischen Wandel erprobt und etabliert werden konnten. Der Bedarf für dieses Vorhaben wurde mit der Stadtverwaltung abgestimmt – gemeinsam

mit weiteren Projektpartnern ist das Haus federführend daran beteiligt, wichtige Beiträge zur Stärkung der sozialen Infrastruktur zu leisten. Auch die Beteiligungskultur spielt im Zentrum eine zentrale Rolle. Alteingesessene und Neuankommende können sich in und mit der Soziokulturalarbeit ihren Lebensraum aktiv als Heimat aneignen. Hier können alle die Erfahrung machen, dass sie mit ihren Begabungen und Talenten ein Schatz sind, den es zu entdecken und zu entfalten gilt.

Mit dem Projekt-Schwerpunkt Demenz ist die Alte Polizei mit guten Partnerinnen und Partnern auch unterwegs zur „demenzfreundlichen Kommune“. Dazu tragen neben dem AK „Leben mit Demenz“ im MGH-Projekt das Anschluss-Vorhaben „Initiative Demenz & Kultur“ bei (2012 – 2014) sowie das neue Netzwerk-Projekt „Lokale Allianz für Menschen mit Demenz“ (ab 2014), gefördert vom Bundesfamilienministerium. Daneben haben Angebote für Kinder, Jugendliche und Seniorinnen und Senioren,



Spielspaß Raxli-Faxli



Gemeinsam lernen

Gruppen im Haus, Galerie-Café, Kulturprogramm und Projekte – die bewährten Angebote der Alten Polizei – ihren Platz behalten.

Begründung

Mit aktiven Beiträgen zum Zusammenleben trägt die Alte Polizei in Stadthagen zu echter Partizipation und Demokratie in Stadt und Land bei. Vorbildcharakter hat die von bürgerschaftlichem Engagement und qualifizierter professioneller Arbeit getragene Verschmelzung von Kulturarbeit, interkulturellem Dialog und Mehrgenerationenhaus.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, Kulturarbeit, wie sie in der Alten Polizei geleistet wird, als eine Querschnittsaufgabe anzuerkennen und ressortübergreifend zu unterstützen, um auch in den kleinen und mittleren Zentren der ländlichen Räume eine Kulturarbeit mit gesellschaftlicher Verantwortung als Kristallisationspunkte für die Bewältigung des demografischen Wandels zu ermöglichen.

Kulturzentrum Alte Polizei – Mehrgenerationenhaus Schaumburg

Klaus Strempele (Geschäftsleitung)
Obernstrasse 29
31655 Stadthagen
Telefon 05721 89377-0
Telefax 05721 89377-7
E-Mail klaus.strempele@altepolizei.de

Weitere Informationen unter
www.altepolizei.de



Junge Seniorinnen



3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

3.2.8 Förderung der interkommunalen Kooperation

52 Entwicklungsagentur für den Lebens- und
Wirtschaftsraum Rendsburg

Beschreibung

Für den Wirtschaftsraum Rendsburg beschlossen im Jahr 2003 die Räte der Städte Rendsburg (ca. 27 000 Einwohnerinnen und Einwohner) und Büdelsdorf (ca. 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner) sowie elf weiterer im Umland dieser Städte gelegener Gemeinden, eine gemeinsame Gebietsentwicklungsplanung (GEP) zu entwickeln. Hintergrund ist, dass in Schleswig-Holstein mit Begleitung und Unterstützung der Landesplanung verschiedene Zentrale Orte mit ihren Umlandgemeinden in Form von Gebietentwicklungsplanungen oder der Erarbeitung von Stadt-Umland-Konzepten zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit steht unter dem Motto „Stadt und Land – Hand in Hand“ und soll die eng verflochtenen Stadt-Umland-Räume in ihrer Gesamtheit stärken.

Mit dem GEP sollte im Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg, bezogen auf einen Planungshorizont von 15 bis 20 Jahren, eine bedarfsgerechte, geordnete und auf Schwerpunkte ausgerichtete Flächenentwicklung der beteiligten Gemeinden und Städte eingeleitet und sichergestellt werden. Aus dieser Initiative im Jahr 2003 heraus entwickelte sich eine durch vertragliche Vereinbarungen gestützte interkommunale Kooperation, die sich

heute mit allen Fragen kommunaler bzw. regionaler Entwicklung auseinandersetzt. Die Kooperation wurde sodann organisatorisch als „Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg“ in der Trägerschaft der kooperierenden Kommunen verfestigt. Als Rechtsform wurde die Anstalt des öffentlichen Rechts gewählt, die ihre Tätigkeit zum 01.07.2012 aufgenommen hat. Eine Regionalkonferenz stellt das Bindeglied zwischen den politischen Gremien der Trägerkommunen und der Entwicklungsgesellschaft dar, sie berät den Verwaltungsrat in allen Aufgaben, die der Beschlussfassung der Trägerkommunen obliegen.

Zu den Aufgabenschwerpunkten der Entwicklungsagentur zählen neben dem Management des Kooperationsprozesses das Marketing für den Wirtschaftsraum, die Flächen- und Verkehrsentwicklung nach den Vorgaben des GEP, die Förderung der Einzelhandelsentwicklung, der An- und Verkauf von Flächen, die Akquisition von Fördermitteln sowie die Verwaltung eines Strukturfonds.

Dieser Strukturfonds, der das Ergebnis einer 2006 ausgehandelten Vereinbarung über einen Interessenausgleich zwischen den dreizehn an der GEP beteiligten Kommunen ist, hat überregionale Resonanz gefunden, weil er einen finanziellen Ausgleichsmechanismus der Stadt-Umland-Kooperation ermöglicht. Die Bemessung des Strukturfonds der von den Kommunen zu leistenden Beiträge gliedert sich in einen Beitrag 1 und 2. Der Beitrag 1 wird von allen Kommunen auf Basis der „Umlagegrundlage“ nach Finanzausgleich mit der individuellen Leistungs- und Wirtschaftskraft (derzeit 1 Prozent) erhoben. Der Beitrag 2 wird durch die elf

Umlandgemeinden aufgrund der wohnbaulichen Entwicklungen erhoben.

Dieser funktioniert so, dass die Gemeinden entsprechend dem Umfang ihres jeweiligen Wohnungsbaus Zahlungen an den Strukturfonds entrichten. Gezahlt werden 2 500 Euro für jede neu errichtete Wohneinheit, soweit diese auf einer im Entwicklungsplan genau definierten Entwicklungsfläche entsteht.

Die durch die Beiträge erzielten Einnahmen sind damit variabel. Der Hebesatz könnte durch die Gremien der Anstalt des öffentlichen Rechts und die Räte der beteiligten Kommunen im Bedarfsfall durch die Regionalkonferenz erhöht oder herabgesetzt werden. Unter den aktuellen Bedingungen erhält der Fonds auf diesem Weg jährlich rd. 600 000 Euro. Aus dem Strukturfonds werden Projekte „regionaler Bedeutung“ finanziert, die für alle kooperierenden Gemeinden einen Nutzen stiften. Die Verwendung der Mittel orientiert sich an dem in der Satzung der Entwicklungsagentur niedergelegten Zielkatalog, wobei mit Vorrang solche Projekte und Maßnahmen gefördert werden sollen, die zur Verbesserung/Stärkung der von den beiden beteiligten Städten vorzuhaltenden Infrastruktureinrichtungen von überörtlicher Bedeutung dienen. Die Bandbreite der weiteren Projekte reicht von infrastrukturellen Maßnahmen wie beispielsweise Planungsleistungen, Anschlussmaßnahmen von interkommunalen Gewerbegebieten im Straßenbau, touristische Infrastrukturmaßnahmen, Klimaschutzteilkonzepte/Mobilitätsmanager und einer Leitstelle für Fördermittelmanagement bis hin zur Unterstützung sozialer Projekte.

Begründung

Die Kooperation im Rendsburger Raum ist vorbildlich, weil hier die größeren und kleineren Kommunen eines eng verflochtenen Wirtschaftsraums freiwillig einen gemeinsamen Strukturfonds geschaffen haben. Beachtlich ist, dass aus diesem Fonds vorrangig solche Projekte und Maßnahmen gefördert werden, die von den beiden beteiligten Städten vorzuhaltende Infrastruktureinrichtungen von überörtlicher Bedeutung verbessern und stärken.



Empfehlung

Das Zukunftsforum sieht die Initiative als vorbildhaft an und empfiehlt der Landesregierung, auch niedersächsische Kommunen in den ländlichen Räumen zu ermuntern, auf freiwilliger Basis die überörtlich relevante Infrastruktur auch finanziell zu unterstützen, um Standortqualität und Entwicklungsmöglichkeiten ihres Raumes zu stärken.

Geschäftsstelle der Entwicklungsagentur

c/o Stadt Rendsburg
Jan Dumke
Am Gymnasium 4
D-24768 Rendsburg
Telefon 04331 206330
E-Mail jan.dumke@rendsburg.de

Weitere Informationen unter
www.entwicklungsagentur-rendsborg.de



53

„Städtequartett“ – Interkommunale Zusammenarbeit von Klein- und Mittelstädten zur Bildung eines Flächenpools

Beschreibung

Die Städte Damme (17 000 Einwohnerinnen und Einwohner), Diepholz (17 000 Einwohnerinnen und Einwohner), Lohne (26 000 Einwohnerinnen und Einwohner), Vechta (32 000 Einwohnerinnen und Einwohner) haben Mitte der 90er-Jahre eine interkommunale Flächenagentur gegründet. Anlass war der Wunsch, mittels einer dauerhaften freiwilligen Zusammenarbeit der vier Kommunen durch die gemeinsame Suche und den gemeinsamen Ankauf geeigneter Flächen langfristig eine bessere kommunale Eigenentwicklung und ökologische Ressourcennutzung zu erreichen.

Da die singulär und in der Regel anlassabhängig angekauften Flächen aufgrund ihrer geringen Größe und fehlenden Vernetzung nur geringe positive Umwelteffekte erzielten, wurde mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt ein interkommunaler Flächenpool geschaffen. Die seitdem erreichte Zusammenlegung mehrerer Kompensationsmaßnahmen unabhängig von kommunalen Grenzen hat sich als ökologisch sinnvoll und

zugleich kostensenkend erwiesen. Das „Flächenpooling“ ist damit eine optimierte ökologische, administrative und ökonomische Umsetzung der Eingriffsregelung. Größere Kompensationsflächenpools geben für die Kommunen Sicherheit und Unabhängigkeit. So können auch bei Großprojekten schnell und unkompliziert die erforderlichen Ausgleichsflächen zur Verfügung gestellt werden.

Flächenpools bieten zudem die Chance, (potenzielle) Nutzungskonflikte mit der Land- und Forstwirtschaft zu entschärfen. Es lassen sich ökonomisch tragfähige Naturschutzkonzepte entwickeln, die eine Einbindung der Land- und Forstwirtschaft bei Pflege- und Entwicklungsleistungen ermöglichen. Und schließlich ergibt sich durch einen vorausschauenden, gemeindeübergreifenden Flächenankauf der Vorteil, die Erwerbskosten für Kompensationsflächen zu senken.

Nach Auswertung der Landschaftspläne der einzelnen Städte, der Vorgaben der Landschaftsrahmenpläne und der Regionalen Raumordnung wurde ein ca. 4 000 ha großer Suchraum im Moorrandbereich der vier Städte ausgewählt. Dieser Bereich dient als Verbindungsglied zwischen Natur- und Landschaftsschutzgebieten; dort wird ein Großteil der Kompensationsmaßnahmen durchgeführt. Zum typischen Maßnahmenkatalog gehören hier z. B. die Umwandlung von Acker in extensiv genutztes Grünland, die Anlage von Streuobstwiesen oder die Anlage von standortheimischen Waldflächen. Da die Flächen dauerhaft dem Naturschutz zur Verfügung gestellt werden müssen, arbeitet die Flächenagentur immer wieder mit lokalen Partnern, die in der Lage sind, die Flächen im Sinne des Naturschutzes zu pflegen und zu unterhalten.

Mittlerweile sind acht Kompensationsflächenpools in einer Gesamtgröße von ca. 140 ha baulich umgesetzt worden. Der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt in der Umwandlung von intensiv genutzten Ackerflächen in extensiv genutztes Grünland. Mit diesen Nutzungsänderungen konnten dem Natur- und Landschaftshaushalt umfangreiche ökologische Wertgewinne zugeführt werden. Diese Wertgewinne lassen sich auch in sogenannte ökologische Wertpunkte umrechnen. Diese Wertpunkte werden von der Flächenagentur GmbH an die vier Städte Damme, Diepholz, Lohne und Vechta verkauft; diese nutzen die Wertpunkte für die Kompensation von Eingriffen in der Stadtentwicklung.



Begründung

Die Flächen- und Projektentwicklung in Klein- und Mittelstädten erfordert aufgrund der gesetzlichen Vorgaben eine Kompensation der Eingriffe im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung. Der häufig fehlende ökologische Zusammenhang von planexternen Kompensationsflächen in der Bauleitplanung zeigt jedoch, dass Kompensationsmaßnahmen vor allem auf den Flächen durchgeführt werden, die gerade zur Verfügung stehen. Um dies zu verhindern und stattdessen positivere Effekte für die Umwelt zu erzielen und um die Eingriffsregelung zugleich kostengünstiger umsetzen zu können, entstand die gemeinsame Flächenagentur der vier Städte Damme, Diepholz, Lohne und Vechta.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, interkommunale Flächenpools auch in den ländlichen Klein- und Mittelstädten zu unterstützen, weil dadurch positive Effekte sowohl für die Regionalentwicklung als auch für die Umwelt erzielt werden.

Flächenagentur GmbH im Städtequartett
Damme, Diepholz, Lohne und Vechta

Geschäftsführer Dirk Ortland
Burgstr. 6
49377 Vechta
Telefon 04441 886616
E-Mail dirk.ortland@vechta.de

Flächenagentur GmbH im Städtequartett
Damme, Diepholz, Lohne und Vechta

Geschäftsführer Manfred Schilling
Vogtstr. 26
49393 Lohne
Telefon 04442 886124
E-Mail manfredschilling@lohne.de

Weitere Informationen unter
www.flaechenagentur.eu



3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

3.2.9 Teilhabe und Weltoffenheit

54 Juniorbahnhof Dannenberg (Elbe)

Beschreibung

In der Stadt Dannenberg (9 000 Einwohnerinnen und Einwohner) ist durch den Erhalt und die Sanierung des Ostbahnhofs und die Nutzung durch die Diakonie eine einzigartige Symbiose zwischen Infrastruktur und sozialer Einrichtung entstanden. Eine gemeinsame Förderung aus den europäischen Förderfonds EFRE und ESF unterstützt das Projekt.

Das Projekt startete mit dem Einzug der Jugendwerkstatt in den „Juniorbahnhof“. Junge Menschen, engagiert und bereit, an Veränderungen mitzuarbeiten, änderten das Konzept eines bis dato tristen Bahnhofs. Ideen wurden entwickelt, wie man Gästen begegnen kann. Im Laufe der Jahre hat sich die Jugendwerkstatt etabliert, die Jugendlichen heute die Möglichkeit bietet, sich zu qualifizieren, um in der Gesellschaft und im Arbeitsleben wieder Fuß zu fassen. Innerhalb des Gebäudes finden wir Mitglieder der Jugendwerkstatt, die im Bereich des Bistros den Reisenden und auch den Einheimischen ein kulinarisches Angebot im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Verfügung stellen. Daneben hat sich auch die Nutzung der Räume für die unterschiedlichsten Ansprüche etabliert. Hier werden unter anderem Angebote für Seniorinnen und Senioren bereitgehalten und Veranstaltungen durchgeführt, Tanzveranstaltungen angeboten und Modenschauen altersübergreifend initiiert. Das Angebot ist vielfältig und für jede Altersschicht ausgelegt.

Aber nicht nur im Gebäude selbst, sondern auch in dessen Umgebung hat sich bei der Umsetzung des kommunalen Klimaschutzwettbewerbs „Klima kommunal“ viel entwickelt. Mit der Vermietung von Elektrofahrrädern und Elektroautos wurden nicht nur die Mobilität der Besucherinnen und Besucher in der Region verbessert, sondern auch die Ziele des Klimaschutzes beachtet, die für den nachhaltigen Tourismus im Wendland sprechen.

Das Gesamtkonzept und die damit einhergehenden geringeren CO₂-Emissionen führen somit zu einem klimaschonenden ÖPNV. Damit leistet die Stadt Dannenberg (Elbe) einen Beitrag zur Förderung der Erneuerung und Entwicklung städtischer Gebiete.

Begründung

Infrastruktur durch städtebauliche Maßnahmen zu erhalten und auszubauen, soziale Anreize zur Integration und Qualifizierungen für junge Menschen zu schaffen sowie Ziele des Klimaschutzes mit einzubinden, ist der wesentliche Erfolg des Modellprojektes Ostbahnhof Dannenberg (Elbe). Dies entspricht auch der allgemeinen Zielsetzung der Stadt, als Arbeits- und Wohnstandort attraktiv zu sein und als Impulsgeber für die umliegende Region zu fungieren, sowie die städtische Leistungskraft nachhaltig zu erhöhen und den sozialen Zusammenhalt in der Stadt zu stärken.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Projektidee des Juniorbahnhofs Dannenberg (Elbe) als Anregung für andere Standorte zu kommunizieren und Möglichkeiten der Fördermittelbündelung stärker sichtbar zu machen.

Diakonische Einrichtungen Wendland

Am Ostbahnhof 1

29451 Dannenberg (Elbe)

www.diawend.de

Stadt Dannenberg (Elbe)

Rosmarienstraße 3

29451 Dannenberg (Elbe)

www.elbtaue.de

55

Tagesaufenthalt für Wohnungslose in den Städten Nordenham und Uelzen

Beschreibung

Klein- und Mittelstädte wie Uelzen (34 000 Einwohnerinnen und Einwohner) und Nordenham (26 000 Einwohnerinnen und Einwohner) haben für Menschen mit sozialem Unterstützungsbedarf eine wichtige Funktion, indem dort Angebote gemacht werden, die es in der Fläche sonst nicht gibt. Tagestreffs wie der Tagesaufenthalt in Nordenham oder der Tagestreff in Uelzen fungieren als Begegnungsstätte für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder bereits davon betroffen sind oder waren. Angebote umfassen das Ausfüllen von Formularen, Wäschewaschen, Beratung, persönliche und praktische Alltagshilfe und Gelegenheit zur Körperhygiene sowie die Möglichkeit, Gespräche zu führen oder einfache Mahlzeiten und warme Getränke zu sich zu nehmen. Über diese primäre Funktion hinaus stellen Tagesaufenthalte aber auch eine wichtige Funktion als Frühanzeiger für lokale Prozesse von Armut und Ausgrenzung dar.

Die Ressourcen für solche Tagesaufenthalte gibt es nur in Städten mit einer gewissen Größe und Bevölkerungszahl. In ländlichen Gebieten sind dafür oft keine Mittel vorhanden und die dort lebenden Wohnungslosen finden keine Unterstützung. Träger der Tagesaufenthalte ist die Diakonie, die Finanzierung erfolgt anteilig durch das Land Niedersachsen, den Landkreis und durch die ev.-luth. Kirche bzw. die Diakonie selbst.

Begründung

Für Wohnungslose sind Tagestreffs oft die einzige Konstante und Möglichkeit, sich niedrigschwellig Unterstützung im Alltag zu holen. Solche Angebote können im ländlichen Raum mit geringer Bevölkerungsdichte nur selten vorgehalten werden, deshalb ist es umso wichtiger, dass es zumindest in kleinen und mittleren Städten entsprechende Angebote gibt. Die Tagesaufenthalte in Uelzen und Nordenham stehen exemplarisch als Angebote zur Teilhabe für sozial schwache Menschen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum sieht die Initiative als vorbildhaft an und empfiehlt der Landesregierung, die bestehenden Tagestreffs weiter zu unterstützen und sich für einen Ausbau des Netzes der Angebote einzusetzen, wo noch Lücken bestehen.

Diakonisches Werk der Ev.-luth. Kirche in Oldenburg e. V.

Wohnungslosenhilfe der Diakonie – Tagesaufenthalt Nordenham

Friedrich-Ebert-Str. 89

26954 Nordenham

Telefon 04731 88545

Telefax 04731 21972

Weitere Informationen unter

www.whnw.de

Diakonieverband Nordostniedersachsen

Tagestreff für allein lebende Wohnungslose

Raphael Schweimer-Schmidt (Erzieher)

Gabriele Weiss (Dipl.-Sozialarbeiterin)

Alte Wiesenstraße 19

29525 Uelzen

Telefon 0581 79004

E-Mail tagestreff@kirche-uelzen.de

Weitere Informationen unter

www.kirche-uelzen.de/cms/index.php/diakonieverband/tagestreff-fuer-wohnungslose.html



56 Forum KinderarMUT in Uslar

Beschreibung

In der Stadt Uslar (14 000 Einwohnerinnen und Einwohner) wurde 2007 das Forum KinderarMUT durch das Diakonische Werk des ev.-luth. Kirchenkreises Leine-Solling gegründet. Dies war die Reaktion darauf, dass die Lebensbedingungen von Familien mit geringem Einkommen aufgrund des unzureichenden öffentlichen Nahverkehrs und der schwachen regionalen Wirtschaftskraft der Region stark eingeschränkt waren. Die ehrenamtliche Arbeit des Forums KinderarMUT wird hauptamtlich durch die Kirchenkreissozialarbeit in Uslar begleitet und koordiniert. Aus dem Forum heraus wurden verschiedene Projekte angeschoben, insbesondere das Projekt „Jeder isst mit!“. In dreizehn Kitas und Schulen in Uslar und im benachbarten Flecken Bodenfelde können Kinder und Jugendliche, die Anspruch auf Sozialleistungen haben, kostenlos und unbürokratisch am Mittagessen teilnehmen.

Durch die Zusammenarbeit verfolgen alle Beteiligten einen präventiven Ansatz, um vor Ort bessere Bildungs- und Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche herzustellen. Denn im Rahmen des Projektes können Kinder und Jugendliche, die Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) haben, kostenlos am Mittagessen in der Kita oder Schule teilnehmen. Das Forum KinderarMUT übernimmt für drei Jahre den zu zahlenden Eigenanteil i. H. v. 1 Euro pro Mittagsmahlzeit. Außerdem werden in Kooperation mit dem Landkreis Northeim und dem Jobcenter Landkreis Northeim modellhaft in Uslar und Bodenfelde Vereinfachungen erprobt. Somit sollen die Antragstellung und die Abwicklung des Mittagessenzuschusses aus dem BuT für Eltern sowie für Schulen und Kitas erheblich erleichtert werden.

Das Projekt wird finanziert durch Fördermittel der Initiative „Zukunft(s)gestalten – allen Kindern eine Chance“ der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers e. V., der Jugendstiftung des Landkreises Northeim, der Ev.-luth. St. Johannis-Kirchengemeinde Uslar aus Mitteln des Diakonieladens „Jacke wie Hose“, durch Spenden des Lions Clubs Uslar, des Rotary Clubs Einbeck-Northeim, des DRK-Ortsvereins Uslar sowie durch Kollekten.



Verleihung des „Kinder haben Rechte“-Preises von Kinderschutzbund und Land Niedersachsen durch Frau Rundt im September 2015 in Hannover

Begründung

Das Projekt ist ein Beispiel dafür, wie aus der Initiative von Diakonie und Kirche in einer Kleinstadt andere städtische Akteurinnen und Akteure wie die Serviceclubs Lions und Rotary sowie das DRK aber auch die Jugendhilfe des Landkreises eingebunden und beteiligt werden können. Das führt zu einer größeren Identifikation mit dem Projekt und macht umgekehrt die Bürgergesellschaft auch für die betroffenen Kinder und Jugendlichen greifbar und erlebbar. Für den Erfolg des Projektes ist sicher auch eine „kritische Masse“ an Trägerinnen und Trägern notwendig, hier ist die Vernetzung mit anderen Akteurinnen und Akteuren besonders gelungen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das Projekt zu unterstützen und landesweit bekannt zu machen, damit die Idee dazu in andere Klein- und Mittelstädte in strukturschwachen Gebieten übertragen werden kann.

Diakonisches Werk Leine-Solling

Forum Kinderarmut
Melanie Schmidt (Kirchenkreissozialarbeiterin)
Kreuzstr. 10
37170 Uslar
Telefon 05571 9241-12
Telefax 05571 9241-16

Weitere Informationen unter
www.forumkinderarmut-uslar.de



Projektleitung und die Sozialen Lotsen aus unterschiedlichen Kirchengemeinden des Kirchenkreises Bramsche

57 Soziale Lotsen in Bramsche

Beschreibung

Die in der Stadt Bramsche (ca. 36 000 Einwohnerinnen und Einwohner, davon ca. 14 000 in der Kernstadt) ansässige Kirchenkreissozialarbeit des Kirchenkreises Bramsche hat ein Netzwerk von Ehrenamtlichen aufgebaut, nachdem im Kirchenkreis Bramsche in den letzten Jahren die Nachfrage nach Hilfe und Unterstützung stark zugenommen hat. Der Kirchenkreis Bramsche hat seinen Sitz in der Kernstadt, wo eine Dipl.-Sozialpädagogin angestellt ist, die unter anderem für die Begleitung der Sozialen Lotsinnen und Lotsen zuständig ist. Sie führt aus der Kernstadt heraus die Organisation und bereitet das Fachmaterial vor. Die Projektleiterin dokumentiert die Berichte der Sozialen Lotsinnen und Lotsen über die diakonische Arbeit in den Kirchengemeinden und hilft in konkreten Fällen, falls Fachberatung (Allgemeine Sozialberatung, Schuldner- und Insolvenzberatung) oder Vermittlung in weitere Beratungsstellen notwendig ist. Das Projekt unterstützt und ergänzt die Angebote der Beratungsstelle der Kirchenkreissozialarbeit.

Dazu zählt der Aufbau eines Netzes aus Ehrenamtlichen für die Begleitung von Familien und Einzelpersonen, die aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, ihre finanziellen, organisatorischen und sozialen Probleme zu lösen. Das Projekt soll den Betroffenen helfen, Perspektiven zu entwickeln und zu realisieren, weg von Armut, hinein in ein selbstverantwortliches, eigenständiges Handeln. Soziale Kompetenzen von bedürftigen Familien und Einzelpersonen sollen gestärkt werden.

Begründung

Das Projekt zeigt auf, wie sich vom Kirchenkreis Bramsche aus der Kernstadt heraus ein Hilfenetzwerk etabliert, in dem niedrigschwellig Angebote an Menschen mit Hilfe- und Unterstützungsbedarf gemacht werden. Die Hilfe zur Selbsthilfe soll zur Aktivierung hilfesuchender Menschen beitragen. Unterstützung erhalten sie dabei von der zentral in Bramsche angestellten B. A. Sozialpädagogin/Sozialarbeiterin, die koordiniert, unterstützt und weitergehende Kontakte herstellt, wo es notwendig ist.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das Projekt zu unterstützen und bekannt zu machen, damit andere Akteurinnen und Akteure die Übertragbarkeit an ihrem Standort prüfen können.

Diakonisches Werk des ev.-luth. Kirchenkreises Bramsche

Kirchhofstr. 6
49565 Bramsche
Tel.: 05461 1597
E-Mail natalia.gerdes@evlka.de

Weitere Informationen unter
www.kirchenkreis-bramsche.de/index.php/soziale-lotsen.html



Beschreibung

Auf Initiative der Stadt Verden (27 000 Einwohnerinnen und Einwohner) gründeten vier Kommunen das regionale „Weser-Aller-Bündnis: engagiert für Demokratie und Zivilcourage“ (WABE). Dieses vernetzt seit neun Jahren erfolgreich das Engagement gegen Rechtsextremismus und zur Demokratiebildung in den Kreisgebieten Nienburg und Verden. Mit fast 700 000 Euro Bundesfördermitteln wurden ca. 170 Projekte unterstützt und über 12 000 Menschen konnten für Demokratie, Vielfalt, Toleranz und Zivilcourage motiviert werden. Die Verdener Initiativen gegen Rechtsextremismus erhielten vom Bundesinnenminister die Auszeichnung „Botschafter der Toleranz“ 2005.

Hintergrund der Initiative ist, dass sich von 2004 bis 2006 die Aktivitäten von Neonazis auf die Region Verden konzentrierten. Für den Aufbau eines Nazizentrums kaufte ein bekannter Neonazi den Heisenhof in Dörverden. Direkt vor Schulen forderten Neonazis aggressiv zu Fremdenfeindlichkeit auf. Für April 2005 meldete die NPD eine landesweite Demonstration durch Verden an. Aus diesem Anlass rief der Bürgermeister zu einem „Aktionstag demokratischer Kultur und Lebensfreude“ in der Innenstadt auf. Das kreative und fröhliche Engagement von ca. 100 Gruppen und Vereinen mit über 1 000 Aktiven unter dem Motto „Verden ist bunt“ verhinderte die Nazi-Demo durch die Innenstadt und dominierte das öffentliche Bild in Fernsehen und Presse als weltoffene und demokratisch aktive Stadt.

Wenige Wochen später kündigte ein vermögender Neonazi an, bei der drohenden Zwangsversteigerung die private Stadthalle in Verden zu kaufen. Unter dem Motto „Rettet die Stadthalle für Alle“ rief ein breites Bündnis zu Spenden auf. Die dank einiger Unternehmen professionell vorbereitete Spendenkampagne brachte innerhalb von drei Wochen 230 000 Euro. Dies ermöglichte dem neu gegründeten Verein „Verdener Kulturflügel e. V.“ den Kauf der Stadthalle gemäß Wertgutachten vor einer Zwangsversteigerung.

Aktuell bewirkten die vielen nach Verden geflüchteten Menschen über eine FacebookGruppe die Gründung des Vereins „Verden hilft“ mit tatkräftigen 120 Mitgliedern.

Begründung

Das aggressive Auftreten der Neonazis bedrohte die alltägliche und selbstverständliche Weltoffenheit und Toleranz gegenüber Fremden und anderen Kulturen. Die Verdener Wirtschaft ist international erfolgreich mit sechs „Hidden Champions“. Regelmäßig sind internationale Kunden als Gäste in Verden, ebenso bei den internationalen Pferde- und Rinderauktionen. Fachkräfte aus über 40 Nationen arbeiten in Verden, u. a. 100 Fachkräfte in der europäischen Entwicklungsabteilung Tiernahrung, dem Pet-Center von Mars. Entstanden ist ein breites gesellschaftliches Engagement gegen Rassismus, für Zivilcourage und Demokratie, für Weltoffenheit und Toleranz auch als Grundlage für die notwendige Zuwanderung durch die Förderung interkultureller Kompetenzen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Beratung und Unterstützung für Initiativen und Projekte gegen Rassismus sowie für Demokratie und Weltoffenheit fortzusetzen, Kommunen weiterhin zur aktiven Mitwirkung aufzufordern und kommunale Netzwerke verlässlich zu unterstützen.

Bürgermeister Lutz Brockmann

Telefon 04231 12-211

E-Mail lutz.brockmann@verden.de

Weitere Informationen unter

www.wabe-info.de

www.kulturfluegel-verden.de

www.verden-hilft.de



Internationales Picknick auf dem Rathausplatz in Verden am 18.04.2015 – Gemeinsam Vielfalt genießen – Miteinander Freiheit feiern!

Endnoten

1 siehe auch Kapitel IV, Nr. 59

2 siehe auch Kapitel IV, Nr. 64



IV. Stadt- und Ortszentren, Bauen und Wohnen im demografischen Wandel anpassen und gestalten

1. Bauen und Wohnen im demografischen Wandel

Bauen und Wohnen sind grundlegende Aneignungs- und Daseinsformen des Menschen im Raum. Nicht von ungefähr entspringen sie – und dies zusammen mit dem Kulturbegriff – derselben etymologischen Wurzel, abgeleitet vom lateinischen Verb „colere (colo, colui, cultum)“, das „pflegen“, eigentlich „bebauen, bestellen, bearbeiten“, aber auch „wohnen, bewohnen“ bedeutet. Eine Kultur, die das Bauen und Wohnen als Art und Weise versteht, wie Menschen im Raum sind und siedeln, versteht sich als Pflege der gemeinsamen Umwelt, der Bauten wie auch der Menschen, und äußert sich in der alltäglichen Nutzung und Aneignung von städtischer Landschaft und ländlichem Raum.¹

Wohnen als grundlegende Daseinsform des Menschen erschöpft sich somit auch nicht in seiner bloßen materiellen Schutzfunktion, dem „Dach über dem Kopf“, es umfasst auch Versorgungsleistungen, die das Überleben und die Wiederherstellung sichern und (bezahlte wie unbezahlte) Arbeit voraussetzen. Darüber hinaus bedingt Wohnen Geborgenheit und psychische Verankerung in sozialen Netzen, womit es nicht zuletzt auch der Integration in das übergeordnete Gemeinwesen dient.²

Im demografischen Wandel verändern sich die Anforderungen an das Bauen und Wohnen: So sind angesichts rückläufiger Bevölkerungszahlen zum Beispiel weniger Neubauten und Erweiterungen als vielmehr Bestandsicherung und Qualifizierung oder auch Rückbau gefragt. Angesichts von Alterungsprozessen sind neue Wohnformen gefordert, die stärker auf Unterstützung und Gemeinschaft setzen und damit gleichzeitig veränderten Ansprüchen und Bedürfnissen aufgrund des sozialen Wandels entgegenkommen.

Die Bedeutung der Stadt- und Ortszentren nimmt vor diesem Hintergrund zu: kompakte Siedlungsformen und -strukturen sowie kurze Wege, mobile Dienste resp. ein neues Verständnis im Hinblick auf die Bereitstellung sozialer Infrastrukturen und die Sicherstellung der Daseinsvorsorge für eine alternde und sich ausdifferenzierende Bevölkerung werden zu zentralen Herausforderungen einer zukunftsfähigen Entwicklung.

Am Anfang der Arbeitsgruppe „Stadt- und Ortszentren, Bauen und Wohnen im demografischen Wandel anpassen und gestalten“ stand die Verständigung über Ziele und Begriffe, Themenfelder und Arbeitsschwerpunkte. Das hieß im Ergebnis: Wohnen und Versorgen bzw. Wohnen und Arbeiten als Einheit denken, Wohnformen als Ausdruck von Lebensformen und Lebensphasen verstehen, nicht nur Städte und in den Raumordnungsprogrammen verankerte zentrale Orte, sondern auch Dörfer als „zentrale Orte“ in dünn besiedelten ländlichen Räumen mit ihren Potenzialen erkennen, Vereinsamungstendenzen im Alter begegnen.

Folgende strategische Ziele wurden für die gesamte Arbeitsgruppe vereinbart:

- Stadt- und Ortszentren als attraktive Versorgungsbereiche entwickeln,
- Stadt- und Ortsteile/Dörfer und Quartiere in ihrer Wohnfunktion stärken,
- generationen- und sozialgerechten Wohnraum fördern und gestalten.

Als Querschnittsthemen wurden sozialer Zusammenhalt/Inklusion und eine differenzierte Berücksichtigung der vielfältigen Bedürfnisse und Bedarfslagen der Bevölkerung definiert: Ansässige wie Zuwanderinnen und Zuwanderer, Flüchtlinge, Menschen mit Handicaps, alle Altersgruppen, generationsübergreifende Aspekte, Belange der Geschlechter, genderspezifische Aspekte. Ziel war es, Potenziale zu entdecken und Problemlösungen vor Ort nach Möglichkeit auch zu etablieren.

Zur Strukturierung der Arbeit wurden zwei Unterarbeitsgruppen gebildet, von denen die eine stärker das Bauen und die andere das Wohnen in den Mittelpunkt stellen sollten:

- bauliche, funktionale und gestalterische Aufwertung der Stadt- und Ortszentren sowie Um- und Wiedernutzung historischer Bausubstanz (UAG 3a),
- neue und lebendige Formen des Wohnens und gesellschaftlichen Zusammenlebens in Stadt und Dorf (UAG 3b).



Dabei wurden dem „Bauen“ thematisch mehr die physisch-räumlichen Bedingungen, dem „Wohnen“ die sozialräumlichen Netze und Strukturen zugeordnet.

Aufgabe beider Unterarbeitsgruppen war es, Herausforderungen und Kriterien zu definieren, nach denen Beispiele guter Praxis und Projektvorschläge zur Bewältigung des demografischen Wandels identifiziert werden konnten.

Ausgehend von den unter IV.3.1 bzw. IV.4.1 für die beiden Unterarbeitsgruppen beschriebenen Herausforderungen sollten die vorgeschlagenen Beispiele:

- laufende oder umsetzbare Projekte sein,
- unmittelbar im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel stehen,
- eine positive Wirkung entfalten (übertragbar sein),
- innovativ sein,
- einen Raumbezug haben,
- unterschiedliche Kulturlandschaften und unterschiedliche Dynamiken wie z. B. Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftswachstum etc. berücksichtigen und
- nachhaltig sein.

Die ausgewählten Beispiele mit besonderer Vorbildwirkung umfassen sowohl in Realisierung befindliche als auch realisierte Projekte. Des Weiteren werden Instrumente und Strategien zum Umgang mit den Herausforderungen dargestellt. Die bereits laufenden Projekte der Landesregierung sind diesen Beispielen vorangestellt und bildeten die Ausgangsbasis für die Diskussionen in der Arbeitsgruppe.



2. Laufende Projekte der Landesregierung

Für die Stärkung der baulichen Strukturen in den ländlichen Räumen, für die Bildung von neuen Wohnformen und für die Unterstützung lebendiger Nachbarschaften bietet die Niedersächsische Landesregierung ein breites Spektrum von Fördermöglichkeiten.

Niedersachsen hat bei der Aufstellung des Städtebauförderungsprogramms seit jeher auch Maßnahmen in mittleren oder kleineren Kommunen in ländlichen Räumen berücksichtigt – sowohl im Rahmen des Bund-Länder-Programms zur Städtebauförderung wie auch in sonstigen Programmen zur Förderung der städtebaulichen Erneuerung.

2016 stehen für die Städtebauförderung insgesamt rund 90 Millionen Euro zur Verfügung. Die Ziele der derzeit fünf Städtebauförderungsprogramme sind unterschiedlich. Neben Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung sozial benachteiligter Quartiere im Programm „Soziale Stadt“ und Stadtumbaumaßnahmen zur Herstellung nachhaltiger städtebaulicher Strukturen in Gebieten, die von erheblichen städtebaulichen Funktionsverlusten betroffen sind (z. B. durch demografischen oder wirtschaftlichen Strukturwandel oder militärische Konversion), steht insbesondere auch die Stärkung von Stadt- und Ortskernen im Vordergrund.

Das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ bezweckt die Sicherung und den Erhalt historischer Stadtkerne mit denkmal-

werter Bausubstanz. Im Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ geht es um die Stärkung von Stadt- und Ortsteilzentren in ihrer Funktion als zentraler Versorgungsbereich. Das Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ fördert die überörtliche Zusammenarbeit mit dem Ziel, Investitionen zur Erhaltung und Entwicklung der kommunalen Infrastruktur der Daseinsvorsorge durchzuführen.

In allen Förderprogrammen wird den Belangen des ländlichen Raums Rechnung getragen. Das Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ richtet sich ausdrücklich an Kommunen und überörtliche Netzwerke in dünn besiedelten ländlichen Räumen, die von Abwanderung bedroht oder vom demografischen Wandel betroffen sind.

Das Förderinstrument der Dorfentwicklung wurde in den vergangenen Jahren mit dem Ziel weiterentwickelt, insbesondere die Dorffinnenbereiche zu entwickeln und zu stabilisieren. Durch die Schwerpunktsetzung u. a. auf die Um- bzw. Nachnutzung vorhandener, ehemals ländlich geprägter Bausubstanz soll dem Leerstand in den Dorfmitten und der Flächeninanspruchnahme durch eine Siedlungsentwicklung im Außenbereich entgegen gewirkt werden.

Nach der ZILE-Richtlinie (Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur integrierten ländlichen Entwicklung) werden Vorhaben der Innenentwicklung im Kontext des demografischen Wandels in ländlichen Gemeinden gefördert. Bei den investiven Ansätzen kommt insbesondere die Förderung der Grundversorgung der ländlichen Bevölkerung, die Um- und Folgenutzung leerstehender Gebäude, darüber hinaus die Verbesserung der Aufenthaltsfunktion öffentlicher Räume und die Herstellung bzw. Gestaltung dörflicher Treffpunkte wie Dorfgemeinschaftshäuser und Plätze, aber auch die Verbesserung innerörtlicher Verkehrsverhältnisse in Frage. Den strategischen regionalen Rahmen bilden die Integrierten ländlichen Entwicklungskonzepte.

Wohnraum soll bedarfsgerecht, qualitativ und bezahlbar sein. Der demografische Wandel und der erforderliche Klimaschutz haben Folgen für die Situation am Wohnungsmarkt. Darum wurden mit dem Niedersächsischen Wohnraumförderungsgesetz die Voraussetzungen für eine nachhaltige soziale Wohnraumförderung in Niedersachsen geschaffen. In diesem Zusammenhang gibt es für das im ländlichen Raum regional bestehende Problem der Wohnungsüberhänge grundsätzlich auch die Möglichkeit, den Abriss unwirtschaftlicher Wohngebäude zu fördern, wenn

gleichzeitig Ersatzbaumaßnahmen durchgeführt werden. Das können sowohl Neubaumaßnahmen als auch Modernisierungsmaßnahmen sein. Voraussetzung ist in allen Fällen, dass die Kommune ein Wohnraumversorgungskonzept erstellt, in dem Aussagen enthalten sind zu Bestandsaufnahme und Bedarfsprognose für den örtlichen Wohnungsmarkt, Aussagen zur sozialen Wohnraumversorgung und zum Neubaubedarf, Zielsetzung, Handlungsempfehlungen und Maßnahmen für die örtliche Wohnraumversorgung.

Nach den Ergebnissen der Wohnungsmarktbeobachtung der NBank kann derzeit von einem ausgeglichenen Wohnungsmarkt in Niedersachsen nicht gesprochen werden. Es besteht nach wie vor eine große Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen und an altersgerechtem und barrierefreiem Wohnraum, auch in ländlichen Gebieten.

Die meisten Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderung wollen in der vertrauten Umgebung bleiben, benötigen aber dafür bedarfsgerechte Wohnungen. Für diese Personengruppen wird daher im Mietwohnungsbau neuer oder altersgerecht umgebauter Wohnraum, auch für gemeinschaftliche Wohnformen, einschließlich des generationenübergreifenden Wohnens, wie z. B. Wohngruppen oder Wohngemeinschaften gefördert.

Die Landesregierung hat im Sommer 2015 zur Stärkung des sozialen Wohnungsbaus 400 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, die neben den Kompensationsmitteln des Bundes mit insgesamt rd. 400 Millionen Euro bis 2019 für Zwecke der Wohnraumförderung zur Verfügung stehen.

Mit dem Niedersachsenbüro „Neues Wohnen im Alter“ fördert die Landesregierung seit mehreren Jahren eine Beratungs- und Serviceagentur. Diese trägt dazu bei, dass älteren Menschen ein bedarfsgerechtes Wohnangebot und ein qualifiziertes, breit gefächertes Beratungsangebot zu allen Fragen rund um das Wohnen im Alter zur Verfügung stehen. Daneben unterstützt das Niedersachsenbüro Wohn- und Nachbarschaftsprojekte, die durch Selbsthilfe, Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement entstehen.



3. Empfehlungen des Zukunftsforums: Bauliche, funktionale und gestalterische Aufwertung der Stadt- und Ortszentren sowie Um- und Wiedernutzung historischer Bausubstanz

Die Bausubstanz der Stadtzentren kleiner und mittelgroßer Städte sowie der Ortszentren weist oft deutliche Spuren von unterbliebener Instandhaltung und Modernisierung auf. Dies ist in aller Regel ein Ausdruck der geschwächten Funktionen des Handels, der Kultur und des Wohnens in diesen Zentren. Die geringe Nachfrage des Marktes führt zu Leerständen und Mietausfällen, wodurch häufig die Investitionsscheu der Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer weiter bekräftigt wird.

Mit dieser Entwicklung geht oft eine gestalterische Vernachlässigung des öffentlichen Raums einher. Fehlen attraktive Handels- und Kulturangebote, fehlt es an Aufenthaltsqualität, dann bleiben Besucherinnen und Besucher sowie Kundinnen und Kunden aus, die Ortsmitte verödet.

In derartiger Situation können singuläre Investitionen kaum eine Trendumkehr bewirken. Nur wenn die Erneuerung von Geschäfts- und Wohnräumen mit einer attraktiven Neugestaltung des öffentlichen Raums einhergeht, wird das Interesse der Menschen am Stadt- und Ortszentrum wieder geweckt.

Grundsätzlich besitzen alle Stadt- und Ortszentren in Niedersachsen einen individuellen Charakter, der sich baulich, städtebaulich und gestalterisch ausdrückt. Dieses Stadtbild ist Ausdruck der Geschichte des Ortes; es ist identitätsstiftend und prägt das Bewusstsein der Menschen für ihren Ort. In diesem Sinne ist die Stadtmitte auch der identitätsstiftende Ort für die umgebende Region. Für die Strahlkraft der Ortsmitte sind der Erhalt und die Bewahrung der historischen Bausubstanz von wesentlicher Bedeutung. Der Erhalt ortsbildprägender Gebäude erfordert ihre Nutzung. Ist die Weiternutzung in der bisherigen Weise nicht möglich, besteht aber immer die Chance zur Umnutzung, die durchaus besonders reizvoll gelingen kann.

Ausführlich hat die Unterarbeitsgruppe die Situation der Stadt- und Ortszentren, die bestehenden Defizite der Bausubstanz und die wünschenswerte städtebauliche Entwicklung diskutiert. Auf Grundlage dieser Debatte hat die Unterarbeitsgruppe die im Folgenden dargestellten sieben Herausforderungen erarbeitet. Bezogen auf diese Herausforderungen wurde darüber hinaus eine Sammlung guter Beispiele angelegt, die nach den in Abschnitt IV.1 dargestellten Kriterien ausgewählt wurden. Eine Auswahl dieser Beispiele, die sich auf das gesamte Spektrum der Herausforderungen bezieht, wurde in den Abschnitten IV.3.2 und IV.4.2 dieses Berichts aufgenommen.

3.1 Herausforderungen

Konzepte für eine integrierte, gesamthafte Orts- und Stadtentwicklungsplanung

Angeichts des demografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels ist die Orts- und Stadtentwicklungsplanung kein Selbstläufer mehr, sondern bedarf als strategische Aufgabe aktiver Unterstützung. Die „klassischen“ Instrumente wie die Bauleitplanung oder Einzelhandelskonzepte sind weiterhin wichtig, reichen alleine jedoch meistens nicht mehr aus. Sie müssen durch neue Instrumente, Initiativen und Konzepte ergänzt werden.

Es gilt, die Akteurinnen und Akteure vor Ort zu aktivieren, zu begeistern, zu professionalisieren und zu bewegen, etwas zu tun und damit den Menschen vor Ort eine Perspektive für ihre Stadtentwicklung zu bieten.

Konzepte für eine integrierte, gesamthafte Orts- und Stadtentwicklungsplanung ermöglichen eine umfassende und kompetente Steuerung und damit eine aktive Rolle der Städte und Gemeinden bei der Gestaltung ihrer Zukunft.

Vorrang der Innenentwicklung, Weiter- und Wiedernutzung von Gebäuden und Grundstücken (vorausschauendes Baulücken- und Leerstandskataster)

Wo die Bevölkerung zurückgeht, sinkt die Zahl der Haushalte und damit die Nachfrage nach Wohnraum. Wohnungsüberhänge treten auf und werden durch zusätzlichen Neubau verschärft.

Leerstand betrifft tendenziell ältere Gebäude, insbesondere historisch wertvolle Bausubstanz. Lagenachteile, mangelnde Qualität der Bausubstanz und am Neubau orientierte Wohnbedürfnisse lassen eine Abwärtsentwicklung besonders in den Ortskernen befürchten mit Auswirkungen auf ihre Identität und Funktionsfähigkeit für Wohnen, Handel, Dienstleistungen und Kultur.

Strategien sind gefragt, die die Stabilisierung der Ortskerne (Innenentwicklung) verfolgen, die generationengerechte und energieeffiziente Umgestaltung des Bestandes befördern und nicht mehr gängige Wohngebäude zugunsten von Neubau und Verbesserung des Wohnumfelds vom Markt nehmen. Die Weiter- und Umnutzung von Gebäuden erhält die Unverwechselbarkeit der Orte, führt zu deren Belebung, ermöglicht individuelles Wohnen und ist nachhaltig. Die Erfassung des Leerstandes und der



Baulücken macht Handlungsbedarf deutlich und zeigt Möglichkeiten der Nachverdichtung auf.

Innenstädte und Ortskerne mit ihren (sozialen, kulturellen, seelsorgerischen, etc.) Versorgungsfunktionen stärken, öffentliche Räume aufwerten

In ländlich geprägten Regionen kommt den Zentren der kleinen Städte und den Ortskernen der umliegenden Dörfer hinsichtlich ihrer Versorgungsfunktion in wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und nicht zuletzt seelsorgerischer Funktion eine erhebliche Bedeutung zu. Im Zuge eines fortschreitenden demografischen Wandels und eines damit einhergehenden langsamen wirtschaftlichen Niedergangs wird diese Funktion fortschreitend geschwächt. Dies äußert sich in den kleinen Städten oft in Form von Geschäftsleerständen, geschlossenen Gastronomiebetrieben, der Schließung von Kinos und der Verlagerung kultureller Angebote in die nächstgrößere Stadt. Die Innenstadt verödet langsam, die ehemals schönen Fassaden wirken ungepflegt, der tägliche Bedarf wird am Ortsrand im lokalen Discounter befriedigt.

In den kleinen Dörfern sind die Auswirkungen oft noch elementarer, dort schließt der letzte Dorfladen mangels auskömmlicher Nachfrage, die Gastwirtschaft mit Saalbetrieb gibt den Betrieb mangels Nachfolge auf, ungenutzte Gebäude verfallen langsam mitten im Ortskern. Gibt es kein Dorfgemeinschaftshaus oder eine Sportgaststätte, dann können Familien- und Vereinsfeiern nicht mehr im angemessenen Rahmen im Ort selber durchgeführt werden. Wird in der alten Kirche nicht regelmäßig Gottesdienst gefeiert und gibt es kein aktives Gemeindeleben in einem attraktiven Gemeindehaus, dann schwindet langsam auch das religiöse Leben in dem kleinen Ort. Der Mangel an attraktiven Räumen für Feiern und Begegnung und fehlende Einkaufsmöglichkeiten schwächen die Verbundenheit der Menschen mit ihrem Dorf. Dieser Entwicklung gilt es entgegenzuwirken.

Private Initiativen (Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer, Gewerbetreibende etc.) als Partnerinnen und Partner der Orts- und Stadtentwicklung einbeziehen

Durch Leerstände und unattraktive Angebote sinkt die Zahl der Besucherinnen und Besucher eines Stadt- oder Ortszentrums. Umsatzzrückgänge und eine sichtbare, fortschreitende Verödung sind die Folgen. Die Belebung kann in dieser Situation nur gelingen, wenn das Angebot von Handel, Kultur und Dienstleistung und die Qualität des öffentlichen Raums gleichermaßen verbessert und zeitgemäß gestaltet werden. Dafür ist es erforderlich, private Initiativen in die Orts- bzw. Stadtentwicklung einzubeziehen. Eine breite und aktive Gemeinschaft der Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer, Geschäftsleute und anderen Akteurinnen und Akteure der Innenstadt, ein enges und verlässliches Zusammenwirken von Politik und Verwaltung mit den Privaten sowie ein gemeinsam getragenes Entwicklungskonzept sind die entscheidenden Grundlagen, um wieder private und öffentliche Investitionen für ein attraktives und lebendiges Zentrum zu erreichen. Dieses Zusammenwirken bei der Quartierserneuerung wurde mit § 171f BauGB „Private Initiativen zur Stadtentwicklung“ in das Bauplanungsrecht aufgenommen und kann durch landesrechtliche Regelungen oder Förderung unterstützt werden.



Stadt- bzw. Ortsbild pflegen, Baukultur fördern, Kulturdenkmale bewahren, Kommunikationsprozesse bei der Ortsentwicklung initiieren und unterstützen Die Stadt- und Ortszentren zu stärken sowie das Bauen und Wohnen dem demografischen Wandel entsprechend zu gestalten ist eine der wichtigsten Herausforderungen für die Kommunen und für das Land.

Handel, Dienstleistungen, Kultur, Tourismus, Wohnen und Freizeit erwarten städtebaulich und architektonisch attraktive Zentren. Ein Stadt- /Ortszentrum muss dabei vielen Ansprüchen zugleich gerecht werden: als vitaler Handelsort, als gesellschaftlich-kultureller Treffpunkt sowie als attraktiver und identitätsstiftender Ort. Um das zu erreichen, sind baukulturell wirksame Instrumente ein- bzw. entsprechend qualitätsvolle Maßnahmen umzusetzen. Dazu bedarf es wiederum funktionierender, strategischer Partnerschaften aus Politik und Verwaltung sowie Eigentümerinnen und Eigentümern, Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern, Gewerbetreibenden und Bürgerinnen und Bürgern. Durch die Bildung solcher tatkräftiger „Quartiersallianzen“, die individuelle Profilierung der einzelnen Standorte sowie das unverwechselbare Erscheinungsbild der gebauten Umgebung und des (halb-) öffentlichen Raumes, wird es den Städten und Gemeinden auch in Zeiten des fortschreitenden Wandels gelingen, ihre vielfältigen Funktionen wahrzunehmen und so maßgeblich zur Attraktivität der Siedlungsräume in Niedersachsen beizutragen.

Zusammenarbeit benachbarter Gemeinden, Koordination und Kommunikation über Grenzen hinweg

Bei rückläufiger Bevölkerungszahl verringern sich die Chancen, im dünn besiedelten Raum die Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten. Die Tragfähigkeit für Kindergärten und Schulen, für Arztpraxen und Apotheken sowie für den Lebensmitteleinzelhandel ist bedroht. Ein Überangebot an Wohnbauland hilft dabei nicht, um ein geringes Nachfragepotenzial zu erhöhen. Die problematische Lage wird noch schwieriger, wenn in dieser Situation die benachbarten Gemeinden gegeneinander arbeiten. Eine gute Gesamtsituation für die Gemeinden, für die Bevölkerung und für die Trägerinnen und Träger der Versorgungseinrichtungen kann nur erreicht werden, wenn die benachbarten Gemeinden ihre Bemühungen um die Stabilisierung der Bevölkerungszahl und die Sicherung der Daseinsvorsorge aufeinander abstimmen und dabei auch arbeitsteilig handeln, z. B. wenn nicht an jedem Ort eine Schule oder ein Schwimmbad aufrechterhalten werden kann. Diese Zusammenarbeit wird im Rahmen der Städtebauförderung durch das Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ unterstützt. Damit soll dazu beigetragen werden, die zentralörtliche Versorgungsfunktion dauerhaft, bedarfsgerecht und auf hohem Niveau zu sichern und zu stärken.

Wirkungszusammenhänge und „Nebenwirkungen“ bei Projekten beachten und in eine strategische Gesamtplanung einbinden

Es war schon immer eine Herausforderung, die Realität des menschlichen Zusammenlebens und seiner vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten in exakte Planungen umzusetzen. Heute sind die unterschiedlichen Wechselwirkungen auch zwischen Entwicklungen in weit entfernten Räumen noch komplexer geworden.

Dank neuer Technologien und allgemeiner Mobilität ist die Wirkungsweite auch von scheinbar kleinen Veränderungen um ein Vielfaches gestiegen. Die heutige, komplexe Realität muss für zukunftsfähige Entwicklungsszenarien angemessen berücksichtigt werden. Dafür ist es sinnvoll und zielführend, zunächst alle relevanten Daten für die zu entwickelnde Planung zu erheben und offenzulegen. So können alle möglichen und relevanten Szenarien mit ihren Auswirkungen durchdacht werden. Damit wird eine gute Grundlage geschaffen, um auch leichte und zunächst kaum sichtbare Veränderungen frühzeitig in die öffentlichen Planungsprozesse einzubringen.



Luftaufnahme Duderstadt



3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

3.2.1 Der Orts- und Stadtentwicklung einen Orientierungsrahmen geben

59 „Duderstadt – ein Stadtentwicklungsprozess“ ³

Beschreibung

Alterung und Bevölkerungsrückgang, drohende Leerstände und stagnierende Immobilienpreise stellen Mittelstädte im ländlichen Raum vor neue soziale, wirtschaftliche und bauliche Herausforderungen. Hier sind zur nachhaltigen Entwicklung das Engagement an unterschiedlichsten Stellen und die lebendige und andauernde Zusammenarbeit vieler gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen gefragt. In der Stadt Duderstadt setzen sich Stadtverwaltung, Bürgerschaft und Vereine, wie der Förderkreis für Denkmal- und Stadtbildpflege oder die Vereinigung der Einzelhändler sowie die Initiative „Duderstadt 2020 – Eine Stadt in Bewegung“, je nach Aufgabenstellung allein oder gemeinsam für die Entwicklung ihrer Stadt ein. Neben erprobten Instrumenten wie Städtebauförderung und Dorfentwicklung werden mit der Initiative „Duderstadt 2020 – Eine Stadt in Bewegung“ und der interkommunalen Zusammenarbeit im „Fachwerkfünfeck“ neue Wege beschritten, um die Stadtentwicklung Duderstadts voranzubringen.

Duderstadt 2020

Das Projekt „Duderstadt 2020 – Eine Stadt in Bewegung“ ist eine private Initiative des Unternehmers Professor Hans Georg Näder und soll Menschen dazu bewegen, sich für Duderstadt zu engagieren, Lebensqualität zu bewahren sowie Zukunftsperspektiven zu entwerfen. In einem ersten Schritt wurde ein interdisziplinäres Team der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim, Holzminden, Göttingen (HAWK) 2009 beauftragt, mit den Menschen vor Ort Ideen, Strategien und Projekte zu entwickeln. Die Ergebnisse dieses Prozesses wurden 2011 in dem Buch „Duderstadt – Eine Stadt in Bewegung“ dokumentiert und eine Geschäftsstelle zur Weiterführung des Prozesses eingerichtet. Ausgewählte Themen wurden in Arbeitsgruppen, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Wirtschaft, Stadtverwaltung, Kommunalpolitik, Vereinen und Bürgerinnen und Bürgern zusammensetzten, weiterverfolgt.

Derzeit verfolgt die Initiative folgende Aktivitäten:

- Jugendzukunftskonferenz – Perspektiven im ländlichen Raum in zweijährigem Rhythmus
- Eichsfelder Berufsfindungsbörse – Fachkräftesicherung im ländlichen Raum
- Freifunk – Aufbau eines schnellen funkgestützten Internetzugangs in der gesamten Innenstadt Duderstadts



Fachwerkfünfeck

Im „Fachwerkfünfeck“ arbeiten die Städte Duderstadt, Einbeck, Hann. Münden, Northeim und Osterode am Harz gemeinsam daran, Wohnen, Arbeiten und Leben in der Region für die Zukunft attraktiv zu gestalten. Der hohe Anteil gut erhaltener, denkmalgeschützter Fachwerkhäuser aus über 500 Jahren ist ein Alleinstellungsmerkmal dieser Region. Er repräsentiert die Baukunst verschiedener Stilepochen und ist ein wichtiges kulturelles Erbe, das es zu erhalten gilt. Ziel des Projektes ist es, die Städte modernen Ansprüchen entsprechend zu gestalten und dabei ihre besondere Identität zu erhalten und auszubauen. Das Projekt soll neue Impulse für den Tourismus, die Gestaltung der Städte und die Wirtschaft setzen und zugleich das Bewusstsein für die Besonderheit des kulturellen Erbes schärfen. Zugleich soll die Bedeutung des Kulturerbes über die Grenzen hinaus getragen werden, um eine nationale Anerkennung der Bedeutung der Region aus baukultureller Sicht zu erlangen. Dazu wurde der Auftrag zur Erstellung eines Tourismuskonzeptes vergeben. Für 2017 ist ein Denkmalkunst-Festival in allen fünf Städten des Fachwerkfünfecks geplant.

Weitere Maßnahmen

Die Entwicklung der Duderstädter Altstadt wird durch weitere Aktivitäten, wie die Mitwirkung der Stadt in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Fachwerkstädte e. V. und an deren alle drei Jahre stattfindenden Fachwerktriennale, unterstützt. Hier wird auf die gravierenden Probleme der Fachwerkstädte im demografischen Wandel aufmerksam gemacht, vor allem aber werden Strategien, Konzepte und Projekte zum Umbau von Fachwerkstädten präsentiert.

Nach der ersten Stadtsanierung von 1980 bis 2004 ist es Duderstadt erneut gelungen, mit dem Sanierungsgebiet „Altstadt“ für einen Teilbereich der Innenstadt in das Städtebauförderprogramm des Landes „Städtebaulicher Denkmalschutz 2012“ aufgenommen zu werden. Damit verfolgt die Stadt das Ziel, Gebäude mit vorhandenen Substanzschwächen zu erhalten und die historisch wertvolle Bausubstanz denkmalgerecht zu modernisieren.

Aber auch außerhalb der Altstadt ist Duderstadt aktiv: Sechs von vierzehn zur Stadt Duderstadt gehörenden Dörfer befinden sich seit 2014 im Dorfentwicklungsprogramm des Landes Niedersachsen. Neben der Attraktivitätssteigerung der Dörfer geht es vor allem darum, die Ortschaften und damit den ländlichen Raum mittel- und langfristig zukunftsfähig zu machen. Aspekte des demografischen Wandels und die Revitalisierung der Ortskerne durch Innenentwicklung gehören zu den Kernanliegen. Durch die Zusammenfassung mehrerer Dörfer als Dorfregion soll zudem die Kooperation gefördert und gestärkt werden.

Begründung

Der Erhalt und die Weiterentwicklung der Stadt ist eine Daueraufgabe, die neben einer entsprechenden Förderkulisse viel bürgerschaftliches Engagement erfordert. Um die Bevölkerung einzubinden ist es nötig, auch neue Wege auszuprobieren. Die private Initiative „Duderstadt 2020 – Eine Stadt in Bewegung“ ist hierfür ein gutes Beispiel. Sie zeigt aber auch, wie schwierig es ist, Engagement dauerhaft sicherzustellen. Insgesamt liefert Duderstadt vorbildliche Ansätze für die Identifikation ihrer Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Wirtschaft mit der Heimatstadt und stärkt zugleich das Engagement.

Die interkommunale Kooperation zur Standort- und Wirtschaftsbelebung im „Fachwerkfünfeck“ bewertete auch das Bundesbauministerium als herausragendes Projekt mit hohem Innovationspotenzial und fördert die Initiative mit dem neuen Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“.

An dem Beispiel Duderstadt wird deutlich, dass Stadtentwicklung ein permanenter Prozess ist unter Beteiligung verschiedenster Akteurinnen und Akteure. Die Stadt reagiert damit in besonderer Weise auf die Herausforderung, private Initiativen als Partnerinnen und Partner einer integrierten und gesamthaften Orts- und Stadtentwicklung einzubeziehen. Außerdem zeigt das Beispiel der Stadt Duderstadt, wie Kommunen gemeinsam an Lösungen arbeiten, ihren Baubestand attraktiv zu erhalten und für Gebäude mit Substanzschwächen Nutzungsmöglichkeiten zu suchen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, insbesondere kleinere und mittelgroße Kommunen zu ermutigen, neue Wege der Stadtentwicklung unter Einbindung vieler gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen zu ermöglichen und bürgerschaftliches Engagement und Identifikation zu fördern. Die Würdigung guter oder herausragender Praxis und Projekte der Städte und Gemeinden im Bereich Stadtentwicklung und Demografie, Stadtsanierung und Städtebauförderung, Dorfentwicklung sowie Bürgerbeteiligung durch Veranstaltungen und Veröffentlichungen des Landes könnte hierzu einen Beitrag leisten.

Stadt Duderstadt

Bürgermeister Wolfgang Nolte
Worbiser Straße 9
37115 Duderstadt
Telefon 05527 841-0
E-Mail stadtverwaltung@duderstadt.de
buerglermeister@duderstadt.de

Duderstadt 2020

Geschäftsführer Karsten Ley
Max-Näder-Straße 15
37115 Duderstadt
Telefon 05527 848-3036
E-Mail karsten.ley@ottobock.de

Geschäftsstelle Fachwerk-Fünfeck

Rathaus Northeim
Scharnhorstplatz 1
37154 Northeim
Telefon 05551 966-371
E-Mail kontakt@fachwerk-5eck.de



60

Netzwerk und Kooperation der Samtgemeinde Eilsen und der Stadt Obernkirchen bei der Entwicklung ländlicher Infrastruktur

Beschreibung

Das Ziel des Städtebauförderungsprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden“ steht in Zusammenhang mit der Bundesinitiative Ländliche Infrastruktur. Diese beabsichtigt in den nächsten Jahren Maßnahmen zum Erhalt und zur Entwicklung der ländlichen Infrastruktur, insbesondere zur Stärkung dünn besiedelter und vom Bevölkerungsschwund betroffener Regionen.

Vorrangig werden städtebauliche Gesamtmaßnahmen zur Sicherung und Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge überörtlich zusammenarbeitender oder ein Netzwerk bildender Städte und Gemeinden gefördert.

Die Samtgemeinde Eilsen (ca. 7 000 Einwohnerinnen und Einwohner) ist geprägt durch den Kurbetrieb und damit einhergehend durch eine hohe Anzahl älterer Einwohnerinnen und Einwohner. Um den demografischen Wandel zu bremsen, ist ein Bündel von Maßnahmen geplant, die der Abwanderung von

Jüngeren entgegenwirken sollen. Gleichzeitig soll den Bedürfnissen der Seniorinnen und Senioren durch barrierefreie Gestaltung der Ortsmitte, altersgerechte Wohnungen und einen funktionalen ÖPNV Rechnung getragen werden.

Durch eine Kooperation mit der Nachbarstadt Obernkirchen (ca. 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner) sollen im Bereich der Verwaltung Synergieeffekte erzielt werden.

Da die Kureinrichtungen, medizinischen Versorgungseinrichtungen und Dienstleistungen aus dem Bereich „Gesundheit“ eine beachtliche Magnetwirkung entfalten, soll dieser Bereich verstärkt ausgebaut werden, da auf diese Weise weitere Arbeitsplätze entstehen. Die Entwicklung des Beherbergungsgewerbes im Bereich Tourismus, Freizeit und Fremdenverkehr wirkt sich darüber hinaus sehr positiv auf die Wirtschaft Bad Eilsens aus und bietet ebenfalls neue bzw. spezialisierte Tätigkeits- und Beschäftigungsstrukturen.

Seit der Aufnahme der Samtgemeinde Eilsen und der Stadt Obernkirchen in das Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ im Jahr 2012 hat das Netzwerk bereits 3 787 000 Euro Städtebauförderungsmittel (jeweils zur Hälfte von Bund und Land) erhalten. Hauptsächlich wurde hiermit die Sa-



Umbau und Sanierung des „Palais im Park“ in Bad Eilsen: nachempfundene, neu eingesetzte Baluster aus Obernkirchener Sandstein



Georg-Wilhelm Saal vor...



... und nach der Sanierung

nierung des ehemaligen Kurtheaters und Kursaals, heute „Palais im Park“, gefördert. Durch die darin stattfindenden kulturellen Veranstaltungen entfaltet sich eine überregionale Sogwirkung.

Begründung

Das Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ basiert auf der Erkenntnis, dass in strukturschwachen Räumen, insbesondere bei schrumpfender Bevölkerungszahl, die Sicherung der Versorgungsstrukturen und -zentren nur bei guter Abstimmung der benachbarten Gemeinden gelingen kann. Das Programm wird durch Bad Eilsen und Obernkirchen in beispielgebender Weise umgesetzt. Die Stärkung der Funktionen verbindet sich dabei mit der Strategie der Innenentwicklung und der Weiter- bzw. Wiedernutzung stadtbildprägender Gebäude.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Zusammenarbeit benachbarter Gemeinden zu verstetigen und auszubauen. Gemeinsame Entwicklungsvereinbarungen der Gemeinden könnten durch Aufnahme in das Regionale Raumordnungsprogramm Verbindlichkeit erhalten. Der Landesregierung wird empfohlen, bei der Förderung raumwirksamer Entwicklungen grundsätzlich die gute Kooperation der benachbarten Kommunen im Sinne der Nachhaltigkeit zur Voraussetzung zu machen.

Samtgemeinde Eilsen

Gemeindeverwaltung
Bückeburger Str. 4
31707 Bad Eilsen
Telefon 05722 88620
Telefon 05722 88634
E-Mail edler@sg-eilsen.de

Weitere Informationen unter
www.samtgemeinde-eilsen.de



Beschreibung

Den emsländischen Kommunen wird von der Landkreisverwaltung seit dem Jahre 2011 kostenfrei eine GIS-Analyse (GIS=Geoinformationssystem) angeboten, durch die sich bildhaft und räumlich verortet darstellen lässt, ob beispielsweise Siedlungsgebiete von einer Überalterung betroffen sind oder eine Gefährdung besteht. Diese Methode, mit der sich eine Vielzahl verschiedenster Aspekte analysieren lässt, hat sich als geeignetes Demografie-Instrument zur Sensibilisierung der Verwaltung und Politik vor Ort erwiesen. Alle emsländischen Kommunen haben das GIS-Analyse-Angebot einschließlich ergänzender Beratungen der Landkreisverwaltung durch den GIS-Koordinator, den Demografiebeauftragten und den Regionalplaner genutzt. Insgesamt bietet die GIS-Analyse den beteiligten Kommunen eine vielfältig brauchbare Planungsgrundlage. So sind mögliche Potenziale und Problembereiche für die künftige Quartiers- bzw. Siedlungsentwicklung präzise zu erkennen. Denn Voraussetzung für die Wahl geeigneter Instrumente ist zunächst einmal eine genaue Kenntnis der Leerstands- bzw. Gebäudesituation, der Altersstrukturen der Bürgerinnen und Bürger, der vorhandenen Infrastruktur oder des sozialen Umfeldes.

Die Analyse beschreibt dabei die aktuelle Situation und gibt einen Ausblick auf die künftige Entwicklung (10-Jahres-Prognose).

Die Anwendung der GIS-Analyse bringt den Städten und Gemeinden folgenden Nutzen: Einerseits können mögliche Problembereiche räumlich relativ genau erfasst und konkrete Handlungs- bzw. Lösungsansätze gezielt entwickelt werden, andererseits sind darüber hinaus gesonderte Auswertungen für bestimmte Zielgruppen möglich. Auch können die Analysen von den Kommunen aufgegriffen und selbständig weiterentwickelt werden. So hat zum Beispiel die emsländische Gemeinde Twist auf der Grundlage der GIS-Analyse in Eigenregie ein Baulückenkataster als Info-Tool im Internet geschaffen. Darüber hinaus eröffnet die GIS-Analyse die Möglichkeit, über einen längeren Zeitraum Planungsprozesse kontinuierlich durchzuführen und gegebenenfalls anzupassen.

Die vielschichtigen Analysemöglichkeiten und Erkenntnisse, die

sich durch die GIS-Methode ergeben, lassen durchaus den Bezug zu der Zusammenstellung des Thünen-Instituts für ländliche Räume (Braunschweig) zu, die sich mit den „Potentialen der Dorfentwicklung zur Innenentwicklung in fünf Bundesländern (Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein)“ befasst. Im Rahmen dieser Studie werden bauliche, funktionale sowie soziale Maßnahmen zur Innenentwicklung als notwendig angesehen.

Eine Weiterentwicklung der GIS-Analyse sieht vor, ergänzend zu der vorliegenden objektbezogenen Betrachtung eine anonymisierte quartiersbezogene Auswertung vorzunehmen, die über interne Planungszwecke hinaus genutzt werden kann.

Begründung

Die GIS-Analyse kann als „Demografie-Planungsinstrument“ ideal für vorhandene Wohnquartiere als Grundlage für weitergehende Maßnahmen (z. B. für Analysen zur Nahversorgung, den Aufbau eines Baulückenkatasters, spezielle Serviceangebote oder ähnliches) genutzt werden. Darüber hinaus sind gesonderte Auswertungen für bestimmte Zielgruppen möglich, beispielsweise eine Betrachtung zu den Kindern und Schülerinnen und Schülern im Ort oder in einzelnen Quartieren zwecks Planung von Spielplätzen und Freizeiteinrichtungen. Auch ältere Bestandsquartiere, denen erhebliche Attraktivitätsverluste drohen, die erhöhte Mobilitätsbedürfnisse aufweisen oder für die aufgrund der Altersstruktur Nachbarschaftshilfemodelle erforderlich werden, werden sichtbar.

Als Vorteile für die Kommunen, die ihre Entwicklungsalternativen mittels der GIS-Analyse „unter die Lupe nehmen“, sind exemplarisch zu nennen:

- die Möglichkeit zur Reduzierung von unnötigen zusätzlichen Infrastruktur-Kosten,
- Potenziale für Familien mit Kindern erschließen, die ansonsten bevorzugt in neue, entfernt gelegene Baugebiete abwandern,
- eine bessere Auslastung der vorhandenen Infrastruktur (Kindergarten, Schule, ÖPNV, Ver- und Entsorgung usw.),
- eine höhere Wahrscheinlichkeit bei der Sicherung kompakter und damit dauerhaft tragfähiger Einzelhandels- und Dienstleistungsstrukturen,
- der Erhalt kurzer Wege und der Alltagstauglichkeit (zum Beispiel Kindergarten, Schule, Einkaufen, Einsparpotenziale beim PKW, Beitrag zum Klimaschutz und Ähnliches),
- der optimale Werterhalt von Bestandsimmobilien und -quartieren und
- die soziale Ausgewogenheit älterer Wohnquartiere.

Insgesamt gesehen bietet die GIS-Analyse mit Blick auf die demografischen Herausforderungen eine konzeptionelle Methode für eine integrierte, gesamthafte Orts- und Stadtentwicklung und unterstreicht nachdrücklich den Vorrang der Innenentwicklung. Das Instrument ist durch die Ist-Analyse und die einfache 10-Jahres-Prognose bestens geeignet für Planungen einer sinnvollen Weiter- und Wiedernutzung von Gebäuden und Grundstücken einschließlich einer vorausschauenden Betrachtung von Baulücken und Leerständen.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe im Rahmen des Zukunftsforums sind davon überzeugt, dass mit der Methode der GIS-Analyse insbesondere Wirkungszusammenhänge und „Nebenwirkungen“ bei Projekten beachtet und eine strategische und integrative Gesamtplanung entwickelt werden können.

Die GIS-Analyse ermöglicht es, über den räumlichen Bezug verschiedene demografische Informationen in Zusammenhang zu bringen. Weitere Fragestellungen, die beispielsweise auch zur Anwendung gekommen sind, betrachteten die Versorgung im

Rettungswesen und im Bereich der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum.

Durch die Unterstützungsleistung der Kreisverwaltung wird die kreisweite Demografiestrategie erheblich gestärkt. Ebenso ist die hervorragende Vergleichbarkeit zu betonen. Für ein „Monitoring“ der demografischen Entwicklung ist für den Landkreis Emsland erstmals ein Datenbestand geschaffen worden, auf dessen Basis sich die zukünftige Entwicklung detailliert, d. h. adressgenau vergleichen lässt. Dabei handelt es sich um ein Gebiet, in dem mehr als 300 000 Einwohnerinnen und Einwohner in 19 Städten, Samtgemeinden und Einheitsgemeinden gemeldet sind. Zudem schafft diese Datengrundlage die Möglichkeit, zukünftig die Wirksamkeit von Maßnahmen zu validieren, unabhängig von den amtlichen statistischen Bezugsgebieten.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, Kommunen bei der Realisierung lokaler GIS-Analysen zu unterstützen. Um die Öffentlichkeit verstärkt in diesen Prozess einbeziehen zu können, bedarf es der Weiterentwicklung vorhandener Systeme zu anonymisierten, quartiersbezogenen Auswertungen.

Landkreis Emsland

Stabsstelle des Landrats

Ordeniederung 1

49716 Meppen

Telefon 05931 44-0

E-Mail stabsstelle@emsland.de

Weitere Informationen unter

www.emsland.de



3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

3.2.2 Die Stadtmitte durch öffentliche und private Maßnahmen attraktiv machen

62

Verbesserung der Aufenthalts- und Wohnqualität der Innenstadt durch private Initiative in der Stadt Holzminden

Beschreibung

Ziele waren die Verbesserung der Aufenthaltsqualität und die Belebung der Innenstadt von Holzminden, indem durch gestalterische Verbesserung der Innenstadt in Verbindung mit einer Neugestaltung des Weserkais positive Effekte für die Entwicklung der Innenstadt erzielt wurden.

Trägerin war die private Initiative „Holzminden macht’s“, ein Zusammenschluss der Innenstadttakteurinnen und -akteure (Kaufleute, Gastronominnen und Gastronomen, Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer, Freiberuflerinnen und Freiberufler, etc.) zusammen mit der Stadt Holzminden und der Stadtmarketing Holzminden GmbH.

Um die Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer in der Holzmindener Innenstadt zu aktivieren, befragte das Stadtmarketing Holzminden diese zur Situation der Innenstadt. Darüber hinaus wurden Interessengespräche mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Innenstadt und den dort lebenden Studierenden durchgeführt.

Im Zentrum der Stadt ist ein Beleuchtungskonzept umgesetzt worden. Etliche der für die Geschichte und das Bild der Stadt bedeutsamen Gebäude erstrahlen in einem neuen Licht. Einen besonderen optischen Effekt erzielte man durch eine neue Beleuchtung in der „Neuen Straße“, in der neben dem Rathaus und dem Kreishaus viele weitere Baudenkmale stehen. Ebenfalls ausgeleuchtet werden das Silo am Weserkai und die Förderschule an der Weser. Das Bild wird durch eine neue Illumination der Bäume rund um den Marktplatz abgerundet. Dem Marktplatz wurde damit in den Abendstunden eine besondere Atmosphäre verliehen.



Sitzstufen und Pflanzkübel auf dem Weserkai als trennendes Element zwischen Umschlaghafen und Aufenthaltsbereich

Der beliebte „Duftende Stadtrundgang“ ist ausgebaut worden. Holzminden ist Hauptsitz des größten deutschen Duft- und Geschmackstoffunternehmens. 18 Duft-Stelen wurden an bedeutenden Plätzen oder Gebäuden installiert. Hinweistafeln vermitteln Wissenswertes über Gebäude und Düfte.

Am Weserkai und an der Weserpromenade wurden umfangreiche Pflasterarbeiten vorgenommen und somit die Befahrbarkeit besonders für Radfahrerinnen und Radfahrer verbessert. Zusätzlich wurden an den Stützmauern als auch auf der Weserpromenade Steinbänke, hergestellt aus Wesersandstein, vorgesehen, die zum Verweilen einladen und optisch den gesamten Bereich aufwerten. Ein Aspekt, auf den auch die Gestaltung der Grünflächen eingeht. So wurde zum einen der Duftgarten neu angelegt und neue Rosenstöcke zieren ab Frühjahr 2009 die Weserpromenade.

Das Erneuerungsprogramm der Initiative „Holzminden macht’s“ hatte insgesamt ein Volumen von 450 000 Euro und wurde vom Sozialministerium im Rahmen der Modellförderung Quartiersinitiative Niedersachsen (QiN) mit 176 000 Euro gefördert.

Begründung

Auf der Grundlage eines konzeptionellen Rahmens werden bei der Erneuerung der Stadtmitte Holzmindens die Handels- und Kulturangebote gestärkt und der öffentliche Raum aufgewertet. Dabei sind die privaten Akteurinnen und Akteure der Innenstadt nicht lediglich informatorisch eingebunden, sondern sie sind mit ihrer Initiative „Holzminden macht’s“ ein starker Antreiber und Motor dieser Aufwertung. Die Pflege des Stadtbildes und der Baudenkmale sind wichtige Elemente der Erneuerung.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung zu prüfen, wie private Initiativen – wie das QiN-Projekt „Holzminden macht’s“ – wirkungsvoll unterstützt werden können. Private Initiativen, die das Stadt- oder Ortszentrum stärken wollen, können durch ein Landesgesetz gemäß § 171f BauGB und darüber hinaus mit einer Gründungshilfe gefördert werden. Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, im Zusammenhang mit der Gesetzgebung für das „Gesetz zur Förderung der Quartiersentwicklung durch private Initiativen“ eine Fördermöglichkeit zu schaffen, mit der die Gründungs- und Vorbereitungsarbeit entsprechender privater Initiativen professionell unterstützt werden kann.

Arbeitskreis „Holzminden macht’s“

Dirk Papenberg

E-Mail holzminden.machts@web.de

Stadtmarketing Holzminden GmbH

Ralf Schwager

Ruth Koßmann

E-Mail info@stadtmarketing-holzminden.de

Stadt Holzminden

Jens-Martin Wolff, Stadtoberbaurat

Telefon 05531 959263

E-Mail wolff.jens-martin@holzminden.de



Figuren der Künstlerin Christel Lechner auf dem Weserkai



Beschreibung

Der demografische Wandel ist eines der zentralen Probleme der Stadt Dannenberg (Elbe). Das Zentrum der Stadt Dannenberg (Elbe) besteht überwiegend aus historischen Bauten, die größtenteils in einer Mischform aus Einzelhandel und Wohnen genutzt werden.

Im Rahmen einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung ist eine Strategie für die Stadt erarbeitet worden, die vor allem auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet ist und die regionale Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Mit dem Projekt „Leerstandsmanagement“ ist Dannenberg (Elbe) einen neuen Weg zum Erhalt seiner Innenstadt gegangen. Ziele des Projektes sind die Qualitätssicherung im Leerstandsmanagement, die Nutzung von Gewerbeflächen, Brachflächen und unbebauten Grundstücken durch Manufakturen und innenstadtintegrierte Wohnnutzung. Die geplanten Maßnahmen sollen das Quartier nicht nur erhalten, sondern durch eine besondere Ausrichtung aufwerten.

Für das Leerstandsmanagement hat die Stadt Dannenberg (Elbe) eine Vollzeitstelle eingerichtet und eine Fachkraft eingestellt.

In den Jahren 1992 bis 2003 wurde eine umfassende städtebauliche Sanierungsmaßnahme durchgeführt, mit der es gelang, den durchfließenden Verkehr aus der Innenstadt auf die Ortskernumgehungsstraße zu leiten. Außerdem konnte eine große Anzahl von Wohn- und Geschäftshäusern den damaligen Aspekten der Gewerbe- und Wohnnutzung angepasst werden, so dass eine intakte Bausubstanz in der Innenstadt vorhanden ist. Dennoch häuften sich die ungenutzten leerstehenden Gewerbeflächen in den Erdgeschossbereichen. Aus diesem Grund haben sich ehrenamtliche Akteurinnen und Akteure in einem Arbeitskreis des Marketings zusammengeschlossen, der sich damit beschäftigt, die durch die Stadtsanierung geschaffene zum Teil leerstehende Gewerbe- und Wohnfläche einer qualitativ guten Nutzung zuzuführen.

In Dannenberg (Elbe) werden nicht nur tatsächliche, sondern auch potenzielle Leerstände erfasst. Dabei stellt ein wichtiges

Instrument der permanente Austausch mit den Vermieterinnen und Vermietern sowie den Geschäftsinhaberinnen und Geschäftsinhabern dar. Zeichnet sich beispielsweise ab, dass eine Unternehmerin oder ein Unternehmer geringere Umsätze zu beklagen hat und dies eine Schließung in den nächsten Monaten oder Jahren nach sich ziehen könnte, so wird direkt reagiert und eine Möglichkeit gesucht, wie dieses Unternehmen weiterhin bestehen kann.

Die Leerstände sind auf der Website <http://starte-dein-business-dan.jimdo.com/> dargestellt. So haben auch Unternehmen, die eine Nachfolgerin bzw. einen Nachfolger suchen, sowie Unternehmerinnen und Unternehmer, die ein Shop-in-Shop-Konzept in Erwägung ziehen, die Möglichkeit, hier präsent zu sein.

Es hat sich gezeigt, dass eher eine Bereitschaft zur Übernahme einer Gewerbeimmobilie besteht, wenn sich die Mietlast auf mehreren Schultern verteilt. Grundvoraussetzung ist allerdings, dass die Angebote bzw. Waren der Anbieterinnen und Anbieter zusammenpassen. Es gibt in Dannenberg (Elbe) zwischenzeitlich drei Geschäfte, in denen mehr als eine Mieterin bzw. ein Mieter diese Räume gemietet hat, die in einer Gemeinschaft ihre Waren verkaufen.

Regionale Markthalle, Kaufhaus des Wendlands und FrauenArt

In der Markthalle, die im November 2013 eröffnete, werden neben regionalen Lebensmitteln auch Blumen und kunsthandwerkliche Arbeiten von regionalen Anbieterinnen und Anbietern vertrieben. Mittlerweile sind dort 32 regionale Anbieterinnen und Anbieter mit ihren Waren vertreten. Die Markthalle wird als Verein geführt.

Im 2005 entstandenen „Kaufhaus des Wendlands“ sind 20 Kunsthandwerkerinnen und Kunsthandwerker vereint, die in ihren Werkstätten in den Dörfern rund um Dannenberg (Elbe) arbeiten und im „KaDeWe“ ihre Waren anbieten. Das „KaDeWe“ wird als GbR geführt.



Im Geschäft „FrauenArt“ wird unter einem Dach das Besondere für die Frau auch von mehreren Geschäftsfrauen angeboten.

In allen drei Fällen hat der Marketingverein die Räumlichkeiten zuerst angemietet und dann Betreiberinnen und Betreiber gesucht, die zusammenpassen. Die Mieten werden durch die Nutzerinnen und Nutzer refinanziert.

Café Zuflucht und WERK-RAUM

Ein weiteres Projekt des Leerstandsmanagements ist das Café Zuflucht. Diese Begegnungsstätte für Flüchtlinge und Einheimische konnte im Juli 2015 erfolgreich umgesetzt werden. Das Café Zuflucht etablierte sich als erster Anlaufpunkt für Immigrantinnen und Immigranten und bietet zum Beispiel Beratung bei Sprach- oder Behördenproblemen sowie Hausaufgabenhilfe für Flüchtlingskinder. Die Umsetzung erfolgte über die Gründung eines Vereins, der sich um die finanzielle Unterhaltung der Räumlichkeiten und die Erstellung eines ehrenamtlichen Angebotes kümmert. Innerhalb der ersten Monate zeichneten sich bereits die Wichtigkeit und der Bedarf dieses Projektes ab, so dass in der Nähe eine weitere Zweigstelle des Café Zuflucht mit dem Namen „WERK-RAUM“ realisiert werden konnte. Das Angebot des „WERK-RAUMES“ erstreckt sich von Bastelangeboten für Flüchtlinge über Nähkurse bis hin zu vielerlei Kreativangeboten.

Mit der kontinuierlichen Ansprache von Geschäfts- und Immobilieninhaberinnen und -inhabern konnte auch die Zusammenlegung von zwei kleineren nebeneinanderliegenden Gewerbeeinheiten zu einer größeren Fläche gelingen. Auf diese Weise ist eine ansprechende Präsentationseinheit realisiert worden, die den aktuellen Verkaufsgrößen des Einzelhandels angepasst ist. Im Obergeschoss werden auch die Wohnräume zusammengelegt, um in der Innenstadt eine attraktive Wohnnutzung zu ermöglichen.

Am Mühlentor werden in der Zukunft ebenfalls kleinere Gewerbeeinheiten in drei Häusern zu größeren Einheiten zusammengelegt. Die Änderung des Bebauungsplanes ist bereits erfolgt.



Innenstadt Dannenberg

Begründung

Mit dem ausgewählten Projekt „Qualitätssicherung im Leerstandsmanagement in Dannenberg (Elbe)“ wird aufgezeigt, wie durch kontinuierliche und gezielte Ansprache von Geschäftsinhaberinnen und Geschäftsinhabern sowie Immobilienbesitzerinnen und Immobilienbesitzern erreicht werden kann, dem drohenden Leerstand und damit einhergehenden Verfall in einer vom demografischen Wandel stark betroffenen Stadt entgegenzuwirken. Besonders hervorzuheben ist, dass es gelingt, gezielt regionale Akteurinnen und Akteure einzubinden.

Das Projekt stärkt eine integrierte und gesamthafte Orts- und Stadtentwicklungsplanung, berücksichtigt dabei beispielhaft den Vorrang der Innenentwicklung und zeigt in vorbildlicher Weise, wie eine Innenstadt mit ihren Versorgungsfunktionen gestärkt werden kann.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das Projekt „Qualitätssicherung im Leerstandsmanagement in Dannenberg (Elbe)“ weiter zu unterstützen, um die bisher geleistete Arbeit zu verstetigen. Darüber hinaus sollte das Projekt als Beispiel für andere Kommunen, in denen Leerstand im Kernbereich zum Problem wird, empfohlen werden.

Stadt Dannenberg (Elbe)

Frau Ursula Fallapp
Rosmarienstraße 3
29451 Dannenberg (Elbe)
Telefon 05861 808-540
Telefax 05861 808-90540
E-Mail u.fallapp@elbtalaue.de



Ortskernentwicklung einfach und umsetzungsorientiert für Städte und Gemeinden im Landkreis Osnabrück⁴

Beschreibung

Viele Städte und Gemeinden haben einen schönen Ortskern mit noch gutem Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gastronomiebesatz sowie städtebaulich-architektonisch ansehnlichem gebauten Umfeld und einem attraktiven (halb-)öffentlichen Raum. Die Entwicklung ist insgesamt noch positiv, aber erste Warnsignale werden wahrgenommen.

- Einzelne Geschäfte und Gastronomiebetriebe stehen zum Beispiel bereits leer. Fraglich ist, welche Folgenutzungen realistisch sind und welches Ladenlokal von potenziellen neuen Anbieterinnen und Anbietern präferiert wird.
- Im Ortskern gibt es außerdem Brachflächen, die einer Nutzung zugeführt werden könnten.
- Der Werbegemeinschaft stellt sich die Frage, wer überhaupt für die vorhandenen Leerstände zuständig ist.

Diese Probleme gibt es in vielen Kommunen. Sie sind Folge von drei Megatrends:

- Der Standort „Ortskern“ verliert weiter an Attraktivität und Anziehungskraft: Im Einzelhandel gibt es immer weniger Läden bei wachsenden Flächengrößen. Insbesondere inhaberin- oder inhabergeführte Fachgeschäfte finden häufig keine Nachfolge. Viele Dienstleistungsangebote ziehen sich aus der Fläche zurück und konzentrieren sich in immer weniger Orten. Die Gastronomie leidet weiter unter dem Rückzug ins Private. Qualitätsvolle Folgenutzungen für die Leerstände zu finden, wird immer schwieriger.
- Der demografische Wandel bedeutet weniger und ältere Kundinnen und Kunden. Die Nachfrage sinkt, die Ansprüche verändern sich.
- Der Onlinehandel setzt den stationären Handel zusätzlich unter Druck und wirkt als Trendverstärker.



Eines der vier Hinweisschilder des Ostercappeller Kaufhauses, welches sich gegründet hat, um ihren Ortskern vergleichbar mit einem professionellen Einkaufszentrum zu managen

Es ist notwendig, die Ortskernentwicklung sowohl in der Politik und Verwaltung, wie auch in den Werbegemeinschaften als (pro-)aktive Aufgabe zu begreifen, auf die Megatrends vorbereitet zu sein, frühzeitig Konzepte und Maßnahmen zu erarbeiten und diese auch umzusetzen.

In den PlanerWorkstätten des Zukunftschek Ortskernentwicklung werden die Akteurinnen und Akteure vor Ort – Kaufmannschaft, Dienstleiterinnen und Dienstleister, Gastronominnen und Gastronomen, Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer und Gemeinde – für das Engagement in ihrem Ortskern gewonnen. Der Zukunftschek Ortskernentwicklung bietet ihnen in den PlanerWorkstätten Vorgehensweisen und Instrumente, die bereits in zahlreichen Städten und Gemeinden im Landkreis Osnabrück erfolgreich eingesetzt worden sind. In den PlanerWorkstätten werden die anstehenden Probleme direkt mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort analysiert und anschließend einfach und kurzfristig umsetzbare Lösungen erarbeitet.

Während der Zukunftschek mittels Moderation und fachlichem Input durch ein externes Büro und/oder durch eine engagierte Stadt-/Regionalplanerin bzw. einen engagierten Stadt-/Regionalplaner der Stadt/Gemeinde oder des Landkreises auf die Software – also Konzepte, Besatzmanagement und Marketing – zielt, bietet der Zukunftsfonds Ortskernentwicklung konkrete finanzielle Anreize für die Hardware – also investive Maßnahmen in Gebäude, Geschäfte und den (halb-)öffentlichen Raum. Der Zukunftsfonds Ortskernentwicklung ist ein Förderprogramm des Landkreises für seine kreisangehörigen Städte und Gemeinden

und sollte mit 75 000 bis 125 000 Euro je Förderzeitraum (15 Monate) dotiert sein. Die Bewerbung erfolgt im Wettbewerbsverfahren, so dass schon für die Antragstellung erste strategische Überlegungen durch die Akteurinnen und Akteure vor Ort erfolgen. Eine unabhängige Jury aus Vertreterinnen und Vertretern aus Handel, Dienstleistungen, Ortsplanung, Verwaltung und Politik entscheidet über den 40-prozentigen Zuschuss durch den auslobenden Landkreis. Die jeweils anderen 30 Prozent steuern die Gewinnerkommunen und die privaten Akteurinnen und Akteure vor Ort bei.

Die in der Praxis erprobten und bewährten Instrumente für eine gelingende Ortskernentwicklung sind in der ToolBox Ortskernentwicklung zum „einfachen Nachmachen“ zusammengefasst. In der ToolBox finden die Akteurinnen und Akteure vor Ort unkomplizierte und kostengünstige Methoden und Instrumente aus der Praxis für die Praxis. Durch den Aufbau als Loseblattsammlung können individuelle Arbeitsprogramme für die weitere Entwicklung der Ortskerne zusammengestellt und umgesetzt werden.

Begründung

Der Zukunftschek Ortskernentwicklung ist mit seinen PlanerWorkstätten ein sehr einfaches, direkt wirksames und vor allem umsetzungsorientiertes Instrument einer integrierten und gesamthaften Ortskernentwicklung. Hier wird die Kenntnis der Akteurinnen und Akteure vor Ort über die aktuellen Problemlagen direkt aufgegriffen, langwierige und auch teure Bestandsaufnahmen durch externe Büros entfallen. Die Akteurinnen und Akteure vor Ort formulieren ihre Herausforderungen und finden in den umsetzungsorientiert moderierten Werkstätten ihre ganz individuellen Lösungen, die dann auch direkt umgesetzt werden können. Der Arbeitsprozess ist somit äußerst effizient und die schnell sichtbaren Erfolge motivieren zum Weitermachen und tragen zur (Weiter-)Entwicklung selbsttragender Strukturen bei. Damit werden Kommunikationsprozesse bei der Ortskernentwicklung initiiert und unterstützt.

Der Zukunftsfonds Ortskernentwicklung ist ein „kleines, aber feines“ Förderprogramm, das jeder Landkreis für seine kreisange-

hörigen Kommunen auflagen kann. Die finanziellen Förderanreize bewegen die privaten Akteurinnen und Akteure dazu, selbst „Geld in die Hand“ zu nehmen. Dadurch werden Investitionen ausgelöst, die weit über den eigentlichen Förderrahmen hinausgehen. Die Fördergelder wie auch die Gesamtinvestitionen bewirken „direkt vor Ort“ deutlich sichtbare und wirksame Effekte, die sogar Nachbarinnen und Nachbarn, die im Förderantrag selbst nicht mit berücksichtigt wurden, dazu bewegen, ebenfalls in Immobilie, Geschäft und (halb-)öffentlichen Raum zu investieren. Durch diese Mobilisierung privater Investitionen wird dem Trend der Funktionsverluste in den Zentren aktiv und zielgerichtet entgegengesteuert.

Der Zukunftschek und der Zukunftsfonds Ortskernentwicklung setzen gemeinsam auf folgende Erfolgsfaktoren:

- Die Rolle des Landkreises als Impulsgeber für zukunftsorientierte Lösungen,
- die Initiierung von Kooperationen zwischen öffentlichen und privaten Akteurinnen und Akteuren,
- die professionelle Begleitung durch den Landkreis und ein externes (Beratungs-)Büro, die mit dazu beiträgt, komplexe Sachverhalte vor Ort in realistisch umsetzbare Arbeitsschritte zu zerlegen sowie
- die finanziellen Anreize für private Investitionen durch die Förderung des Zukunftsfonds Ortskernentwicklung.

Diese Erfolgsfaktoren sind auf der einen Seite so universell, dass sie ohne weiteres auf andere Landkreise und deren Kommunen übertragen werden können. Auf der anderen Seite können die jeweils sehr spezifischen Problemlagen und individuellen Akteurskonstellationen berücksichtigt werden. Die Instrumente sind keine Blaupause oder gar Allheilmittel, können aber auf die unterschiedlichsten örtlichen Situationen übertragen werden. Zudem ist der finanzielle Aufwand im Vergleich zu den meisten Gutachten- und Planungsprozessen sehr viel geringer. Gleichzeitig ist der Zeitraum zwischen Problemanalyse und Umsetzung der Maßnahmen sehr kurz.



Marktpassage im Ostercappelner Kaufhaus nach der Neugestaltung der Fassade und der Pflasterung



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das niederschwellige und sehr erfolgreiche Förderprogramm Quartiersinitiative Niedersachsen (QiN) wieder neu aufzulegen. QiN 2.0 könnte auch so modifiziert werden, dass dadurch die Gründung von Business Improvement Districts (BIDs) eingeleitet und unterstützt wird. Für den Erfahrungsaustausch sollten attraktive Formate auf Landesebene geschaffen werden. Das motiviert zum Nachahmen und verbreitet gute Ideen aus der Praxis für die Praxis.

Landkreis Osnabrück

Fachdienst Planen und Bauen
Baudirektor Arndt Hauschild
Am Schölerberg 1
49082 Osnabrück
Telefon 0541 501-4055
E-Mail hauschild@Lkos.de

Weitere Informationen unter
www.landkreis-osnabrueck.de

<https://www.landkreis-osnabrueck.de/bauen-umwelt/planen-und-bauen/zukunftscheck-ortskernentwicklung>

3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

3.2.3 Projekte der Innenentwicklung unterstützen

65 Förderprogramm „Jung kauft Alt“ in Hiddenhausen (Ostwestfalen)

Beschreibung

Das Bauen am Ortsrand in Verbindung mit Bevölkerungsrückgängen in den Ortskernen führt zu Erschließungskosten einerseits und Leerstand andererseits. Die Prognosen für die 20 000 Einwohnerinnen und Einwohner zählende Gemeinde Hiddenhausen in Ostwestfalen machten eine schrumpfende und alternde Bevölkerungsentwicklung deutlich. Der Anteil alleinstehender älterer Hauseigentümerinnen und -eigentümer wies darauf hin, dass in nicht allzu ferner Zukunft ein beachtlicher Anteil an Altimmobilien auf den Markt gelangen wird. Vor diesem Hintergrund hat die Gemeinde Anfang 2007 eine Expertenrunde aus Banken, Sparkassen, Maklern, Wohnungsbaugesellschaften, Planerinnen und Planern sowie Architekten berufen, um Möglichkeiten zur Förderung der Nutzung von Altbauten zu erörtern. Ergebnis war, dass zukünftig auf die Ausweisung von Neubaugebieten verzichtet und ein Förderprogramm ins Leben gerufen werden sollte, mit dem junge Menschen – vor allem junge Paare und Familien mit Kindern – die Schaffung von Wohneigentum in gewachsener Umgebung erleichtert werden soll. Durch das Förderprogramm „Jung kauft Alt – Junge Menschen kaufen alte Häuser“ sollen sie motiviert werden, in bestehende, mindestens 25 Jahre alte Häuser zu investieren. Die Gemeinde Hiddenhausen hat hierzu „Richtlinien zur Förderung des Erwerbs von Altbauten“ erlassen, die die Voraussetzungen und Förderhöhen regeln. Für die Erstellung eines Altbaugutachtens mit einer Modernisierungsempfehlung sowie einer Kostenschätzung gewährt die Gemeinde einen einmaligen Zuschuss in Höhe von maximal 1 500 Euro. Der Erwerb eines Altbaus wird über einen Zeitraum von sechs Jahren bezuschusst. Der maximale Förderungsbetrag beläuft sich auf 9 000 Euro in Abhängigkeit der Anzahl der Kinder.

Bis Mai 2016 wurden der Erwerb von insgesamt 403 Altbauten sowie die Erstellung von insgesamt 34 Altbaugutachten durch die Gemeinde gefördert. In den geförderten Haushalten leben insgesamt 463 Kinder. 57 Prozent der geförderten Haushalte werden von Zugezogenen bewohnt. Seit 2011 wurde keine Neubaulfläche mehr ausgewiesen. Hiddenhausen ist wegen des überaus erfolgreichen Förderprogramms mehrfach prämiert worden.

Begründung

Bevölkerungsrückgang, stagnierende Immobilienwerte und sich abzeichnender Leerstand stellen insbesondere Kommunen im ländlichen Raum vor neue Herausforderungen. Werden zusätzliche Neubaugebiete am Ortsrand erschlossen, hat dies Erschließungskosten zur Folge und verstärkt gleichzeitig den Leerstand im Bestand. In der Regel ist davon auszugehen, dass die Infrastrukturausstattung, z. B. mit Kindertagesstätten, Läden oder Arztpraxen im Bestand vorhanden ist, während sie vom Ortsrand tendenziell ungünstiger zu erreichen ist oder neu geschaffen werden muss. Auch aus ökologischen Gründen hat die Nutzung vorhandener Immobilien Vorteile vor dem Neubau auf der „Grünen Wiese“: die Gebäude müssen nicht vollständig neu errichtet, sondern dem heutigem Standard in Grundriss, technischem Ausbau und Wärmedämmung angepasst werden. Das Flächenrecycling schont den Freiraum, insbesondere landwirtschaftlich genutzte Flächen, und verringert die Flächenversiegelung. Vorhandene Infrastruktur wird besser ausgelastet. Die Wiedernutzung vorhandener Gebäude dient der Erhaltung des Ortsbildes, der Ortsidentität und der Belebung der Ortskerne. Gewachsene Quartiere werden mit jungem Leben gefüllt. Nicht zuletzt kommt das Bauen im Bestand der Haushaltssituation vieler Kommunen entgegen, die so Investitions- und Folgekosten für Infrastruktureinrichtungen einsparen können. Bei stagnierendem Bevölkerungswachstum sprechen somit eine Vielzahl von Gründen für das Gebäude- und Flächenrecycling und das Umlenken des Blickes weg vom Neubau und hin zum Altbau.

Der größte Hinderungsgrund, Altbauten zu kaufen und um- bzw. nachzunutzen liegt in der Einschätzung des Sanierungsaufwandes. Während für Neubauten die Kosten eingrenzbar zu sein



Alte Gebäude finden durch das Programm der Gemeinde Hiddenhausen junge Käuferinnen und Käufer

scheinen, fehlen Erfahrungswerte und fundierte Grundlagen bei der Finanzierung von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Viele Bauherinnen und Bauherren schrecken davor zurück, Fachleute einzuschalten. Erfahrungen und Vorstellungsvermögen darüber, was aus einer Altimmobilie entwickelt werden kann, fehlen. Hier setzt das Förderprogramm der Gemeinde Hiddenhausen an: Nutzungsmöglichkeiten und Sanierungskosten werden durch die Förderung der Altbaugutachten fachkundig ermittelt. Entschließen sich die Bauherinnen und Bauherren zum Kauf, wird dieser gefördert. Da sich nicht jeder Altbau wirtschaftlich sanieren lässt, erhalten diejenigen, die einen Altbau abreißen und an gleicher Stelle im Ortskern durch einen Neubau ersetzen, die gleiche Förderung.

Das Programm macht deutlich, dass mit entsprechenden Angeboten Kommunen den Vorrang der Innenentwicklung aktiv fördern und Bauherinnen und Bauherren von den Vorteilen der Innenentwicklung überzeugen können.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, ähnliche Förderprogramme zu prüfen und deren Durchführung in stagnierenden bzw. schrumpfenden Kommunen modellhaft zu unterstützen sowie Lösungsansätze zu suchen, wie vor allem Gemeinden, die sich in einer Haushaltsnotlage befinden, vergleichbare Modelle realisieren können.

Gemeinde Hiddenhausen

Amtsleiter Gemeindeentwicklung
Andreas Homburg
Rathausstrasse 1
32120 Hiddenhausen
E-Mail a.homburg@hiddenhausen.de

66 Projektvorschlag: Regionaler Rückbaufonds in Holzminden

Beschreibung

In ländlichen und von demografischen Veränderungen betroffenen Gemeinden stehen bereits heute zahlreiche Gebäude auch in zentraler Lage leer. Der Funktionswandel in den Dörfern, der sinkende Bedarf an Wohnraum in den kleinen Orten und die veränderten Ansprüche an die Qualität der Wohnungen und des Wohnumfelds lassen eine Wiedernutzung kaum mehr erwarten. Vielerorts sind auch langjährige Leerstände mit deutlichen Verfallserscheinungen zu finden. Dies wirkt sich erheblich störend auf die weitere Entwicklung der Orte aus: Die Neuansiedlung von Handel, Gewerbe oder Bürgern im Umfeld solcher Immobilien ist schwierig, es können sogar weitere Degradationsprozesse befördert werden.

Ziel des Projektes ist daher die Entwicklung und Erprobung eines revolvierenden Rückbaufonds, aus dem der Abriss von „Schrottimmobilien“, die sich deutlich negativ auf die Attraktivität des jeweiligen Ortsbildes auswirken, gefördert werden kann. Fördergegenstand sollen Abriss, Neugestaltung der Flächen, Statik/Sicherung an Nachbargebäuden, Vermessung/Einmessung u. Ä. sein. Dafür sollen durch einen kommunalen Gemeinschaftsfonds entsprechende Maßnahmen mit bis zu 25 000 Euro bzw. 50 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten gefördert werden. Fördervoraussetzungen sollen u. a. sein, dass das Objekt mindestens drei Jahre ungenutzt ist, deutliche Verfallserscheinungen aufweist, ortsentwicklungsrelevant ist, die Abstimmung mit dem Denkmalschutz erfolgt ist, ggf. die Sicherung wertvoller Baumaterialien vorgenommen wurde und dass es für die entstehende Freifläche eine (öffentliche) Zwischennutzung gibt. Die Umsetzung des Fonds soll modellhaft in fünf unterschiedlichen Projekten des Landkreises Holzminden erprobt werden.

Die Idee eines Rückbaufonds ist nicht neu. Bereits im Jahr 2010 hatte Dänemark damit begonnen, öffentliche Mittel zum Abriss von etwa 1 200 leerstehenden und teils verfallenen Gebäuden bereitzustellen. Die Erfahrungen und die Akzeptanz dieses Programmes waren so gut, dass das zuständige Ministerium im Jahr

2014 einen „Landdistrikt Fonds“ eingerichtet hat, welcher Mittel zum Abriss verfallener Häuser bereitstellt.

Auch das Land Niedersachsen fördert aus der ZILE-Richtlinie im Rahmen von Verbunddorferneuerungen unter bestimmten Voraussetzungen den Abriss von Gebäuden. Dies gilt aber nur für Dörfer, die in das Dorferneuerungsprogramm aufgenommen worden sind.

Die positiven Erfahrungen aus beiden Initiativen sollen im Landkreis Holzminden durch die Einrichtung eines regionalen Rückbaufonds aufgegriffen und auf die regionale Situation angepasst werden.

Begründung

Die sehr erfolgreichen Projekte und Modellvorhaben zur Innenentwicklung im Landkreis Holzminden in den letzten Jahren stoßen an ihre Grenzen, wenn in den Städten und Dörfern in exponierter Lage zunehmend Immobilien verfallen und diese eine Abwärtsspirale in Gang setzen: Die Attraktivität des Ortsbildes wird geschwächt, der Wertverlust benachbarter Immobilien befördert und die engagierten Bürgerinnen und Bürger gewinnen immer mehr den Eindruck, gegen Windmühlen zu kämpfen. Besonders in stark vom demografischen Wandel betroffenen Regionen ist ein Handeln dringend geboten. Die (juristischen) Eingriffsmöglichkeiten der Kommunen wie auch die Unterstützungsmöglichkeiten für einen Rückbau durch öffentliche Förderprogramme sind allerdings sehr begrenzt. Der Rückbaufonds soll hier gegensteuern und die Entwicklungsperspektiven der ländlichen Kommunen in Zeiten des demografischen Wandels wieder verbessern.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung die Einrichtung des Rückbaufonds im Landkreis Holzminden zu unterstützen. Die Realisierung des Fonds soll begleitet und in vergleichbaren Regionen des Landes zur Nachahmung empfohlen werden.

Landkreis Holzminden – Wirtschaftsförderung

Dr. Jutta Klüber-Süssle

Neue Straße 13

37603 Holzminden,

Telefon 05531 707-112

Telefax 05531 707-6-112

E-Mail [wirtschaftsfoerderung@](mailto:wirtschaftsfoerderung@landkreis-holzminden.de)

[landkreis-holzminden.de](mailto:wirtschaftsfoerderung@landkreis-holzminden.de)

67

Architektenwettbewerb „Mut zur Lücke“ im Land Sachsen-Anhalt

Beschreibung

In den Ortskernen mittelgroßer Städte Sachsen-Anhalts sind brachgefallene Grundstücke vielfach nur schwer veräußerbar. Baulücken warten auf ihre Schließung oder temporäre Inbesitznahme, innerstädtische Brachen auf eine Überplanung und Neubebauung. Die Zwischen-, Nach- und Wiedernutzung dieser voll erschlossenen und zentral gelegenen Grundstücke ist zur Stabilisierung der Ortskerne als Mittelpunkte der Gemeinde und ihres Umlandes erforderlich. Außerdem stützen sie die Wohnfunktion, werten das Ortsbild auf (Lückenschließung), stellen den städtebaulichen Zusammenhang wieder her und damit die geschichtliche Identität. Letztlich steigert eine Zwischen-, Nach- und Wiedernutzung die Attraktivität der Orte aus wirtschaftlichen Erwägungen (vorhandene Erschließung) und aus ökologischen

Gründen (Stadt der kurzen Wege, Nachhaltigkeit).

Die Architektenkammer Sachsen-Anhalt initiiert seit 2008/2009 für die Nutzung von Baulücken in ausgewählten sachsen-anhaltinischen Städten den vom Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt geförderten Wettbewerb „Mut zur Lücke“.

Der Wettbewerb wurde bereits viermal durchgeführt. Insgesamt waren 25 Städte beteiligt.

Der letzten Staffel war ein Interessenbekundungsverfahren vorgeschaltet: Sachsen-anhaltinische Städte waren aufgerufen, sich mit interessanten, städtebaulich wichtigen Lücken im Ortskern zu bewerben. Für diese Lücken sollten im Anschluss durch den Wettbewerb beispielhafte Lösungsansätze zur Beseitigung städtebaulicher Missstände und für die Schaffung innerörtlichen Wohnraums erarbeitet werden. Sowohl dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr wie der Architektenkammer waren dabei der zeitgenössische Umgang mit innerörtlichen Lücken und die Schaffung von Angeboten für „frisches“ Wohnen unter Berücksichtigung von Energiewende und demografischer Entwicklung ein besonderes Anliegen. Gefragt waren in der Ausschreibung Mut zu Experimenten, zu flexiblen Konzepten und zur Schaffung räumlicher Qualitäten. Gesucht wurden Städte, die sich mit politischem Willen und verwaltungstechnischem Engagement den Herausforderungen stellen. Kooperationen mit potenziellen Bauherinnen und Bauherren waren erwünscht.

Als Kriterien zur Beurteilung der Bewerbungen wurden die städtebauliche Priorität, das Engagement der Antragsteller, das Vorhandensein potenzieller Bauwilliger sowie deren Einbindung, die Realisierbarkeit der Ergebnisse und die Ausstrahlung des Wettbewerbes in der Stadt benannt.

Durch Vorort-Besichtigungen wurden die Anzahl der teilnehmenden Städte eingegrenzt und Baulücken ausgewählt, für die Realisierungschancen bestehen und deren städtebauliche Reparatur weitere Effekte im Umfeld erwarten lassen. Alle Architektinnen und Architekten Sachsen-Anhalts und die bei der Architektenkammer registrierten Absolventinnen und Absolventen des Landes wurden aufgerufen, sich um eine Wettbewerbsteilnahme



Baulückenschließung in historischer Umgebung – Reichenstraße in der Altstadt von Quedlinburg

zu bewerben. Für jede der ausgewählten Baulücken wurde die Beteiligung von zehn Architekturbüros angestrebt, die für ihren Wettbewerbsbeitrag einen Preis erringen konnten.

Die Investitionsbank und das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt begleiten den Wettbewerb mit Mitteln der Wohnungsbauförderung. Das Land fördert den Wettbewerb bis zu einem im Vorfeld feststehenden Höchstsatz pro Stadt und bis zu 100 Prozent der Verfahrenskosten.

2014 war erstmals auch die Einbeziehung vorhandener Bausubstanz möglich.

Die eingereichten Wettbewerbsbeiträge zeigen, wie trotz beengter Grundstücksverhältnisse mitten in der Stadt individuelle Lösungen entwickelt werden können, die attraktive Grundrisse aufweisen, nutzbare Freiflächen ermöglichen und Lärm und Emissionen angrenzender Straßen abhalten. Sie gehen auf heutige Wohnbedürfnisse ein und liefern Ideen zum angemessenen Dialog von historischer Stadt und zeitgenössischer Architektur. Zudem zeigen sie Menschen mit Bauwunsch konkrete Möglichkeiten des individuellen Wohnens im Ortskern. Den Städten wird mit den Entwürfen die Einwerbung von Fördermitteln, die Vermarktung der Grundstücke und die Attraktivierung ihrer Ortskerne ermöglicht.

Zu jeder Staffel erschien eine Broschüre, in der die eingereichten Wettbewerbsbeiträge vorgestellt wurden. In den jeweiligen

Abschlussveranstaltungen wurden die Preisträgerinnen und Preisträger vorgestellt.

Darüber hinaus stellte die Architektenkammer eine Internetplattform zusammen, die Beispiele sowohl bereits realisierter Projekte als auch Ideen zu Lückenschließungen zeigt. Diese Projektsammlung kreativer, zeitgemäßer und qualitativvoller Entwürfe und Lösungen sachsen-anhaltischer Büros stellt beispielhafte und verallgemeinerungswürdige Lösungen vor und dient dazu, Mut für Baumaßnahmen in innerstädtischen Baulücken zu machen. Gleichzeitig erleichtert sie Bauherinnen, Bauherren und Kommunen, eine geeignete Architektin bzw. einen geeigneten Architekten, Stadtplanerin bzw. Stadtplaner oder Landschaftsarchitektin bzw. Landschaftsarchitekten aus Sachsen-Anhalt für zukünftige Planungen zu finden. Die Präsentation wird laufend ergänzt.

Begründung

Der Wettbewerb „Mut zur Lücke“ ist hervorragend geeignet, den Blick auf Bauaufgaben im Bestand der Ortskerne zu lenken, den Wert der dort vorhandenen Lücken für das Wohnen und für die Stadtgestaltung zu vermitteln. Er regt gleichzeitig die Diskussion um innerstädtisches Bauen, Gestalten und Wohnen an und trägt zu einer Stärkung der Ortsmittelpunkte bei. Der Wettbewerb führt Kommunen, Architektinnen und Architekten sowie Bauherinnen und Bauherren zusammen. Alle Beteiligten werden



motiviert, sich mit den Herausforderungen der gemeldeten Lücken auseinanderzusetzen und zeitgemäße Ideen zu fördern. Bauwillige, die sich die Vorzüge individuellen Wohnens in der Stadt ohne konkrete Planungen kaum vorstellen können, erhalten „Anschauungsmaterial“. Die Mitwirkung des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt und der dortigen Architektenkammer verleiht dem Wettbewerb die



In der Altstadt von Quedlinburg – die stehenden, mit Läden schließbaren Fenster greifen die Kleinteiligkeit der Umgebung auf, im Erdgeschoss wurde eine Garage untergebracht

erforderliche Aufmerksamkeit und Akzeptanz. Die wiederholte Durchführung des Wettbewerbs „Mut zur Lücke“ zeigt eine bemerkenswerte Kontinuität, die der Förderung des Wettbewerbswesens und der Diskussion über Baukultur in Sachsen-Anhalt dient. Die Dokumentation der Wettbewerbsergebnisse in einer Broschüre, ihre Einbeziehung in Ausstellungen der Architektenkammer und ihre Präsentation auf einer Internetplattform macht das Anliegen des Wettbewerbes und die Lösungen bekannt, regt vergleichbare Lösungen anderenorts an und hebt damit die Baukultur.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung zu prüfen, ob Wettbewerbe zur Nach-, Um- und Zwischennutzung leerstehender Gebäude und zur Neubebauung von Baulücken geeignete Instrumente zur Stärkung der Ortskerne darstellen. Geprüft werden sollte auch, in welcher Form gute Beispiele gelungener Nach-, Um- und Zwischennutzung Kommunen, Bauherinnen und Bauherren als Anregung vermittelt werden können.

Architektenkammer Sachsen-Anhalt

Fürstenwall 3

39104 Magdeburg

E-Mail info@ak-lsa.de

Weitere Informationen unter

www.ak-lsa.de / [Mitgliederservice](#) / [Mut zur Lücke](#)

68

„Gläserne Baustelle“ im Sanierungsmanagement in Stade-Hahle

Beschreibung

Die Stadt Stade (ca. 46 000 Einwohnerinnen und Einwohner) hat ein Reihnhaus im Sanierungsgebiet Hahle erworben, um dort Sanierungsmaßnahmen als „Gläserne Baustelle“ umzusetzen. Das Anfang der 1960er-Jahre erbaute Gebäude ist ein Reihen-Mittelhaus in einem aus vier Gebäuden bestehenden Reihnhausriegel. Die Gebäude sind in den 50er- und 60er-Jahren entstanden. Sie haben einen niedrigen energetischen Standard, keine barrierearme Ausrichtung und oftmals einen nicht mehr heutigen Ansprüchen gerechten Wohnungszuschnitt.

Das Quartier Hahle ist ein im Generationswechsel befindliches Quartier, wie es in vielen Kommunen in Niedersachsen vorhanden ist. Die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Gebietes sind überwiegend über 60 Jahre alt, die Reihnhäuser häufig nur von einer Person bewohnt.

Das Modellvorhaben zeigt beispielhaft, wie ein Gebäude energetisch auf den heute (Energiesparverordnung 2014) geltenden Neubaustandard möglichst kostengünstig saniert und barrierearm ausgebaut werden kann. Es sind bei dem sanierten Reihnmittelhaus so eine Primärenergieeinsparung und eine CO₂-Reduzierung von ca. 70 Prozent möglich. Die einzelnen Maßnahmen sollen so kommuniziert werden, dass es aktuellen und künftigen Hausbesitzerinnen und Hausbesitzern in Hahle möglich ist, einen Vergleich zu ihrem Gebäude und ihrer Situation herzustellen. Die „Gläserne Baustelle“ wird dabei flankiert von weiteren Angeboten der Information und der Beratung.

Begründung

Mit der beispielhaften Sanierung eines Reihnmittelhauses im Quartier Hahle auf den KfW-Standard 100 und dem barrierearmen Ausbau zeigt das Modellvorhaben, dass auch nicht mehr zeitgemäße Gebäude aus den 50er- und 60er-Jahren für jüngere Menschen durchaus attraktiv sein können, weil sie finanziell leistbar sind. Gleichzeitig kann somit ein Stadtteil in seiner städtebaulichen Struktur erhalten bleiben.

Mit dem Kommunikationsmodell, in dem beispielhaft in vier Kurzfilmen die Sanierung des Gebäudes auf der Website der Stadt Stade gezeigt wird, aber auch mit den Vor-Ort-Führungen, haben über Hahle hinaus Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer die Möglichkeit, sich über die „Gläserne Baustelle“ zu informieren. Auch die Weiterbildung für das Handwerk, die Architektinnen und Architekten sowie Energieberaterinnen und Energieberater durch die „Gläserne Baustelle“ stellen einen wichtigen Beitrag für zukünftige Sanierungen ähnlicher Gebäude dar. Im Rahmen des Wettbewerbs „Klima kommunal!“ wird das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz dieses Projekt auszeichnen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, ähnliche beispielgebende Sanierungen nicht mehr zeitgemäßer Gebäude in intakten Stadtquartieren aus den 1950er- und 1960er-Jahren zu fördern, um jüngeren Menschen, die Wohneigentum erwerben möchten, zu demonstrieren, dass die anspruchsvolle energetische Sanierung des Gebäudes technisch möglich und auch wirtschaftlich sinnvoll ist.

Frau Siegrun van Bernem

Rathaus Stade, Zimmer 20

Höckerstraße 2

21682 Stade

Telefon 04141 401-328

Telefax 04141 401-312

E-Mail klimaschutz@stadt-stade.de oder
siegrunvan.bernem@stadt-stade.de

Weitere Informationen unter

www.stadt-stade.info/portal/seiten/die-glaeser-ne-baustelle-bautagebuch-900000466-20390.html?s_sprache=de&rubrik=900000004



3.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

3.2.4 Historische Gebäude mit Kreativität um- und weiternutzen

69

„Gemeinsam sind wir stark – Sanierung eines Baudenkmals durch die Bürgergenossenschaft Mündener Altstadt in Hannoversch Münden

Beschreibung

Bevölkerungsrückgang, Strukturwandel im Einzelhandel, stagnierende Grundstückspreise und gestiegene Ansprüche an den Wohnungsstandard und das Wohnumfeld sind einige Gründe für den erkennbaren Leerstand in der historischen Altstadt der Stadt Hann. Münden (ca. 23 000 Einwohnerinnen und Einwohner). Um das Stadtzentrum zu stärken, minder genutzte Gebäude zu revitalisieren und damit dem Leerstand entgegenzuwirken, gründeten Mündener Bürgerinnen und Bürger im Februar 2013 die Bürgergenossenschaft Mündener Altstadt e. G.

Als erstes Projekt sollte in der Speckstraße ein seit vielen Jahren leerstehendes, durch Brand geschädigtes Fachwerkhaus saniert und einer neuen Nutzung zugeführt werden. In dem unter Denkmalschutz stehenden Gebäude waren ehemals eine Tischlerei mit zugehörigen Lager- und Büroräumen sowie zwei Wohnungen untergebracht. Heute beherbergt das Gebäude drei Wohnungen, ein kleines Architekturbüro und im Erdgeschoss einen ebenfalls neu gegründeten Verein, das Mündener KunstNetz e. V.

Mit einer eindrucksvollen Aktion startete die Sanierung im Rahmen eines örtlichen Festivals, dem DenkmalKunst-Festival 2013. Das „Denkmal!Kunst-Kunst-Denkmal“ Festival wurde erstmalig 2007 als Reaktion auf einen beabsichtigten Gebäudeabriss entwickelt. Es soll Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Gästen die Einzigartigkeit der historischen Altstadt von Hann. Münden vermitteln und deren Aufmerksamkeit auf bislang unsanierte, ungenutzte und verlassene Baudenkmäler lenken, um letztendlich einen Abriss zu verhindern. Dazu wurden in zweijährigem Rhythmus, jeweils in einer mehrtägigen kreativen „Zwischennutzung“,



1. Tag: "Gemeinsam schaffen wir es ..."

gegenständliche und abstrakte Malerei, Skulpturen und Plastiken präsentiert, sowie Musikveranstaltungen, Kabarett, Lesungen und Vorträge an etwa 20 verschiedenen Orten angeboten. Das Festival konnte regelmäßig mit tatkräftiger Unterstützung vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer durchgeführt werden.

Ziel des Festivals 2013 war es, innerhalb von neun Tagen rund um die Uhr zu arbeiten, um das Gebäude in der Speckstraße 7 zu sanieren. Diese „9mal24“-Aktion wurde durch die Bevölkerung, die örtlichen Geschäfte, die Stadtverwaltung, Gastronomiebetriebe und Unternehmen mit Sach- und Geldspenden sowie Arbeitsleistung unterstützt. Die intensive Vorbereitung und die Unterstützung durch die Presse haben dazu geführt, dass auch auswärtige Helferinnen und Helfer auf der Baustelle tätig waren. Wie bereits erwartet, konnte die Sanierung nach neun Tagen nicht abgeschlossen werden. Durch den Einsatz von etwa 200 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern wurde aber innerhalb von nur zwei Jahren aus einem wirtschaftlichen Totalschaden ein wieder nutzbares Gebäude geschaffen.

Zwei örtliche Kreditinstitute haben das Vorhaben mit Darlehen unterstützt. Außerdem hat der gemeinnützige Förderverein Mündener Altstadt e. V. durch eingeworbene Spenden wesentlich zur Finanzierung der Sanierung beigetragen. Das Ende 2012 gegründete Mündener KunstNetz e. V. hat als „Projektpate“ und Mieter des Erdgeschosses die Mitwirkungsbereitschaft der Öffentlichkeit

entscheidend gefördert. Eine öffentliche Förderung des Projektes Speckstrasse 7 wäre nur in engen Grenzen möglich gewesen, obwohl das Projekt in einem Sanierungsgebiet liegt.

Begründung

Das Mittelzentrum Hann. Münden zieht als flächenhaftes Baudenkmal jährlich mehrere Hunderttausend Besucherinnen und Besucher an. Angesichts der Haushaltsnotlage haben zahlreiche Bürgerinnen und Bürger erkannt, dass privates Engagement erforderlich ist, um dem erkennbaren Leerstand zu begegnen. Mit der im Februar 2013 gegründeten Bürgergenossenschaft Mündener Altstadt eG konnten leerstehende, mindergenutzte Gebäude saniert und wieder in Wert gesetzt werden. Zwei Jahre nach Gründung hat die Genossenschaft mehr als 250 Mitglieder.

Gerade in historischen Fachwerkstädten zeigt sich, dass Sanierung eine Daueraufgabe der Stadtentwicklung unter Einbeziehung verschiedener, insbesondere privater Akteurinnen und Akteure ist. Das Vorhaben zeigt auf kreative Art und Weise, wie Baukultur gefördert und Kulturdenkmale bewahrt werden können.



5. Tag: „Denkmalaktivisten im Einsatz“



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung zu prüfen, ob bei einer Förderung im Sanierungsrecht bzw. bei der Wohnraumförderung der Wert der erbrachten Leistungen (Selbsthilfe und Ehrenamt) in vollem Umfang als Eigenleistung berücksichtigt werden kann.

Bürgergenossenschaft Mündener Altstadt e.G.

Friedhelm Meyer (Aufsichtsratsvorsitzender)

Speckstrasse 7

34346 Hann. Münden

E-Mail info@bg-hmue.de

Weitere Informationen unter

www.bg-hmue.de

www.9-mal-24.de

www.foerderverein-muendener-altstadt.de

www.muendenerkunstnetz.de



Beschreibung

Rückläufige Kirchenmitgliederzahlen und damit einhergehend auch ein rückläufiges Kirchensteueraufkommen haben die evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers gemeinsam mit den Kirchenkreisen und Gemeinden dazu bewogen, über den Gebäudebestand in der Fläche und die gemeindliche Arbeit vor Ort verstärkt nachzudenken. Bisher war es ganz selbstverständlich, dass eine Gemeinde in einer kleinen Stadt, aber auch auf dem Dorf über eine Kirche, ein Gemeindehaus und ein Pfarrhaus verfügte. Darüber hinaus gab es oft noch weitere Gebäude, sodass insgesamt pro Gemeinde etwa 6 Gebäude zu unterhalten waren.

Bei abnehmender Gemeindeaktivität ist ein Teil dieser Gebäude kaum genutzt und nur sparsam unterhalten worden und hat damit langsam an Attraktivität verloren. Auch die Zahl der Gottesdienste in der örtlichen Kirche nimmt ab, wenn es am Ort keine voll besetzte Pfarrstelle mehr gibt und eine Pfarrstelleninhaberin bzw. ein Pfarrstelleninhaber mehrere Kirchengemeinden betreut. Ein Gottesdienst findet dann an manchen Orten nur noch im Rhythmus von einigen Wochen statt.

In den Zeiten, in denen die Gebäude oder einzelne Räume in den Gebäuden nicht genutzt werden und leer stehen, werden diese aus Gründen der Energieeinsparung kaum geheizt, was langfristig zu erhöhten Feuchte- und Hygieneproblemen in den Räumen führen kann.

Daher kam die Überlegung auf, den Gebäudebestand langsam zu reduzieren und auf das erforderliche Maß einzuschränken. Nicht in jedem Ort, abhängig von der Pfarrstellenausstattung, ist ein Pfarrhaus erforderlich und nicht in jeder Gemeinde ein separates Gemeindehaus. Die Kirche dagegen als Raum für den gemeinsamen Gottesdienst, als wertvolles Kulturgut und als Ort der Identifikation für das ganze Dorf oder die kleine Stadt, soll erhalten und wieder intensiver genutzt werden.

Die Temperierung des Kirchenraumes allerdings ist speziell in den kalten Wintermonaten oft sehr energieintensiv und teuer. Daher wurden in den Wintermonaten schon bisher viele Got-

tesdienste in das kleinere Gemeindehaus verlagert, wenn dieses einen hinreichend großen und attraktiven Raum aufwies.

Wo dies nicht der Fall war, wurden vereinzelt sogenannte Winterkirchen in den großen Kirchenraum integriert. Nur dieser Raum wird bei Gottesdiensten auf das übliche Temperaturniveau gebracht, die Kirche hingegen nur auf das Niveau, welches für ein gutes, vor allem hinreichend trockenes Raumklima, erforderlich ist.

Die meisten Winterkirchen sind unter vorhandenen Emporen, oft der Orgelempore, eingebaut worden. An dieser Position, unter der flachen Decke, fügt sich der neue Raum gut ein, ohne die Gesamtsituation stark zu verändern. Der Abschluss nach oben ist gegeben und es sind nur noch raumabschließende Wände zu stellen. Diese sind meist in Glas ausgeführt worden, um eine optische Verbindung zu dem Kirchenraum zu erhalten. Viele dieser Glaswände sind als Falt- oder Schiebeelemente konstruiert worden, um den Raum der Winterkirche bei Bedarf mit dem großen Kirchenraum gemeinsam nutzen zu können.

In den kleinen Orten, in denen das Gemeindehaus zu groß, nicht mehr attraktiv und auch nicht hinreichend genutzt war, kam weitergehend die Idee auf, alle Funktionen, die bisher im Gemeindehaus untergebracht waren, in die Kirche zu verlagern. Nicht nur eine Winterkirche, die auch als Besprechungsraum genutzt werden kann, in der Kirche einzurichten, sondern darüber hinaus auch weitere Räume wie eine kleine Küche, einen Abstellraum und Sanitäreinrichtungen in die Kirche zu verlagern. Diese Räume zusammen bilden das Basisprogramm für die gemeindliche Arbeit.

In diesen Kirchen mit erweitertem Raumprogramm sind neben den Gottesdiensten und der üblichen Gemeindearbeit auch weitere Aktivitäten möglich. Kulturelle Veranstaltungen wie Konzerte, Filmvorführungen und Lesungen können weit besser als bisher in diesen Kirchen durchgeführt werden, wenn ein WC vorhanden ist und auch ein Getränk und ein Imbiss gereicht werden können. Auch für andere nichtkirchliche Veranstaltungen sind die Räume geeignet, die Kirche wird damit zu einem zentralen Ort für die ganz Gemeinde.

Finanziert wurden die Maßnahmen von den Kirchengemeinden selbst mit der Unterstützung durch die Kirchenkreise und die Landeskirche. Die Kirchengemeinden haben dabei oft die Verkaufserlöse ihrer Gemeindehäuser eingesetzt.

Zwei Beispiele sollen die Vorgehensweise verdeutlichen: Es sind der Einbau von einem allseits transparenten Raum in die schöne Dorfkirche in dem kleinen Ort Lengeln. Hier wurde nur ein kleiner Block für Küche und WC im Eingangsbereich eingebaut. In dem zweiten Beispiel in dem größeren Ort Moringen wurde ebenfalls ein Gemeinderaum mit Küche und Sanitärbereich eingebaut, zusätzlich dazu noch zwei Gemeindebüros. Die gesamte Gemeindehausfunktion konnte damit in dem großen Kirchengebäude untergebracht werden.

Begründung

Das Projekt reagiert auf die Herausforderung, ein zentrales, identitätsstiftendes Gebäude im Ort langfristig zu sichern und zu erhalten. Dem Gebäude wird eine neue Funktion zugewiesen. Neben Gottesdiensten können auch kulturelle Veranstaltungen in dem Kirchengebäude durchgeführt werden. Diese kulturellen Veranstaltungen sind nicht nur für aktive Christen von Interesse, auch andere Menschen finden den Weg in die Kirche. Dies führt zu einem aktiveren öffentlichen Leben im Dorf oder der kleinen Stadt. Die Dorfgemeinschaft oder die kleine Stadtgesellschaft trifft sich regelmäßiger, es entwickelt sich wieder eine stärkere Verbundenheit mit dem Ort. Dies kann Abwanderungsgedanken entgegenwirken, ein lebendiger Ort ist wesentlich attraktiver als ein Ort, an dem das öffentliche Leben zum Erliegen kommt. Die meist aufwendige Instandhaltung ist bei einer gut genutzten Kirche auf Dauer wesentlich leichter zu vermitteln als bei einer kaum genutzten Kirche. Eine schöne, gut genutzte Kirche ist ein wesentlicher Baustein für eine attraktive Ortsmitte.



Ev. Liebfrauenkirche (Moringen): Büro der Gemeindesekretärin und das Archiv gestapelt im Kirchturm



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, den Einbau von Gemeinderäumen in Kirchen zu unterstützen. Insbesondere ist eine gute denkmalfachliche Beratung dieser Bauprojekte erforderlich.

Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers
Landeskirchenamt
Referat 83/Baudirektion
Rote Reihe 6
30169 Hannover
Telefon 0511 1241-0



71 „Kulturspeicher“ – Erhaltung eines Kornspeichers in der Stadt Freiburg/Elbe

Beschreibung

Der „Förderverein Historischer Kornspeicher Freiburg/Elbe e. V.“ wurde im Jahre 2003 gegründet. Das Ziel war, den Kornspeicher vor dem Abriss zu bewahren, was mit breiter Unterstützung durch die Bevölkerung sowie der Denkmalschutzbehörden gelang.

Der Kornspeicher in Freiburg ist mit seinen ca. 225 Jahren eines der ältesten erhaltenen Gebäude des Fleckens Freiburg. Er liegt am östlichen Ende der Ortswurt direkt am Hafenrand und stellte über Jahrhunderte ein wirtschaftliches Zentrum der Region dar. Hier wurde Getreide zwischengelagert, der wichtigste Exportartikel der Landwirtschaft, um dann über den Wasserweg in die norddeutschen Wirtschaftszentren weitertransportiert zu werden. Hafen und Speicher waren immer neben Stätten des Handels auch Orte, an denen Kommunikation zwischen Fuhr-, See- und Kaufleuten sowie Landwirten stattfand. Das Speichergebäude ist in der für Norddeutschland typischen Zweistöckerbauweise errichtet. Die Wände wurden mit Ziegeln gemauert, die vermutlich in der Region gebrannt wurden.

Der Kornspeicher befand sich vor der Sanierung in keinem guten Zustand. Die gute Grundsubstanz des Gebäudes hat jedoch den Ausschlag dafür gegeben, den Abbruch zu verhindern. Der „Förderverein Historischer Kornspeicher Freiburg/Elbe e. V.“ ist der Eigentümer.

Die Sanierungsarbeiten sind unter Beteiligung ortsansässiger Unternehmen durchgeführt worden. Begleitet wurden die Arbeiten durch die untere Denkmalschutzbehörde und das Landesamt für Denkmalschutz. Dies war insbesondere wichtig im Hinblick auf den Erhalt der vorhandenen Bausubstanz sowie die Einhaltung denkmalschutzrelevanter Vorgaben. Bei dem Vorhaben wurden in erheblichem Umfang Arbeitsstunden von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern geleistet.

Anknüpfend an die Geschichte des Gebäudes ist hier wieder eine Stätte der Begegnung und Kommunikation für die Menschen der Region entstanden. Der Kulturspeicher bietet mit einem Programm aus Lesungen, Gesprächsrunden, Konzerten und Theater

Raum für Kultur und Kleinkunst. Es werden aber z. B. auch Themenabende des Gesundheitsnetzwerkes oder Veranstaltungen der Kinder-Uni Freiburg angeboten.

Der Kornspeicher ist am 11. September 2014 offiziell seiner neuen Bestimmung übergeben worden.

Begründung

Mit dem „Kulturspeicher Freiburg a. d. Elbe“ ist eine Kultureinrichtung für die Region und das weitere Umland, vor allem durch das bürgerschaftliche Engagement der Bevölkerung in Freiburg, entstanden. Der Förderverein hat durch die Sanierung der Bausubstanz des über 200 Jahre alten Kornspeichers maßgeblich dazu beigetragen, dass eines der ältesten Gebäude in Freiburg/Elbe erhalten geblieben und heute der breiten Öffentlichkeit zugänglich ist, und damit dafür gesorgt, dass ein für das Stadtbild bedeutsames Gebäude weiterhin existiert.

Der Kulturspeicher reagiert auf die Herausforderungen, die Innenstadt mit ihren kulturellen Versorgungsfunktionen zu stärken und das Stadtbild unter Einbeziehung privater Akteurinnen und Akteure zu pflegen. Gleichzeitig wird mit der Sanierung ein Kulturdenkmal bewahrt.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, Projekte wie den „Kulturspeicher Freiburg/Elbe“, insbesondere die Herrichtung von Gebäuden, zu unterstützen.

Förderverein Historischer Kornspeicher Freiburg/Elbe e.V.

Herbert Bruns, Vorstandsvorsitzender

Elbstraße 2

21729 Freiburg/Elbe

Telefon 04779 89944-71

E-Mail bruns@kornspeicher-freiburg.de

4. Empfehlungen des Zukunftsforums: Neue und lebendige Formen des Wohnens und gesellschaftlichen Zusammenlebens in Stadt und Dorf

Dörfer und Quartiere sind die Basis für sozialen Zusammenhalt und lebendige Gemeinwesen. Grundlage dafür sind nicht nur funktionsfähige soziale Netze, sondern auch die Pflege der öffentlichen Sache („res publica“). Der demografische Wandel bietet die Chance, sich auf das Gemeinwesen zurückzubessern und die soziale Interaktion, eine Kultur des Austauschs, der Integration und Kommunikation gerade auch in dörflich-ländlichen Strukturen neu zu beleben.

Grundlage des Wohnens (nicht nur) im ländlichen Raum ist die Funktionsfähigkeit der Alltagsversorgung, die – sofern sie nicht mehr allein durch Angebote des Marktes aufrechterhalten werden kann – unterstützender resp. politisch und sozial unterstützter Strukturen bedarf.

Für das Wohnen im Alter sind neue, diversifizierte Angebote zu entwickeln, die der stufenweisen Alterung Rechnung tragen und das Verbleiben in der vertrauten Lebensumwelt unterstützen. Hier bedarf es zum einen maßgeschneiderter Hilfe-Mix-Modelle, die ältere Menschen in den unterschiedlichen Phasen des Alters begleiten, zum anderen aber auch Angebote, die die Wohnmobilität mit Wohnformen für unterschiedliche Lebensentwürfe mit stufengerechten Pflege- und Unterstützungsleistungen ermöglichen und fördern. Dies bedingt bauliche und konzeptionelle Bemühungen der Kommunen wie auch niedrigschwellige, regelmäßige und individuelle Beratungs- und Informationsangebote.

Eine Zukunft des Wohnens auch in ländlichen Räumen ist ohne bürgerschaftliches Engagement (und dessen Würdigung durch neue Lebenszeitmodelle) kaum denkbar. Bürgerschaftliches Engagement, das – bedingt durch die Pluralisierung der Lebensstile und Lebenszeitmodelle – vermehrt in kürzeren und projektbezogenen Spielarten auftritt, ist durch neue Formen der Zusammenarbeit von Hauptamt und Ehrenamt zu fördern und zu entwickeln, um Vereinsamungstendenzen im Alter vorzubeugen und das Gemeinwesen von innen heraus zu beleben.

Diese Aufgaben sind ohne öffentliche Förderung und Unterstützung nicht zu bewältigen. Die Kommunen müssen sich dieser Verantwortung stellen, indem sie nicht nur die Vielfalt des Angebotes fördern, sondern gemeinsame Projekte anstoßen, Prozesse entwickeln, auf die (potenziell) Handelnden auch zugehen, sie mitnehmen und fordern, unterstützen und begleiten, Möglichkeitsräume schaffen, um Menschen ins Gespräch zu bringen, den Dialog ermöglichen sowie Foren veranstalten, um den öffentlichen Raum als Sozialraum wieder entstehen zu lassen. Dorfgemeinschaftshäuser, deren Trägerstrukturen mit Vorteil öffentliche und private Akteurinnen und Akteure einbeziehen, können hier wichtige Ankerpunkte sein. Eine Chance bieten hier nicht zuletzt die aktuellen Diskussionen um das Pflegefördergesetz III, in dem die Rolle der Kommunen in der Daseinsvorsorge gestärkt wird.

Die Unterarbeitsgruppe hat die Herausforderungen formuliert, die im Folgenden beschrieben sind und Grundlage waren für eine umfangreiche Sammlung guter Beispiele, aus denen schließlich neun herausgefiltert wurden, die im Anschluss vorgestellt werden. Die Beispiele decken in ihrer Gesamtheit zwar alle formulierten Herausforderungen ab, sie bilden aber kaum die ganze Vielfalt der Formen des Wohnens und des gesellschaftlichen Zusammenlebens ab, die darüber hinaus vorstellbar sind.

Komplexere Projektansätze – wie sie zum Beispiel in Linsburg oder Arbste aufgezeigt werden können – sind noch rar, ebenso neue Formen des Austauschs zwischen Stadt und Land, die in nachhaltigen Modellen einer solidarischen Landwirtschaft heute bereits entwickelt und erprobt werden.



4.1 Herausforderungen

Bewusstsein für die Pflege des Bestandes schaffen, Wohnraum erneuern und anpassen

Veränderungen im ländlichen Raum (Demografischer Wandel, Ausdünnung sozial-kultureller Infrastruktur, Verlust von Treffpunkten, Kneipen etc.) verlangen insbesondere auch kulturelle und kommunikative Antworten hinsichtlich der Menschen, die in den Dörfern leben, ebenso wie hinsichtlich derer, um deren Zuzug geworben wird. Geeignete Orte für diesbezügliche Vorhaben sind Identität fördernde Orte und Bauten (Bauernhöfe etc.), die es zu erhalten und zu gestalten gilt.

Die Pflege alten Bestandes und eine neue Nutzung verbinden Wege von der Vergangenheit in die Zukunft. „Alte Orte mit neuen Inhalten“ sind Identifikationspunkte für die Menschen. Es ist anzustreben, Modelle zu entwickeln und zu fördern, die ausgehend von historischen/baulichen Bedingtheiten aktuelle Antworten auf die veränderte und sich verändernde Situation des Lebens auf dem Land geben und neue Bindungskräfte freisetzen können. Solche Orte sollen offen sein für alle Generationen, für Menschen verschiedener Kulturen mit inklusivem Charakter. Sie sollen Treffpunkte sein, kulturelle Knotenpunkte bilden zur Vernetzung bestehender und neuer Angebote im Dorf, eigene Kultur- und Bildungsangebote eröffnen und Möglichkeiten zum Wohnen und Arbeiten bieten.

Wohnen bedarfsgerecht, bezahlbar und in integrierten Lagen fördern – gut versorgt und mittendrin

Menschen möchten bis ins hohe Alter in ihrer ge„wohnten“ Situation verbleiben. Die Vertrautheit von Umfeld und Wohnraum sowie die durch langen Verbleib meist günstigeren Kosten sprechen dafür, räumliche Barrieren und ungenügende Infrastrukturen häufig dagegen.

Gegen Vereinsamung sind Betreuung und Versorgung zu organisieren. Durch vernetzte professionelle und ehrenamtliche Tätigkeit (z. B. Handel, Hauswirtschaft, Pflege) können Wohnstandorte erhalten und deren Attraktivität gesteigert werden.

Neue Nachbarschaftsmodelle, z. B. Genossenschaften für soziale Infrastruktur oder Nachbarschaftsvereine, können Dorfläden, Begegnungsstätten, Angebote zum geselligen Miteinander oder nachbarschaftliche Hilfen organisieren und eine Form der verbindlichen Unterstützung bieten zum Verbleib der Bewohnerinnen und Bewohner in der bisherigen Umgebung.

Wohnraumversorgungskonzepte für Kommunen und Regionen erfassen alle Gruppen von Bewohnerinnen und Bewohnern und Wohnformen sowie Aspekte der Standortsicherung und führen zu konkreten Handlungsempfehlungen.

Gemeinschaftliche Wohnformen entwickeln

Gemeinschaftliche Wohnformen stärken Quartiere und Dörfer, indem sie die Potenziale des „Wir“ entfalten – auch bei altersbedingten Einschränkungen, für Geflüchtete und für die Inklusion von Menschen mit Behinderung.

Gemeinschaftliche Wohnformen können als „Anker“ und Ort der Innovation dienen. Ihre Gemeinschaftsräume sind Orte der Begegnung, Beratung und des geselligen Miteinanders der Bewohnerinnen und Bewohner in unterschiedlichen Lebenslagen. Mit ambulant betreuten Wohngemeinschaften kann der Verbleib der pflegebedürftig gewordenen Bürgerinnen und Bürger auch in kleinen Orten ermöglicht werden.

Gemeinschaftliche Wohnformen sind für neue Modelle des Miteinanders professioneller und ehrenamtlicher Dienstleistungen gut geeignet. Insbesondere in den ländlichen Räumen können Strukturen so gestützt und erhalten werden.

Eine stärkere Verbreitung von gemeinschaftlichen Wohnformen kann gelingen, wenn Information und Beratung zur Realisie-

rung dieser Wohnformen ausgeweitet werden. Übernehmen die Kommunen eine tragende Rolle zur Unterstützung gemeinschaftlicher Wohnformen und kooperieren die Wohnungswirtschaft, die Wohlfahrtsverbände, die Pflegewirtschaft, Anbieterinnen und Anbieter haushaltsnaher Dienstleistungen und die Kommunen mit den bürgerschaftlich engagierten Initiativen, können gemeinschaftliche Wohnformen ein hervorragender Lösungsansatz für eine Stärkung der Städte und Dörfer im ländlichen Raum sein.

Selbstbestimmtes Wohnen im Alter ermöglichen, wohnortnahe soziale Dienstleistungen ausbauen

Das Wohnen im Alter verändert sich. Der insbesondere durch sinkende Bevölkerungszahlen, den Wandel von Familienstrukturen, neue Migrationsbewegungen, steigende Kosten in der Pflegeversicherung und fehlendes Pflegepersonal deutlich werdende demografische und soziale Wandel erfordert neue Sichtweisen und Lösungen für das Wohnen im Alter. Gleichzeitig wünschen sich immer mehr ältere Menschen, bis zuletzt selbstständig, selbstbestimmt und in Gemeinschaft leben zu können – auch bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit.

Selbstbestimmte Wohnformen wie gemeinschaftliche Wohnprojekte und innovative Wohn-Pflege-Modelle, integrierte Quartierskonzepte und Nachbarschaftshilfe-Initiativen sowie Unterstützung durch technische Assistenzsysteme sind Bausteine neuer Lösungsmodelle. Erforderlich ist, dass Kommunen, Wohnungswirtschaft, Pflegedienste und Wohlfahrtsverbände miteinander kooperieren; Ideen und großes Engagement bringen die Bürgerinnen und Bürger ein. Hierdurch können neue Strukturen entstehen, mit denen die sich vollziehenden Veränderungen bewältigt werden können.

Bürgerschaftliche Ideen und Projekte aufgreifen und unterstützen

Die Mitglieder der Unterarbeitsgruppe „Neue und lebendige Formen des Wohnens und gesellschaftlichen Zusammenlebens in Stadt und Dorf“ betrachten eine aktive Bürgerbeteiligung als eine weitere wesentliche Herausforderung, die zugleich für die Akzeptanz und den Erfolg neuer zukunftsorientierter Modelle und Projektideen von entscheidender Bedeutung sein dürfte.

Bei dem Ansatz, bürgerschaftliche Ideen und Projekte aufzugreifen und zu unterstützen, geht es um mehr als ein Mitgestalten der Bürgerinnen und Bürger durch freiwilliges ehrenamtliches Engagement. Im Rahmen des Demografieprozesses geht es vor Ort um erweiterte Beteiligungsformen. Kommunikation und Projektarbeit bilden dabei die Grundlage. Nach dem Leitbild einer Bürgerkommune sollten verschiedene Beteiligungsformen genutzt werden. Dabei ist auf entsprechendes Know-how hinsichtlich der Formen zu achten. Ebenso sollten Managementkonzepte die Prozesse begleiten, um auch tatsächlich eine Unterstützung zu realisieren und letztlich eine nachhaltige Wirkung zu erzielen. Die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen für ein erweitertes freiwilliges Engagement mit einer aktiven Bürgerbeteiligung sollten in Abstimmung mit hauptamtlichen Kräften auf den Weg gebracht werden. Eine sich entwickelnde zeitgemäße Kultur der Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Stadt- bzw. Dorfentwicklung kann so gelingen. Der demografische Wandel erfordert insgesamt ein Mehr an Miteinander und umfassendes Engagement im Sinne einer starken Gemeinschaft. Die Summe der Aktivitäten der örtlichen Gemeinschaft einschließlich der bürgerorientierten Gestaltungsmöglichkeiten wird zukünftig über das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger entscheiden.



Sozialen Zusammenhalt und Nachbarschaftshilfe sowie generationsübergreifenden Dialog und soziale Netzwerke stärken und fördern, initiieren und begleiten

Der ländliche und kleinstädtische Raum ist nicht an allen Orten durch neue Ansiedlungen von Industrie und Dienstleistungen zu entwickeln und zu beleben. Eine Herausforderung besteht dann darin, die ökonomischen und strukturellen Schwächen durch soziale Qualitäten des Lebens auszugleichen. Das Gemeinwesen im ländlichen Raum begünstigt Projekte von Nachbarschaftshilfe und sozialen nicht-virtuellen Netzwerken. Auch Vereinsstrukturen ermöglichen unmittelbaren Dialog. Die gegenseitige Begegnung ist persönlicher und unkomplizierter als in urbanen Räumen. Diese Vorzüge müssen sich in Gebäude- und Baukonzepten abbilden. Projekte sollten generationsübergreifend sein, verschiedene Lebenssituationen und Einstellungen berücksichtigen und den Zuzug von Flüchtlingen als Chance begreifen.

Strukturierte und moderierte Kommunikationsprozesse vor Ort über das zukünftige Wohnen initiieren, fördern und verstetigen

Die Sicherung der Lebensqualität erfordert von kommunalen Entscheidungsträgerinnen und -trägern eine an die demografische Entwicklung angepasste regionale Strategie. Die Auswirkungen für das Wohnen und Zusammenleben sind aufgrund der Veränderungen der Altersstrukturen rechtzeitig zur Kenntnis zu nehmen und planerisch zu integrieren. Ganz im Sinne des Leitbildes einer Bürgerkommune sollten gemeinsame Ziele formuliert und Maßnahmen bzw. Vorschläge kreiert werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Vermittlung der Themen und Inhalte kein Selbstläufer ist, sondern dass insbesondere strukturierte und moderierte Kommunikationsprozesse benötigt werden und letztendlich als wesentliche Erfolgsfaktoren zu bewerten sind.

Angesichts der großen Bandbreite an Lebenssituationen und der direkten Effekte auf Bürgerinnen und Bürger erscheint deren aktive Einbindung nur allzu logisch. Aktivitäten beispielsweise hin zu einer „caring community“, d. h. sorgenden Gemeinschaft, lassen sich nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort entwickeln.

Mit der Etablierung eines umfassenden Dialogs zu den Wirkungen der demografischen Entwicklung wird eine qualitativ wertvolle Basis zum empfundenen Wandel vor Ort geschaffen.

Den Wandel vorsorglich und gemeinsam gestalten, um stabile Lebensverhältnisse zu erhalten, ist eine facettenreiche Herausforderung für alle beteiligten Akteurinnen und Akteure.

4.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

4.2.1 Gemeinschaftlich wohnen in Dorf und Quartier

72 Generationsübergreifendes gemeinschaftliches Wohnprojekt „Rosenhaus am Seilerweg“ in der Stadt Varel

Beschreibung

In der Stadt Varel (ca. 24 000 Einwohnerinnen und Einwohner) hat der Verein Rosenhaus am Seilerweg e. V. in Zusammenarbeit mit der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland als Investorin und Vermieterin ein generationsübergreifendes gemeinschaftliches Wohnprojekt, das „Rosenhaus am Seilerweg“, realisiert. Der Gemeinschaftsraum des Wohnprojektes dient zugleich als Raum für Beratungsangebote rund um das Leben und Wohnen im Alter.

In einem ehemaligen Schulgebäude entstanden in enger Abstimmung zwischen der Wohnungsbaugesellschaft und den Bewohnerinnen und Bewohnern des Projektes vierzehn barrierearme Mietwohnungen. Das Gebäude, das Anfang des 20. Jahrhunderts errichtet wurde, wurde nach dem Umzug der Grundschule als Musikschule und temporär für den Kindergarten in kommunaler Trägerschaft genutzt. Es liegt im Herzen von Varel, fußläufig erreichbar sind Arztpraxen, Lebensmittelgeschäfte und weitere Angebote für den täglichen Bedarf.

In dem Wohnprojekt leben Menschen im Alter von 25 bis 75 Jahren. Jede Mieterin und jeder Mieter hat eine eigene, abgeschlossene Wohnung mit Küche und Bad. Zusätzlich gibt es im Erdgeschoss einen Gemeinschaftsraum von 52 m² sowie einen großen Gemeinschaftsgarten.

Die Gruppe hat sich als gemeinschaftliches Wohnprojekt organisiert. So sorgen verbindliche Absprachen, eine gegenseitige Unterstützung und ein geselliges Miteinander dafür, der drohenden Vereinsamung im Alter entgegenzuwirken und möglichst bis zum Lebensende selbstbestimmt im eigenen Zuhause wohnen bleiben zu können. Bei Pflegebedarf werden ambulante Dienstleisterinnen und Dienstleister aus Varel und Umgebung in Anspruch genommen.

Der Mietzins für die Wohnungen beträgt 6,50 Euro/m² netto kalt (inkl. anteiligem Gemeinschaftsraum). Nebenkosten in Höhe von 1,40 Euro/m² zzgl. 0,60 Euro Heizkosten fallen an. Die Wohnungen haben, da es sich um einen sanierten Altbau handelt, völlig unterschiedliche Grundrisse, die Größen variieren von 36 m² bis 64 m². Alle Wohnungen sind barrierearm und über einen Aufzug erreichbar.

Die Wohnungsbaugesellschaft als Vermieterin erweitert mit dem Projekt des gemeinschaftlichen Wohnens die Vielfalt ihrer Wohnangebote. Sie konnte das Grundstück von der Kommune erwerben und hat die Gestaltung der Wohnungen in einem ausführlichen Prozess mit den zukünftigen Mieterinnen und Mietern abgestimmt.

Die Bewohnerinnen und Bewohner haben mit der Vermieterin eine Vereinbarung zur Ausgestaltung der Zusammenarbeit geschlossen. Bei Freiwerden einer Wohnung kann beispielsweise die Gruppe vorschlagen, wer einzieht, also das sog. Belegungsrecht ausüben. Kann die Gruppe innerhalb von sechs Wochen keine Nachmieterin oder keinen Nachmieter vorschlagen, sucht die Vermieterin selber eine Nachmieterin oder einen Nachmieter.

Eine Gemeinschaftswohnung mit einer Größe von 52 m² im Erdgeschoss wird für Vereinssitzungen, Veranstaltungen, aber auch als Übernachtungsmöglichkeit für Besucherinnen und Besucher genutzt. Sie dient zugleich als öffentliche Beratungsstelle und Veranstaltungsort rund um das Wohnen im Alter. Sie besteht aus einem großen multifunktionalen Raum mit offener Küche, Schlafgelegenheit und Bad, kann durch eine Schiebewand geteilt werden und steht so auch Übernachtungsgästen der Bewohnerinnen und Bewohner zur Verfügung. Zusätzlich dient sie als Raum für Beratungsangebote für ältere Menschen aus Varel und Umgebung.

Kennzeichnend für die Siedlungsstruktur des Landkreises Friesland sind eine in weiten Teilen unterdurchschnittliche Einwohnerdichte und eine überwiegend disperse Siedlungsstruktur. Die Städte Jever im nördlichen und Varel im südlichen Kreisgebiet sind Mittelzentren. Die Kreisstadt Jever ist ca. 30 km von Varel entfernt. Die Beratungsangebote des Landkreises waren bisher fast ausschließlich in Jever vorhanden, eine Verbesserung der dezentralen



Gemeinschaftliches Wohnprojekt mit Beratungsstelle in einer ehemaligen Schule in Varel

tralen Versorgung mit Beratungsangeboten wurde als dringend erforderlich angesehen.

Die Beratungsstelle in dem Gemeinschaftsraum des Wohnprojektes ist die Außenstelle des Senioren- und Pflegestützpunktes in Jever. Sie ist derzeit nach Bedarf besetzt. Auch die Wohnberatung des Landkreises Friesland wird dort angeboten. Durch die angegliederte barrierearme Gästewohnung können den Ratsuchenden vor Ort Gestaltungsmöglichkeiten für eine barrierearme Wohnungsanpassung gezeigt werden. Des Weiteren wird der Gemeinschaftsraum für Vortragsveranstaltungen zu seniorenrelevanten Themen genutzt, beispielsweise findet eine Schreibwerkstatt statt oder es werden Informationsveranstaltungen zu Patientenverfügungen und Betreuungsvollmacht angeboten. Das Agenda-Büro der Stadt Varel führt alle sechs Wochen ein Treffen für am gemeinschaftlichen Wohnen interessierte Bürgerinnen und Bürger durch, das von den Bewohnerinnen und Bewohnern des Projektes unterstützt wird.

Das Projekt wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundesprogramm „Soziales Wohnen – Zuhause im Alter“ sowie im Programm „Anlaufstellen für ältere Menschen“ und aus Mitteln der sozialen Wohnraumförderung des Landes Niedersachsen gefördert.

Begründung

Das gemeinschaftliche Wohnprojekt Rosenhaus am Seilerweg ist ein gutes Beispiel für eine neue Generation von Wohnangeboten, die auf Gemeinschaft setzen, zugleich aber genügend Raum für Privatheit, Individualität und Rückzug bieten.

Das kommunale Wohnungsunternehmen hat in ein für das Stadtleben prägendes Gebäude investiert, dessen Erhalt und sinnvolle Weiternutzung ermöglicht und neben der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum das soziale Miteinander in Varel gestärkt. Das Projekt sichert nicht nur die soziale Einbindung seiner Bewohnerinnen und Bewohner, sondern hat auch eine hohe Strahlkraft in das Mittelzentrum Varel – als Beratungsstelle, als Treffpunkt und als Sinnbild dessen, was durch das Miteinander von Stadt, Landkreis, kommunalen Wohnungsunternehmen und bürgerschaftlichem Engagement entstehen kann.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung zu prüfen, wie sie die Kommunen darin unterstützen kann, beispielsweise über Konzeptausschreibungsverfahren (mit Kriterien der sozialen Nutzung wie Inklusion von Pflegewohnen, Mischung frei finanzierter und geförderter Wohnungsbau u. a. m.) mehr Grundstücke für gemeinschaftliches Wohnen zur Verfügung zu stellen, um konzeptionelle wohnungspolitische und städtebauliche Kriterien besser umsetzen zu können. Ferner wird empfohlen, die Projekte über die bestehenden Fördermöglichkeiten der sozialen Wohnraumförderung hinaus zu unterstützen, indem anteilige Baukosten für Gemeinschaftsräume und deren Ausstattung beispielsweise auch für Mehrgenerationenprojekte übernommen werden, insbesondere wenn die Nutzung der Räume auch anderen Bürgerinnen und Bürgern offen steht. Anteilige Kosten für eine Beratung zur Projektentwicklung sollten übernommen werden.

Rosenhaus am Seilerweg e. V.

Seilerweg 4
26316 Varel

Landkreis Friesland

Nantke Ihnen (Koordinierungsstelle „Älter werden“)
Lindenallee 1
26441 Jever
Telefon 04461 919-6120
E-Mail n.ihnen@friesland.de

Wohnungsbaugesellschaft Friesland mbH

Bernhard Bruhnken (Geschäftsführer)
Adolf-Ahlers-Straße 6
26441 Jever
Telefon 04461 9301-0
E-Mail b.bruhnken@wohnungsbau-friesland.de



„WOHNEN UMZU“ – Übertragung des „Bielefelder Modells“ auf ein Wohnprojekt mit Diakoniestation in der Stadt Burgdorf

Beschreibung

In Burgdorf (Region Hannover, 30 000 Einwohnerinnen und Einwohner) wird das sog. „Bielefelder Modell“ von der OSTLAND Wohnungsgenossenschaft eG in Kooperation mit der Diakoniestation Burgdorf in angepasster Form umgesetzt.

Nach einem Besuch in Bielefeld entschied sich die Genossenschaft, das „Bielefelder Modell“ in angepasster Form auch in Niedersachsen zu initiieren. Ziel ist neben der Förderung von Nachbarschaftshilfe und ehrenamtlichem Engagement, die Versorgung, bei Bedarf auch im pflegerischen Bereich, zu sichern, ohne eine Pauschale zu erheben. Das heißt, ausschließlich in Anspruch genommene Leistungen werden über die Dienstleisterinnen und Dienstleister, wie z. B. den Pflegedienst, abgerechnet.

Zentrum des Projektes ist eine bestehende Wohnanlage in der Burgdorfer Nordstadt mit 62 Zwei- und Drei-Zimmerwohnungen zwischen 48 m² und 65 m². Die Mieten betragen durchschnittlich 6,- Euro/m² netto. Die Wohnanlage wurde 2007/2008 energetisch und barriere reduziert saniert und im Grundriss verändert. Ein Aufzug ist vorhanden. Das Durchschnittsalter der Mieterinnen und Mieter liegt bei 75 Jahren. Das Wohncafé, das als Gemeinschaftsraum sowohl den Mieterinnen und Mietern der Wohnanlage als auch den in der Nachbarschaft lebenden Personen zur Verfügung steht, ist 69 m² groß.

Das Angebot richtet sich an alle Bewohnerinnen und Bewohner im Umkreis von rund 500 Metern.

Die Kernelemente des Projektes sind:

- eine Anlaufstelle der Diakoniestation, mit Ansprechpartnerin bzw. -partner für die häusliche Versorgung vor Ort,
- ein Wohncafé als lebendiger Treffpunkt im Wohnviertel, welches in Unterstützung der Mieterinnen bzw. Mieter geführt wird und in dem gemeinsame Mahlzeiten eingenommen werden können,
- Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliches Engagement,
- keine Betreuungspauschale – lediglich tatsächlich in Anspruch

genommene Leistungen werden berechnet,

- Wahlfreiheit des Pflegedienstes,
- barrierefreie bzw. barrierereduzierte Wohnungen.

Die Wohnungsgenossenschaft OSTLAND schließt eine Vereinbarung mit der Diakoniestation ab. Deren Aufgabe besteht darin, Pflege und Betreuung im Wohnquartier sicherzustellen und die Nachbarschaftshilfe aufzubauen. Dafür bekommt die Diakoniestation ein Vorschlagsrecht für die Genossenschaftswohnungen innerhalb des Wohnprojektes, um sicherzustellen, dass sich die personelle Präsenz in dem Gebiet „lohnt“.

Die OSTLAND stellt Räume für ein Wohncafé kostenfrei zur Verfügung, die als Nachbarschaftstreff genutzt werden. Die Nebenkosten (Strom und Heizung) für das Wohncafé tragen seit 2011 die Nutzerinnen und Nutzer (z. B. durch Einnahmen aus dem Mittagstisch).

Entsprechend der Idee richtete die Diakoniestation 2009 eine Wohnung als Außenstelle ein. Von dort aus bietet sie Pflege und Betreuung, auch für das umliegende Wohnviertel, an. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Pflegedienstes sind täglich stundenweise vor Ort (am Wochenende eingeschränkt). Darüber hinaus ist der Notruf immer besetzt, so dass im Bedarfsfall Hilfe generiert werden kann.

Das Wohncafé ist tagsüber jederzeit zugänglich – wenn auch nicht immer durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Diakonie besetzt – und wird von Ehrenamtlichen aus der Wohnanlage in Unterstützung der Diakonie betrieben.

- Von Montag bis Freitag wird ein Mittagstisch (Kostenumlage) angeboten. Dieser wird von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Diakonie und Mieterinnen und Mietern des Projektes durchgeführt (einkaufen, kochen etc.).
- Beratungsstunden werden zu allen Fragen des Alltags und auch für Demenzerkrankte angeboten. Auf Wunsch werden Dienst-



leistungen, wie z. B. Haushaltshilfen, Pflege oder Hausnotruf, vermittelt.

- Jeden Mittwoch organisiert die Diakonie Angebote wie zum Beispiel Bingo, Tanzen im Sitzen, Filmnachmittag, Bowling an einer Spielkonsole und gelegentlich auch Gedächtnistraining.
- Jeden 1. und 2. Samstag im Monat findet ein großes Frühstück statt. Dieses wird von den Mieterinnen und Mietern selbst organisiert.

Im Durchschnitt nehmen 15 Personen aus dem Haus und dem Umfeld an den Angeboten teil, an besonderen Veranstaltungen auch deutlich mehr. Für einige Aktivitäten wird eine kleine Kostenumlage veranschlagt.

Die Räumlichkeiten mussten insbesondere für die Gemeinschaftsräume angepasst und umgebaut werden. Ausstattungsgegenstände für ein kleines Büro und den Gemeinschaftsraum mit Küche waren anzuschaffen. Auch für die Öffentlichkeitsarbeit im Quartier entstehen Kosten.

Als laufende Kosten sind beispielsweise der Mietverzicht der OSTLAND bei einer Fläche von 69,37 m² für den Gemeinschaftsraum bei einer ansetzbaren Miete von 5,80 Euro/m² kalt zu berücksichtigen. Der Mietverzicht pro Jahr beträgt damit ca. 5 000 Euro. Der personelle Aufwand der Diakoniestation für Veranstaltungen, Ausflüge, Nachmittagsangebote, Mittagessen und Frühstück beläuft sich auf insgesamt ca. 50 Stunden pro Woche.

Begründung

In Kombination mit den Angeboten der OSTLAND Wohnungsgenossenschaft eG für eine altersgerechte Wohnungsanpassung ermöglicht dieses Modell vielen älteren Menschen, länger selbstständig, selbstbestimmt, bedarfsgerecht und sozial eingebunden in ihrem Quartier wohnen bleiben zu können.

Neben den barrierereduzierten Wohnungen inklusive Aufzug erhalten die Bewohnerinnen und Bewohner (fast) alle erforderlichen Dienstleistungen, um auch bei Betreuungs- und Pflegebedarf in ihrer Wohnung wohnen bleiben zu können. Sie leben nicht in einer isolierten Einrichtung, sondern sind weiterhin eingebun-



Hofbereich der Wohnanlage

den in das Leben in ihrem angestammten Viertel. Viele Kontakte unter den Bewohnerinnen und Bewohnern sind entstanden, sie haben sich nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ vernetzt. Insbesondere die Verknüpfung von Dienstleistungsangeboten der Kooperationspartnerin mit den ehrenamtlich organisierten sozialen Aktivitäten schafft eine Atmosphäre des Miteinanders und gewährleistet einen hohen Grad an Teilhabe auch im Alter und bei Pflegebedarf.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung zu prüfen,

- ob in Ergänzung zu dem aktuellen Programm der sozialen Wohnraumförderung in Niedersachsen zur Umsetzung des Bielefelder Modells zusätzliche Kosten zur Übernahme der baulichen Realisierung entsprechender Projekte übernommen werden können,
- ob das Land – unter Berücksichtigung der erreichten sozialpolitischen Effekte und einer volkswirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Rechnung – Personalkosten für den Aufbau und das Aufrechterhalten derartiger Projekte nach dem Bielefelder Modell übernehmen kann.

OSTLAND Wohnungsgenossenschaft eG

Stephanusstr. 58
30449 Hannover

in Kooperation mit der Diakoniestation Burgdorf
Andreas Wahl, Vorstand
E-Mail andreas.wahl@ostland.de

Mirella Mikolajewska
E-Mail mirella.mikolajewska@ostland.de

Weitere Informationen unter
www.ostland.de/wohnen-leben/wohnen-umzu



74

Projektvorschlag: „Anders als gewohnt“: Onlinebasierte Tool-Box für die Realisierung neuer Wohnmodelle im ländlichen Raum

Beschreibung

Die demografische Entwicklung und veränderte familiäre Strukturen stellen die Dörfer, aber auch die Klein- und Mittelstädte im ländlichen Raum, vor erhebliche Herausforderungen.

Es gibt eine große Vielfalt von Lösungen, die den demografischen Wandel für den Bereich des altersgerechten, inklusiven und generationenverbindenden Wohnens und Lebens zu einer Chance machen; viele dieser Lösungen sind interessanterweise „anders als gewohnt“ und weichen von klassischen Vorsorge- und Versorgungsstrategien ab.

Wohnen in neuen Wohnformen als Alternative zur Verein-samung im Alter, Wohnen in neuen Wohn-Pflege-Formen als Alternative zum klassischen Pflegeheim und Wohnen in sozial gut aufgestellten Nachbarschaften als Alternative zu Siedlungen ohne sozialen Zusammenhalt: Neue Wohnkonzepte stärken Quartiere und Dörfer, indem sie die Potenziale des „Wir“ entfalten – auch bei altersbedingten Einschränkungen, bei Krankheit oder Behin-derung.

Die onlinebasierte Tool-Box vom FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e. V. macht die Vielfalt der neuen Modelle sichtbar und ermöglicht auf einfachem Wege den Zugang für engagierte Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die zunehmende Zahl an Kommunen und Wohnungsunternehmen, die neue Wohnmodelle initiieren und fördern möchten.

Eine schnelle Orientierung zur Erstinformation ist unkompliziert möglich. Zugleich können vertiefende Fachinformationen sowie das jeweilige für die Umsetzung erforderliche Handwerkszeug gut auffindbar zur Verfügung gestellt werden.

In der onlinebasierten Tool-Box werden auf der ersten Ebene innovative Wohnmodelle zur Auswahl vorgestellt, z. B.:

- alt werden und wohnen bleiben im Dorf, auch bei Unterstüt-zungs- und Pflegebedarf,
- Versorgungssicherheit im Quartier schaffen,
- gemeinschaftliches Wohnen als Mehrgenerationenwohnen und im Alter, für eine Inklusion im Wohnen.

Die Modelle werden ausführlich dargestellt, so dass die Nutzerin-nen und Nutzer einen Überblick über die verschiedenen Möglich-keiten erhalten. Weiterführende Fachinformationen verschaffen der Nutzerin und dem Nutzer einen schnellen Zugang zu Informa-tionen zu einzelnen Themenbereichen. Literaturhinweise und Links dienen dem einfachen Auffinden von vertiefenden Informationen. Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner finden sich hier.

Auf der nächsten Ebene sind für jedes Wohnmodell mindes-tens ein bis zwei realisierte Beispiele aus Niedersachsen und anderen Bundesländern zu sehen. Die Beispiele werden beschrie-ben und mit Fotos, Plänen etc. dargestellt. Infomaterialien aus den Beispielen werden veröffentlicht. Filmische Beiträge, Presseartikel u. a. zur Illustration der Projekte können Bestandteil der Darstel-lung sein. Gute Praxisbeispiele aus Niedersachsen, z. B. Beispiele aus den Empfehlungen des Zukunftsforums, aus Förderprogram-men des Bundes, Landes oder einzelner Landkreise, können anderen auf diese Weise zur Nachahmung dienen und ihnen die Möglichkeit geben, von den konkreten Erfahrungen zu profitie-ren. Arbeitsergebnisse, Stolpersteine und Herausragendes in der Entwicklung der Projekte werden Akteurinnen und Akteuren zugänglich gemacht.

Anhand der Beispiele werden auf der nachfolgenden Ebene die Bausteine für die Realisierung eines Projektes dargestellt.

Als Bausteine dargestellt werden beispielsweise:

- die Finanzierung,
 - die Rechtsform,
 - die Kooperation der Akteurinnen und Akteure,
 - Grundstücksvergaben für kommunale Grundstücke
- und weiteres mehr mithilfe einer Erläuterung zu den Erfolgsfak-



Mehrgenerationenwohnen aktiv mitgestalten – die Tool-Box enthält weiterführende Informationen zur Realisierung neuer Modelle des gemeinschaftlichen Wohnens

toren und Hemmnissen, mit Vertrags- und Satzungsmustern und Tipps zur Umsetzung.

Durch die Nutzung der Materialien aus schon realisierten Projekten können vertiefende Informationen und konkrete, in der Praxis erprobte, Arbeitshilfen gegeben werden. Kontakte zu den Ansprechpartnerinnen und -partnern in den Projekten (z. B. für Exkursionen) ergänzen die Informationen.

Begründung

In Niedersachsen ist der Bedarf an Informationen und Beratung zu innovativen Wohnmodellen hoch. Viele verschiedene Akteu-rinnen und Akteure sind an der Realisierung oder Unterstützung innovativer Formen des Wohnens und Lebens interessiert, insbe-sondere viele Kommunen und bürgerschaftlich Engagierte. Bei den vorhandenen Beratungsstellen ist dieses Spezialwissen in der Regel nicht vorhanden.

Mit der onlinebasierten Tool-Box haben die unterschied-lichsten Akteurinnen und Akteure einen Zugang zu den speziell für Niedersachsen zur Verfügung gestellten Informationen. Sie sehen niedersächsische Beispiele, möglichst aus ihrer Region, und erhalten vertiefende Informationen, so dass eine Breitenwirkung hergestellt werden kann.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, zur Umsetzung eines solchen Werkzeugkastens beizu-tragen, indem die onlinebasierte Darstellung, Ana-lyse, Auswertung und Dokumentation insbesondere niedersächsischer Beispiele innovativer Wohnmodelle unterstützt wird.

FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e. V. Bundesvereinigung

Hildesheimer Str. 15
30169 Hannover
E-Mail info@fgw-ev.de

Weitere Informationen unter
www.fgw-ev.de

www.neues-wohnen-nds.de



4.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

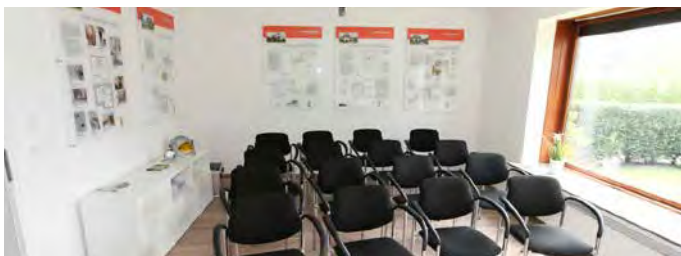
4.2.2 Im Alter sozial getragen und technisch gestützt

75 „Musterhaus zum Wohnen mit Zukunft“ im Landkreis Osterholz

Beschreibung

Um auch den Lebensabend genießen und im eigenen Heim verbringen zu können, sind viele Menschen auf Barrierefreiheit angewiesen. Gerade die Frage nach dem Wohnumfeld beeinflusst die Wohn- und Lebensqualität sehr stark – insbesondere mit fortschreitendem Alter. Viele Menschen möchten auch im Alter im vertrauten Umfeld leben. Wenn die körperliche Bewegungsfähigkeit allmählich abnimmt, können sich bislang selbstverständliche Bestandteile der Wohnung in wahre Stolpersteine verwandeln, die den Alltag erschweren. Im schlimmsten Fall entstehen unüberwindbare Hindernisse, die das Leben in den eigenen vier Wänden unmöglich erscheinen lassen. Exemplarisch können Stufen im Eingangsbereich eines Hauses, steile und enge Treppen, viel zu hoch eingebaute Lichtschalter und nicht zuletzt für Rollstühle ungeeignete Arbeitsbereiche genannt werden.

Angesichts des demografischen Wandels kommt diesem Problem eine besondere Bedeutung zu: Die Anzahl der Menschen im hohen Alter nimmt rasant zu, während sich das Angebot an geeignetem Wohnraum deutlich weniger dynamisch entwickelt. Es



Das Musterhaus zum Wohnen mit Zukunft besitzt im Erdgeschoss einen Veranstaltungsraum, in dem Besuchergruppen begrüßt werden und monatliche Veranstaltungen beispielsweise zum Thema Hausnotruf stattfinden



Die Außenansicht des vor rund 50 Jahren erbauten Einfamilienhauses, das in das Musterhaus zum Wohnen mit Zukunft umgebaut wurde

droht gerade in ländlichen Bereichen ein Mangel an Wohnraum, der den Bedürfnissen der älter werdenden Bevölkerung Rechnung trägt. Dabei könnten sich im Grunde viele Menschen frühzeitig vorbereiten und durch eine rechtzeitige Anpassung ihrer Wohnungen möglichen Schwierigkeiten im Alter vorbeugen. Hierfür muss es nicht immer ein kompletter Umbau sein. Oft reichen auch kleine Maßnahmen oder eine geschickte Umnutzung der vorhandenen Fläche.

Vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung des Themas „Wohnen im Alter“ hat der Landkreis Osterholz zusammen mit der Kreissparkasse Osterholz und der Kreishandwerkerschaft Bremervörde/Osterholz/Verden das Projekt „Musterhaus zum Wohnen mit Zukunft“ initiiert. In seiner Konzeption unterscheidet es sich jedoch von gewöhnlichen Musterhäusern: Es stellt kein perfektes Gebäude dar, sondern präsentiert anschaulich exemplarische Lösungen und ist als ein Haus der Möglichkeiten zu verstehen. Sowohl Beratung als auch Inspiration und eigenes Ausprobieren sind möglich.

Ziele des Musterhauses sind die Information und Sensibilisierung der Menschen zum Thema „Wohnen im Alter“, das Anbieten allgemeiner und individueller Hilfestellungen bei Umbauüberlegungen sowie die Stärkung der Kompetenzen des regionalen Handwerks.

Eine etwa 50 Jahre alte, nicht barrierefreie Immobilie wurde in eine Art Musterhaus umgestaltet, welches Teillösungen zum altersgerechten Wohnen bietet.

Umbauten erfolgten z. B. im Erdgeschoss. Hier wurde das ehemalige Kinderzimmer in ein modernes, rollstuhlgerechtes Badezimmer mit ebenerdiger, geräumiger Dusche und unterfahrbarem Waschtisch umgebaut. Dabei wurde auch ein schwellenloser Zugang hergestellt.



Eine andere Lösung wurde für das ursprüngliche Badezimmer im Dachgeschoss gefunden: Es wurde bewusst nicht baulich verändert. Dort werden verschiedene Hilfsmittel ausgestellt, die eine Nutzung im Alter weiterhin ermöglichen. Hierzu zählen u. a. eine Toilettensitzerhöhung mit Haltegriffen, ein Badewannenlifter zum leichteren Einsteigen in die Wanne, ein Hocker vor dem Waschbecken, eine Funkfliese zum Absetzen eines Notrufes und verschiedene Haltegriffe.

Das Musterhaus versteht sich als ein „Erlebnis-Haus“: Trepplift, Rollatoren, Rollstühle und weitere Hilfsmittel stehen bereit und können von den Besucherinnen und Besuchern vor Ort ausprobiert werden. Zudem werden monatlich kostenfreie Veranstaltungen zu verschiedenen Themenschwerpunkten (Demenz, Hausnotrufsysteme, etc.) angeboten. Die Resonanz ist durchweg positiv. Zudem zeigt sich, dass die Veranstaltungen bereits einen festen Platz im Veranstaltungsprogramm des Kreisgebietes gefunden haben und dadurch durchgängig regen Zuspruch erfahren. Neben den Veranstaltungen werden vielfältige Gruppen und Einzelpersonen zu Führungen empfangen.

Neben der Beratungs- und Sensibilisierungsfunktion soll mit dem Musterhaus das regionale Handwerk für altersgerechte Umbauvorhaben geschult werden, da dies zukünftig vermehrt von Bedeutung sein wird.

Unterstützt werden die Eindrücke der baulichen Veränderungen durch erläuternde Informationstafeln. Diese weisen z. B. auf besondere Problemlagen in Bestandsimmobilien hin oder zeigen auf, wo Veränderungspotenziale liegen. Auch werden Möglichkeiten aufgezeigt, die Wohnqualität über die Schaffung von Barrierefreiheit hinaus nachhaltig zu erhöhen.

Das Musterhaus „Wohnen mit Zukunft“ wurde als eines von 18 Projekten im Rahmen des Programms „Qualifizierung des Handwerks – Chancen der älter werdenden Gesellschaft erkennen und fördern“ ausgewählt und finanziell unterstützt. Das Programm ist Teil der Initiative „Zuhause im Alter“, mit der das selbstbestimmte Wohnen älterer Menschen gestärkt und die Nachbarschaft und das Wohnumfeld dabei aktiv einbezogen werden sollen.



Die barrierefreie rollstuhlgerechte Küche im Erdgeschoss des Hauses erlaubt es den Bewohnerinnen und Bewohnern mit Hilfe von technischen Einrichtungen wie dem absenkbaren Hängeschrank oder von Hilfsmitteln wie dem Fensteröffner eigenständig zu leben

Begründung

Im „Musterhaus zum Wohnen mit Zukunft“ werden unterschiedlichste Möglichkeiten und Umsetzungsalternativen für ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter gezeigt. Damit wird den Menschen – unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten – bewusst gemacht, welche Gestaltungsmöglichkeiten sie in der eigenen Wohnung haben und dass es vielfältige Möglichkeiten gibt, diese auch im fortgeschrittenen Alter barrierefrei zu nutzen. Dies geschieht unter Einbindung und gleichzeitiger Schulung ortsansässiger Handwerksbetriebe. Das „Musterhaus zum Wohnen mit Zukunft“ leistet somit auch einen innovativen Beitrag zur Stärkung der Region.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, Beispiele für den altersgerechten Umbau von Bestandswohnungen flächendeckend stärker bekannt zu machen und dadurch insbesondere ein wachsendes Bewusstsein für die mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen zu schaffen.

Landkreis Osterholz

Frau Jana Lindemann

Telefon 04791 930-204

E-Mail jana.lindemann@landkreis-osterholz.de



Beschreibung

In der emsländischen Gemeinde Vrees mit ihren ca. 1 800 Einwohnerinnen und Einwohnern hat sich die Dorfgemeinschaft aufgemacht, durch verschiedene Maßnahmen kontinuierlich eine Verbesserung des Dorflebens zu erzielen und für eine alternde Bevölkerung lokal eine gute Perspektive in der kleinen Gemeinde sicherzustellen. Langfristiges Ziel ist es, dass niemand das Dorf verlassen muss und viele Dorfbewohnerinnen und -bewohner möglichst in den „eigenen vier Wänden“ verbleiben können.

Bereits vor ca. acht Jahren wurden gemeinsam in einer lokalen Arbeitsgruppe unter dem Motto „Wir für euch – Alt werden in Vrees“ konkrete Lösungsstrategien für eine zukunftsfähige Dorfgemeinschaft entwickelt. Anstatt auf ein gewinnorientiertes Modell eines Investors zu setzen, entschied sich die Gemeinde für ein kostenneutrales Konzept mit einer ehrenamtlichen Einbindung vieler Einwohnerinnen und Einwohner und professioneller Unterstützung von Fachkräften. Mithilfe einer speziellen Softwarelösung soll das ehrenamtliche Engagement optimal koordiniert werden. Ferner entstand mitten im Ortskern ein neues Gebäude als Multifunktionshaus für Jung und Alt. Die Dorfbewohnerinnen und -bewohner können hier gemeinsam mit ihren Freunden und Bekannten Zeit verbringen. Gleichzeitig sieht das Nutzungskonzept vor, das soziale Miteinander zu fördern, und Raum für Gemeinschaft zu bieten. Diese Versorgungs- und Dienstleistungszentrale ist mit baulichen-investiven Mitteln im Rahmen des Programms „Soziales Wohnen – Zuhause im Alter“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert worden.

Aktuell sind ergänzend zum Multifunktionshaus in zentraler Lage Wohnungen sowie Schlafmöglichkeiten für ältere Menschen, die gerne mit anderen zusammenleben möchten, in der Umsetzung. Mit dieser innovativen Idee kann jede Vreeserin bzw. jeder Vreeser ein Leben lang inmitten des Ortskerns Teil der Dorfgemeinschaft bleiben. Hier wird eine Förderung im Rahmen des Programms „Wohnen und Pflege im Alter“ des Niedersächsischen Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie genutzt.

Als Erfolgsschlüssel auf diesem Zukunftsweg sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Einbindung in Aktivitäten der Dorfgemeinschaft,
- Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten in den eigenen vier Wänden oder in gemeinschaftlich organisierten Wohnmodellen,
- Entlastung und Verbesserung der Zusammenarbeit der Angehörigen, Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen,
- Verbesserung der Kommunikationsmittel für Kontakte über die Gemeindegrenzen hinweg, zum Beispiel durch Erschließung vorhandener Technologien durch altersgerechte Adaption (z. B. adaptive „smarte“ Kommunikationsinstrumente zur Teilhabe),
- Entwicklung und Integration assistiver Technologien im häuslichen (stationär) und hausnahen Umfeld (mobil, z. B. im Garten, körpernah) zur Aufrechterhaltung bzw. Steigerung der Versorgungssicherheit (Gesundheit, Pflege, Alltag) und Entwicklung assistiver Systeme für eine integrative, situationsorientierte Bereitstellung von Betreuung, Pflege und medizinischer Versorgung auf Seiten der Leistungserbringerinnen und -erbringer.

Der soziale Zusammenhalt, die Nachbarschaftshilfe sowie ein generationsübergreifender Dialog und die Stärkung und Förderung sozialer Netzwerke gehören heute schon zu festen Bestandteilen der lokalen Aktivitäten. Hier sind die Akteurinnen und Akteure vor Ort unermüdlich dabei, Netzwerkstrukturen weiterzuentwickeln, auch durch Unterstützung innovativer technischer Lösungen beispielsweise für ein effektives „Ehrenamtsmatching“. Dieser Projektansatz ist zugleich Bestandteil der bisherigen und aktuellen deutsch-niederländischen INTERREG-Projektplanung mit dem Titel „Vitales Dorf“. Ebenso passt die Teilnahme der Gemeinde Vrees gemeinsam mit dem Landkreis Emsland beim bundesweiten Modellprojekt „Demografiewerkstatt Kommunen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ins Gesamtbild.

Begründung

Die zukunftsorientierten Aktivitäten in Vrees reagieren auf wesentliche demografische Herausforderungen:

Die Herausforderung „Wohnen bedarfsgerecht, bezahlbar und in integrierten Lagen zu fördern – gut versorgt und mittendrin dabei“ zu sein, wird durch die Gesamtplanung in zentraler Lage in der Gemeinde Vrees aufgegriffen. Für die im Ort verbleibenden Seniorinnen und Senioren soll der Alltag durch kurze Wege möglichst optimiert werden.

Das selbstbestimmte Wohnen im Alter zu ermöglichen und wohnortnahe soziale Dienstleistungen auszubauen, ist ganz offensichtlich ein grundlegender Gedanke der mittlerweile mehrjährigen Planungen in Vrees. Beispielsweise ist die Gemeinde seit September 2013 in das Förderprogramm „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“ (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben) aufgenommen worden. Auf die gewonnenen Erkenntnisse in Bezug auf die Bedarfslagen von Betroffenen im Bereich Demenz kann zurückgegriffen werden, so dass sich diese Allianz nahtlos in die Gesamtaktivitäten einfügt.

Die demografische Herausforderung wird in Vrees angenommen, indem strukturierte und moderierte Kommunikationsprozesse vor Ort über das zukünftige Wohnen initiiert, gefördert und verstetigt werden, unterstützt durch das bereits jahrelange Engagement der speziellen Arbeitsgruppe „Wir für Euch – Alt werden in Vrees“ und die kontinuierliche Projektarbeit.

Das Projekt reagiert in vorbildlicher Weise auf die Herausforderung, bürgerschaftliche Ideen und Projekte aufzugreifen und zu unterstützen. Offensichtlich zeichnet sich die Dorfgemeinschaft in der Gemeinde Vrees durch einen starken Zusammenhalt und ein reges Vereinsleben aus. Als entscheidend angesehen wird ein hohes ehrenamtliches Engagement, das sich durch alle Generationen zieht. Die Gemeinde hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder gemeinsam mit den Vereinen und den Bürgerinnen und Bürgern für innovative und damit neue Projektansätze interessiert und vieles auch umgesetzt. Ein Indiz für die gelungene Bürgerbeteiligung und die Kreativität der Gemeinde gibt die enor-



Empfang beim Bürgerhaus in Vrees zum Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“

me Erfolgsbilanz beim Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“. Vielleicht ist das Erfolgsrezept ganz einfach: Im Mittelpunkt steht stets der Mensch. Damit dieser Prozess zukünftig die bisherige Dynamik behält oder sogar noch verstärkt, soll der vorhandene Arbeitskreis zeitnah in einen Verein überführt werden. Dieser Verein wird sich dann noch intensiver mit den oben genannten Themen beschäftigen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Umsetzung vergleichbarer Initiativen auch an anderen Orten in Niedersachsen zu unterstützen und entsprechende Aktivitäten aktiv zu begleiten oder entsprechende Kommunikationsprozesse zu fördern.

Gemeinde Vrees

Bürgermeister Heribert Kleene
Werlter Str. 9
49757 Vrees
Telefon 04479 94840
E-Mail kock@werlte.de

Weitere Informationen unter
www.vrees.de



77

„Lebendige Gemeinschaften – das Miteinander stärken“ im Landkreis Emsland

Beschreibung

Mit der Aktion „Lebendige Gemeinschaften – das Miteinander stärken“ werden Impulse für ein auf Kooperation ausgerichtetes regionales und lokales Ehrenamtsmanagement auf den Weg gebracht. In den ersten Projektjahren 2014/2015 gingen zu diesem Zweck zunächst Beteiligte aus sieben emsländischen Kommunen (Samtgemeinden Dörpen, Lengerich und Sögel, Gemeinden Geeste und Salzbergen, Städte Haren (Ems) und Meppen) in einem mehrtägigen Workshop der Frage nach, was aus einer Gemeinschaft eine „lebendige“ Gemeinschaft macht und entwickelten ortsspezifische Projektansätze. Die Projektideen wurden von Anfang an in sog. Tandems von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen konstruiert.

Für die Planung und Durchführung einer geeigneten Fortbildung holten sich alle Akteurinnen und Akteure die Unterstützung durch das Kuratorium Deutsche Altershilfe aus Köln.

Ergebnisse aus dem Gemeinschaftsprozess der beteiligten Tandems, die für die Dauer der Projektentwicklung und während der

Umsetzungsphase vom Ehrenamtsservice des Landkreises Emsland begleitet worden sind, wurden bei einem Fachtag „Jung und Alt – gemeinsam in die Zukunft“ am 06. November 2015 in Meppen präsentiert. Erste Projekte haben inzwischen Gestalt angenommen, weitere Projektansätze sind noch in Planung.

Dörpen: „Gemeinschaft mit Herz“

Bedarfsorientiert bietet die Gemeinde Dörpen (ca. 5 000 Einwohnerinnen und Einwohner) über die Servicestelle Ehrenamt gemeinsam mit lokalen Akteurinnen und Akteuren wie der Katholischen Frauengemeinschaft, dem Malteser Hilfsdienst, der katholischen und evangelischen Kirchengemeinde und der ehrenamtlichen Seniorenbegleitung Serviceleistungen bei der Alltagsbewältigung, der Freizeitgestaltung und zum ehrenamtlichen Engagement an.

Lengerich: „Tatort Dorfmitte“

Zur Steigerung der Lebensqualität in der Gemeinde Lengerich (ca. 3 000 Einwohnerinnen und Einwohner) wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche generationenübergreifende Aktionen für Seniorinnen und Senioren und für Jugendliche durchgeführt. Das aktuelle Angebot sieht durch eine koordinierende Stelle eine

gezielte Ansprache der Zielgruppen vor, um Besuchs- und Begleitedienste von Ehrenamtlichen für ältere Menschen zu organisieren.

Geeste: „Margarete Mobil“

Ein Mobilitätsangebot mit ehrenamtlichem Fahrdienst zu Arztterminen oder zum Einkaufen soll für die Gemeinde Geeste (ca. 11 000 Einwohnerinnen und Einwohner) realisiert werden. Der Malteser Hilfsdienst wird dieses Vorhaben maßgeblich mitgestalten und gemeinsam mit Ehrenamtlichen aus der Gemeinde organisieren und durchführen.

Meppen: „Märchenhaftes Meppen“

Unter der Federführung des Freiwilligenzentrums Meppen in Trägerschaft des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Emsland e. V. wird in der Stadt Meppen (ca. 35 000 Einwohnerinnen und Einwohner) die Ausbildung zu ehrenamtlichen Märchenerzählerinnen und Märchenerzählern für Jugendliche und Erwachsene angeboten. Zielgruppe für diese spezielle Fortbildung sind zukünftige Pädagoginnen und Pädagogen der Berufsbildenden Schulen (Fachbereich Soziales) und Ehrenamtliche in der Seniorenarbeit, in der Arbeit mit Kindern in Kindergärten und Grundschulen oder auch mit Flüchtlingen.

Begründung

Die modellhafte Workshopreihe zum Aufbau von Gemeinschaft fördernden Projekten überzeugt insbesondere durch ihre strukturierte und moderierte Kommunikation. Von entscheidender Bedeutung für das erarbeitete Konzept ist, dass sich über die regional verankerte effektive Netzwerkarbeit und Koordination im Ehrenamtsmanagement in den beteiligten Kommunen Tandemkonstellationen und damit funktionierende Strukturen bilden, die aus mindestens einer oder einem Hauptamtlichen und einer oder einem Ehrenamtlichen bestehen. Dabei sind unterschiedliche hauptamtliche Strukturen denkbar. Neben den grundlegenden inhaltlichen Fortbildungselementen wurden in der gesamten Workshopreihe die Bausteine Projektbegleitung und gegenseitige Unterstützung sowie (kollegiale) Beratung berücksichtigt.

Bei dieser Initiative hat es sich als passend erwiesen, die Landkreisebene zu wählen, um eine entsprechende Anzahl von Akteurinnen und Akteuren mit ähnlichen örtlichen Einzelaktionen für die Bausteine zusammenführen zu können.

Neben dem zielführenden Kommunikationsprozess wird bei der Aktion „Lebendige Gemeinschaften – das Miteinander stärken“ positiv bewertet, dass sich bürgerschaftliche Ideen und Projektansätze, wie die beschriebenen Beispiele zeigen, hervorragend aufgreifen lassen und nicht zuletzt durch die spezifische Tandemstruktur die notwendige Unterstützung erfahren.

Außerdem bietet sich diese Projektkonstellation im Hinblick auf die weitere demografische Herausforderung geradezu an, den sozialen Zusammenhalt und das Thema Nachbarschaftshilfe sowie einen generationsübergreifenden Dialog und soziale Netzwerke zu stärken, zu fördern, zu initiieren und zu begleiten. Hier spiegeln sich wesentliche Merkmale einer „lebendigen Gemeinschaft“ wider.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche weiter zu verbessern. Strukturierte und moderierte Kommunikationsprozesse bzw. entsprechende Workshopreihen mit Tandempartnerinnen und Tandempartnern (Hauptamtliche und Ehrenamtliche) sollten gefördert werden.

Landkreis Emsland – Ehrenamtsservice

Ordeniederung 1

49716 Meppen

Telefon 05931 44-0

E-Mail ehrenamt@emsland.de

Weitere Informationen unter

www.emsland.de

www.ehrenamt-emsland.de

www.tatort-dorfmitte.de



Teilnehmerinnen und Teilnehmer



„Dorfgemeinschaft 2.0 – Das Alter im ländlichen Raum hat Zukunft (Dorf 2.0)“ in der Grafschaft Bentheim und im südlichen Emsland

Beschreibung

Das Projekt „Dorfgemeinschaft 2.0“ des Vereins „Gesundheitsregion EUREGIO e. V.“ (Gründung im Juni 2011) wollen die Grafschaft Bentheim (Landkreis Grafschaft Bentheim) und das südliche Emsland (Landkreis Emsland) mit konkreten Schritten auf den demografischen Wandel vorbereiten. Wissenschaftlich begleitet wird das Projekt von der Universität und der Hochschule Osnabrück. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert das Modellvorhaben mit sechs mittelständischen Unternehmen und drei Einrichtungen aus der Region im Rahmen des Demografiewettbewerbs „Innovationen für Kommunen und Regionen im demografischen Wandel“ (InnovaKomm). Darüber hinaus sind mehr als 50 assoziierte Projektpartnerinnen und Projektpartner beteiligt. Die Projektlaufzeit beträgt fünf Jahre: vom 1. November 2015 bis zum 31. Oktober 2020. Das Projektvolumen liegt bei 5,82 Millionen Euro, wobei der Förderanteil durch das BMBF mit 85 Prozent bei rund fünf Millionen Euro liegt.

Neun Projektpartnerinnen und Projektpartner haben sich aus dem Verein Gesundheitsregion EUREGIO mit rund 140 Mitgliedern in einem Projektverbund „Dorfgemeinschaft“ zusammengeschlossen, um mit Unterstützung des Bundes den demografischen Wandel im ländlichen Raum zu meistern. Die traditionell gewachsenen Dorfgemeinschaften z. B. in der Nieder- und Obergraftchaft und im Emsland sind eine wichtige Grundlage, um die künftigen demografischen Herausforderungen gemeinsam zu stemmen. Traditionelle Errungenschaften sollen innovativ und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

In der „Dorfgemeinschaft 2.0“ geht es um eine rollende Praxis, E-Mobilität, Smart-Home-Technologien, digitale Pflege und altersgerechte Mensch-Technik-Interaktion (AAL), aber auch um „Dorfläden“ und neue genossenschaftliche Strukturen an den „Satellitenstützpunkten“ im ländlichen Raum.

Ziel ist es, Technik als Wegbereiterin für soziale Innovationen einzusetzen. Die Basis bildet der „Virtuelle Dorfmarktplatz“, also eine netzbasierte, digitale Koordinationsplattform für nachbarschaftliche Hilfen, auf dem die Dienste zusammengeführt und zugänglich gemacht werden. Im ehemaligen Marienkrankenhaus in Nordhorn wird das „physische Zentrum“ des Projekts eingerichtet. Darüber hinaus werden in mehreren Ortschaften Dependancen geschaffen.

An technologische und soziale Innovationen werden hierbei hinsichtlich ethischer Verankerung, Datenschutz und Technologieakzeptanz hohe Anforderungen gestellt. „Effizienz durch Bündelung“ ist der Ansatz vieler Projekte, die eine flächendeckende Versorgung und Pflege im ländlichen Raum sicherstellen sollen.

Projektpartner im Projektverbund sind:

Gesundheitsregion EUREGIO e. V.; Universität Osnabrück, Osnabrück; Hochschule Osnabrück, Osnabrück; EUREGIO-KLINIK Grafschaft Bentheim Holding GmbH, Nordhorn; ENO telecom GmbH, Nordhorn; I.T. Out GmbH, Nordhorn; Bentheimer Eisenbahn AG, Nordhorn; LEBENSHILFE Nordhorn gGmbH, Nordhorn; optadata.com GmbH, Essen

Begründung

Die Mehrheit der Menschen möchte im Alter am liebsten in ihrer gewohnten Umgebung, in den eigenen vier Wänden leben, und das am besten so lang wie möglich. Noch wichtiger als ein intaktes Umfeld sind ihnen gute nachbarschaftliche Beziehungen und gut erreichbare Nahversorgungsangebote. Gefragt sind gegenseitige Hilfe, Hilfe von Familienangehörigen, Nachbarinnen und Nachbarn sowie Freundinnen und Freunden. Viele Menschen sagen jedoch, dass sie niemanden hätten, der ihnen hilft. Die Maßnahmen, die „Dorfgemeinschaft 2.0“ anbietet, sollen



Dorfgemeinschaft 2.0

den älteren Bürgerinnen und Bürgern in wichtigen Fragen des Alltags weiterhelfen und dazu beitragen, dass sie möglichst lange selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld leben können. Es geht um ein die alltäglichen Belange umfassendes Versorgungskonzept, unterstützt durch technische Assistenzsysteme im Haus, im Garten und beim Einkauf. Gerade der ländliche Raum wird bei der Frage der Begleitung und der Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels auf derartige technische Hilfestellungen zurückgreifen müssen. Insofern dürften bei diesem Projekt Erfahrungen gesammelt werden, die grundsätzlich auch auf andere Regionen übertragbar sind.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Erfahrungen aus dem Projekt „Dorfgemeinschaft 2.0 – Das Alter im ländlichen Raum hat Zukunft (Dorf 2.0)“ auszuwerten und den Wissenstransfer zu unterstützen.

Gesundheitsregion EUREGIO e. V.

Thomas Nerlinger
Färbereistraße 2 – 8
48529 Nordhorn
Telefon 05921 822080
E-Mail thomas.nerlinger@gesundheitsregion-euregio.eu

Weitere Informationen unter
www.dorfgemeinschaft20.de



4.2 Beispiele guter Praxis und eigene Projektvorschläge

4.2.3 Lebenswerte Zukunft für Dörfer und Orte im ländlichen Raum

79 „Eine neue Dorfmitte für Linsburg“

Beschreibung

Linsburg ist Mitgliedsgemeinde der Samtgemeinde Steimbke im Landkreis Nienburg/Weser mit ca. 950 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die verkehrsgünstige Lage zwischen der vierspurig ausgebauten Bundesstraße B 6 und der Bahnstrecke Hannover-Bremen mit stündlichem S-Bahn Halt – Linsburg ist die einzige Gemeinde in der Samtgemeinde mit S-Bahn-Anbindung – sowie die ländlich geprägte, waldreiche Umgebung tragen dazu bei, dass sich die vor Jahren maßvoll ausgewiesenen Neubaugebiete nahezu vollständig gefüllt haben und auch diverse Baulücken im Ort geschlossen werden. Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner hält sich daher trotz der auch hier absehbaren Folgen des demografischen Wandels immer noch konstant. Der Wandel der Betriebsstrukturen in der Landwirtschaft wirft jedoch Probleme auf und führt zusammen mit dem Schwund öffentlicher Einrichtungen vermehrt zu Leerständen bei der dörflichen Bausubstanz. Gemeindliche Einrichtungen wie Kindergarten, Krippe und Turnhalle sind zwar noch vorhanden, der Rückzug von Einrichtungen zur Deckung des täglichen Bedarfs mit Nahversorgungsangeboten ist jedoch bereits deutlich spürbar, Einkaufsmöglichkeiten und Banken sind nach und nach verschwunden. Nach Schließung der letzten Gaststätte am Ort fehlt dem Linsburger Gemeinderat ein geeigneter Versammlungsraum. Dieser komplexen Problemlage soll mit der Entwicklung eines eigenen Dorfladens in Kombination mit Dorfgemeinschaftshaus und Pflegestation, der spezifischer Wohnraum zugeordnet sein soll, begegnet werden.

Die Initiative für einen selbst organisierten Dorfladen – nicht nur zur Sicherstellung der Versorgung, sondern auch als Ort der dörflichen Kommunikation – wurde im Mai 2013 durch Bürgermeister und Gemeinderat gestartet; in der Folge gründeten sich

Arbeitsgruppen, die in der ansässigen Bevölkerung breit verankert sind. Im November 2014 wurde der Verein „Dorfladen Linsburg“ gegründet und im Juli 2015 aufgrund einer Anerkennung durch den Landkreis Nienburg/Weser in die Rechtsform eines wirtschaftlichen Vereins (w. V.) überführt.

Im Zuge der wissenschaftlichen Begleitung durch die Leibniz Universität Hannover, Fakultät für Architektur und Landschaft, entstanden im Rahmen eines studentischen Projektes aufgrund von baulich- und sozialräumlichen Analysen sowie Bedarfsabschätzungen und Interviews mit verschiedenen Ansprechpartnerinnen und -partnern 2014/15 Entwürfe für eine neue Ortsmitte,



Die künftige Heimstatt des Dorfladens und Dorfgemeinschaftshauses Linsburg. Ausgangssituation vor dem Um- und Ausbau – Februar 2016

die den geplanten Dorfladen mit weiteren Nutzungen für Wohnen und dörfliche Gemeinschaft anreicherten und so auch dem öffentlichen Raum wieder Leben einzuhauchen versprochen.

Die Gemeinde erwarb mit einem ehemaligen Gasthaus und einer brachliegenden Hofstelle inzwischen zwei in zentraler Lage und in unmittelbarer Nachbarschaft gelegene Schlüsselgrundstücke, um hier eine geordnete Entwicklung für eine neue Ortsmitte einleiten zu können. Für Umbau und Umnutzung des ehemaligen Gasthauses mit Dorfladen und Dorfgemeinschaftshaus konnten bereits Fördermittel aus dem Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ eingeworben werden, für die Hofstelle ist noch

eine Investorin bzw. ein Investor zu finden. Der Gemeinde ist es wichtig, den Prozess der Entwicklung einer neuen Mitte in öffentlich-privatem Einvernehmen kooperativ zu gestalten, indem man die Bürgerschaft von Anfang an mittels Informationsveranstaltungen und einer umfänglichen Website (www.dorfladen-linsburg.de) in nahezu alle Aspekte der Entwicklung einbindet. Derzeit ist man auf der Suche nach einem geeigneten Architekturbüro zur baulichen Umsetzung der Ideen.

Projekträgerin und Projektträger sind die Gemeinde Linsburg und der Wirtschaftliche Verein Dorfladen Linsburg w. V..

Begründung

Das Projekt reagiert mit einem breiten, multifunktionalen Ansatz auf die Herausforderung, wohnortnahe soziale Dienstleistungen auszubauen, um so u. a. auch selbstbestimmtes Wohnen und Leben im Alter zu ermöglichen. Es erkennt die Ankerfunktion des kleinteiligen Einzelhandels mit Schwerpunkt auf regionalen Produkten und seinen positiven Auswirkungen für eine fußläufige Nutzung der öffentlichen Räume, die aufgrund kurzer Wege möglich wird. Es weiß gleichzeitig um die Fragilität der einsamen Nutzung und ordnet dem Dorfladen sogleich die Einrichtung eines Dorfgemeinschaftshauses zu, um den Bedürfnissen der auf kurze Wege zur Nahversorgung angewiesenen Bewohnerinnen und Bewohner zu entsprechen. So entsteht ein neuer Ortsmittelpunkt, der durch eine sozial orientierte Nutzungsmischung neues Leben und einen vielfältig nutzbaren öffentlichen Außenraum verspricht.

Der Prozess ist unter Beteiligung eines großen Teils der Dorfbewohnerinnen und -bewohner von Seiten der öffentlichen Hand in die Wege geleitet worden. Der politische Wille ist vorhanden und stützt das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach einem baulich präsenten Mittelpunkt für Austausch und Kommunikation, soziale Beziehungen und gesellschaftliches Leben. Der bereits mehrjährige, durch das bürgerschaftliche Engagement der Bevölkerung in mehreren Arbeitsgruppen getragene Prozess erscheint vielversprechend und ist mit seinem langen Atem, in den viele und vielfältige öffentliche und private Akteurinnen und Akteure vor Ort eingebunden sind, vorbildlich und nachahmenswert.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, solche besonderen, koordinierten Projekte und Prozesse, die verschiedenen Herausforderungen des demografischen und sozialen Wandels (hier: Dorfladen und Dorfgemeinschaftshaus mit benachbartem Wohn- und Pflegeangebot) gebündelt begegnen und mit transdisziplinären Lernprozessen zwischen Hochschule und Praxis verbinden, in geeigneter Weise zu publizieren und zu verbreiten, um neue Prozesse anzuregen und lokale Initiativen zu ermutigen, sich für die Zukunft ihrer Dörfer und Regionen zu engagieren.

Dorfladen Linsburg w. V.

Jürgen Leseberg

Alter Brand 15

31636 Linsburg

Telefon 05027 1256 und 0163 4024276

Weitere Informationen unter

www.dorfladen-linsburg.de

www.gemeindelinsburg.de



„Zukunft ländlicher Raum: Neues Leben für alte Höfe“ in Asendorf (Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen)

Beschreibung

Der Hof Arbste 7 befindet sich in der Gemeinde Asendorf (ca. 3 000 Einwohnerinnen und Einwohner), Landkreis Diepholz – in der Mitte Niedersachsens im Raum zwischen Grund- und Mittelzentren. Nach Beendigung der Jahrhunderte dauernden landwirtschaftlichen Nutzung im Jahre 1995 haben Eigentümerinnen und Eigentümer zusammen mit dem neu gegründeten Förderverein „Land & Kunst e.V.“ zahlreiche Gebäude des Hofes „gerettet“, d. h. saniert, erneuert und erhalten. Bewohnerinnen und Bewohner, Interessierte und Verein haben inzwischen ein Netz soziokultureller Arbeit aufgebaut, das ebenso einmalig in dieser Region ist wie auch zukunftsweisend für andere Regionen.

Ziel des sich in Planung und Realisierung befindlichen Vorhabens ist es, beispielhaft an einem alten, geschichtsträchtigen niedersächsischen Bauernhof mit denkmalgeschützten Gebäuden einerseits Wertschätzung historischen Baubestands zu dokumentieren, andererseits auch dessen kulturlandschaftsprägende Bedeutung bewusst zu machen und den Hof einer neuen tragfähigen, d. h. nachhaltigen Nutzung zuzuführen. Die Nutzung entwickelt sich aus einem umfassenden „Gemeinschaftsdenken“ für die Zukunft des Dorfes und des ländlichen Raums.

Diese geschaffene Struktur als Modellprojekt auszubauen und als kulturellen Knotenpunkt zu stabilisieren, soll durch zusätzliche Nutzungen einzelner Gebäude als Wohn- und Arbeitsbereiche unter inklusiven und integrativen Gesichtspunkten (Flüchtlinge, gemischte finanzielle/soziale Gemeinschaft) erreicht werden.

Es wird angestrebt, den Hof in eine gemeinnützige Trägerschaft (Stiftung, Genossenschaft, Verein, Eigentümergemeinschaft o. ä.) zu überführen. Ein Mehrgenerationen(wohn)haus mit Multifunktionalität (durch Aus- und Umbau des alten Boxenlaufstalls) für alle Generationen, für Menschen mit und ohne Handicap, mit Räumen für eine (selbständige) Pflegekraft, mit Gästewohnungen und Gemeinschaftsräumen wird den Kern der „Hofgemeinschaft“ bilden. Es soll ein Geflecht von Wohnen



Das geschichtsträchtige Anwesen enthält drei denkmalgeschützte Gebäude und gilt insgesamt als die Kulturlandschaft prägend nach § 35 Abs. 4 Nr. 4 Baugesetzbuch – weiterhin vorhanden: Backhaus, sanierter alter Schafstall, Scheune, Remise und Kleintierstall. Insgesamt 6,9 ha (Hoffläche, Wald, Obstweiden, Weiden, Brache).

und Arbeit mit Verbindung zum dörflichen Geschehen entstehen. Mieteinnahmen, ggf. auch von Büros oder kleineren Betrieben, dienen der Erhaltung des Hofes und der Unterstützung der bereits vorhandenen soziokulturellen und ökologischen Bildungsarbeit.

Der Hof wird so zu einer Kultur- und Begegnungsstätte. Das ehemalige Wirtschaftsgebäude wird ausgebaut zum Zentrum soziokultureller Bildungsarbeit, auch als außerschulischer Lernort. Es dient als Veranstaltungs- und Seminarraum für eigene Projekte oder für Vorhaben von Partnerinnen und Partnern (Vereine, Bürgerinitiativen etc.) und kann so auch „vermietet“ werden. Für diesen Raum, der notwendige Sanitärräume, Küche, Ausschank und mobile Bühne mit Bestuhlung enthalten soll, werden derzeit eine Machbarkeitsstudie und Bedarfsanalysen erstellt.

Das Kulturverständnis der Initiatorinnen und Initiatoren bildet die Klammer für ein solches Projekt aus Wohnen, Arbeiten, Zusammenleben sowie kultureller und ökologischer Bildungsarbeit. Kultur erschöpft sich hier nicht in erster Linie in einem „Angebotscharakter“. Vielmehr stehen hinter diesem Verständnis von Kultur und kultureller Bildung die Fragen nach der Art zu wohnen und zu leben. Danach, was ein Dorf benötigt und wie es zu gestalten ist, um sich als „Heimat“ zu den Gegenpolen „Globalisierung“ und „allgemeine Ökonomisierung“ zu erhalten und zu bewahren.

Alte Höfe waren geschichtlich oft Identifikationsorte, Treffpunkte und strukturbildende Elemente des ländlichen Raums. Es gilt nun, in einem länger dauernden Entwicklungsprozess unter Berücksichtigung noch vorhandener Strukturen den Übergang in neue Formen dörflichen Zusammenlebens zu finden.

Die Funktion als soziokultureller Knotenpunkt wird von den Kulturarbeiterinnen und -arbeitern des Hofes derzeit durch



Beispiel aus der Kulturarbeit: die spinnenden Dorfweiber

weitgehend kostenfreie Beratung und Kooperation für Initiativen und Vereine der Region angeboten. Ziel ist die Schaffung und Stärkung kultureller Infrastruktur in der Region sowie deren Vernetzung und Fortentwicklung.

Für derart umfangreiche Aufgaben eines solchen Modellprojektes bedarf es neben vielen ehrenamtlichen Personen und Initiativen der Fähigkeiten und Kapazitäten professioneller Kulturarbeiterinnen und -arbeiter. Die Initiative „Kulturarbeiter*Innen für den ländlichen Raum“ will hierfür Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner ausbilden, um die örtliche/ländliche Gemeinschaft zu stärken und dabei zu unterstützen, eine (neue) regionale Identität zu bilden bzw. zu festigen. Zu deren Aufgabenfeldern gehören: Koordination aller Kulturaktivitäten der diversen Institutionen/Personen, Beschreibung, Initiierung und ggf. Durchführung integrativer Projekte. Darüber hinaus sollen sie Anregungen geben zur umfassenden Diskussion von Kultur als gestaltendes Lebenselement. Es sollen Kontakte zwischen kulturellen Tätigkeiten und Initiativen der Zivilgesellschaft hergestellt und vor allem inhaltliche und praktische Zusammenarbeit von Professionellen und Ehrenamtlichen organisiert und erprobt werden.

Begründung

Das Projekt zeigt beispielhaft, dass kulturelle Initiativen und die Zusammenarbeit verschiedener Akteurinnen und Akteure zur Zukunftsgestaltung im ländlichen Raum notwendig sind. Es initiiert neue Formen des Wohnens und Arbeitens auf dem Land und verknüpft dies gleichzeitig mit den Themen Kultur, Bildung, Denkmalschutz und Ökologie. Es wirkt damit direkt in die Dorfgemeinschaft und in das öffentliche Leben hinein. Es erprobt beispielhaft die notwendige Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt zur gemeinschaftlichen Gestaltung ebenso wie neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens im ländlichen Raum. Damit reagiert es auf die Herausforderung, bürgerschaftliche Ideen und

Projekte aufzugreifen und zu unterstützen. Das Projekt schafft Bewusstsein für die Pflege des Bestandes und ermöglicht gleichzeitig durch die geplanten neuen Wohnformen selbstbestimmtes Wohnen im Alter. Insgesamt werden der soziale Zusammenhalt in der Gemeinde gestärkt und der generationsübergreifende Dialog sowie soziale Netzwerke gefördert. Der Ort profitiert von seiner Geschichte und den Ideen seiner Initiatorinnen und Initiatoren und kann so – unter Berücksichtigung der Vielfalt von Situationen und Fragestellungen in verschiedenen ländlichen Räumen – Anregungen geben und Beispiel sein für andere Initiativen und Projekte in Niedersachsen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das Vorhaben als Modellprojekt für den ländlichen Raum und weitere Projekte dieser Art zu unterstützen sowie Fördermöglichkeiten zu prüfen. Außerdem soll das bisherige Engagement der Initiatorinnen und Initiatoren hinsichtlich weit verstandener Kulturarbeit durch die Anregung eines Programms „Kulturarbeiter*Innen für den ländlichen Raum“ und auch die geplanten weiteren Vorhaben unterstützt werden.

Land & Kunst e.V.

Vera & Peter Henze

GF Arbste 7

27330 Asendorf

E-Mail info@landundkunst.de

Weitere Informationen unter

www.landundkunst.de



5. Zusammenfassung und Ausblick

Die Arbeitsgruppe „Stadt- und Ortszentren, Bauen und Wohnen im demografischen Wandel anpassen und gestalten“ knüpfte an die Bedeutungsursprünge von Bauen und Wohnen (Kultur) als grundlegende Aneignungs- und Daseinsformen des Menschen im Raum an.

Vom demografischen über den sozialen Wandel mit seinen Anforderungen an die besondere Bedeutung neuer „zentraler Orte“ als soziale und funktionale Knotenpunkte gerade auch in ländlichen Räumen spannte sie den Bogen zur Auswahl vorbildhafter Projekte, die eine zukunftsfähige Entwicklung und ein qualitätsvolles Leben auch in peripher gelegenen, strukturschwachen oder schrumpfenden Regionen vorstellbar werden lassen.

Die identifizierten und in den Kapiteln IV 3.2 und 4.2 vorgestellten „guten Beispiele“ decken die ganze Bandbreite der Herausforderungen und Kriterien ab, die die Unterarbeitsgruppen zur Erreichung der selbst gesteckten Ziele formuliert haben. Diese Beispiele sind naturgemäß der vorhandenen, prägenden „Kultur“ unserer Zeit verpflichtet, sie zeugen angesichts vielfältiger und vielfältig wahrgenommener Umbrüche aber auch von der Besinnung auf traditionelle Werte und die Bedeutung historischer Bauten als identitätsbildende Faktoren in der künftigen Stadt- und Orts(kern)entwicklung, ebenso wie von neuen Kooperationen zwischen öffentlichen und privaten Akteurinnen und Akteuren sowie dem Erproben neuer Wohnformen, die darauf abzielen, der Individualisierung entgegenzuwirken und ein Leben in den ländlichen Räumen nicht nur auf Dauer zu ermöglichen, sondern diesem auch seinen spezifischen Sinn zu verleihen.

So dienen die ländlichen Räume nicht nur den Städten und ihren gestressten Bewohnerinnen und Bewohnern als Erholungs- und Ausgleichsorte, denen diese im Gegenzug wiederum hochstehende Kultur- und Bildungsangebote sowie Arbeitsplätze in der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft bieten. Die ländlichen Räume waren immer und sind selbst auch Orte der Produktion, sie dienen heute vielfach als Labore für Raumpioniere und Möglichkeitsräume für Entschleunigung, die dazu anregen, Qualitäten eines „guten Lebens“ zu reflektieren und neu zu erproben. Damit stellen sie ein wichtiges Reservoir an Ideen und Konzepten neuer Formen des Zusammenlebens bereit, die das Potenzial bieten, das Verständnis von Kultur, auch von Bau- und Planungskultur(en), zu hinterfragen und weiterzuentwickeln.

Da die formulierten Herausforderungen der Arbeitsgruppe aber nicht nur dazu dienten, „gute Beispiele“ zu identifizieren,

sondern zur Förderung entsprechender neuer Beispiele auch eine funktionsfähige Kommune voraussetzen, stellt sich die Frage nach dem „Handwerkskoffer“, über den die Kommunen selbst verfügen und/oder der ihnen vom Land bereitgestellt wird, über den sie aber häufig nicht ausreichend informiert sind. Die Information über Fördermöglichkeiten und Programme, aber auch die Motivation der Kommunen, sich mit diesen zu beschäftigen, um selbst aktiv zu werden, ist eine zentrale Herausforderung, nicht zuletzt aber auch die Frage danach, wer Projekte vor Ort entwickeln und umsetzen kann oder soll. Oftmals besteht bei den potenziellen Akteurinnen und Akteuren ein Informationsdefizit hinsichtlich der Umsetzungsmöglichkeiten von Projekten. Insofern wäre zum einen das bürgerschaftliche Engagement zu stärken, zum anderen aber auch ein „Bildungsprogramm“ aufzulegen, um einen Wissenstransfer über Methoden und gute Beispiele zu initiieren und die Kommunen zu motivieren, sich als Initiatorinnen zu engagieren, ihrerseits potenzielle Akteurinnen und Akteure zu motivieren und so ihre Rolle als Mittlerin wahrzunehmen.

Es geht darum, alle Arten von Netzen, nicht nur technische, infrastrukturelle, sondern auch soziale, kommunikative Netze als tragfähige und tragende Strukturen zu fördern und auszubauen, um vielfältige Synergien zwischen baulich- und sozialräumlichen Potenzialen zu erzeugen. Hier könnte der integrierte Ansatz des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ wegweisend sein für entsprechende Förderungsbemühungen auch in den ländlichen Räumen.

Als Flächenland mit einer Vielfalt an ländlichen Räumen könnte Niedersachsen sich mit den hier aufgezeigten Möglichkeiten zum Vorbild entwickeln für eine Kultur des Förderns und Unterstützens, in der die vertikale Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen ebenso wie die horizontale Zusammenarbeit zwischen Kommunen und vielfältigen Partnerinnen und Partnern im Sinne einer Pflege von Verantwortungsgemeinschaften selbstverständlich ist und zur erfolgreichen, nachhaltigen Entwicklung von Stadt und Land beiträgt.



Endnoten

1 Zibell, Barbara (2003): *Zur Zukunft des Raumes zwischen Stadt-Region und Kultur-Landschaft. In: Zur Zukunft des Raumes. Perspektiven zu Stadt – Region – Kultur – Landschaft. Band 1 der Reihe „Stadt und Region als Handlungsfeld“, Kompetenzzentrum für Raumforschung und Regionalentwicklung in der Region Hannover, Hg. Barbara Zibell, Frankfurt: Verlag Peter Lang, 15-32. Hier Seite 28f.*

2 Zibell, Barbara; Jürjens, Brigitte; Krüger, Karsten (2004) *Wohn- und Versorgungs-Stadt-Region 2030. Forschungsergebnisse. Beiträge zu STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig Band 10. Hg. Zweckverband Großraum Braunschweig ZGB/KoRIS Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung. Braunschweig: ZGB. http://www.zgb.de/fileadmin/user_upload/05_Veroeffentlichungen/RI/Stadt2030/Stadt2030_H10.pdf*

Barbara Zibell, Lisa Kietzke (2016): *Gemeinschaftliches Wohnen gegen die Angst, allein zu sein? In: ARL-Nachrichten 1/2016, Akademie für Raumforschung und Landesplanung: 13-17.*

3 siehe auch Kapitel III Nr. 14

4 siehe auch Kapitel III Nr. 23



Fazit

Themenstellung: Starke Städte und lebendige Dörfer in den ländlichen Räumen

Das Zukunftsforum hatte sich zum Ziel gesetzt, sich von pauschalen Betrachtungen der ländlichen Räume zu lösen und angesichts des demografischen Wandels gerade die Beiträge der Klein- und Mittelstädte zur Stabilisierung dieser Räume und die Möglichkeiten zur Sicherung der individuellen Lebensqualität in den Dörfern herauszuarbeiten. Anfangs war dieser Perspektivwechsel – weg von der Fläche, hin zur konkreten Betrachtung von Städten und Dörfern – nicht ganz einfach. Deswegen war es wichtig, diese Zielsetzung in der Arbeit immer wieder zu erläutern und zu unterstützen. Aber die Diskussionen haben sich gelohnt. Gerade bei den Klein- und Mittelstädten wurde deutlich, dass diese mit ihren vielfältigen wirtschaftlichen, öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten weit in ihr Umland ausstrahlen und hohe Bedeutung für die Lebensqualität in den ländlichen Räumen haben. Damit kommt gerade den Städten eine hohe Bedeutung, aber auch Verantwortung in mehrfacher Hinsicht zu: sowohl für die Bewältigung der im Zuge einer alternden Bevölkerung auftretenden Herausforderungen als auch für den Erhalt ihrer Attraktivität für jüngere Menschen, um deren Abwanderung vorzubeugen. Gleichzeitig gilt es, durch den Erhalt von Versorgungs- und Dienstleistungsstrukturen in den Dörfern auch hier Vorsorge für das alltägliche Leben und die Nahversorgung zu betreiben.

Dialog/breiter gesellschaftlicher Ansatz

Das Zukunftsforum ist getragen vom Gedanken der Vernetzung und des gemeinsamen Dialogs aller Akteurinnen und Akteure auf dem Handlungsfeld demografischer Wandel. Für die Arbeit in den Arbeitsgruppen hat es sich bewährt, dass die Mitglieder zum zweiten Arbeitszyklus „Starke Städte und lebendige Dörfer in den ländlichen Räumen“ aus verschiedensten Fachbereichen und Disziplinen berufen waren. Außerdem wurden in großer Zahl weitere interessierte Fachleute in die Arbeit eingebunden. So konnten Praktikerinnen und Praktiker von den Erfolgsfaktoren und Hemmnissen ihrer Arbeit vor Ort berichten. Gezielt eingeladen wurden auch Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis, um in Vorträgen aus ihrem Arbeitsgebiet zu berichten. Auch die Erkenntnisse aus diesen Vorträgen sind, insbesondere bei der Projektauswahl und der Bewertung der erarbeiteten Projektvorschläge, in den Bericht eingeflossen. Wesentliches Ergebnis dieser vielfältigen Zusammenarbeit zwischen dem Zukunftsforum

und weiteren Fachleuten sind die Empfehlungen zu 80 Projekten des Zukunftsforums.

Querschnittsthema

Die Folgen des demografischen Wandels zu gestalten ist eine Aufgabe, die nicht an Zuständigkeiten Halt macht. Die demografischen Veränderungen sind vielmehr in ihrer ganzen Vielschichtigkeit als Querschnittsthema zu betrachten und zu bearbeiten. Insbesondere das Thema des zweiten Arbeitszyklus „Starke Städte und lebendige Dörfer in den ländlichen Räumen“ hat die Möglichkeit eröffnet, mit Blick auf die Kommunen das querschnittsorientierte Potenzial des Zukunftsforums durch eine integrative Perspektive noch stärker zu nutzen. Angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels hat es das Zukunftsforum auch als seine Aufgabe gesehen, zu deren Bewältigung die vielfältigen öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten als Potenzial der Städte und Dörfer im ländlichen Raum hervorzuheben.

Vielseitigkeit der Projekte

Während der Arbeit in den Arbeitsgruppen wurde deutlich, wie vielschichtig und unterschiedlich die bewerteten und entwickelten Projekte zu den einzelnen Themenbereichen ausgestaltet sind. So reichte die Bandbreite von kleinen Dorfläden, die im Schwerpunkt durch das bürgerschaftliche Engagement der Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner getragen werden, oder Dorfläden, die durch verschiedenste Finanzierungsmodelle gekennzeichnet sind, bis hin zu der Entwicklung einer Tool-Box über Wohnmodelle für ganz Niedersachsen. Diese macht die Vielfalt der empfohlenen Modelle sichtbar und ermöglicht auf einfachem Wege den Zugang für engagierte Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die zunehmende Zahl an Kommunen und Wohnungsunternehmen, die neue Wohnmodelle initiieren und fördern möchten. Der Facettenreichtum der bewerteten Projekte spiegelt auch den vielseitigen Charakter des Landes Niedersachsen mit seinen unterschiedlichen demografischen Ausprägungen wider.

Umsetzung der Projekte

Es ist nun Aufgabe der Landesregierung, die Empfehlungen des Zukunftsforums umzusetzen oder andere Akteurinnen und Akteure bei der Umsetzung zu unterstützen. Außerdem sind die Metropolregionen und die Ämter für regionale Landesentwicklung vor dem Hintergrund der neu geschaffenen Förderkulisse hier in



Gründung des Zukunftsforums am 17. Februar 2014

einer besonderen Verantwortung. Diese verknüpfen die landespolitischen Zielsetzungen mit den strategisch wichtigen Handlungsfeldern, Entwicklungszielen und Projektideen der Regionen. Hier bieten insbesondere die Handlungsfelder

- der dörflichen Integrationskraft und der Versorgungsstrukturen,
- der Klein- und Mittelstädte als Stabilisatoren der ländlichen Räume und
- des Bauens und Wohnens in Stadt- und Ortszentren

die Möglichkeit, die vom Zukunftsforum empfohlenen Projekte auf die Bedingungen vor Ort zuzuschneiden und umzusetzen. Auch in diesem Prozess werden der Dialog und die Zusammenarbeit aller maßgeblichen regionalen Akteurinnen und Akteure eine elementare Rolle für die erfolgreiche Umsetzung spielen.

Geschäftsstelle des Zukunftsforums in der Niedersächsischen Staatskanzlei

Heinrich Heggemann, Geschäftsstellenleiter,
Matthias Sickert, Dr. Vera Simon, Susanne Seibert,
Hinrich Heidemann

Mitglieder des Zukunftsforums Niedersachsen im zweiten Arbeitszyklus (2015/2016)

1. **PD Dr. med. Jürgen M. Bauer**, Direktor der Universitätsklinik für Geriatrie, Klinikum Oldenburg, Leiter Geriatisches Zentrum Oldenburg

2. **Prof. Dr. iur. Frauke Brosius-Gersdorf**, Inhaberin des Lehrstuhls für Öffentliches Recht an der juristischen Fakultät der Leibniz Universität Hannover

3. **Prof. Dr. Christiane Dienel**, Präsidentin der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzmin-den/Göttingen

4. **Prof. Lothar Eichhorn**, Abteilungsleiter im Landesamt für Statistik Niedersachsen, Honorarprofessor der Leibniz Univer-sität Hannover

5. **Prof. Dr. Reinhold Haux**, Geschäftsführender Direktor des Peter L. Reichertz Instituts für Medizinische Informatik der Technischen Universität Braunschweig und der Medizinischen Hochschule Hannover

6. **PD Dr. Uwe Hunger**, Institut für Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

7. **PD Dr. Susanne Kirchhoff-Kestel**, Wirtschafts- und Sozial-wissenschaftliche Fakultät an der Technischen Universität Dortmund

8. **Prof. Dr. Karin Kurz**, Institut für Soziologie an der Georg-Au-gust-Universität Göttingen

9. **Prof. Dr. Axel Priebs**, Erster Regionsrat der Region Hannover, Honorarprofessor der Leibniz Universität Hannover

10. **Dr. Armgard von Reden**, Lehrbeauftragte an der Fakultät für Elektrotechnik und Informatik der Leibniz Universität Hannover

11. **Dr. Margitta Rudolph**, Geschäftsführerin der Volkshoch-schule Hildesheim gGmbH

12. **Prof. Dr. Maria von Salisch**, Institut für Psychologie an der Leuphana Universität Lüneburg

13. **Dr. Volker Schmidt**
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Demografieagentur für die niedersächsische Wirtschaft GmbH

14. **Klaus Stietenroth**, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit, Vertreter: Geschäftsführer Grundsicherung Klaus Oks

15. **Prof. Dr. sc. techn. ETH Barbara Zibell**, Leiterin der Abtei-lung Planungs- und Architektursoziologie am Institut für Geschichte und Theorie der Architektur der Leibniz Universi-tät Hannover
16. **Niedersächsischer Städtetag**, Hauptgeschäftsführer Heiger Scholz, Vertreter: Referent Axel Ebeler

17. **Niedersächsischer Landkreistag**, Vizepräsident Landrat Bernhard Reuter, Vertreter: Geschäftsführendes Vorstands-mitglied Prof. Dr. Hubert Meyer

18. **Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund**, Präsident Dr. Marco Trips

19. **Niedersächsische IHK-Arbeitsgemeinschaft Hannover-Braunschweig**, Hauptgeschäftsführer Dr. Horst Schrage

20. **Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag** Hauptgeschäftsführerin Dr. Susanne Schmitt

21. **Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen**, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskam-mer, Osnbrück-Emsland-Grafschaft Bentheim Sven Ruschhaupt, Vertreterin: Dr. Hildegard Sander, Landesvertre-tung der Handwerkskammern Niedersachsen

22. **Unternehmerverbände Niedersachsen e. V.**, Hauptge-schäftsführer Dr. Volker Müller

23. **DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt**, Landes-vorsitzender Hartmut Tölle

24. **DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt**, Bezirks-leiter der IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt Hartmut Meine, Vertreter: Bezirkssekretär Thomas Müller

25. **Vereinte Dienstleistungsgesellschaft ver.di, Landesbezirk Niedersachsen-Bremen**, Landesbezirksleiter Detlef Ahting, Vertreter: Ulf Birch, Leiter Abteilung Politik und Planung, ver.di, Landesbezirk Niedersachsen-Bremen

26. **LAG der Freien Wohlfahrtspflege Niedersachsen e. V.** Reinhard Kühn, Referent Caritasverband für die Diözese Hildesheim e. V., Vertreter: Christian Boenisch, Vorsitzender Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.

27. **Sozialverband Deutschland, Landesverband Niedersachsen e. V.**, Landesvorsitzender Adolf Bauer, Vertreter: Landesgeschäftsführer Dirk Swinke

28. **Arbeitsgemeinschaft MigrantInnen und Flüchtlinge in Niedersachsen**, Dr. Anwar Hadeed, Projektleiter, Vertreter: Geschäftsführer Habib Eslami

29. **Rat der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen**, Landesbischof Ralf Meister

30. **Katholisches Büro Niedersachsen**, Leiter des Katholischen Büros Niedersachsen Prälat Prof. Dr. Felix Bernard, Vertreter: Stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Pastoral im Bischöflichen Generalvikariat Martin Wrasmann

31. **Gemeinsame Vertreterin des Landesverbandes der Muslime in Niedersachsen e.V. Schura Niedersachsen und des DITIB Landesverbandes Niedersachsen und Bremen e. V.**, Stellvertretende Vorsitzende des DITIB Landes-verbandes Niedersachsen und Bremen e. V. Penbe Güldoğan

32. **Landesfrauenrat Niedersachsen e. V.**, Mitglied im Vorstand Mechthild Schramme-Haack, Vertreterin: Dr. Christa Karras

33. **Landesseniorenrat Niedersachsen e. V.**, Mitarbeiter im Vorstand Rolf-Eberhard Irrgang, Vertreterin: Vorsitzende Ilka Dirnberger

34. **Landesjugendring Niedersachsen e. V.**, Geschäftsführer Björn Bertram

35. **Metropolregion Nordwest (Bremen-Oldenburg)**, Geschäftsführerin Dr. Anna Meincke

36. **Metropolregion Hamburg**, Jakob Richter

37. **Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg**, Geschäftsführer Kai Florysiak

Kooptierte Mitglieder

**Landesbeauftragte für regionale Landesentwicklung
Leine-Weser**, Karin Beckmann

**Landesbeauftragte für regionale Landesentwicklung
Lüneburg**, Jutta Schiecke

**Landesbeauftragter für regionale Landesentwicklung
Weser-Ems**, Franz-Josef Sickelmann

**Landesbeauftragter für regionale Landesentwicklung
Braunschweig**, Matthias Wunderling-Weilbier

Arbeitsgruppen-Mitglieder im zweiten Arbeitszyklus (2015/2016)

AG 1 – Dörfliche Integrationskraft sowie Handels- und Versorgungsstrukturen erhalten und wiederbeleben

Leitung

Maria Vogel, Geschäftsführerin Niedersächsischer LandFrauenverband Hannover e. V.
Rainer Beckedorf, Abteilungsleiter für Raumordnung, Landentwicklung, Förderung, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

1. **Rainer Beckedorf**, Abteilungsleiter für Raumordnung, Landentwicklung, Förderung, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
2. **Uwe-Heinz Bendig**, Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems
3. **Hans-Hermann Buhr**, Niedersächsische IHK-AG Hannover-Braunschweig, Vertretung: Christian Scheffel,
4. **Karin Bukies**, Planungsgruppe Stadtlandschaft
5. **Johannes Buß**, Leiter der Katholischen Landvolkhochschule Oesede, entsendende Institution: Katholisches Büro Niedersachsen
6. **Pastor Peter Büttner**, entsendende Institution: Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers
7. **Siegfried Dierken**, Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg
8. **Monika Feil**, Beisitzerin im Vorstand des Landesfrauenrats Niedersachsen e. V., Landfrauenverband Weser-Ems, entsendende Institution: Landesfrauenrat Niedersachsen e. V.
9. **Ulrich Franken**, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
10. **Petra Gargiso**, Arbeitsgemeinschaft MigrantInnen und Flüchtlinge in Niedersachsen e. V.
11. **Ralf Gebken**, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. **Philipp Hannen**, Landesjugendring Niedersachsen e. V.
13. **Ingrid Heineking**, Institut für Geschichte und Theorie der Architektur, Abteilung Planungs- und Architektursoziologie, Leibniz Universität Hannover
14. **Prof. Dr. Ulrich Harteisen**, HAWK Hochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen
15. **Rolf-Eberhard Irrgang**, Mitarbeiter im Vorstand des Landes-seniorenrates Niedersachsen e. V.

16. **Klaus-Dieter Karweik**, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
17. **Stephan von Kroge**, Landesbeauftragter des Bundesverbandes privater sozialer Dienste e. V., entsendende Institution: Bundesverband privater sozialer Dienste e. V.
18. **Reinhard Kühn**, Leiter Arbeitsstelle Verbands- und Profilentwicklung, Caritasverband für die Diözese Hildesheim e. V., entsendende Institution: Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Niedersachsen e. V.
19. **Jens Lange**, Niedersächsische Staatskanzlei
20. **Nina Lenger**, IHK für Ostfriesland und Papenburg, entsendende Institution: Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag
21. **Heide von Limburg**, Beisitzerin für die Entwicklung ländlicher Räume im Vorstand, Niedersächsischer LandFrauenverband Hannover e. V.
22. **Markus Löwer**, Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Geschäftsbereich Kommunal- und Regionalentwicklung, Koordinator Dorf- und Regionalentwicklung
23. **Günter Lühning**, Vorsitzender Dorfladen Otersen w. V. und Vorsitzender der Dorfladen-Bundesvereinigung
24. **Regina Meyer**, Demografiebeauftragte des Landkreises Göttingen
25. **Ricarda Rabe**, Kirchlicher Dienst auf dem Lande
26. **Dr. Christian Schmidt**, Geschäftsführer, Marketinggesellschaft der niedersächsischen Land- und Ernährungswirtschaft e. V, Vertretung: Jörg Helmsen
27. **Dr. Anette Schwandner**, Abteilungsleiterin für Kultur, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Vertretung: Heike Fliess, Referatsleiterin Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
28. **Dr. Dursun Tan**, Referatsleiter Niedersächsische Staatskanzlei
29. **Benno Trütken**, Samtgemeindebürgermeister von Fürstenau, entsendende Institution: Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund (NSGB)
30. **Maria Vogel**, Geschäftsführerin, Niedersächsischer LandFrauenverband Hannover e. V.
31. **Melanie Woltemath**, Projektkoordination Mobile Engagementberatung in Niedersachsen (MEN), Vertretung: Francesca Ferrari, Leitung der Geschäftsstelle der LAGFA e. V., entsendende Institution: Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Niedersachsen e. V. (LAGFA)

AG 2 – Klein- und Mittelstädte als Stabilisatoren der ländlichen Räume im demografischen Wandel stützen

Leitung

- **Prof. Dr. Axel Priebis**, Erster Regionsrat Region Hannover und Vorsitzender des Zukunftsforums
- **Reinhard Schmalz**, Abteilungsleiter für Regionale Landesentwicklung, EU-Förderung, Niedersächsische Staatskanzlei, Stellvertreter: Dr. Stephan Löb, Referatsleiter 402, Regionale Landesentwicklung, Niedersächsische Staatskanzlei

UAG 2a – Klein- und Mittelstädte als Träger und Stabilisatoren der Wirtschaftsentwicklung und eines differenzierten Arbeitsmarktes

1. **Dr. Arno Brandt**, Leiter des CIMA Instituts für Regionalwirtschaft GmbH
2. **Lutz Brockmann**, Bürgermeister der Stadt Verden, entsendende Institution: Niedersächsischer Städtetag
3. **Andrea Brück-Klingberg**, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit, entsendende Institution: Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit
4. **Christiane Buck**, Stellvertretende Vorsitzende des NLV Nord, entsendende Institution: Niedersächsischer LandFrauenverband Hannover e. V.
5. **Beatrice Bückse**, Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH
6. **Achim Däbert**, Beratung & Dienstleistungen, Leiter Regionalteam OL-OS, Investitions- und Förderbank Niedersachsen – NBank
7. **Prof. Dr. Rainer Danielzyk**, Generalsekretär der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

8. **Prof. Lothar Eichhorn**, Abteilungsleiter, Landesamt für Statistik Niedersachsen, Honorarprofessor der Leibniz Universität Hannover
9. **Kai Florysiak**, Geschäftsführer (Braunschweig) der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH
10. **Lena Franke**, Projektmanagerin, Gemeinde 5.0, entsendende Institution: Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund
11. **Silvia Gerberding**, Niedersächsisches Kultusministerium
12. **Pastor Dr. Matthias Jung**, Referent für den kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt in den Sprengeln Osnabrück/Ostfriesland-Ems, entsendende Institution: Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers
13. **Dr. Reinhold Kassing**, Landesgeschäftsführer des Verbandes Kommunaler Unternehmen e. V.
14. **Olaf Klaukien**, Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems
15. **Susanne Kremer**, stellv. ver.di-Landesleiterin, ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen, entsendende Institution: ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen
16. **Prof. Dr. Jörg Lahner**, HAWK Hochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen, Fakultät Ressourcenmanagement
17. **Dr. Stephan Löb**, Referatsleiter, Niedersächsische Staatskanzlei
18. **Dr. Anna Meincke**, Geschäftsführerin der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e. V.
19. **Kerstin Ohlde**, Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser
20. **Markus Reinermann**, RKW Nord GmbH, IQ Netzwerk Niedersachsen

Arbeitsgruppen-Mitglieder im zweiten Arbeitszyklus (2015/2016)

- 21. **Sven Ruschhaupt**, Hauptgeschäftsführer, Handwerkskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim, entsendende Institution: Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen
- 22. **Dr. Daniel Schiller**, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
- 23. **Reinhard Schmalz**, Abteilungsleiter für Regionale Landesentwicklung, EU-Förderung, Niedersächsische Staatskanzlei
- 24. **Christian Stollmeier**, Landesreferent des Bundesverbandes privater sozialer Dienste e. V.
- 25. **Janin Wieja**, Bereichsleiterin Beratung & Dienstleistungen, NBank, entsendende Institution: NBank
- 26. **Kathrin Wiellowicz**, IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum entsendende Institution: Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag
- 27. **Nicola Wilkens-Caspar**, Niedersächsische Staatskanzlei
- 28. **Mareike Wulf**, Bildungs- und Gesellschaftspolitik, Schul- und Hochschulpolitik, Aus- und Weiterbildung, SchuleWirtschaft, HochschuleWirtschaft, Partners in Leadership, entsendende Institution: Unternehmensverbände Niedersachsen
- 29. **Kirsten Vogler**, Demografiebeauftragte und zentrales Projektmanagement, Stadt Lingen (Ems), entsendende Institution: Stadt Lingen (Ems)

UAG 2b – Klein- und Mittelstädte als leistungsfähige Standorte öffentlicher und privater Daseinsvorsorge

- 1. **Sven Ambrosy**, Landrat des Landkreises Friesland
- 2. **Dr. Michael Brandt**, Oldenburgischen Landschaft, entsendende Institution: Arbeitsgemeinschaft der Landschaften und Landschaftsverbände in Niedersachsen
- 3. **Andrea Bergmann**, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
- 4. **Ulf Birch**, ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen – Pressesprecher, ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen
- 5. **Patricia Bonney**, Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems
- 6. **Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf, LL.M.**, Leibniz Universität Hannover, Juristische Fakultät, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbes. Sozialrecht, Öff. Wirtschaftsrecht und Verwaltungswissenschaft
- 7. **Gerd Dallmann**, Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur in Niedersachsen e. V.
- 8. **Arne Decker**, Referent Stadt & Handel, Handelsverband Hannover e. V.
- 9. **Hinrich Ennen**, Landesbeauftragter des Bundesverbandes privater sozialer Dienste e. V.
- 10. **Lena Franke**, Projektmanagerin, Gemeinde 5.0, entsendende Institution: Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund
- 11. **Silvia Gerberding**, Niedersächsisches Kultusministerium
- 12. **Holger Gnest**, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- 13. **Markus Goebel**, Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems
- 14. **Ruben Grüssing**, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Niedersachsen, entsendende Institution: Landesjugendring Niedersachsen e. V.
- 15. **Penbe Güldogan**, Stellvertretende Vorsitzende des DITB Landesverbandes Niedersachsen und Bremen e. V., entsendende Institutionen: Gemeinsame Vertreterin des Landesverbandes der Muslime in Niedersachsen e. V. Schura Niedersachsen und des DITB Landesverbandes Niedersachsen und Bremen e. V.
- 16. **Falk Hassenpflug**, IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim, entsendende Institution: Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag

- 17. **Prof. Dr. Reinhold Haux**, Geschäftsführender Direktor des Peter L. Reichertz Instituts für Medizinische Informatik der Technischen Universität Braunschweig und der Medizinischen Hochschule Hannover
- 18. **Alf Hesse**, Bürgermeister der Gemeinde Liebenburg, entsendende Institution: Niedersächsischer Städtetag
- 19. **PD Dr. Uwe Hunger**, Forschungskolleg „Zukunft menschlich gestalten“, Universität Siegen und Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft Westfälische Wilhelms-Universität Münster
- 20. **Rolf-Eberhard Irrgang**, Mitarbeiter im Vorstand des Landes-seniorenrates, entsendende Institution: Landesseniorenrat Niedersachsen e. V.
- 21. **Jochen Janßen**, Niedersächsische IHK-AG Hannover Braunschweig
- 22. **Dr. Anke Kaschlik**, HAWK Hochschule Hildesheim/Holzmin-den/Göttingen, Fakultät Management, Soziale Arbeit, Bauen
- 23. **PD Dr. Susanne Kirchhoff-Kestel**, Wirtschafts- und Sozial-wissenschaftliche Fakultät an der Technischen Universität Dortmund
- 24. **Kai-Christian Kütemeyer**, Kirchenrat, Pastor, Leitung der Abteilung Bildungsarbeit, Konfirmandenarbeit und Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, entsendende Institution: Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers
- 25. **Bela Lange**, Beisitzerin im Vorstand des Landesfrauenrats Niedersachsen e. V., Landessportbund Niedersachsen e. V., entsendende Institution: Landesfrauenrat Hannover e.V.

- 26. **Markus Löwer**, Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Geschäftsbereich Kommunal- und Regionalentwicklung, Koordinator Dorf- und Regionalentwicklung
- 27. **Norbert Lütke**, Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser
- 28. **Maren Meyer**, 1. Stellvertretende Vorsitzende, LandFrauen-verband Weser-Ems e. V.
- 29. **Harald Piper**, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
- 30. **Dr. Maik Plischke**, Geschäftsführer des Innovationszentrums Niedersachsen GmbH
- 31. **Annette von Pogrell**, Vorstandsassistentin Diakoniewerk im Diakonischen Werk in Niedersachsen, entsendende Institution: Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers
- 32. **Prof. Dr. Axel Prieb**s, Erster Regionsrat der Region Hannover, Honorarprofessor der Leibniz Universität Hannover
- 33. **Anne Ritzinger**, Akademie für Raumforschung und Landes-planung
- 34. **Dr. Thomas Remmers**, Präsident der Rechtsanwaltskammer Celle, Vizepräsident der Bundesrechtsanwaltskammer, entsendende Institution: Rechtsanwaltskammer
- 35. **Dr. Margitta Rudolph**, Geschäftsführerin der Volkshochschule Hildesheim gGmbH
- 36. **Thorsten Schmidt**, Leiter des Vorstandsbüros, Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen
- 37. **Heike Schnepel**, Stellv. Vorsitzende des NLV Süd, entsendende Institution: Niedersächsischer LandFrauenverband Hannover e. V.
- 38. **Frank Semmler**, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
- 39. **Thomas Uhlen**, Caritasverband für die Diözese Osnabrück e. V., entsendende Institution: Katholisches Büro Niedersachsen
- 40. **Shanna Weiser**, Wolfsburg AG, Leiterin Team Demografie
- 41. **Melanie Woltemath**, Projektkoordination Mobile Engagementberatung in Niedersachsen (MEN), entsendende Institution: Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Niedersachsen e. V. (LAGFA)
- 42. **Susanne Wolter**, Landespräventionsrat, Niedersächsisches Justizministerium
- 43. **Prof. Dr. sc. techn. ETH Barbara Zibell**, Leiterin der Abteilung Planungs- und Architektursoziologie am Institut für Geschichte und Theorie der Architektur der Leibniz Universität Hannover

Arbeitsgruppen-Mitglieder im zweiten Arbeitszyklus (2015/2016)

AG 3 – Stadt- und Ortszentren, Bauen und Wohnen im demografischen Wandel anpassen und gestalten

Leitung

- **Prof. Dr. Barbara Zibell**, Leiterin der Abteilung Planungs- und Architektursoziologie am Institut für Geschichte und Theorie der Architektur der Leibniz Universität Hannover
- **Christian Kuthe**, Referatsleiter für Städtebau, Bauleitplanung, Baukultur, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

UAG 3a – Bauliche, funktionale und gestalterische Aufwertung der Stadt- und Ortszentren sowie Um- und Wiedernutzung historischer Bausubstanz

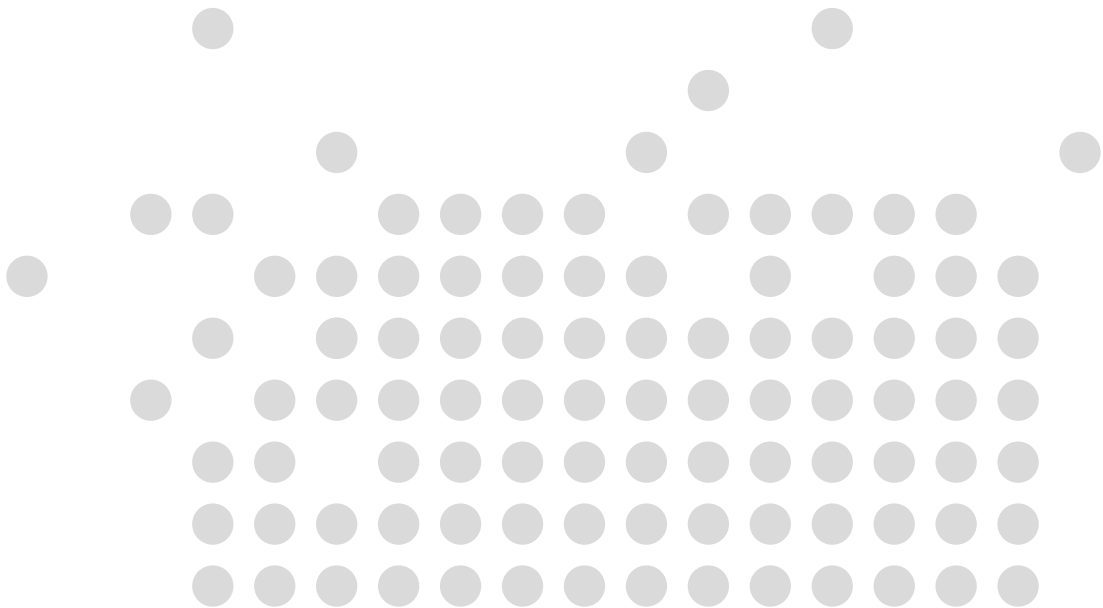
1. **Arne Decker**, Referent Stadt & Handel, Handelsverband Hannover e. V.
2. **Birgit Gutt**, Demografiebeauftragte, Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg
3. **Arndt Hauschild**, Fachdienstleiter Planen und Bauen, Landkreis Osnabrück
4. **Dr. Anke Kaschlik**, HAWK Hochschule Hildesheim/Holzmin-den/Göttingen, Fakultät Management, Soziale Arbeit, Bauen
5. **Eike Christian Koopmann**, IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum, entsendende Institution: Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag
6. **Michael Krug**, Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems
7. **Christian Kuthe**, Referatsleiter für Städtebau, Bauleitplanung, Baukultur, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
8. **Birgit Leube**, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
9. **Werner Lemke**, Landeskirchlicher Baudirektor, Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers, Vertreterin: Oberkirchenrätin Heidrun Böttger
10. **Friedhelm Meyer**, Aufsichtsratsvorsitzender der Bürger-genossenschaft Mündener Altstadt e. G.
11. **Prof. Dr. Peter Pez**, Institut für Stadt- und Kulturräum-forschung, Abteilung Kulturgeographie, Leuphana Universität Lüneburg
12. **Günter Piegsa**, Demografiebeauftragter, Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig

13. **Dagmar von Reitzenstein**, Referatsleiterin, Niedersächsi-sches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
14. **Dr. Julia Schulte to Bühne**, Geschäftsführerin, Niedersächsi-scher Heimatbund e. V.
15. **Lothar Tabery**, Vizepräsident, Architektenkammer Niedersachsen, Architekt
16. **Matthias Vielstädte**, Tischlermeister, entsendende Institution: Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN)
17. **Dr. Reiner Zittlau**, Stellvertretender Behördenleiter, Leiter der Abteilung Bau- und Kunstdenkmalpflege Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

UAG 3b – Neue und lebendige Formen des Wohnens und gesellschaftlichen Zusammenlebens in Stadt und Dorf

1. **Heinz Behrends**, Superintendent i. R., entsendende Institution: Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers
2. **Achim Däbert**, Beratung & Dienstleistungen, Leiter Regional-team OL-OS, Investitions- und Förderbank Niedersachsen – NBank
3. **Dr. Anwar Hadeed**, Geschäftsführer der Arbeitsgemein-schaft MigrantInnen und Flüchtlinge in Niedersachsen (amfn e. V.)
4. **Inge Hayen**, Vorstandsmitglied im LandFrauenverband Weser-Ems e. V
5. **Peter Henze**, Geschäftsführer Land & Kunst e. V.
6. **Meike Janßen**, Abteilungsleiterin Sozialpolitik, SoVD-Landes-verband Niedersachsen e. V., Vertreterin: Birgit Vahldiek, Stellvertretende Abteilungsleiterin, Frauenpolitik, Lobbyarbeit, Sozialpolitik
7. **Prof. Dr. Claudia Kaiser**, Professorin für Gerontologie, Hoch-schule Niederrhein
8. **Björn Kemeter**, Referatsleiter, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
9. **Markus Kissling**, Geschäftsbereich Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit, Soziokultur und Gemeinwesen-entwicklung, LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e. V.

10. **Jens Krüger**, Landesbeauftragter des Bundesverbandes privater sozialer Dienste e. V.
11. **Prof. Dr. Elisabeth Leicht-Eckardt**, Berufliches Lehramt und Ökotrophologie, Hochschule Osnabrück
12. **Uwe Lisson**, Vorsitzender des Seniorenbeirats der Gemeinde Ganderkesee, entsendende Institution: Landesseniorenrat Niedersachsen e. V.
13. **Walter Pengemann**, Demografiebeauftragter Landkreis Emsland
14. **Dr. Maik Plischke**, Geschäftsführer des Innovationszentrums Niedersachsen GmbH, Vertreterin: Delia Balzer, Landes-initiative Niedersachsen generationengerechter Alltag
15. **Heiner Pott**, Staatssekretär a. D., Verbandsdirektor des Verbandes der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen e. V.
16. **Frank Semmler**, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
17. **Marion Tempel**, Plankontor Braunschweig
18. **Dr. Andrea Töllner**, Projektleiterin, FORUM Gemeinschaft-liches Wohnen e. V., Bundesvereinigung
19. **Thomas Uhlen**, Caritasverband für die Diözese Osnabrück e. V., entsendende Institution: Katholisches Büro Niedersachsen
20. **Ulrike Weddig**, Beisitzerin im Vorstand des Landesfrauenrats Niedersachsen e. V., Deutscher Juristinnenbund, Landes-verband Niedersachsen, entsendende Institution: Landes-frauenrat Niedersachsen e. V.
21. **Norbert Wencker**, Dezernatsleiter, Amt für regionale Landes-entwicklung Weser-Ems
22. **Malte Wulf**, Geschäftsführender Gesellschafter, N2M Architektur und Stadtplanung GmbH, entsendende Institution: Unternehmerverbände Niedersachsen e. V.
23. **Prof. Dr. sc. techn. ETH Barbara Zibell**, Leiterin der Abteilung Planungs- und Architektursoziologie am Institut für Geschichte und Theorie der Architektur der Leibniz Universität Hannover



Bildnachweis

Seite 1	(Titel) Prof. Dr. Axel Priebs
Seite 2	Philipp von Ditfurth, <i>www.fotojournalismus.org</i>
Seite 3	Region Hannover, Foto: Christian Stahl
Seite 8	Landesamt für Statistik Niedersachsen
Seite 9	Landesamt für Statistik Niedersachsen
Seite 10	Landesamt für Statistik Niedersachsen
Seite 13	Forum Zukunft
Seite 15	Forum Zukunft
Seite 16	Roemer, Joachim
Seite 17	Forum Zukunft
Seite 24	Michael Ripperda, KLVHS Oesede
Seite 25	Hilke Wiest, KLVHS Oesede; Tim Strakeljahn, KLVHS Oesede
Seite 27	Freie Altenarbeit Göttingen e.V.
Seite 32	LFV Harsefeld
Seite 33	KreislandFrauenverband Stade
Seite 38	Ingrid Heineking
Seite 40	Gemeinde Lastrup
Seite 41	Gemeinde Lastrup
Seite 43	Kunst und Begegnung Hermannshof e. V.
Seite 44	Waldbühne Ahmsen e. V.
Seite 46	Katholisch-Soziales Institut (KSI), Bad Honnef (Foto: Christian l’Hiver)
Seite 48	Forschungsinstitut Geragogik (FoGera), Witten (Foto: Jutta de Jong)
Seite 50	Steffen Hess
Seite 53	Prof. Dr. Axel Priebs
Seite 54	Prof. Dr. Axel Priebs
Seite 59	LGLN
Seite 63	Pressestelle Stadt Lingen (Ems)
Seite 64	Birgit Böhm (Mensch und Region)
Seite 68	Katrin Döring, Stadt Verden
Seite 69	Fotodesigner Dominik Ketz, <i>www.dominikketz.delagb</i>
Seite 71	Oliver Knoblich
Seite 74	Landkreis Osnabrück
Seite 76	Architekten für Nachhaltiges Bauen: Thomas Isselhard, Dirk Scharmer und Frido Elbers
Seite 77	Ems-Achse
Seite 79	Sabine zu Klampen, HAWK Pressestelle
Seite 80	Sabine zu Klampen, HAWK Pressestelle
Seite 82	Sebastian Fricke, KGS Gronau
Seite 84	Claus Dreier
Seite 85	ROBIGS
Seite 86	Regine Bruns
Seite 90	Frank Pusch
Seite 91	Frank Pusch
Seite 93	Monica Seebach,Cor Leonis Nienburg
Seite 94	Landkreis Nienburg/Weser
Seite 96	Büro Marktrausch Kiel
Seite 99	Kulturstiftung Kornhaus
Seite 100	Martin Everding, Kulturstiftung Kornhaus
Seite 101	Evangelische Familienbildungsstätte
Seite 102	Jessica Plener, Stadt Vechta
Seite 103	Stadt Vechta
Seite 104	Stadt Bückeburg
Seite 105	Stadt Bückeburg
Seite 106	Entwurfszeichnung Büro Kalhöfer-Korschildgen 2015
Seite 107	Lünebuch
Seite 108	Judith Cichy
Seite 111	Barbara Jankowski
Seite 112	Samtgemeinde Amelinghausen
Seite 113	Stephan Kaufmann, Samtgemeinde Amelinghausen
Seite 114	Gemeinde Goldenstedt
Seite 115	Gemeinde Goldenstedt
Seite 116	Kindergruppe: Kulturzentrum Walsrode; Eingangsbereich: Frank Kurowski, SD-Mediendesign
Seite 117	Musikalische Lesung: Kulturzentrum Walsrode; Mädchengruppe: Mischa Mars
Seite 118	Heike Klenke
Seite 119	Gemeinsam Lernen: Anette Finkeldey; Junge Seniorinnen: Klaus Strempel

Seite 120	Stadt Rendsburg
Seite 126	Melanie Schmidt
Seite 127	Heike Neumann, Diakonisches Werk des Ev.-luth. Kirchenkreises Bramsche
Seite 129	Nicole Halves-Volmer, Stadt Verden
Seite 137	Hajo Dietz
Seite 140	Anika Melching
Seite 141	Saal vor der Sanierung: Anika Melching; Saal nach der Sanierung: Picasa
Seite 144	Jens-Martin Wolff, Stadt Holzminden
Seite 145	Jens-Martin Wolff, Stadt Holzminden
Seite 147	Stadt Dannenberg
Seite 148	Herr Hauschild, Landkreis Osnabrück
Seite 150	Herr Hauschild, Landkreis Osnabrück
Seite 152	Christian Grube, Gemeinde Hiddenhausen
Seite 155	Günter Piegsa
Seite 156	Günter Piegsa
Seite 158	Photo Burkhardt - Lange Strasse 93 - 34346 Hann. Muenden
Seite 159	Lange Str. 93 - 34346 Hann. Muenden - <i>info@weserbild.de</i>
Seite 161	Studio 3 GmbH – Fotodesign Hildesheim
Seite 168	Wohnungsbaugesellschaft Friesland GmbH
Seite 171	Ostland Wohnungsbaugenossenschaft eG
Seite 173	FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V., Bundesvereinigung
Seite 174	Fotoscheune Osterholz
Seite 177	Landkreis Emsland
Seite 178	Landkreis Emsland
Seite 181	Franz Frieling
Seite 182	Dorfladen Linsburg
Seite 184	Land und Kunst e. V., historische Luftbildaufnahme
Seite 185	Land und Kunst e. V.
Seite 189	Nigel Treblin

Herausgeber
Geschäftsstelle des Zukunftsforums

Ansprechpartner
Heinrich Heggemann
Niedersächsische Staatskanzlei
Telefon 0511 120-6782
E-Mail zukunftsforum@stk.niedersachsen.de

Inhaltlich verantwortlich
Zukunftsforum Niedersachsen

Gestaltung
Image Marketing GmbH
www.i-marketing.de

Impressum
Niedersächsische Staatskanzlei
Planckstraße 2
30169 Hannover
Telefon 0511 120-6782
E-Mail poststelle@stk.niedersachsen.de
Weitere Informationen unter www.niedersachsen.de

Alle Angaben in diesem Werk erfolgten nach bestem Wissen und Gewissen.
Änderungen und Irrtümer vorbehalten.

Diese Broschüre wurde auf FSC-zertifiziertem Papier klimaneutral
in Niedersachsen gedruckt.



Niedersachsen. Klar.